

150

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jelonek**431-371.80 SDI****25. Mai 1987¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: SDI;

hier: US-Gesetzgebungsvorhaben zur Einschränkung der Vergabe von SDI-Verträgen an ausländische Auftragnehmer

Bezug: Ihre handschriftliche Weisung auf Schreiben des amerikanischen Botschafters vom 22.5.1987, mit dem ein Schreiben von AM Shultz übermittelt wurde⁴ (Antwortentwurf wird getrennt vorgelegt)

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

I. 1) Im Rahmen der Beratungen über den Verteidigungshaushalt 1988 nahm das US-Repräsentantenhaus am 12.5.1987 ein Amendment des Abgeordneten AuCoin (D-Oregon) an, wonach das US-Verteidigungsministerium künftig keine SDI-Forschungsaufträge mehr an ausländische Auftragnehmer vergeben darf. Eine Ausnahme von diesem Grundsatz soll nur dann möglich sein, wenn der US-Verteidigungsminister schriftlich dem Kongreß bestätigt, daß der Auftrag

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner und Legationsrat I. Klasse Grolig konzipiert.
Dazu maschinenschriftlicher Vermerk: „Zeitpunkt der Vorlage: 25.5., 16.00 [Uhr]. Für Rückfragen: LRI Grolig.“

² Hat Staatssekretär Ruhfus am 25. Mai 1987 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 26. Mai 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine von mir vorausgesagte Entwicklung.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 22. Juni 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Jelonek, Ministerialdirigent Pabsch und Referat 431 verfügte.

Hat Jelonek am 23. Juni 1987 erneut vorgelegen.

Hat Pabsch am 23. Juni 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Ritter von Wagner am 24. Juni 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Ammon sowie an Legationsrat I. Klasse Grolig „[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Ammon vorgelegen.

Hat Grolig am 29. Juni 1987 erneut vorgelegen.

⁴ Ministerialdirektor Jelonek faßte am 27. Mai 1987 das Schreiben des amerikanischen Außenministers an Bundesminister Genscher zu Bestrebungen des amerikanischen Kongresses zusammen, die Vergabe von SDI-Forschungsaufträgen an ausländische Auftragnehmer einzuschränken. Shultz habe betont, „daß der amerikanischen SDI-Politik die Überzeugung der Unteilbarkeit amerikanischer und alliierter Sicherheiten zugrunde liegt, die Vereinigten Staaten weiterhin mit uns eng bei der SDI-Forschung zusammenarbeiten wollen, die SDI-Forschungszusammenarbeit sowohl für die USA als auch die teilnehmenden Staaten von großem Vorteil ist, die von dem Kongreßabgeordneten AuCoin und Senator Glenn eingebrachten Amendments in krassem Widerspruch zu Geist und Zweck des SDI-MoU stehen, die industrielle Kooperation insbesondere im Verteidigungsbereich weitgehend von der Haltung der Regierungen abhängt, die Amendments den gemeinsamen Anstrengungen zur Gewährleistung kosteneffizienter Verteidigungsausgaben widersprechen, die Amendments den Anstrengungen von Senator Nunn und anderer Kongreßmitarbeiter um eine verstärkte Verteidigungszusammenarbeit zuwiderlaufen, die US-Regierung sich weiterhin den Amendments widersetzen wird“. Auffällig sei, daß Shultz keine Prognose über die Annahme des Glenn-Amendments im Senat gebe, aber einräume, daß es im Fall der Annahme Gesetz würde. Vgl. Referat 431, Bd. 153221.

nicht in hinreichender Qualität und nicht zum gleichen oder zu einem geringeren Preis in den USA ausgeführt werden kann („... if such contract cannot be competently performed by a United States firm at a price equal or less than the price ...“).

Im Senat hat Senator Glenn ein gleichlautendes Amendment eingebracht, über das noch beraten werden muß.

Damit steht das im letzten Jahr im Kongreß letztlich gescheiterte „Glenn-Amendment“ (GA)⁵ erneut zur Diskussion.

2) Auch die Begründung stimmt weitestgehend mit der aus dem letzten Jahr bekannten überein:

- Die Administration versuche nur, mit der Vergabe von SDI-Forschungsaufträgen die Unterstützung der gegenüber SDI zurückhaltenden Alliierten zu „kaufen“.
- Das SDI-Forschungsvorhaben müsse dem Auf- und Ausbau der eigenen Forschung dienen und dürfe nicht Wettbewerbern zugute kommen, auch wenn es sich um Alliierte handle.
- Es gelte, SDI-Forschungsgelder in den USA zu halten und wann immer möglich der eigenen vernachlässigten Forschung zukommen zu lassen.
- Viele Verbündete hätten eine zwiespältige, wenn nicht sogar feindliche Haltung gegenüber dem SDI-Vorhaben eingenommen, nach Reagans Angebot zu einer Teilnahme⁶ aber ihren Widerstand verringert.

In diesem Zusammenhang nimmt Glenn ausdrücklich auf die Regierung der Bundesrepublik Deutschland Bezug, die – um den Widerstand gegen eine Beteiligung an der SDI-Forschung zu überwinden – die großen von SDI zu erwartenden wirtschaftlichen Vorteile hervorgehoben habe. Die Zuständigkeit des Wirtschaftsministers und nicht des Verteidigungsministers für das SDI-Forschungsprogramm auf deutscher Seite sei für die Art des deutschen Interesses an SDI bezeichnend.

II. Bewertung

1) Das erneut eingebrachte Amendment widerspricht der Zielsetzung der Vereinbarung im deutsch-amerikanischen Memorandum of Understanding (MoU) vom 27. März 1986 über die SDI-Forschungszusammenarbeit, in dem die amerikanische Regierung erklärt hat, sich bemühen zu wollen, es deutschen und

⁵ Am 13. Oktober 1986 informierte Ministerialdirektor Jelonek: „Das am 9.8.1986 im Senat mit großer Mehrheit angenommene Glenn-Amendment zum Verteidigungsausgabengesetz 1987 ist am 9.10.1986 vom Vermittlungsausschuß mit elf zu vier Stimmen gestrichen worden.“ Die von Senator Glenn angekündigte „Neueinbringung des Amendments in geänderter Form, wonach maximal nur bis zu 3 % aller SDI-Aufträge eines Haushaltjahrs an ausländische Firmen vergeben werden dürfen, erfolgte nicht“. Vgl. VS-Bd. 13175 (431); B 150, Aktenkopien 1986.

⁶ Mit Schreiben vom 26. März 1985 an Bundesminister Wörner bat der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger um Rückmeldung innerhalb von 60 Tagen, ob Interesse an einer Beteiligung am SDI-Forschungsprogramm bestehe und welche Forschungsfelder dafür in Frage kämen. Vgl. dazu Referat 201, Bd. 151241.

Neben den NATO-Mitgliedstaaten waren auch Australien, Israel und Japan Adressaten des Schreibens. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Bertram vom 11. April 1985; Referat 201, Bd. 151241.

Das Schreiben an die Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten wurde am 29. März 1985 veröffentlicht. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 560 f.

amerikanischen Firmen zu ermöglichen, sich zu gleichen Bedingungen um SDI-Forschungsaufträge zu bewerben.⁷ Es beschränkt auch die Möglichkeiten, durch die Forschungszusammenarbeit größere Einsicht in das amerikanische SDI-Programm zu gewinnen und an dem davon erwarteten Fortschritt teilzuhaben, die ein erklärtes Motiv für den Abschluß des MoU auf deutscher Seite waren.

Das Amendment steht ferner im Widerspruch zu dem „Zweibahnstraßenabkommen“ vom 17.10.1978, auf das das SDI-MoU ausdrücklich Bezug nimmt.⁸ Der in dem Zweibahnstraßenabkommen festgeschriebene amerikanische Verzicht auf die „Buy-American“-Klausel würde durch das Amendment für den Bereich von SDI-Forschungsaufträgen wieder zurückgenommen werden.

2) Die Botschaft hat auf der Basis der bereits im letzten Jahr entwickelten Argumentation (vgl. Ziffer II.1) gegen das erneut eingebrachte Glenn-Amendment interveniert.

- Botschafter van Well hat sich in persönlichen Schreiben an 23 Senatoren, die im Verteidigungsbereich über Einfluß verfügen, gegen das GA gewandt und nachdrücklich auf unsere Bedenken hingewiesen.
- Botschafter van Well hat in einem Gespräch mit dem stellvertretenden Verteidigungsminister Taft das Amendment zur Sprache gebracht. Dieser erklärte, das Pentagon werde entsprechende Schritte gegen das GA unternehmen.⁹

Auch GB hat sich wegen des GA schriftlich an 13 Senatoren gewandt.

3) Gegenwärtig ist noch nicht absehbar, ob und wann das GA im Plenum des Senats beraten werden wird, da die Beratungen über den Verteidigungshaushalt gegenwärtig von den in der Minderheit befindlichen Republikanern durch die Filibuster-Taktik aufgehalten werden. Sollte es allerdings zu einer Abstimmung über das GA im Senat kommen, muß mit einer Mehrheit für das GA gerechnet werden. Da – anders als im letzten Jahr – das Repräsentantenhaus dem GA bereits zugestimmt hat, wäre eine weitere Beratung im Vermittlungsausschuß, wo das GA im letzten Jahr schließlich scheiterte, nicht mehr möglich.

4) Senator Nunn soll beabsichtigen, im Falle einer Abstimmung das GA durch einen weiteren Zusatzantrag abzuschwächen. Dabei besteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit, daß das GA als Zusatz zu dem Verteidigungshaushaltsgesetz zusammen mit diesem Gesetz scheitert: Die Dauerdebatte über den Verteidigungshaushalt ist durch die unterschiedlichen Auffassungen zwischen der demokratischen Mehrheit und der Reagan-Administration in der Frage einer weiten oder engen Auslegung des ABM-Vertrages¹⁰ im Zusammenhang mit dem SDI-Forschungsvorhaben bedingt. Laut Botschaft Washington schätzen Fachleute die Wahrscheinlichkeit einer Einigung im Rahmen der Debatte im Senat als

⁷ Die Bundesrepublik und die USA unterzeichneten am 27. März 1986 Vereinbarungen über die Beteiligung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus der Bundesrepublik an der SDI-Forschung. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 84.

⁸ Für die am 17. Oktober 1978 von Bundesminister Apel und dem amerikanischen Verteidigungsminister Brown unterzeichnete Vereinbarung über Grundsätze der gegenseitigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung, Fertigung, Beschaffung und der logistischen Unterstützung von Wehrgerät vgl. VS-Bd. 9563 (201).

⁹ Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2219 des Botschafters van Well, Washington, vom 15. Mai 1987; Referat 431, Bd. 153221.

¹⁰ Zur Frage der „engen“ oder „weiten“ Interpretation des ABM-Vertrags vgl. Dok. 24.

nicht sehr groß ein. Da es sich dabei um eine wichtige Frage handelt, geht man davon aus, daß Reagan einer Abstimmungsniederlage im Senat ein Veto entgegenzusetzen würde, für dessen Zurückweisung sich dann im Senat möglicherweise nicht die erforderliche Mehrheit finden könnte. Damit wäre dann auch das GA – zumindest, was das Haushaltsgesetz (Authorization Bill) betrifft – gescheitert.

5) In Ihrer Antwort an AM Shultz – Antwortentwurf wird getrennt vorgelegt – sollten Sie die von amerikanischer Seite gegebene Einschätzung der Amendments, die dem SDI-Memorandum of Understanding zuwiderlaufen, bestätigen und die Bemühungen der Administration begrüßen, den Amendments entgegenzutreten.¹¹ Mehr wird man im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sagen können, weil die Administration allein wegen der geänderten Mehrheitsverhältnisse im Senat das GA nicht wird zu Fall bringen können.

III. Auftragslage

Nach der offiziellen Statistik der SDIO wurden folgende SDI-Forschungsaufträge vergeben (Stand 27. Februar 1987):

<u>Land</u>	<u>Zahl der Verträge</u>	<u>Gesamtvolumen</u> <u>in Mio. \$</u>
Großbritannien	24	29,963
Bundesrepublik Deutschland	17	48,336
Israel	6	10,653
Italien	11	2,249
Frankreich	4	3,408
Kanada	2	0,420
Belgien	1	0,094
Niederlande	1	0,043
insgesamt	66	95,166

Auffällig dabei ist, daß sich die Gesamtsumme der an ausländische Auftragnehmer vergebenen Forschungsaufträge einschließlich der Optionen gegenüber Oktober 1986, dem Zeitpunkt der erstmaligen Einbringung des GA, nicht mehr nennenswert erhöht hat. Verglichen mit dem allein für das Haushalts-

¹¹ Ministerialdirektor Jelonek legte Bundesminister Genscher am 27. Mai 1987 den Entwurf eines Antwortschreibens an den amerikanischen Außenminister Shultz vor, das zum Ausdruck bringen sollte: „den Dank der Bundesregierung für die ablehnende Haltung der US-Regierung zu den Amendments, die Besorgnis der Bundesregierung angesichts der Amendments, die Unvereinbarkeit der Amendments mit Geist und Zweck des deutsch-amerikanischen SDI-MoU, den Willen zu transatlantischer Kooperation und Hinweis auf Gesamtbeziehungen, das Bemühen unserer Botschaften, durch geeignete Kontakte die Amendments zu verhindern, die Hoffnung, daß die Amendments nicht oder allenfalls in wesentlich abgeschwächter Form wirksam werden“. Vgl. Referat 431, Bd. 153221.

Das Schreiben Genschers samt englischer Höflichkeitsübersetzung wurde von Vortragendem Legationsrat Blankenstein am 22. Juni 1987 mit der Bitte um Weiterleitung an die Botschaft in Washington übermittelt. Vgl. dazu den Drahterlaß; Referat 431, Bd. 153221.

jahr 1987 verfügbaren SDI-Budget von ca. 3,5 Mrd. \$ sind die an ausländische Auftragnehmer seit Beginn des SDI-Forschungsprogramms insgesamt vergebenen Aufträge in Höhe von nur 95,166 Mio. \$ noch nicht einmal eine „quantité négligeable“.

Dg20¹² hat mitgezeichnet mit der Empfehlung, sich in Washington im weiteren Vorgehen eng mit GB und Israel abzustimmen.

Jelonek

Referat 431, Bd. 153221

151

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Oesterhelt

514-516.80

25. Mai 1987¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Harmonisierung der Asylpolitik in Europa;
hier: Zwischenbilanz nach sechs Monaten

Bezug: Weisung Herrn Staatssekretärs vom 10.4.1987⁴

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

1) Die Koalitionsvereinbarung zum Punkt Asyl lautet: „Es wird angestrebt, das Asylrecht auf europäischer Ebene zu harmonisieren.“⁵ Schon während der Asyldiskussion im Sommer 1986 hatte das Bundeskabinett – neben einem innerstaatlichen Maßnahmenkatalog⁶, der zunächst im Mittelpunkt stand – beschlossen, die europäische Harmonisierung von Asylrecht und Asylpolitik besonders zu fördern. Auch die Besprechung des Bundeskanzlers mit den Vor-

¹² Hans-Friedrich von Ploetz.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Müller-Chorus und Vortragendem Legationsrat Plischka konzipiert.

² Hat Staatssekretär Ruhfus am 27. Mai 1987 vorgelegen, der den Rücklauf an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Müller-Chorus verfügte und handschriftlich vermerkte: „Die Fortschritte sind zu begrüßen.“

Hat Müller-Chorus am 15. Juni 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Plischka verfügte.

Hat Plischka erneut vorgelegen.

³ Die Wörter „Herrn Bundesminister“ wurden von Staatssekretär Ruhfus gestrichen.

⁴ Auf einer Aufzeichnung des Ministerialdirektors Oesterhelt vom 6. April 1987 zum selben Thema vermerkte Staatssekretär Ruhfus am 10. April 1987 handschriftlich: „Sehr interessant. Empfehle nach Schengen am 28.4. konzentrierte, kurze Gesamtdarstellung für BM“. Vgl. Referat 514, Bd. 190557.

⁵ Vgl. die Koalitionsvereinbarung von CDU, CSU und FDP für die 11. Wahlperiode des Deutschen Bundestags; CDU-DOKUMENTATION 9/1987 vom 12. März 1987, S. 32; http://www.kas.de/wf/doc/kas_26810-544-1-30.pdf?110826092559.

⁶ Zu den Beschlüssen der Bundesregierung vom 26. August 1986 vgl. Dok. 38, Anm. 17.

sitzenden der Parteien und Fraktionen am 25.9.1986⁷ führte zu Übereinstimmung über die „europäische Dimension“ des Asylrechts. Inzwischen zeigen die Erörterungen im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses im Asylbereich absehbare erste Ergebnisse.

Die Harmonisierungsbemühungen laufen auf verschiedenen europäischen Ebenen und decken entsprechend verschiedene Regelungsmaterien:

- Die Zusammenarbeit der EG-Innen- bzw. Justizminister (TREVI⁸) zielt auf die Harmonisierung der Regelungen zur Vermeidung des Mißbrauchs des Asylrechts (z. B. betreffend Fluglinien, Transitregelungen, Informationsaustausch).
- Die Zusammenarbeit im engeren Kreis des Übereinkommens von Schengen⁹ (D, F, Benelux) regelt wegen des beabsichtigten Fortfalls der internen Grenzkontrollen die Frage, welcher Mitgliedstaat für die Durchführung von Asylverfahren zuständig sein soll.
- Das Europäische Parlament faßte mit großer Mehrheit eine Entschließung zu humanitären Mindeststandards der Asylpolitik.
- Im Europarat (CAHAR¹⁰-Ausschuß) mit dem Vorzug eines weiten Teilnehmerkreises wird die langjährie Arbeit an Vertragstexten intensiviert.
- Auf UNHCR-Initiative befassen sich regelmäßige Konsultativtreffen der westlichen Hauptaufnahmeländer¹¹ vor allem auch mit der Lage bestimmter Flüchtlingsgruppen (z. B. Iraner in der Türkei, Tamilen).

Mit den europäischen Partnern verbindet uns eine gemeinsame Asyltradition, die gemeinsame Rechtsgrundlage der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951¹² einschließlich des Protokolls von 1967¹³ sowie ein gemeinsames Interesse daran, durch eine Harmonisierung in Europa innenpolitischen wie außenpolitischen

⁷ Über das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit den Regierungschefs der Länder und den Vorsitzenden von Parteien und Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP am 25. September 1986 hielt Staatssekretär Ruhfus in einem Schreiben an Staatssekretär Neusel, Bundesministerium des Innern, am 1. Oktober 1986 fest, es sei vereinbart worden, „daß Beaufragte der Innenministerkonferenz der Länder mit dem Auswärtigen Amt die Aktualisierung der Lageberichte des Auswärtigen Amts über die Möglichkeit der Abschiebung von Ausländern in die jeweiligen Herkunftsländer erörtern. Dabei soll eine gemeinsame Bewertung angestrebt werden, einerseits zwischen der Bundesregierung und den Bundesländern, andererseits auch zwischen den einzelnen Bundesländern.“ Das Auswärtige Amt stehe zu „der von Bundesminister Schäuble angesprochenen Überprüfung der Beschlüsse der Ständigen Konferenz der Innenminister der Länder von 1966 und 1985 über die Abschiebung von Ostblockflüchtlingsen“ zur Verfügung. Vgl. Referat 514, Bd. 190553.

⁸ TREVI, Abkürzung für „Terrorisme, Radicalisme, Extrémisme et Violence Internationale“, ist der auf einem Beschluß des Europäischen Rats vom 1./2. Dezember 1975 in Rom beruhende Zusammenschluß der Innen- bzw. Justizminister der EG-Mitgliedstaaten zur Terrorismusbekämpfung auf polizeilichem und justiziellem Gebiet. Zur Tagung des Europäischen Rats vgl. AAPD 1975, II, Dok. 367.

⁹ Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 14. Juni 1985 zwischen Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden betreffend den schrittweisen Abbau von Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (Schengener Übereinkommen) vgl. GEMEINSAMES MINISTERIALBLATT 1986, S. 79–81, bzw. EUROPA-ARCHIV 1991, D 3–9.

¹⁰ Comité ad hoc d'experts sur les aspects juridiques de l'asile territorial, des réfugiés et des apatrides.

¹¹ Zu den Konsultativtreffen der westlichen Hauptaufnahmeländer von Flüchtlingen vgl. Dok. 137, Anm. 8.

¹² Für den Wortlaut des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Genfer Flüchtlingskonvention) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1953, Teil II, S. 560–589.

¹³ Für den Wortlaut des Protokolls vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vgl. BUNDESGESETZBLATT 1969, Teil II, S. 1294–1298.

Druck in dieser wesentlich vom Nord-Süd-Gefälle bestimmten Frage zu neutralisieren.

2) Auf deutsche Initiative nahm zunächst der Europäische Rat das Asylthema am 6.12.1986 auf.¹⁴ Er bekräftigte die gemeinsame Asyltradition und nannte als Gegenstand einer abgestimmten Politik die Verhinderung des Mißbrauchs des Asylrechts zu Zwecken illegaler Einwanderung.

Die TREVI-Ministerrunde verabschiedete am 28.4.1987¹⁵ folgende Leitlinien zur Harmonisierung (nationaler) Mißbrauchskontrollen:

- Inpflichtnahme der Verkehrsgesellschaften, Sanktionen bei Beförderung ohne Papiere,
- Visumsregelungen gegenüber Problemländern, einschließlich Transitvisumspflicht,
- Verstärkung der Außengrenzkontrollen, bei Einführung von Sonderwegen für Gemeinschaftsbürger,
- Regelung der Verantwortlichkeit bei Asylantrag in verschiedenen Staaten, Abschiebung bei negativem Asylverfahren,
- gemeinsame Lageberichte über die Situation in Verfolger- und Transitländern, Informationsaustausch über Schlepperorganisationen.

Die Empfehlungen lassen unterschiedlichen nationalen Rechtsordnungen und Interessensgesichtspunkten Raum. Im Prinzip aber haben sich auch solche Länder nicht gegen die Empfehlungen gewandt, die bisher kein Asylproblem kannten.

Die EG-Partner waren nicht von vornherein Anhänger einer Harmonisierung der Asylpolitik. Auch EG-Kommissar Lord Cockfield reagierte gegenüber unserem ersten Vorstoß zu einer Kommissionsinitiative zurückhaltend. Die anderen sahen den Zustrom nach Europa zunächst als Problem der Deutschen (Art. 16 GG¹⁶, Berlin¹⁷). Inzwischen haben auch sie erfahren, daß das Problem massenweisen Mißbrauchs in Folge leichten Transports in Großflugzeugen sie ebenso berührt wie uns. Die Kommission wurde an den TREVI-Konsultationen beteiligt und dringt nunmehr ihrerseits – aus der Perspektive der Freizügigkeit und Binnenmarktvollendung – auf zügige Fortschritte.

3) Zu einem Motor der Harmonisierung wurde die Zusammenarbeit der Vertragspartner von Schengen auch im Asylbereich. Hier bot bereits der Schengener Vertrag von 1985 eine Rechtsgrundlage. Die für 1990 vorgesehene Abschaffung der Binnengrenzkontrollen bedingt eine Einigung über die Verteilung der Verantwortung im Asylbereich. Zudem gehören alle Schengener Partner zum Kreis der hauptbetroffenen Asylaufnahmeländer in Europa. Die Zentrale Verhandlungskommission verabschiedete am 28.4.1987 konkrete Vorschläge, die in einen Staatsvertrag der Schengener Partner aufgenommen werden sollen:

¹⁴ Am 5./6. Dezember 1986 fand in London eine Tagung des Europäischen Rats statt. Vgl. dazu die Schlußfolgerungen des Vorsitzes; BULLETIN DER EG 12/1986, S. 7–12.

¹⁵ Die Konferenz der Innen- und Justizminister der EG-Mitgliedstaaten im TREVI-Rahmen fand am 28. April 1987 in Brüssel statt. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 4/1987, S. 67f.

¹⁶ Für den Wortlaut von Artikel 16 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 3.

¹⁷ Zur Einreise von Asylbewerbern über den Flughafen Berlin-Schönefeld nach Berlin (West) vgl. AAPD 1986, II, Dok. 220 und Dok. 228.

- Prinzip der exklusiven Zuständigkeit eines einzigen Staates für einen Asylantrag. Ein Asylsuchender soll nur in einem Vertragsstaat ein Asylverfahren durchführen können. Allerdings kann jeder Vertragsstaat aufgrund seiner Souveränität bzw. Rechtsordnung in Ausnahmefällen gleichwohl das Asylverfahren durchführen und Asyl gewähren.
- Kriterien zur Bestimmung des für einen Asylantrag zuständigen Staates: Visumserteilung oder Grenzübergang.
- Wiederaufnahme des Asylbewerbers durch den zuständigen Staat: Der für die Durchführung des Asylverfahrens zuständige Vertrauensstaat soll den Bewerber auf sein Hoheitsgebiet übernehmen, wenn er sich auf dem Hoheitsgebiet eines anderen Vertragsstaates befindet, der den zuständigen Staat um die Übernahme ersucht.

Die Harmonisierung soll nicht nur eine Praxis des gegenseitigen Zuschiebens von Asylantragstellern und den Asyltourismus der „Asylbewerber“ unterbinden, sie soll ebenso den echten Flüchtlingen die tatsächliche Behandlung ihres Gesuchs jedenfalls durch einen Staat und auch die Reisefreiheit im Schengener Gebiet sichern.

Die Visa-Harmonisierung als Voraussetzung für den völligen Grenzabbau ist bereits seit längerer Zeit im Rahmen des Vertrags von Schengen thematisiert und hat Konkretisierung in einem mehrjährigen Harmonisierungsprogramm gefunden.

BM Justiz prüft zur Zeit die Frage, welche Auswirkungen sich aus Artikel 16 GG im Fall der nach dem Schengener Abkommen letztendlich angestrebten Verlagerung der Kontrollen von den Binnen- an die Außengrenzen ergeben.

4) Die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12.3.1987 zum Asylrecht auf der Grundlage des Berichts des Abgeordneten Vetter (DGB)¹⁸ äußert sich u.a. positiv zur rechtlichen Ausdehnung des Flüchtlingsschutzes auf De-facto-Flüchtlinge, kritisiert restriktive Abschottungsmaßnahmen der europäischen Regierungen und spricht sich für die Einsetzung eines europäischen Asylbeauftragten aus.

Die Entschließung steht in einem gewissen Spannungsverhältnis zu den Bemühungen im Rahmen von TREVI und Schengen. Während sie die humanitären Grundlagen und Verpflichtungen betont, fühlen sich letztere einer Politik verpflichtet, die die einzelstaatlichen Mißbrauchskontrollen untereinander abstimmt. Die Ziele ergänzen sich jedoch auch und setzen gemeinsam einen Rahmen für die „europäische Harmonisierung des Asylrechts“.

Die Entschließung des Europäischen Parlaments wurde am 21.5.1987 im Bundestag debattiert (ohne Stellungnahme des BM des Innern).¹⁹ Bei einer TREVI-

¹⁸ Das Europäische Parlament nahm am 12. März 1987 einen Entschließungsantrag zum Bericht des SPD-Abgeordneten Vetter im Namen des Ausschusses für Recht und Bürgerrechte zu den Fragen des Asylrechts an. Vgl. dazu AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. C 99 vom 13. April 1987, S. 133, S. 138–141 und S. 167–171.

Für den Bericht (Auszüge) vgl. Heinz Oskar VETTER (Hrsg.), Ein Mensch wie Du und ich – Flüchtlinge in der Europäischen Gemeinschaft, Bonn 1987.

¹⁹ Zum Punkt „Beratung der Unterrichtung durch das Europäische Parlament: Entschließung zu den Fragen des Asylrechts (Drucksache 11/147)“ vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 13. Sitzung, S. 822–827.

Runde am 13.3.1987 wurde die Resolution kurz angesprochen und vom belgischen Vorsitzenden²⁰ ohne Widerspruch vermerkt, daß sie den Auftrag des Europäischen Rates und der TREVI-Ministerrunde nicht berühre.

5) Im Europarat (CAHAR-Ausschuß) wird zur Zeit eine „Vereinbarung über die Staatenverantwortlichkeit bei der Prüfung von Asylverfahren“ ausgearbeitet. Sie ist den Bemühungen der Schengener Partner verwandt, sieht aber auch einen Ausgleich zwischen den Staaten bei übermäßiger Belastung vor.²¹

6) Die „Konsultativtreffen“ der westeuropäischen Hauptaufnahmeländer unter Beteiligung des UNHCR können als komplementärer Rahmen der im EG- und Schengener Kreis erörterten Maßnahmen für die nordischen Staaten und die Alpenländer dienen. Diese zeigen Interesse an der „Mißbrauchsvermeidungs-Harmonisierung“. Zugleich werden auf Initiative des UNHCR spezifische Flüchtlingsprobleme in einzelnen Ländern aufgegriffen (z. B. Problem iranischer Flüchtlinge in der Türkei²²). Einige bisher weniger betroffene Aufnahmestaaten haben die Übernahme in einer Größenordnung von 1500 bis 2000 Asylbewerbern in Aussicht gestellt.

Oesterhelt

Referat 514, Bd. 190558

²⁰ Joseph Michel.

²¹ Ministerialdirektor Oesterhelt vermerkte am 6. April 1987: „Auf Initiative der Bundesregierung ist der CAHAR-Ausschuß zu einer Sondersitzung auf der Ebene hoher Beamter zusammengetreten. Hierbei wurden erstmals auch Fragen der Bekämpfung der unkontrollierten Einreise und des Asylmißbrauchs sowie der S[icht]V[ermerks]-Harmonisierung erörtert.“ Vgl. Referat 514, Bd. 190557.

Das Komitee der Ministerbeauftragten des Europarats nahm bei der Sitzung vom 19. bis 27. Mai 1987 in Straßburg vom Bericht des CAHAR-Ausschusses über dessen Sitzung vom 31. März bis 3. April 1987 in Straßburg Kenntnis und forderte den Ausschuß auf, vorrangig den Entwurf eines Übereinkommens über die Verantwortlichkeiten bei der Prüfung von Asylgesuchen fertigzustellen. Vgl. dazu die Anlage Nr. 5 zum Schriftbericht Nr. 287 der Ständigen Vertretung beim Europarat in Straßburg vom 2. Juni 1987; Referat 200, Bd. 141808.

Für den „Meeting Report“ des CAHAR vom 22. April 1987 vgl. Referat 200, Bd. 141808.

²² Zur Lage der iranischen Flüchtlinge in der Türkei vgl. Dok. 137, Anm. 10.

152

Vortragender Legationsrat I. Klasse Vollers an die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York

230-381.47 IRK/IRN-382I/87 VS-vertraulich Aufgabe: 25. Mai 1987, 16.05 Uhr¹
Fernschreiben Nr. 285

Betr.: Iran-Irak²;
 hier: Einsatz von CW im Golf-Konflikt

Bezug: DB 1031 vom 15.5.1987 – Pol 381.47 IRK/IRN³

Nachstehend wird ein am 18.5.1987 erstellter Sachstand zum Verdacht der Beteiligung deutscher Firmen am irakischen Programm zur Herstellung chemischer Waffen mitgeteilt:

1) Es besteht kein vernünftiger Zweifel daran, daß es sich bei der großen militärisch gesicherten chemischen Fabrik (Fläche ca. zehnmal die der BASF in Ludwigshafen) in der irakischen Wüste in der Nähe von Samarra um die irakische Produktionsstätte für chemische Kampfstoffe handelt.

Ferner deuten zahlreiche Indizien darauf hin, daß der bei Fallujah (in der Wüste südlich von Samarra) entstehende noch größere neue Komplex ebenfalls eine Fabrikationsanlage für chemische Kampfstoffe ist. Nach deren Fertigstellung dürfte der Irak über das größte CW-Produktionspotential außerhalb des Ostblocks verfügen.

2) Am Bau der Anlage Samarra bzw. mit Zulieferungen dafür waren auch deutsche Firmen beteiligt, u. a.:

- Kolb/Pilot Plant,
- eine Baufirma aus Rheinland-Pfalz,

¹ Durchdruck.

² Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 22, Anm. 2.

Botschafter Fiedler, Bagdad, bilanzierte am 25. Mai 1987: „Zwar haben die iran[ischen] Str[eit]-kr[äfte] auch in diesem Jahr in mehreren Offensiven wieder Geländegewinne erzielen können. Der entscheidende Durchbruch blieb ihnen jedoch wiederum versagt. [...] Der irak[isch]-iran. Krieg hat bisher weitaus mehr Opfer gebracht als alle Nahost-Kriege zusammen und jeder andere Konflikt nach Weltkrieg II. Er stellt darüber hinaus einen Faktor der Unsicherheit für die ganze Region dar. [...] Der Golfkrieg ist im Vergleich zum Nahost-Konflikt gegenwärtig der gefährlichere, weil er ein offener ist und von seinem Ausgang nicht nur diese Region, sondern im Falle eines iran. Sieges die ganze islamische Welt betroffen wird. Auch Europa würde nicht von den Auswirkungen verschont bleiben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 484; Referat 311, Bd. 139979.

³ Botschafter Lautenschlager, New York (VN), berichtete, die Ergebnisse einer BBC-Dokumentation „Secrets of Samarra“ über den Einsatz von Chemiewaffen durch den Irak, die der Iran den Mitgliedern des VN-Sicherheitsrats mittels Videoband übermittelt habe, seien besorgniserregend: „Die Sendung dokumentiert u. a. anhand von Satellitenfotos, daß Irak eine sehr große, angeblich geheime CW-Produktionsstätte (‘Samarra’) errichtet. An dem Aufbau (‘zivile’ Anteile) sollen sich nach dem Dokumentationskommentar auch deutsche Firmen beteiligt haben (genannt werden Preussag, Herbig, Hammer). Westeuropäische, darunter deutsche Firmen sollen direkt oder indirekt CW-Komponenten an den Irak geliefert haben (genannt: KBS, NL; Melchemie, NL; Karl Kolb, D; Quast, D; Montedison, I; Artochemie, F). Deutsche Experten sollen Irak beim Aufbau von CW-Produktionskapazitäten geholfen haben.“ Die Ständige Vertretung bat um Sprachregelung, falls die Dokumentation im Rahmen der Vereinten Nationen thematisiert werden sollte. Vgl. Referat 230, Bd. 158096.

- eine Lüftungsfirma aus Hanau,
- die Firma Preussag.

Bei dieser Aussage handelt es sich um vorläufige, noch nicht endgültige Feststellungen aufgrund mehrerer kürzlich vorgenommenen Betriebsprüfungen. Die endgültigen Ergebnisse liegen etwa in einem Monat vor, danach ist beabsichtigt, sie im Ressortkreis zu bewerten.

3) Derzeit läßt sich deshalb mit endgültiger Sicherheit weder feststellen,

- ob die Lieferungen gegen deutsches Ausfuhrrecht verstießen,
- noch ob den Firmen bewußt war, daß sie nicht für eine normale Chemiefabrik (= Pflanzenschutzmittel-Fabrikation) lieferten, sondern sich an der Errichtung einer Fabrik zur Herstellung chemischer Kampfstoffe beteiligten.

4) Das Auswärtige Amt nimmt diesen Komplex sehr ernst:

a) Auf sein Drängen hin fanden die genannten Betriebsprüfungen statt.⁴ AA wird auch weiterhin auf sorgfältiger Aufklärung der Verdachtsmomente bestehen.

b) Weiter stellt sich die Frage einer Überprüfung und Ergänzung unserer Ausfuhrkontrollbestimmungen. Dies ist auch Gegenstand der Erörterungen in der „Australischen Initiative“ zu CW⁵ und von gleichgerichteten Anstrengungen im Rahmen der EPZ.

c) Darüber hinaus wird man auch neue Wege gehen müssen, um weitere Lieferungen zu verhindern. Hierbei geht es insbesondere um eine klarere Unterrichtung deutscher Firmen, wobei man sich auch nicht scheuen sollte, den Irak deutlicher als bisher zu nennen. Das Ergebnis der jüngsten UN-Mission zur Überprüfung des Einsatzes von CW im Golfkrieg bleibt abzuwarten.⁶

Vollers⁷

VS-Bd. 13036 (230/231/232)

⁴ Zur Betriebsprüfung bei den Firmen Kolb und Pilot Plant vgl. Dok. 36, Anm. 7.

⁵ Zur „Australischen Initiative“ vgl. Dok. 45.

⁶ Botschafter Lautenschlager, New York (VN), berichtete am 13. Mai 1987, der am selben Tag vorgelegte, „(auf 8.5.1987 datierte) Bericht des Experten-Teams der VN über CW-Einsätze im Golf“ komme zum Ergebnis, „daß von irak[ischen] Streitkräften CW gegen iran[ische] Streitkräfte eingesetzt wurden, wobei auch Zivilisten im Iran zu Schaden gekommen sind. Auch auf seiten der irak. Streitkräfte sei es zu CW-Verletzungen gekommen, wobei deren Ursache jedoch nicht festgestellt werden konnte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 991; Referat 230, Bd. 158096.

Der Bericht S/18852 „Report of the mission dispatched by the Secretary-General to investigate allegations of the use of chemical weapons in the conflict between the Islamic Republic of Iran and Iraq“ vom 8. Mai 1987 wurde am 13. Mai 1987 mit Fernkopie Nr. 388 des Legationsrats I. Klasse Steiner, New York (VN), übermittelt. Vgl. Referat 230, Bd. 158096.

⁷ Paraphe.

153

**SPD-Abgeordneter Wischnewski, z.Z. Teheran,
an das Auswärtige Amt**

114-3721/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 929
Citissime

Aufgabe: 25. Mai 1987, 10.00 Uhr¹
Ankunft: 25. Mai 1987, 11.29 Uhr

Betr.: Geiseln im Libanon²;
 hier: Gespräche mit Rafsandjani und T.³ am 24.5.87⁴

Bezug: DB 916 vom 22.5.87 – Pol 530.36 LIA⁵

Zur Information

I. Gespräch mit Parlamentspräsident Rafsandjani am 24.5. gab Gelegenheit zu Erörterung der bilateralen Beziehungen und zu ausführlicher Darstellung des Entführungs- und Auslieferungskomplexes.

Rafsandjani erläuterte die mehrfachen iranischen Bemühungen um humanitäre Unterstützung der Bundesregierung, die bisher allerdings keine Bereitschaft der Entführer zur Freilassung der Geiseln auf der Grundlage der von der Bundesregierung angebotenen Konditionen erbracht hätten. Rafsandjani erklärte sich auf meine Bitte bereit, ein weiteres Mal auf Entführergruppe in unserem Sinne einzuwirken. Er machte jedoch zugleich deutlich, daß dies das letzte Mal sein müsse, da der Iran sich nicht Verdächtigungen in den internationalen Medien aussetzen wolle und könne, selbst etwas mit der Geiselnahme zu tun zu haben. Bei anschließender Erörterung des Gesprächsverlaufs in der Residenz bewertete T. diesen aufgrund unserer Schilderungen und seines Hintergrundwissens verhältnismäßig positiv: Er habe jetzt grünes Licht der höchsten geistlichen wie staatlichen Autoritäten des Iran, mit seinen Bemühungen bei der Entführergruppe um Freilassung der Geiseln zu beginnen. Seine Einschätzung der Erfolgsaussichten innerhalb der zur Verfügung stehenden Zeit ist optimistisch.

Im einzelnen

1) Einstündiges Gespräch mit Rafsandjani in dessen Arbeitszimmer im Parlamentskomplex fand in freundschaftlicher, aufgeschlossener Atmosphäre statt.

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 21.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Richter am 25. Mai 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat Worbs „z[ur] K[enn]ntnisnahme“ verfügte und um Wiedervorlage bat.

² Zum Entführungsfall Cordes und Schmidt vgl. Dok. 138.

³ Sadegh Tabatabai.

⁴ Der SPD-Abgeordnete Wischnewski und Vortragender Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, hielten sich vom 20. bis 25. Mai 1987 im Iran auf.

⁵ Korrigiert aus: „Pol Tepmey LIA“.

Der SPD-Abgeordnete Wischnewski und Vortragender Legationsrat I. Klasse Ueberschaer, Bundeskanzleramt, z.Z. Teheran, berichteten, der Persönliche Beauftragte des Ayatollah Khomeini, Tabatabai, habe am 21. Mai 1987 „die Chancen zur Lösung der Geiselfrage im Sinne der Vorstellungen der Bundesregierung als gut“ bezeichnet, weil diese die Billigung durch Khomeini gefunden hätten. Durch ein Gespräch Wischnewskis mit dem iranischen Parlamentspräsidenten Rafsandjani solle „Unterstützung auch auf staatlicher iran[ischer] Ebene gesichert werden“. Zur Lösung der Geiselfrage sei Tabatabai bereit, auch selbst in den Libanon zu reisen. Vgl. VS-Bd. 13617 (310); B 150, Aktenkopien 1987.

Von deutscher Seite nahmen noch Botschafter Freitag und VLRI Ueberschaer, von iranischer Seite der amtierende Leiter der Westeuropa-Abteilung im hiesigen AM, Abu Talebi, teil.

Nach Eröffnung des Gesprächs durch Übergabe der Botschaft des Bundestagspräsidenten⁶ und Übermittlung der Grüße der Bundesregierung – insbesondere des Bundeskanzlers und BM Genschers – ging ich zur Einstimmung zunächst auf die bilateralen Beziehungen ein. U. a. legte ich den Wunsch der Bundesregierung nach freundschaftlichen Beziehungen mit dem Iran in allen Bereichen und unsere Bereitschaft, hierzu nach Kräften beizutragen, dar.

Im Hinblick auf den Golfkrieg⁷ sprach ich unseren dringenden Wunsch nach baldiger Herstellung eines dauerhaften Friedens aus. Ich unterstrich die Neutralität der Bundesregierung, die sie aber nicht an klaren Stellungnahmen zu wesentlichen Fragen hindere (Kriegsbeginn durch Irak, Verurteilung von Angriffen gegen die Zivilbevölkerung in aller Welt, daher auch Verurteilung des Einsatzes von C-Waffen und der Bombenangriffe gegen zivile Ziele durch den Irak).

Anschließend sprach ich das Problem der Schifffahrt im Persischen Golf⁸ an (Verständnis für den iranischen Wunsch, den Golf nicht zum Schauplatz von Ost-West-Auseinandersetzungen zu machen; Verbot des Einsatzes der Bundeswehr außerhalb der NATO durch das Grundgesetz⁹).

Nach Würdigung der positiven Entwicklung unserer Wirtschaftsbeziehungen und der Verdeutlichung unseres Wunsches nach einer ausgeglichenen Handelsbilanz sprach ich den Carrell-Zwischenfall¹⁰ an. Ich bezeichnete ihn als zutiefst bedauerlich und unterstrich die Nichtbeteiligung der Bundesregierung und ihre anschließenden Bemühungen um eine Beilegung und verurteilte schließlich die Karikierung eines geistlichen Oberhauptes, das in der islamischen Welt hohe Verehrung genießt.

Die iranischen Vergeltungsmaßnahmen habe ich als sehr bedauerlich bezeichnet, darauf hingewiesen, daß von deutscher Seite keine Gegenmaßnahmen erfolgt sind, und im Interesse der Gesamtbeziehungen um Überprüfung gebeten.

Im Hinblick auf die hohe Anzahl (1,5 Mio.) von Moslems in der Bundesrepublik habe ich empfohlen, den Dialog über Religionsfragen auf Instituts- oder anderen Ebenen zu vertiefen.

⁶ Korrigiert aus: „Bundespräsidenten“.

Zum Schreiben des Bundestagspräsidenten Jenninger vgl. Dok. 138, Anm. 11.

⁷ Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 152, Anm. 2.

⁸ Referat 311 legte am 3. Juni 1987 dar, der irakisch-iranische Krieg beeinträchtigt die Schifffahrt im Persischen Golf: „In nennenswertem Ausmaß ist sie allerdings erst betroffen, seitdem Irak 1984 den sog. Tankerkrieg begann, d. h. iranische Öltanker und Ölverladeanlagen beschöß. [...] Ein neues Element bedeutet die unmittelbare Einschaltung der Großmächte in die Sicherheit der Golfschifffahrt im Mai 1987 (Vercharterung von drei sowjetischen Tankern an Kuwait, US-Beflaggung – samt militärischem Schutz durch USA – für elf kuwaitische Tanker, Beschädigung eines sowjetischen Frachters, Beschießung der US-Fregatte „Stark“). Dadurch stiegen die Spannungen im Golf und in der Region. Irak sah seinen Wunsch in Erfüllung gehen, den Konflikt zu internationalisieren, Iran hingegen eine Kräfteverschiebung zugunsten des Gegners sowie die Gefahr, daß die Großmächte einseitig gegen Iran in den Krieg eingreifen. Die amerikanischen und sowjetischen Schutzmaßnahmen wirken sich nur zum Vorteil Iraks aus, der immerhin für 60 % der Angriffe auf Golfschifffahrt verantwortlich ist, und sind ausschließlich gegen Iran gerichtet.“ Vgl. Referat 311, Bd. 139991.

⁹ Zur Frage des Einsatzes der Bundeswehr außerhalb des NATO-Vertragsgebiets vgl. Dok. 159.

¹⁰ Zu den Folgen der ARD-Sendung „Rudis Tagesshow“ vom 15. Februar 1987 für die Beziehungen der Bundesrepublik zum Iran vgl. Dok. 46, Dok. 47 und Dok. 113.

Nach Darlegung meiner Sicht der bilateralen Beziehungen habe ich aufgrund der mir übergebenen Sprachregelung die Haltung der Bundesregierung in der Entführungs- und Auslieferungsfrage ausführlich erläutert. Ich habe dabei auf den Rat von Sheikh Fadlallah¹¹ und auf die Botschaften von BM Genscher an Rafsandjani¹² verwiesen. Ich habe mit dem Zeitdruck und die beiden der Bundesregierung zur Verfügung stehenden Optionen wiederholt und mit aller Deutlichkeit hingewiesen.¹³

In seiner Antwort dankte Rafsandjani zunächst für die persönliche Botschaft des Bundestagspräsidenten¹⁴ und für die Grüße der Bundesregierung. Er äußerte sich positiv zu meinen Stellungnahmen zum Golfkrieg und erinnerte an die mutige Aussage von BM Genscher zur Urheberschaft des Irak.¹⁵

Die bilateralen Beziehungen bezeichnete er – besonders im Bereich der Wirtschaft – als gut und ausbaufähig. Für die Äußerungen zum Carrell-Zwischenfall sprach er seinen Dank aus und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich unsere Haltung positiv auf die Beziehungen insgesamt auswirken werde.

Der Iran wünsche auch einen Ausbau der kulturellen Beziehungen auf einer gerechten Grundlage.

Negativ äußerte sich Rafsandjani hingegen zu den von den deutschen Behörden geduldeten Aktivitäten der Konterrevolutionäre auf deutschem Boden. Die Konterrevolutionäre fänden auch Zugang zu Parlamentariern und politischen Führern. Die deutschen Behörden könnten die Aktivitäten der Volksmujahedin sicherlich nach deutschem Recht unterbinden, täten dies aber nicht. Er sehe einen Widerspruch darin, daß man auf deutscher Seite einerseits den Terrorismus bekämpfe, ihn andererseits aber offen dulde.

Die Aufnahme eines verstärkten Dialogs mit den Moslems in Deutschland begrüßte Rafsandjani, verwies aber zugleich darauf, daß man dieser religiösen

¹¹ Zum Gespräch des Botschafters Eitel mit Scheich Fadlallah vgl. Dok. 107.

¹² Zu den Schreiben des Bundesministers Genscher vom 21. Januar bzw. 24. Januar 1987 sowie vom 14. April 1987 an den iranischen Parlamentspräsidenten Rafsandjani vgl. Dok. 34, Anm. 9, und Dok. 107, Anm. 13.

¹³ So in der Vorlage.

¹⁴ Korrigiert aus: „Bundespräsidenten“.

Botschafter Freitag, Teheran, berichtete am 30. Mai 1987, im iranischen Außenministerium sei ihm am selben Tag „die nachstehende mündliche Antwort-Botschaft von Parlamentssprecher Rafsandjani an Bundestagspräsident Dr. Jenninger“ mitgeteilt worden, deren Text die Dolmetscherin der Botschaft wie folgt mitgeschrieben habe: „Auf Bitten von S. E. Herrn Genscher haben wir unsere Freunde im Libanon aufgefordert, sich zu bemühen und einen Weg zu finden, der zur Freilassung der deutschen Geiseln führt. Nach einiger Zeit hat man uns mitgeteilt, daß die Geiselnnehmer die Freilassung von zwei Arabern fordern, die in Deutschland inhaftiert sind. Bei der nächsten Kontaktaufnahme nach Erhalt des zweiten Briefes von Herrn Genscher wurde festgestellt, daß außer Freilassung dieser Personen kein anderer Vorschlag akzeptabel ist. Identität der Geiselnnehmer und der Personen, deren Freilassung gefordert wird, ist uns nicht bekannt. Es scheint, daß wir z. Zt. nichts anderes unternehmen können. Aus humanitären Gründen, weil wir dieses Problem für Ihr Land lösen möchten, und insbesondere weil Herr Genscher der erste Außenminister eines westlichen Landes war, der vor einigen Jahren öffentlich erklärt hat, daß das irakische Regime der Initiator und Aggressor des Krieges sei, liegt uns daran, daß die Bemühungen zu einem positiven Ergebnis führen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 977; VS-Bd. 13617 (310); B 150, Aktenkopien 1987.

¹⁵ Im Gespräch mit dem iranischen Parlamentspräsidenten am 21. Juli 1984 in Teheran erklärte Bundesminister Genscher auf eine entsprechende Frage Rafsandjanis, die Bundesregierung habe „nie einen Zweifel daran gelassen, daß Irak den Krieg begonnen habe“. Vgl. AAPD 1984, II, Dok. 201.

Minderheit – ähnlich wie bei den armenischen Christen und jüdischen Minderheiten im Iran – keine eigenen Parlamentssitze einräume.

Anschließend kam Rafsandjani auf die Entführungsfrage zu sprechen.

Er habe sich nach Erhalt der ersten Botschaft von BM Genscher wegen dessen so positiver Haltung zum deutsch-iranischen Verhältnis sehr gern bereit erklärt, der Bundesregierung zu helfen. Der Iran habe in der Folge seine Freunde im Libanon um Nachforschungen nach den Vermissten gebeten. Es habe jedoch sehr lange gedauert, bis man eine Nachricht erhalten habe. Seine Beauftragten hätten mitgeteilt, daß die Entführer für eine Freilassung der Geiseln außer der Herausgabe der Brüder Hamadi¹⁶ keine weiteren Forderungen stellten.

Durch die zweite Botschaft von BM Genscher habe er, Rafsandjani, erfahren, daß die Bundesregierung bereit sei, sich für eine Freilassung der Geiseln zur Nichtauslieferung von Mohammed Ali Hamadi zu verpflichten. Auf diese von ihm weitergeleitete zweite Botschaft hätten die Entführer negativ reagiert: Sie seien nicht mehr bereit, mit der Bundesregierung zu reden, da diese sie nur irreführen wolle. Auf erneute Intervention von iranischer Seite, daß man zur Behebung der deutschen Probleme beitragen wolle, hätten die Entführer geantwortet, daß eine Nichtauslieferung an USA das Problem nicht löse und daß sie nur an der Aufrechterhaltung des Kontakts interessiert seien, wenn ein Austausch geplant sei.

Rafsandjani unterstrich dann, daß der Iran keinerlei eigenes Interesse in der Geiselfrage habe, sondern ehrlich auf die Freilassung der beiden Deutschen Wert lege. Im Iran kenne man die Identität der Entführer nicht und wisse auch nicht, welcher Gruppierung Mohammed Ali Hamadi angehöre. Die Beauftragten des Iran im Libanon hätten aber versichert, daß die Entführer es mit ihren Austauschplänen ernst meinten. Nach seiner persönlichen Vermutung könne das Problem durch einen Prozeß in Deutschland und anschließende Ausweisung von Mohammed Ali Hamadi gelöst werden. Bei entsprechender deutscher Bereitschaft könnten die Garantien hierfür von dritter Seite gestellt werden.

Im übrigen lege der Iran größten Wert darauf, nicht in tendenziösen Presse-darstellungen als Vermittler genannt zu werden.

So sei es für die iranische Seite sehr unerfreulich, daß im deutschen Fernsehen vom 23.5. mein Besuch in Teheran im Zusammenhang mit der Geiselfrage genannt worden sei.¹⁷

Die iranische Seite sei bereit, erneut die deutsche Haltung an die Entführergruppe im Libanon weiterzuleiten. Dies sei jedoch ein letzter Schritt. Weitere

¹⁶ Durchgängig korrigiert aus: „Hamdei“.

¹⁷ Vortragender Legationsrat I. Klasse Richter informierte die Botschaften in Damaskus, Junieh, Teheran und Washington am 22. Mai 1987, die Presseagentur dpa „meldete am 22.5. um 14.00 Uhr OZ, MdB Wischniewski werde am Wochenende Teheran besuchen. [...] Hier wird unter Hinweis auf Nachrichtensperre kein Kommentar abgegeben. Bitte dort ebenso verfahren.“ In der dpa-Meldung hieß es: „Wie aus zuverlässiger Bonner Quelle verlautete, wird Wischniewski, der wegen seiner guten Verbindungen zu den Arabern ‚Ben Wisch‘ genannt wird, unter Umständen‘ schon an diesem Wochenende zu einer Blitzreise nach Iran fliegen. [...] Die Mission Wischniewskis werde ‚unter strengster Geheimhaltung laufen‘, wurde von zuständiger Seite erläutert. Sie werde ‚in jedem Fall und von jeder Stelle mit Sicherheit dementiert‘, hieß es. Wischniewski soll nach dpa-Informationen schon vor etwa zwei Wochen zusammen mit dem Staatssekretär des Bundesinnenministeriums, Hans Neusel, einen Flug nach Teheran geplant haben. Damals hätten aber die Iraner keine Visa erteilt“. Vgl. den Runderlaß Nr. 4178; Referat 310, Bd. 149654.

Besuche und weiteren Schriftverkehr wünsche man nicht, um jeden Eindruck einer Beteiligung des Iran an der Geiselnahme zu vermeiden.

Ich habe Rafsandjani den Dank der Bundesregierung für die bisher gewährte Hilfe ausgesprochen, gebeten, die bisherigen humanitären Bemühungen fortzuführen, und erklärt, daß die Bundesregierung wisse, daß der Iran nicht nur an der Geiselnahme nicht beteiligt sei, sondern uns mit seiner Hilfe einen großen Dienst erweise.

Mein Angebot an Rafsandjani, ihm noch ein Non-paper zur Verdeutlichung des Sachverhalts und der Rechtsposition der Bundesregierung zu übersenden, nahm dieser zustimmend zur Kenntnis.

2) Bei einer anschließenden gemeinsamen Erörterung in der Residenz, an der T. teilnahm, bewertete dieser den Gesprächsverlauf als positiv. Er, T., habe jetzt grünes Licht der höchsten geistlichen und staatlichen Instanzen des Iran für seine Vermittlertätigkeit.

Die Schwester von Musa Sadr¹⁸ habe ihre für Montag¹⁹ geplante Reise in den Libanon zunächst verschoben, um den Ausgang unseres Gesprächs mit Rafsandjani abzuwarten. Sie werde am 27.5. in den Libanon reisen, um dort Botschaften höchster iranischer Instanzen an Berri, Fadlallah und den Hamadi-Clan zu überbringen. Als Verantwortliche der Musa-Sadr-Stiftung im Libanon habe sie dort außerordentlichen Einfluß.²⁰

Er, T., werde ihr selbst über Damaskus nach Beirut folgen, sobald sie dies für zweckmäßig halte. Er werde uns zu gegebener Zeit bitten, unsere Botschaften in Syrien und Libanon zu unterrichten.

Auf Frage erklärte T., daß er selbst an die Verantwortlichen des Clans heranzutreten beabsichtige und sie – unter Hinweis auf die Unterstützung durch die höchsten geistlichen und staatlichen Autoritäten des Iran – zur Herausgabe der Geiseln auffordern werde. Es werde dies eine schwierige Überzeugungsarbeit sein, die er jedoch rechtzeitig erfolgreich abzuschließen hoffe. Nach dem so positiven Ausgang der ersten und wichtigsten Schritte im Iran hoffe er auf eine ähnlich günstige weitere Entwicklung im Libanon.

Ich habe T. empfohlen, über unsere Botschaften oder direkt mit mir und Ueberschaer Kontakt zu halten, und erläuterte, daß ich jederzeit bereit sei, mit ihm im Libanon oder wo sonst erforderlich zusammenzutreffen.

T. bat uns abschließend, ihm für seine weitere Mission „die Daumen zu drücken“.

¹⁸ Rabab al-Sadr.

Das Oberhaupt des Obersten Islamisch-Schiitischen Rats im Libanon, Musa al-Sadr, verschwand 1978 bei einem Aufenthalt in Libyen. Auf iranische Bitten stellte das Auswärtige Amt 1980 Nachforschungen über dessen Verbleib an. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 275.

¹⁹ 25. Mai 1987.

²⁰ Der Bundesnachrichtendienst teilte am 29. Mai 1987 mit, Rabab al-Sadr sei eine angeheiratete Tante des Persönlichen Beauftragten des Ayatollah Khomeini, Tabatabai. Nach Informationen aus dem Jahr 1985 sei sie „eine prominente Figur in den schiitischen Bevölkerungskreisen des Libanon“ und gehöre dem libanesischen Obersten Schiitischen Rat an, dessen Bedeutung seit dem Verschwinden seines Vorsitzenden Musa al-Sadr in dem Maße abgenommen habe, wie jener der Hisbollah angewachsen sei: „Von einer Einflußnahme des Obersten Schiitischen Rates auf die Hisbollah kann daher nicht gesprochen werden. 1985 war Frau Rabab al-Sadr eine zentrale Persönlichkeit innerhalb der Amal-Bewegung des Nabih Berri“. Vgl. das Fernschreiben Nr. 708; Referat 310, Bd. 149654.

²¹II. Bewertung

Gespräch mit Rafsandjani kann insgesamt als weiterführend bewertet werden. Gewährung des Gesprächstermins, Möglichkeit zu ausführlicher Darstellung des Sachstandes und unserer Positionen, freundliche Gesprächsatmosphäre, Darstellung bisheriger iranischer Bemühungen und Bereitschaft zu einer weiteren Initiative ergeben insgesamt positive Grundtendenz. Aufgeschlossenheit des von T. als nach Khomeini „stärkster politischer Figur im Iran“ bezeichneten Rafsandjani wird jedoch nicht bis zur Bereitschaft zu aktivem, auch nach außen erkennbarem Engagement iranischer Regierungsstellen führen. Um jeden Anschein einer Verstrickung des Iran in die Entführungsaffäre zu vermeiden, ist Rafsandjani vielmehr deutlich bemüht, iranische Einflußmöglichkeiten im Libanon nach außen hin herunterzuspielen.

Es dürfte jedoch davon auszugehen sein, daß die Bemühungen auf der nunmehr eröffneten inoffiziellen Schiene von T. auch die offizielle iranische Deckung und auch Unterstützung haben. Nach übereinstimmender Bewertung von T. und offiziellen syrischen Stellen (Tlass, Ali Duba²²) hat der Iran maßgebliche Beratungs- und Einflußmöglichkeiten auf schiitische Entführergruppen im Libanon.

Von T. übernommene und von höchster Stelle abgesegnete Mission läßt erkennen, daß iranische Führung nur Wege akzeptiert, von denen sie sich – auch aus innenpolitischen Gründen – jederzeit ohne Gesichtsverlust distanzieren kann.

Ob Optimismus von T. gerechtfertigt ist, entzieht sich z.Zt. noch hiesiger Erkenntnis. Mit Sicherheit ist aber indirekte Unterstützung höchster religiöser und staatlicher Instanzen des Iran, für die eine Reihe von Anzeichen sprechen, entscheidende Voraussetzung jeder Einwirkungsmöglichkeit auf den Clan. Andererseits lassen deutliches, nicht zuletzt durch Eigeninteresse motiviertes Engagement von T. und sein Optimismus Entfaltung entsprechender Dynamik bei seinen Aktionen erhoffen.²³

[gez.] Wischniewski

VS-Bd. 13617 (310)

²¹ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 930 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²² Vgl. dazu die Gespräche des Staatssekretärs Neusel, Bundesministerium des Innern, mit dem syrischen Verteidigungsminister Tlass und dem Chef des syrischen Heeresnachrichtendienstes, Duba; Dok. 138, Anm. 6.

²³ Botschafter Freitag, Teheran, verwies am 26. Mai 1987 „im Anschluß an die von BM a.D. Wischniewski in Teheran geführten Gespräche“ darauf, falls die Bundesregierung die Haltung Irans würdigen wolle, böten sich „Maßnahmen zur Verbesserung unseres bekannten ‚Sündenregisters‘“ an, insbesondere „a) Freizügigkeit der iran[ischen] Oppositionsgruppen, insbesondere der Mujahedin-E-Khalq, in der Bundesrepublik Deutschland, b) negatives Medienbild Irans in der BR Deutschland, c) Ausschluß des Nachzugs der Ehefrauen von in der BR Deutschland studierenden iran. Studenten, d) Aufhebung des Transitprivilegs für iran. Staatsangehörige, einschließlich der Inhaber von offiziellen und diplomatischen Pässen“. Allerdings sollten entsprechende Schritte „nicht in einem ausdrücklichen Zusammenhang mit unserem Anliegen in der Geiselfrage gestellt werden, schon um den Eindruck zu vermeiden, als sähen wir uns jeweils zu direkten Gegenleistungen für offizielle iran. Schritte in der Angelegenheit verpflichtet“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 943; VS-Bd. 13617 (310); B 150, Aktenkopien 1987.

154

Aufzeichnung des Oberstleutnants i. G. Graf von Pfeil

02-323/87 geheim

26. Mai 1987

Über Herrn Staatssekretär¹ Herrn Minister²

Betr.: Bedrohungsanalyse 1987

Anlg.: 2³

1) Zweck der Vorlage

Den Veränderungen sowjetischer Politik sind die Veränderungen und Trends der von den sowjetischen Streitkräften ausgehenden Bedrohung gegenüberzustellen. Nicht zuletzt sind sie ein wesentlicher Indikator für die Absichten des Kremls.

Nachfolgend werden die wichtigsten Punkte aus der jährlichen Bedrohungsanalyse zusammenfassend aufgezeigt (NATO, BMVg, BND).

2) Militärpolitische Zielsetzung

Die langfristige militärpolitische Zielsetzung des Warschauer Paktes ist nach einhelliger Beurteilung im Bündnis unverändert:

- Eindämmung der Macht der USA,
- Abkoppelung der USA von Europa,
- Schwächung der westlichen Staaten.

Der Warschauer Pakt sucht diese Ziele politisch unter Einbezug des Gewichtes seines Streitkräftepotentials durchzusetzen.

3) Militärdoktrin

In Lehre und Ausbildung der Streitkräfte gelten folgende wesentliche Grundsätze:

- Krieg, auch der Nuklearkrieg, bleibt ein Mittel der Politik.
- Die militärische Entscheidung ist auf dem Territorium des Gegners herbeizuführen.
- Oberstes Gebot ist die Erringung des Sieges.
- Das Überraschungsmoment muß genutzt werden, und hierfür ist auch vorpräemptiven Aktionen nicht zurückzuschrecken.⁴

¹ Hat Staatssekretär Sudhoff am 16. Juni 1987 vorgelegen.

² Hat Bundesminister Genscher am 26. Juni 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „W[ieder]-V[orlage].“

Hat Vortragendem Legationsrat Elbe am 26. Juni 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an den Planungsstab verfügte „mit der Bitte um WV mit Stellungnahme zu den Randbemerkungen des BM“.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnach am 30. Juni 1987 vorgelegen. Für die Stellungnahme des Ministerialdirektors Seitz zu Genschers Fragen vgl. Dok. 192.

³ Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Anm. 8 und 10.

Der seit einigen Jahren zu beobachtende Wandel von der massiven nuklearen zur konventionellen Option hat vorrangige Bedeutung erlangt.

Unter Führung der Sowjetunion werden die Streitkräfte des Warschauer Paktes in Gliederung, Dislozierung, Logistik und Ausbildung darauf ausgerichtet, die nukleare Eskalation der NATO

- durch überraschende und
- blitzartige

Operationen unterlaufen zu können.

Daher kommt der Verteidigungsfähigkeit der NATO und insbesondere ihrer Abschreckungsfähigkeit besondere Bedeutung zu, um nicht einer Kriegsführungsstrategie das Tor zu öffnen.

4) Kräfte

4.1) Konventionelle Kräfte allgemein

Die konventionellen Optionen der Streitkräfte des Warschauer Paktes und besonders der Sowjetunion werden gezielt gefördert durch

- rasante Verbesserung von Führungsstrukturen und Führungsmitteln, dazu stehen leistungsstarke, eng vermaschte und redundante Systeme zur Verfügung, deren herausragende Eigenschaft der schnelle Übergang vom Frieden zum Kriegsbetrieb ist.⁵
- Der WP verfügt über das größte vollmotorisierte Heer der Welt (218 sowjetische und 66 Divisionen der Verbündeten). Von den sowjetischen Divisionen sind 86 Divisionen (Kategorie A/B) und 15 selbständige Brigaden (A) voll einsatzbereit, 117 Divisionen (Kategorie C) teilweise einsatzbereit und 15 Divisionen sind Mob-Divisionen.
- Die qualitative Verbesserung und die Einführung neuer Waffensysteme in diesen Divisionen gehen ungebremst weiter. Darin wird deren konventionelle Schlagkraft stetig erhöht.
- Dislozierung der Truppen und die logistische Bevorratung sind fast optimal zu nennen. (Dislozierung entspricht der operativen Planung, Ausbau des Verkehrsnetzes, Einsatz von modernster EDV, Standardisierung, hohe Lagerbestände).⁶

4.2) Nukleare Kräfte allgemein

Im Bereich der nuklearen Waffensysteme streben die Sowjets entweder durch Modifizierung eingeführter Systeme oder durch Einführung von Nachfolgemodellen folgende Ziele an:

- Fähigkeit zur Bekämpfung gehärteter Silos,
- gesteigerte Überlebensfähigkeit durch Mobilität oder Härtung,
- verbesserter CEP⁷ (Treffgenauigkeit),

Fortsetzung Fußnote von Seite 768

⁴ Zum Passus „Krieg, auch der ... zurückzuschrecken“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Kann das durch Zitate belegt werden?“

⁵ Zu diesem Absatz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Ist WP hier überlegen?“

⁶ Zu diesem Absatz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Ist WP hier überlegen?“

⁷ Circular Error Probable.

- erhöhtes Wurfgewicht,
- Erhöhung der Zahl der Gefechtsköpfe (MIRV),
- verbesserte Zuverlässigkeit,
- verkürzte Reaktionszeit.

5) Materielle Ausstattung

5.1) Strategische nukleare Waffensysteme

Eine Übersicht der im Dienst befindlichen Systeme ist der Anlage 1⁸ zu entnehmen.

Die Sowjetunion wird ab 1989 ihre SS-18-Raketen von MOD 4 auf MOD 5 umrüsten. Diese 5. Modifizierung beinhaltet voraussichtlich folgende Verbesserungen:

- Steigerung des Wurfgewichtes um 20 % (von 7600–8000 auf 9700 kg).
- Steigerung der Anzahl der Gefechtsköpfe pro Rakete von zehn auf maximal 14.
- Verbesserter CEP von 250–270 m auf 150–200 m.

Die Erprobung der SS-X-24 ist fortgeführt worden. Mit der Einführung dieser neuen Rakete wird in der Schienenversion noch 1987 gerechnet.

Die SS-X-24 ersetzt voraussichtlich die SS-17 bzw. SS-19 (SS-17 vier Gefechtsköpfe, SS-19 sechs Gefechtsköpfe, SS-24 zehn Gefechtsköpfe⁹). Der SS-X-24 kommt als „Silokiller“ besondere Bedeutung zu. Die SS-25 ist als mobiles System (wie SS-20) und wegen ihrer Reichweite (10 500 km) besonders bedrohend. Das Ansteigen des Bestandes (z. Zt. 90), evtl. auf Kosten älterer Systeme, wäre gefährlich.

5.2) Landstreitkräfte

Die konventionelle Bedrohung im Kommandobereich Europa-Mitte ist der Anlage 2¹⁰ zu entnehmen.

Dem Kommandobereich AFCENT stehen 26 000 Panzer gegenüber, von denen 50 % über einen verbesserten Panzerschutz verfügen. Diese Umrüstungsmaßnahme bedeutet eine wesentliche Kampfwertsteigerung und stellt die Panzerabwehr der NATO vor schwere Probleme¹¹.

In den Gruppen der Truppen ist der Bestand an alten Panzern auf 20 % abgesunken, d. h. daß T-64, T-72, T-80 überwiegen. Davon sind wiederum 30 % zu den modernsten Versionen zu zählen (T-64 B und T-80).

Seit 1970 hat sich die Zahl der Artilleriegeschütze im Bereich Europa Mitte verdreifacht. Allein seit 1981 sind 3000 neue Geschütze hinzugekommen. Seit 1970 werden zudem vorwiegend statt gezogener Geschütze Selbstfahrlafetten zugeführt. Durch den Einsatz datenverarbeitender Feuerleitanlagen ist die Flexibilität und die Leistungsfähigkeit der WP-Artillerie erheblich gesteigert

⁸ Dem Vorgang beigelegt. Für die Tabelle „Leistungsvergleich sowjetischer Interkontinentalraketen“ vgl. VS-Bd. 14049 (02); B 150, Aktenkopien 1987.

⁹ Zur sowjetischen SS-24 vgl. Dok. 229.

¹⁰ Dem Vorgang beigelegt. Für die Tabelle „Die konventionelle Bedrohung im Kommandobereich Europa-Mitte“ vgl. VS-Bd. 14049 (02); B 150, Aktenkopien 1987.

¹¹ Die Wörter „vor schwere Probleme“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Welche?“

worden. Die TNF-Systeme FROG, Scud, SS-21 sind zudem auch konventionell einsetzbar.

Führungs-, Fernmelde- und Aufklärungstruppen sind mit einer neuen Gerätegeneration ausgestattet worden.

Die Kriegserfahrung in Afghanistan und wahrscheinlich auch im Golfkrieg mit sowjetischem Gerät führt zu zahlreichen Modifikationen. Damit erhalten die Streitkräfte einen hohen Modernisierungsgrad, und die Einführung neuartigen Geräts kann hinausgeschoben werden.

Dies erlaubt modernes Großgerät, das kontinuierlich aus der Produktion kommt, nunmehr auch den Divisionen der Kategorie C zuzuführen.

Reorganisation und Modernisierung der Landstreitkräfte kommen erst in zweiter Linie den NSWP-Staaten zugute, an der Spitze der NVA.

5.3) Luftstreitkräfte

Fast alle Jagdbombergeschwader sind mittlerweile mit Flugzeugen der dritten Generation ausgestattet (Fencer = SU-24). Diese Flugzeuge zeichnen sich durch eine höhere Waffenzuladekapazität und verdoppelte Eindringtiefe aus.

Jede Armee verfügt über 40 Kampfhubschrauber Hind (Mi-24). Insgesamt verfügt die Sowjetunion über 1300 Kampfhubschrauber.

In den Raum Liegnitz sind zwei zusätzliche Jabo-Regimenter verlegt worden.

Der Bombertyp Bear (H) ist mit einem weitreichenden Cruise Missiles¹² ausgerüstet worden (AS-15-Kent; 2500–3500 km Reichweite).

Die Foxbat F ist mit einer neuen Antiradarrakete versehen worden (AS-11). Diese Flugzeuge sind damit eine wesentliche Gefahr für die westlichen Radarstationen und damit für die Luftverteidigung.

Weitere Regimenter wurden von dem Transportflugzeug Cub auf Candid umgerüstet. Damit verfügen die Luftarmeen über eine erheblich vergrößerte Transportkapazität.

Die Ausrüstung mit neuesten Luftabwehrraketen aller Kategorien ist kontinuierlich fortgesetzt worden. Das ABM-System um Moskau hat weitere Verbesserungen erfahren.

5.4) Seestreitkräfte

Erstmalig in der Geschichte der sowjetischen Marine befindet sich ein nuklear angetriebener Flugzeugträger in der Ausrüstung. Die NATO rechnet mit insgesamt zehn Flugzeugträgern in den nächsten 20 Jahren.

Die sowjetische Marine hat 1986 56 neue Boote und Schiffe in Dienst gestellt. Damit wird der seit langem beobachtete Jahresdurchschnitt von 51 Einheiten eingehalten.¹³

Die quantitative und qualitative Steigerung der sowjetischen Seestreitkräfte hält unvermindert an. Der Akzent liegt auf der nuklearen Komponente der Seestreitkräfte, die Vorrang hat.

¹² So in der Vorlage.

¹³ Zu diesem Absatz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Ist das Marineprogramm unverändert geblieben?“

7) Technologische Entwicklungstendenzen

Ständige Modifikation an Waffen und Systemen, die aus der Erfahrung der gegenwärtigen Konflikte resultieren, haben Vorrang vor der Einführung neuer Geräte.

Die Entwicklung von Laserwaffen hat Priorität. Einsatzbereite Laserwaffen werden noch vor Ende dieses Jahrzehnts erwartet, wenn sie auch nur begrenzte Wirkungen haben.

Im Rahmen des legalen und illegalen Technologietransfers werden alle Möglichkeiten westlicher Technik zum eigenen Nutzen für den militärischen Gebrauch untersucht und ggfs. umgesetzt. Das spart erhebliche eigene Entwicklungskosten.

8) Operative und taktische Aspekte

Das sowjetische operative und taktische Konzept, dem Bewaffnung und Gliederung der Streitkräfte untergeordnet sind, sieht den Erfolg im Zusammenwirken aller Teilstreitkräfte garantiert.

Der Erfolg soll bereits in der Anfangsphase eines Krieges erzwungen werden.

Dazu sind

- Überraschung und
- das Überziehen des gesamten gegnerischen Gebietes mit Kampfhandlungen von Anfang an die entscheidende Grundlage.

Das Gefecht der verbundenen Waffen wird heute bereits auf Regimentsebene geführt und sich in absehbarer Zeit auf Bataillonsebene verlagern. Dies erfordert selbständiges Handeln und ein gewisses Maß von Auftragstaktik auch auf unterer Ebene.

Die Kriegsvorbereitungen sollen möglichst kurz sein und die Entscheidung möglichst schnell auf dem Gefechtsfeld erzwungen werden.

Diese Grundsätze, die materielle Ausstattung und die günstige Dislozierung der Streitkräfte verkürzen bereits jetzt die Warnzeit für die NATO. Damit wird eine zeitgerechte Reaktion immer schwieriger.

9) Bewertung

Die drei Faktoren

- materielle Überlegenheit,
- die geostrategischen Vorteile und
- der Mangel an Transparenz,

sollten keine Änderungen eintreten, geben den Streitkräften der Sowjetunion in absehbarer Zeit die Fähigkeit zur Führung eines konventionellen strategischen Überraschungsangriffes in Europa. Dabei bleiben der Sowjetunion trotz Rüstungskontrollabkommen alle nuklearen Fähigkeiten erhalten!

Die Rüstungskontrollpolitik wird sich daher auf den Abbau der Invasionsfähigkeit des Warschauer Paktes konzentrieren müssen. Ihr wirklicher Abbau ist der entscheidende Schritt in der Abrüstung.

Bisher konnte sich Generalsekretär Gorbatschow aufgrund der Gegebenheiten der Gefolgschaft seiner Marschälle sicher sein, da ideologische und politische Zielsetzung sowie militärische Optionen im Einklang stehen. Der Abbau konventioneller Streitkräfte dagegen könnte in Politbüro und Armee vermehrten Wider-

stand auslösen, da dies die Aufgabe von Optionen für die sowjetischen Streitkräfte bedeutet.

Für 1986 stellt das Bündnis trocken fest:

„Trotz sowjetischer Friedenspropaganda und rüstungskontrollpolitischer Initiativen hat die Schlagkraft der Streitkräfte des Warschauer Paktes 1986 tatsächlich zugenommen.“

Graf von Pfeil

VS-Bd. 14049 (02)

155

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-3789/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 731

Aufgabe: 27. Mai 1987, 15.30 Uhr¹
Ankunft: 27. Mai 1987, 16.24 Uhr

Betr.: DPC-Ministerkonferenz am 26./27. Mai 1987²;
hier: TOP II – Erklärungen in der Sitzung mit beschränktem
Teilnehmerkreis

Zur Unterrichtung

US-VM Weinberger zu den Genfer Verhandlungen:

Die SU zeige allgemeine Bereitschaft, eine Verifikationsvereinbarung abzuschließen, ihre Vorschläge hätten aber nach wie vor allgemeinen Charakter und entsprächen nicht dem US-Erfordernis nach detaillierten Regelungen. Einige US-Vorschläge, z.B. die Überprüfung von Flugtests, habe die SU abgelehnt. In bezug auf die Globalität eines LRINF-Abkommens sei man sich nicht nähergekommen. Die öffentlichen Äußerungen zu Bedingungen für die Begrenzung von SS-20 in Asien ließen eine weltweite Eliminierung noch wichtiger erscheinen. Die USA hätten aber den Eindruck, daß Gorbatschow dringend an einem Abkommen interessiert sei. Hierzu bedürfe es langer und geduldiger Diplomatie. Wenn die Allianz geschlossen und fest bleibe, werde sich aller Voraussicht nach ein gutes Abkommen erreichen lassen.

Die USA hielten an der „flexible response“³ fest, einschließlich der Rolle nuklearer Waffen. Die USA seien bereit, das nukleare Arsenal zu modernisieren und anzupassen, um es flexibel und überlebensfähig zu erhalten. Gleichermäßen

¹ Das von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Dreher, z. Z. Brüssel, und Kapitän zur See Fischer, Brüssel (NATO), konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 16.

² Die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO fand in Brüssel statt. Vgl. dazu auch den Drahtbericht Nr. 728 des Botschafters Hansen, Brüssel (NATO), vom 27. Mai 1987; VS-Bd. 11867 (209); B 150, Aktenkopien 1987. Vgl. dazu ferner Hansens Drahtbericht Nr. 735/736 vom selben Tag; VS-Bd. 11425 (221); B 150, Aktenkopien 1987.

³ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 4, Anm. 17.

erforderlich sei die Verbesserung konventioneller Verteidigungsfähigkeit. Es gelte unverändert, Abhängigkeit von einem zu frühen Nukleareinsatz zu vermeiden. An der US-Präferenz, bei 500 km eine Linie zu ziehen, unterhalb derer keine Rüstungskontrolle stattfindet, habe sich nichts geändert, obwohl es unter 500 km in der Tat ein Raketen-Ungleichgewicht gebe.

Es sei US-Ziel, die deutsche PI aus den Genfer Verhandlungen herauszuhalten. Ihre Modernisierung wurde von der Allianz unterstützt.⁴ Insgesamt müsse der Westen offensiver vorgehen und auch die Öffentlichkeit für vielleicht unpopuläre Modernisierungsmaßnahmen gewinnen. Hierfür hätten die INF-Stationierungsländer ein gutes Beispiel gegeben.

Zum konventionellen Ungleichgewicht:

Es sei offensichtlich, daß konventionelle Streitkräfte nicht den Abschreckungszweck von Nuklearwaffen übernehmen könnten. Doch müßten konventionelle Kräfte in ausreichendem Maße vorhanden sein. Die USA träten für konventionelle Rüstungskontrolle ein, aber angesichts der damit verbundenen zahlreichen Unsicherheiten dürfe sich die Allianz nicht allein auf KRK verlassen. Es sei klar, daß die SU mit den INF-Verhandlungen das Ziel nuklearer Abrüstung verfolge, um dann ihre konventionelle Dominanz auszuspielen. Die Allianz müsse daher den politischen Willen aufbringen, die konventionelle Balance zu ihren Gunsten wieder ins Lot zu bringen, man dürfe nicht vergessen, daß die SU ihre eigenen Ziele verfolge.

Von der Nützlichkeit von „Glasnost“ sei er, Weinberger, dann überzeugt, wenn die Mauer in Berlin beseitigt werde.

Die SU habe im Februar und März dieses Jahres Raketen im Pazifik getestet und damit gegen bestehende Verträge verstoßen.

Auf KRK zurückkommend, erläuterte Weinberger, Verhandlungen über konventionelle Stabilität in Europa würden länger dauern und sich schwieriger gestalten als MBFR. Die Allianz müsse Maßnahmen durchsetzen, die zu einem echten Abbau des sowjetischen Militärpotentials führten und vor allem die Angriffsfähigkeit der SU begrenzten. KRK sei dennoch von enormer Bedeutung.⁵ Die unnötigen Verzögerungen bei der Willensbildung auf westlicher Seite seien höchst bedauerlich. Es gelte, so schnell wie möglich substantielle Verhandlungen anzustreben, denn die konventionelle Lücke weite sich aus. Die französisch-amerikanische Prozeduraldebatte müsse beendet werden.

Bei CDI⁶ komme es auf die Erzielung von sichtbaren Fortschritten an, auch wegen der Wirkung in der Öffentlichkeit. Die Frage eines US-Truppenabzuges aus Europa sei z. Z. unter Kontrolle. Die Allianz müsse aber deutlich machen, daß sie auf konventionellem Gebiet etwas bewirke und daß auf eine gleichmäßigere Lastenteilung hingearbeitet wird. Die US-Öffentlichkeit wolle in Europa Taten sehen.

⁴ Zur Frage einer Modernisierung der Pershing I a vgl. Dok. 144 und Dok. 145.

⁵ Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 101.

⁶ Die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO verabschiedete am 22. Mai 1985 in Brüssel ein Programm zur Stärkung der konventionellen Verteidigung für die Jahre 1987 bis 1992 („Conventional Defence Improvements“). Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 141.

Die sog. „low-cost measures“ böten entscheidende Möglichkeiten zur Stärkung konventioneller Verteidigung. Als Beispiele nannte er: Sperren entlang von Transitstraßen und Beeinflussung der öffentlichen Meinung in osteuropäischen Ländern (Stichwort: Friedenserhaltung); SU käme dafür nicht in Frage, denn dort gebe es keine öffentliche Meinung. Die europäischen Partner seien aufgefordert, weitere low-cost measures vorzuschlagen.

Die Lage im Persischen Golf sei gefährlich.⁷ Westliche Interessen stünden auf dem Spiel. US-Schiffe und Flugzeuge würden sich in Zukunft besser verteidigen. Die USA könnten alleine den Schutz des Golfes nicht übernehmen. Die USA schützen hier die gesamten westlichen Interessen, erwarteten aber, daß sich – neben GB und F – auch andere Partner an dieser „Out-of-area“-Tätigkeit beteiligten.

BM Wörner würdigte die Erklärungen des Vorsitzenden des Militärausschusses⁸ und von US-VM Weinberger.

INF-Fragen seien in Stavanger⁹ ausführlich erörtert worden. Diese Diskussion sollte jetzt nicht wiederholt werden. Die Bundesregierung werde am 1. Juni eine interne Kompromißlösung beschließen.¹⁰ Der Bundeskanzler werde darüber am 4. Juni eine Regierungserklärung abgeben.¹¹ Die Verbündeten würden unmittelbar vorher unterrichtet.

Er stimme Weinberger darin zu, daß es bei der Abschreckung in erster Linie auf die nukleare Komponente ankomme. Wir seien derzeit in Gefahr, uns zu sehr auf nukleare Abrüstung zu konzentrieren und damit einem sowjetischen Ziel zu folgen. Westliches Interesse müsse es sein, die Bedeutung der konventionellen Bedrohung herauszustellen und es Gorbatschow nicht länger zu gestatten, die Allianz über nukleare Fragen zu spalten. Es gelte, die Glaubwürdigkeit der „flexible response“ zu erhalten und ihre Wirksamkeit nicht weiter zu beschneiden.

Es komme jetzt darauf an, unserer Öffentlichkeit diese sowjetische konventionelle Überlegenheit – insbesondere beim militärischen Hauptkampfmittel – zu verdeut-

⁷ Zur Lage der Schifffahrt im Persischen Golf vgl. Dok. 153, Anm. 8.

⁸ Wolfgang Altenburg.

⁹ Am 14./15. Mai 1987 fand in Stavanger die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO statt. Für den Wortlaut des Communiqués vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 79–82. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 376 f.

¹⁰ Über das Treffen am 1. Juni 1987 im Bundeskanzleramt, an dem Bundeskanzler Kohl, die Vorsitzenden von CSU und FDP, Strauß und Bangemann, die Bundesminister Genscher, Klein, Schäuble und Wörner sowie die Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Dregger, der FDP-Fraktion, Mischnick, und der CSU-Landesgruppe, Waigel, teilnahmen, hieß es in der Presse, die Koalition habe sich „darauf verständigt, neben einer Beseitigung der weitreichenden Mittelstreckenraketen auch eine überall geltende Vereinbarung der Vereinigten Staaten mit der Sowjetunion über die Abschaffung der Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite zu befürworten. Allerdings dürften die 72 Bundeswehrraketen des Typs Pershing Ia nicht zu Verhandlungsgegenständen gemacht werden. Eine ‚Brandmauer‘, wie sie westliche Verbündete als Sperre gegen weitere Verhandlungen nach einer doppelten Null-Lösung ins Gespräch gebracht hatten, lehnt die Bonner Koalition ab. Statt dessen spricht sie sich für Verminderungen der atomaren Systeme mit Reichweiten zwischen null und tausend Kilometern und damit gegen eine Nachrüstung mit solchen Waffen auf deutschem Gebiet aus.“ Vgl. den Artikel „Die Bundesregierung für ‚mehr Stabilität mit weniger Waffen in Europa‘“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 2. Juni 1987, S. 1 f.

Für den Wortlaut der Koalitionsvereinbarung vgl. den Artikel „Beschluss zum Koalitionsgespräch beim Bundeskanzler“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 2. Juni 1987, S. 2.

¹¹ Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 4. Juni 1987 im Bundestag vgl. STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 16. Sitzung, S. 923–928.

lichen. Diese sowjetische Überlegenheit sei die Hauptursache für die Unsicherheit in Europa. Sowjetische Invasionsfähigkeit verbunden mit geographischer Asymmetrie stelle die zentrale Bedrohung für das freie Europa dar.

Wenn wir die Nuklearschwelle anheben wollten, müsse mehr für die konventionelle Verteidigungsfähigkeit der Allianz geschehen. Die SU ziele darauf ab, die Allianzstrategie konventionell zu unterminieren. Angesichts der wachsenden Aussichten für nukleare Abrüstung erhalte das konventionelle Ungleichgewicht in Europa eine neue Dimension. Zwar glaube er nicht, daß die SU einen Krieg in Europa zu führen beabsichtige. Alles deute aber darauf hin, daß sie im Falle eines Konflikts von der Führbarkeit eines auf Europa begrenzten konventionellen Krieges, ohne Einsatz von Nuklearwaffen, ausgehe. Zur Korrektur des konventionellen Ungleichgewichts stünden der Allianz weder Geld noch Menschen in ausreichender Zahl zur Verfügung. Deshalb müsse ein ernsthafter Versuch mit Verhandlungen über konventionelle Stabilität in Europa gemacht werden, auch wenn das Beispiel MBFR zeige, daß dies langwierig und schwierig wird. Die SU gebe in Einzelbereichen Disparität zu, behaupte aber das Bestehen einer ungefähren Gesamtbalance. In dieser Situation sei es wichtig, auf wirksame Verifikation und auf eine gegenseitige, umfassende Information zu drängen. Gorbatschow müsse für mehr Offenheit und Transparenz im militärischen Bereich beim Wort genommen werden. Nur Transparenz könne eine stabile Grundlage für erfolgreiche Verhandlungen bilden.

Die Allianz müsse der Öffentlichkeit die Problematik des konventionellen Ungleichgewichts verdeutlichen. Das Problem sei, daß die SU in jedem Bereich militärisch überlegen sei. Sie könne sich daher selektive Angebote an den Westen leisten. Mit einer neuen Kostprobe müsse bei der Tagung des „Politischen Beratenden Ausschusses“ des WP in Berlin (Ost) am 28./29. Mai¹² gerechnet werden. Daher sei die Erarbeitung eines westlichen Gesamtkonzepts für KRK so wichtig. Hier müsse die Allianz zunächst einseitige Schritte der SU verlangen. Die Allianz könne jetzt nicht hinter ihre Erklärungen von Halifax¹³ und Brüssel¹⁴ zurückfallen. Die westlichen Unterhändler in Wien benötigten dringend ein westliches Substanzkonzept und einen Mandatsentwurf. Auf dem deutsch-französischen Gipfel am 21./22. Mai habe die deutsche Seite versucht, Frankreich von der Notwendigkeit aktiver Mitarbeit zu überzeugen.¹⁵ Nach seiner Meinung gebe es im französisch-amerikanischen Prozedurstreit Raum für einen Kompromiß. Der augenblickliche Zustand sei nicht akzeptabel. Die Allianz mache sich praktisch lächerlich. Der Osten frage ständig nach den in Halifax versprochenen „bold new steps“. Alle Partner seien aufgerufen, auf Frankreich und USA einzuwirken. Letztlich hänge auch der Ausgang des Wiener KSZE-

¹² Für den Wortlaut des Kommuniqués der Tagung und der Erklärung über Militärdoktrinen vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 385–394.

¹³ Am 29./30. Mai 1986 fand in Halifax die NATO-Ministerratstagung statt. Dabei wurde eine Erklärung zur Konventionellen Rüstungskontrolle verabschiedet. Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 381. Zur Tagung vgl. AAPD 1986, I, Dok. 158 und Dok. 159.

¹⁴ Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel, dem die „Erklärung über Konventionelle Rüstungskontrolle“ beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 13 f. und S. 73–76. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 74–79. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.

¹⁵ Zu den deutsch-französischen Konsultationen in Paris vgl. Dok. 146 und Dok. 147.

Folgetreffens davon ab, daß die Allianz über ein überzeugendes Konzept im militärischen Bereich verfüge, ihre Uneinigkeit überwinde und wieder handlungsfähig werde. Dies sei Voraussetzung für ein offensives westliches Vorgehen in der Frage der Menschenrechte, der menschlichen Kontakte und der Information. Auf diesen Gebieten müsse der Osten Konzessionen machen, was dann auch zu einer Verbesserung der West-Ost-Beziehungen beitragen werde.

I-VM Gaspari

Er stimme BM Wörner zu, daß das konventionelle Ungleichgewicht das vordringliche Problem für die Sicherheit Europas bilde. Die von ihm hierzu im Parlament genannten Zahlen hätten die italienische Öffentlichkeit beeindruckt. Italien sei bereit, sich an einer Lastenteilung zu beteiligen, auch im Hinblick auf die Stimmung im US-Kongreß, doch könne nicht alles gleichzeitig in Angriff genommen werden. Italien habe in letzter Zeit seine Verteidigungsausgaben erhöht; sie lägen nahe bei der in der Allianz beschlossenen Zahl.

Zu INF unterstütze Italien die US-Verhandlungsposition in Genf. Im übrigen sei es überzeugt, daß die Glaubwürdigkeit der „flexible response“ erhalten bleiben müsse – schon angesichts der sowjetischen konventionellen Überlegenheit. Die deutschen P1a sollten einsatzbereit bleiben. Italien fördere das Ziel der Globalität, Parität¹⁶ auf niedriger Ebene, wirksame Verifikation, Nichtumgehung.

B-VM de Donnea

Den Ausführungen von BM Wörner zu KRK stimme er zu. Die SU baue ihr konventionelles Potential, einschließlich ihrer Flotte, weiter aus. Was sich außerhalb des NATO-Gebietes¹⁷ abspiele, gewinne immer größere Bedeutung für Europa. Es sei richtig, daß die SU ihre konventionelle Überlegenheit in Europa abbauen müsse, aber es sei sicher nicht leicht, sie zu asymmetrischen Reduzierungen zu veranlassen. Der Gefahr einer schleichenden Finnlandisierung Europas müsse begegnet werden. Leider fehle der Allianz noch immer ein Substanzkonzept für Rüstungskontrolle im konventionellen Bereich. Prozedurfragen seien sekundär. Er wünsche den deutschen und britischen Vermittlungsversuchen in der französisch-amerikanischen Auseinandersetzung Erfolg. Es gelte, Einheit und Initiative für die Allianz zurückzugewinnen. Ohne Frankreich könne aber nicht über konventionelle Stabilität in Europa verhandelt werden.

NL-VM van Eekelen

- hob die Bedeutung der Out-of-area-Einsätze, insbesondere US/GB/F, zum Schutz von Interessen aller NATO-Partner hervor. Dabei seien einige Partner sicher besser in der Lage dazu, während andere lediglich „Lücken füllen“ könnten;
- wies darauf hin, daß eine zu starke Betonung des Nuklearen das Sicherheitsproblem vom falschen Ende her zu lösen versuche. Eine LRINF-Raketen-Null-Lösung sei akzeptabel, Reduzierung von SRINF bis zu einem gewissen Punkt ebenfalls. Jetzt allerdings gelte es deutlich zu machen, daß weitere Reduzierungen bei nuklearen Waffen erst möglich seien, wenn die konventionellen Ungleichgewichte abgebaut seien.

¹⁶ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 732 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹⁷ Zur Festlegung des Bündnisgebiets in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

Er unterstützte die US-Position – in jedem Fall solle die deutsche P1a nicht einbezogen werden. Die Frage sei, was tun, wenn die Sowjets nicht akzeptierten, dafür sähe er folgende Möglichkeiten:

- Die Ablehnung der Sowjets nicht zu akzeptieren und auf der Position zu beharren,
- den Rahmen der Verhandlung zu erweitern, z.B. unter Einbeziehung der Scud,
- auf die Position von Reykjavik¹⁸ zurückzufallen (das wäre nicht die schlechteste Lösung), d. h. gleiche Obergrenzen auf niedrigem Niveau.

In jedem Fall gelte es Modernisierung der verbleibenden INF als Erfordernis zu bestätigen.

- machte in Hinsicht auf konventionelle Verteidigung deutlich, daß CDI/CMF¹⁹ wesentliche Grundlage für NL konventionelle Verteidigungsanstrengungen sei; Strategie und Rüstungskontrolle müsse in einen Gesamtrahmen eingepaßt werden; was entscheidend sei, sei die Invasionsfähigkeit des WP zu reduzieren.

Das Problem F in KRK sei schwierig zu lösen, nichts sei kühn, neu oder ein Fortschritt. Wir müßten versuchen, ein Konzept zu formulieren, das eine konstruktivere Basis zur Übereinstimmung mit F böte. Frage bleibe, ob es sich nur um eine mehr prozedurale oder nicht vielmehr um eine grundsätzliche und substantielle Auseinandersetzung handle.

NWG-VM Holst

In der Rüstungskontrollpolitik des Bündnisses gehe es um Klarheit und Harmonisierung der Konzepte.

Für die Allianz stellten Nuklearwaffen politische Waffen für die Abschreckung dar. Allianzziel sei weniger ihr Kriegseinsatz. Deshalb könne die Allianz ruhig die Vorteile einer doppelten Null-Lösung bei LRINF und SRINF hervorheben.

Entscheidend sei, das zu definieren, was für die Friedenswahrung in Europa notwendig sei. Ein „piecemeal approach“ helfe hier nicht weiter. Zunächst sollte die doppelte Null-Lösung vereinbart werden. Dann müsse das Problem der konventionellen Disparität in Europa angegangen werden mit dem Ziel, die Invasionsfähigkeit des WP und seine Fähigkeit zu raumgreifenden Operationen abzubauen. Die allianzinterne Blockierung in der HLTF sei eine Katastrophe. Frankreich müsse aber an KRK teilnehmen.

Norwegen plädiere für die doppelte Null-Lösung. Bei LRINF sei Globalität wünschenswert, bei SRINF Bedingung. Danach müsse zunächst konventionelle Stabilität in Europa erreicht werden, bevor weitere Schritte bei nuklearer Abrüstung unternommen werden. Auch sei die weltweite Abschaffung chemischer Waffen dringlich.

¹⁸ Zum Treffen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, mit Präsident Reagan am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

¹⁹ Conventional Defence Improvements/Conceptual Military Framework.

Eine SRINF-Null-Lösung verhindere eine Umgehung, baue Bedrohung ab, mache die Aufstellung neuer Systeme überflüssig. Sie sei im Doppelbeschluß bereits angelegt gewesen.

Die deutsche PIa stelle ein besonderes Problem dar. Man müsse damit rechnen, daß die SU sie einbeziehen, auf jeden Fall aber ihre Modernisierung verhindern wolle.

Die für die Allianz schlechteste Lösung wäre es, wenn westliches Beharren auf der Modernisierungsmöglichkeit für die PIa ein INF-Abkommen blockiere, eine Modernisierung dann aber an der Reaktion der Öffentlichkeit scheitere. Er glaube, daß die SU ein INF-Abkommen wünsche, dies aber nicht um jeden Preis. Schließlich seien auch die Verifikationsprobleme noch nicht gelöst.

Insgesamt sei es wichtig, daß die Allianz eine überzeugende und geschlossene Rüstungskontrollpolitik entwickle.

GB-Botschafter Alexander

An der Gültigkeit und Glaubwürdigkeit der „flexible response“ einschließlich der in ihr vorgesehenen Rolle der Nuklearwaffen dürfte kein Zweifel aufkommen, auch wenn es stets Allianzbestrebungen sei, die Nuklearschwelle anzuheben. Die Glaubwürdigkeit der Abschreckung beruhe vor allem auf Nuklearwaffen, auch wenn ausreichende konventionelle Stärke dazugehöre. Die konventionelle Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses müsse daher erhalten und verbessert werden. Großbritannien sei auch künftig zu entsprechenden Verteidigungsleistungen bereit. CDI sei bedeutsam. Der allianzinternen Ressourcenbündelung komme wachsende Bedeutung zu.

Bei KRK mangle es dem Bündnis an einem Konzept, das strategische und Abrüstungspolitische Erfordernisse miteinander verbinde. Rüstungskontrolle sei letztlich auch ein Mittel, um der Öffentlichkeit das bestehende Ungleichgewicht in Europa deutlich zu machen und auf die Glaubwürdigkeit unserer Verteidigung nach innen und außen hinzuweisen. Dazu gehöre auch die Darlegung, daß Gorbatschow nationale, sowjetische Ziele verfolge.

Es sei vordringlich, die Probleme zu lösen, die Fortschritte in der HLTF blockierten. Diese Probleme beträfen das gesamte Bündnis und nicht nur zwei Mitglieder. Vordergründig gehe es um Prozedurfragen. Wenn die Allianz hier keine Lösung fände, müsse man für die im Grunde schwierigeren Substanzfragen das Schlimmste befürchten. Die Allianz müsse sich klar werden, was sie bei KRK in der Sache wolle. Man könne Reduzierungen nicht nur von der SU verlangen. Das werde unsere eigene Öffentlichkeit nicht mitmachen. Zu übertriebenem Optimismus bestehe ohnehin kein Anlaß. Das zeigten die MBFR-Verhandlungen, bei denen seit ca. zwei Jahren die Verifikationsproblematik im Vordergrund stehe. Deshalb seien wirksame Verifikationsregelungen in einem INF-Abkommen von besonderer Bedeutung.

GR-Botschafter Zacharakis

Griechenland trete für nukleare Abrüstung auf das niedrigst mögliche Niveau ein. Es plädiere für die doppelte Null-Lösung, bei der es Globalität für wünschenswert halte. Eine doppelte Null-Lösung bedeute Abbau sowjetischer Bedrohung. Wenn in einigen Bereichen nuklear abgerüstet werde, sollte nicht in anderen Bereichen nuklear aufgerüstet werden, weder qualitativ noch quantitativ.

Das konventionelle Ungleichgewicht in Europa sollte durch KRK abgebaut werden. Westliche Kompensationen sollten nur da erfolgen, wo sie unumgänglich seien.

P-VM de Almeida

Die „flexible response“ bilde die Säule des westlichen Abschreckungskonzepts; an ihr dürfe nicht gerüttelt werden. Deshalb sollten Verhandlungen über INF und KRK Hand in Hand erfolgen.

E-VM Serra

Bei KRK befinde sich Allianz in einer lächerlichen Situation gegenüber der SU und der eigenen Öffentlichkeit. KRK sei aber ohne Frankreich nicht möglich. Die Allianz müsse sich bemühen, die unterschiedlichen Standpunkte Frankreichs und der USA einander anzunähern. Wenn sich das Bündnis endgültig schlüssig sei, welches Verhandlungsziel es gegenüber der SU anstrebe, könnte sich das Prozeduralproblem u. U. von selbst lösen. Er stimme zu, daß die östliche Überlegenheit abgebaut werden müsse.

Bei INF fördere Spanien die doppelte Null-Lösung, weil sie mehr Sicherheit für die Allianz schaffe. Spanien unterstütze die US-Position in Genf.

US-VM Weinberger

Es treffe zu, daß KRK nicht nur ein bilaterales F–US-Problem sei. Im Dezember habe sich die Allianz in der HLTF auf eine gemeinsame Haltung geeinigt, die F inzwischen verlassen habe. Die USA seien mit einer Unterrichtung der KSZE einverstanden, aber nicht mit mehr.

Das von der Allianz anzustrebende KRK-Ziel müsse ein stabiles konventionelles Gleichgewicht sein. Dies bedeute asymmetrische östliche Reduzierungen mit wirksamer Verifikation. Hieran müßte auch Frankreich großes Interesse haben. Dieses Allianzziel dürfe aber nicht von der KSZE und nicht von den Neutralen und Ungebundenen abhängig gemacht werden.

Die USA seien für eine Teilnahme Frankreichs. F sei z. Zt. aber intransigent. Die AM Genscher und Howe versuchten zu vermitteln.²⁰ Ihre Vorschläge liefen aber darauf hinaus, daß die USA den Boden der bisherigen Allianzvereinbarung verlassen. Die USA würden es lieber sehen, wenn die übrigen Partner F zu überzeugen versuchten, daß der KSZE-Rahmen nicht der Richtige ist. Es gebe drei Möglichkeiten:

- zu versuchen, mit F zu einer Lösung zu kommen,
- dann bald mit KRK-Verhandlungen zu beginnen,
- notfalls ohne F die Verhandlungen zu beginnen in der Überzeugung, daß F sich anschließe.

Bei der INF-Vereinbarung arbeiteten die USA weiter auf Globalität bei LRINF hin. Die USA wünschten ein gutes Abkommen, das die sicherheitspolitische Situation verbessere, nicht ein Abkommen um jeden Preis.

²⁰ Vgl. dazu das Schreiben des britischen Außenministers Howe vom 23. April 1987 an Bundesminister Genscher und das Schreiben Genschers vom 20. Mai 1987 an den französischen Außenminister Raimond; Dok. 146, Anm. 8 und 9.

BM Wörner bat abschließend, zu den Themen PIa und SRINF nicht öffentlich zu spekulieren und keine hypothetischen Überlegungen anzustellen. Dies werde die Entscheidung der Bundesregierung erleichtern. Andernfalls müsse mit schädlichen Reaktionen der Öffentlichkeit und der SU gerechnet werden.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 11331 (220)

156

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1701
Citissime

Aufgabe: 31. Mai 1987, 15.25 Uhr¹
Ankunft: 31. Mai 1987, 14.18 Uhr

Betr.: Sowjetische Reaktion auf die Landung eines deutschen Sportflugzeuges auf dem Roten Platz am 28. Mai 1987²

Zur Unterrichtung

Die Tatsache, daß ein kleines Sportflugzeug, noch dazu ein deutsches, in den sowjetischen Luftraum eindringen konnte und dann auch noch mitten auf dem Heiligtum der Nation, dem Roten Platz, zwischen Kreml, Leninmausoleum und Basiliuskathedrale, landete, hat hier wesentlich tiefer getroffen, als dies umgekehrt in der sehr viel lockeren Umgebung einer westlichen Gesellschaft vorstellbar ist.

1) Die erste Reaktion war ein sei es verblüfftes, sei es entsetztes Schweigen. Der nächste Schritt war um so einschneidender. Verteidigungsminister Sokolow und der Oberkommandierende der Luftverteidigung, Koldunow, wurden nach Beratung im Politbüro ihrer Ämter enthoben. Im Falle Sokolows wurde dies in einer kurzen und dünnen Meldung über die Berufung seines Nachfolgers und seine „Pensionierung“ bekanntgegeben, die keinen ausdrücklichen Bezug zu dem Flugzeugzwischenfall herstellt. Um so deutlicher war die lange und geharnischte Kritik an den Versäumnissen der Luftverteidigung, mit der die Ablösung Koldunows begründet wird.³

¹ Das Fernschreiben wurde von Botschaftsrat Neubert, Moskau, konzipiert.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken am 1. Juni 1987 vorgelegen.

² Zur Landung von Mathias Rust mit einem Sportflugzeug im Zentrum von Moskau vgl. auch Dok. 157.

³ In der 19-Uhr-Sendung des Zentralen Sowjetischen Fernsehens hieß es am 30. Mai 1987, das Politbüro der KPdSU habe die Umstände der Verletzung des sowjetischen Luftraums durch den Flug von Mathias Rust am 28. Mai 1987 erörtert. Dessen Aktion „bezeugt ernste Mängel in der Organisation der Kampfüberwachung zum Schutz des Luftraums des Landes, das Fehlen der notwendigen Wachsamkeit und Disziplin, große Versäumnisse in der Truppenführung seitens des Verteidigungsministeriums der UdSSR. Wegen Schlamperei und Unorganisiertheit in der Unterbindung der genannten Verletzung, wegen Fehlens der notwendigen Kontrolle über die Aktionen der Luftraumverteidigungstruppen hielt es das Politbüro für notwendig, den Genossen Koldunow aus dem Amt des Oberkommandierenden der Luftverteidigungstruppen zu entlassen. Es wurde der Beschluß

Die offizielle Version suggeriert, daß die Maschine ab Einflug in den sowjetischen Luftraum erkannt wurde, daß lediglich die Entscheidungen und/oder Maßnahmen „danach“ fehlerhaft waren. Inwieweit dies zutrifft und welche gravierenden Versäumnisse den Zorn des Politbüros erregt haben, dürfte – wenn überhaupt – erst die Zukunft offenlegen. Allein die harte Sprache der TASS-Meldung zeigt, wie tief die Empörung sitzt: „unerträgliche Sorglosigkeit und Unentschlossenheit ... ernsthafte Mängel beim Schutz des Luftraums des Landes ... Mangel an Wachsamkeit und Disziplin ... größere Pflichtvergessenheit seitens des Verteidigungsministeriums in der Führung der Streitkräfte ...“.

Im Fall Koldunow ist der Zusammenhang Fehlverhalten/Ablösung unmittelbar, die Härte der Reaktion des Politbüros mag auch damit zusammenhängen, daß gerade in der Luftverteidigung (Fall der KAL-Maschine⁴) schon früher nicht nur sachlich katastrophale, sondern auch politisch außerordentlich belastende Mängel zu Tage getreten waren.

Im Falle Sokolow wird kein unmittelbarer Zusammenhang hergestellt, er ist dennoch augenfällig. Die Frage ist daher, ob Sokolow, der am Abend der „Landung“ mit Gorbatschow in Berlin war⁵, wirklich für das Fehlverhalten der Luftverteidigung verantwortlich gemacht werden kann, oder ob hier eine allgemeine politische Unzufriedenheit mit seiner Person oder Amtsführung aus einem im Vergleich zu den Konsequenzen minderrangigen Anlaß durchgebrochen ist. Der Eindruck einer gewissen Überreaktion ist nicht ganz von der Hand zu weisen, womit die Frage der Reaktion in den Streitkräften auf diese Ablösung sich stellt. Sie waren bisher nicht mit einem Vollmitglied im Politbüro vertreten – im Gegensatz zum KGB. Die politische Einstufung seines Nachfolgers wird zeigen, welchen Kurs die Parteiführung bei der Gestaltung ihres Verhältnisses zu den Streitkräften einzuschlagen gedenkt. Immerhin deutet die harsche Kritik an Koldunow und an der Institution Verteidigungsministerium (s. oben) darauf hin, daß die Streitkräfte jetzt erstmal an einem „Besserungsnachweis“ werden arbeiten müssen.

2) Die spektakuläre Ablösung findet ihre Erklärung zumindest teilweise auch in der Stimmung im Lande: In der Frage des Schutzes des „Vaterlandes“, der Souveränität und solcher nationalen Heiligtümer wie dem ehemals (und immer noch) „heiligen Moskau“ und dem Herzen dieses Heiligtums, dem Roten Platz, herrscht hier eine für unsere heutigen Maßstäbe geradezu archaisch anmutende „vaterländische“ Mentalität. Jede Publikation zu einem solchen Thema zeigt es. Diese Mentalität wird auch von Staats wegen mit Hingabe und geradezu religiösem Eifer gepflegt. Dies zeigt sich auch darin, daß man mit „heiligen

Fortsetzung Fußnote von Seite 782

gefaßt, die Leitung des Verteidigungsministeriums der UdSSR zu festigen.“ Vgl. die „Ostinformation“ des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung vom 1. Juni 1987; Referat 213, Bd. 139416.

⁴ Am 1. September 1983 wurde ein vom Kurs abgekommenes Passagierflugzeug der südkoreanischen Fluglinie KAL mit 269 Menschen an Bord, das sich auf einem Linienflug von New York über Anchorage nach Seoul befand, von sowjetischen Jagdflugzeugen westlich der Insel Sachalin abgeschossen, nachdem es den sowjetischen Luftraum durchflogen hatte. Dabei kamen alle Insassen ums Leben. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 256, Dok. 258, Dok. 261 und Dok. 264.

⁵ In Ost-Berlin fand am 28./29. Mai 1987 die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués und der Erklärung über Militärdoktrinen vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 385–394.

In der Sitzung am 29. Mai 1987 wurde die Landung von Mathias Rust in Moskau erörtert. Vgl. dazu <http://www.php.isn.ethz.ch/lory1.ethz.ch/collections/colltopic01ce.html?lng=en&id=17112&navinfo=14465>.

Dingen“ keine frevelhaften Scherze treiben darf. Damit erklärt sich auch, daß diese Großmacht, unbeschadet des Jahrhunderts, in dem wir leben, nicht in der Lage ist, dem Abenteuerflug eines Neunzehnjährigen in einem Sportflugzeug eine sportliche, menschliche, geschweige denn humorvolle Seite abzugewinnen. Dies wurde auch deutlich aus der Gesprächsführung Bondarenkos, der zwar keine Kritik an der Bundesregierung übte, aber die „Souveränitätsverletzung“ auch persönlich durchaus ernst zu nehmen schien.⁶

3) Das Zusammenwirken in der Tat beschämender sachlicher Mängel der Luftverteidigung, die vaterländische Mentalität und konsequente Humorlosigkeit in heiligen Dingen haben in diesem Fall auch die viel beschworene Glasnost in Mitleidenschaft gezogen. Obwohl die Maschine am Donnerstag gegen 19.00 Uhr auf dem dicht bevölkerten Roten Platz landete, brauchte TASS 25 Stunden für eine erste gequälte Fünf-Zeilen-Meldung. Das SAM brauchte rund 48 Stunden, bis es sich für ein Gespräch mit mir hinreichend gewappnet fühlte.⁷ Die erste Reaktion der Behörden war, die Bundesflagge und das Kennzeichen „D“ an dem Flugzeug mit Farbe zu überpinseln und dergestalt ein behelfsmäßiges Feigenblatt vor der „Schande der Luftverteidigung“ anzubringen. Dann mußte der Schandfleck beseitigt werden, das Flugzeug wurde in der Nacht abtransportiert. Nachdem man den Vorfall nicht ganz verschweigen konnte, versucht man zumindest nicht das ganze Ausmaß der Blamage publik werden zu lassen: Nachdem man schon zugeben mußte, daß es sich um ein einmotoriges, kleines Sportflugzeug handelte, verschweigt man aber verkniffen, daß der Pilot ein neunzehnjähriger Sportflieger mit knapp vierzig Flugstunden ist, der seinen Flugschein erst seit einem Jahr hat, und daß die Landung auf dem Roten Platz erfolgte (obwohl es „alle“ gesehen haben und weiter erzählen...). Vielleicht wird, wenn die große Nation sich von ihrem Schreck erholt hat, auch in Sachen Glasnost etwas nachgebessert.

4) Man muß dem Gastland freilich zugute halten, daß in diesem Fall mehr schiefgegangen ist, als der durchaus natürliche Stolz so ohne weiteres hinnehmen kann: Da wird Souveränität und Luftraum verletzt von einem Sportflugzeug, einem 19-jährigen Piloten, noch dazu einem Deutschen. Das ganze aus Richtung Norden von Finnland her, und während der ganzen Strecke von fast 1000km und vier bis fünf Flugstunden merkt es entweder niemand oder ist nicht in der Lage, irgend etwas Sinnvolles zu unternehmen. Beide Alternativen sind nicht schmeichelhaft. Landung in Moskau, auf dem Roten Platz. Nach Presseberichten hat der Pilot sich dort noch ca. zwei Stunden mehr oder weniger frei bewegt, mit Touristen gesprochen und Autogramme verteilt. Dann dauerte es eine Weile, bis Pinsel und Farbe zu stellen waren (s. o. Operation Feigenblatt), dann wurde der junge Mann immerhin in Gewahrsam genommen, aber das

⁶ Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 30. Mai 1987, der Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium habe ihm am selben Tag „den entschiedenen Protest“ der sowjetischen Regierung wegen der Verletzung des sowj. Luftraums durch Herrn Rust“ übermittelt. Allerdings habe Bondarenko der Bitte um konsularische Betreuung von Rust zugestimmt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1698; Referat 213, Bd. 139416.

⁷ Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, teilte am 29. Mai 1987 mit: „Nachdem 3. Europ[ä]ische Abt[eilung] des SAM für Botschaft heute ganzen Nachmittag nicht erreichbar war (auch Bondarenko nicht für mich), konnte schließlich um 18.00 Uhr kurze Verbalnote übergeben werden“. Es sei die Bitte um Information und Zusammentreffen mit dem Piloten, seine Freilassung und Rückgabe des Flugzeugs geäußert worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1695; Referat 213, Bd. 139416.

Flugzeug stand bis 4 Uhr früh – fast neun Stunden – als Mahnmal Vernachlässigung vaterländischer Pflichten (s. Politbüroäußerungen) unweit des Leninmausoleums.

Dies alles zusammen war zu viel. Allerdings nur für die Mentalität, wie sie hier noch immer vorherrscht. Insofern ist die sowjetische Reaktion durchaus typisch und folgerichtig und zeigt, wie groß die Aufgabe der Perestroika auch in dieser Hinsicht ist.

[gez.] Meyer-Landrut

Referat 213, Bd. 139416

157

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1716
Citissime nachts

Aufgabe: 1. Juni 1987, 19.13 Uhr¹
Ankunft: 1. Juni 1987, 17.54 Uhr

Betr.: Haftfall Mathias Rust², geb. 1.6.1968³ in Hamburg, wohnhaft
Wedel⁴/Holstein, Paß Nr. G 7344972

Zur Unterrichtung

I. 1) LRK⁵ nahm in Begleitung von Sachbearbeiter und Dolmetscherin Hafttermin mit Herrn Rust am 1.6. von 15.00 bis 15.50 Uhr im Lefortowo-Gefängnis wahr. Er hatte Gelegenheit, mit Herrn Rust von 15.10 bis 15.40 Uhr zu sprechen. Er beabsichtigt, Herrn Rust am 15. oder 16. Juni 1987 wieder zu besuchen.

2) Im Vorgespräch bestätigte KGB-Untersuchungsführer Dobrowolski Vorwürfe gegen Herrn R., wie sie mir vom SAM übermittelt worden waren. KGB ermittelt wegen Verletzung der internationalen Flugregeln, Flug in sowjetisches Hoheitsgebiet ohne Erlaubnis, Überflug sowjetischen Territoriums und Landung in Moskau, Gefährdung von Sowjetbürgern und Gästen der SU, als Straftat strafbar gemäß Paragraph 84 StGB der RSFSR. Auf Rückfrage bestätigte er, daß derzeit kein unter einen anderen Paragraphen fallender Tatbestand Gegenstand der Untersuchung sei.

Zur Ermittlungsdauer: Nach sowjetischem Recht habe Ermittlungsbehörde das Recht, Ermittlungen zwei Monate zu führen, bevor förmlich eine Verlängerung der Ermittlungsdauer beantragt wird. Auf Frage nach einer Verkürzung der

¹ Hat Bundesminister Genscher am 3. Juni 1987 vorgelegen, der für Staatssekretär Sudhoff handschriftlich vermerkte: „Läßt die Schilderung des Gesprächsverlaufs Rückschlüsse auf Einwirkungen zu?“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 3. Juni 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Sudhoff verfügte.

² Zum Haftfall Mathias Rust vgl. Dok. 156.

³ Korrigiert aus: „11.01.1968“.

⁴ Korrigiert aus: „Wabel“.

⁵ Leiter der Rechts- und Konsularabteilung war Gerhard Enver Schrömbgens.

Ermittlungszeit, da Tatgeschehen nicht komplex sei, ging er nicht ein, meinte aber, zwei Monate würden wohl reichen.

3) Herr Rust machte einen ruhigen, gefaßten Eindruck, der sich über das Geschehene und seine Folgen völlig klar war. Er hatte seit seiner Verhaftung den Beistand der Botschaft nicht erbeten und zeigte sich über den Besuch von LRK weder erfreut, noch war er abweisend. Er schien gesund und geistig präsent. LRK überbrachte die Grüße der Eltern, erwähnte das Presseecho in West und Ost, die für die SU ernste innenpolitische Seite sowie mögliche Belastungen der Tat für die deutsch-sowjetischen Beziehungen. Herr R. erklärte, sich mit diesen Folgen befaßt zu haben. Ihm sei bewußt gewesen, eine Straftat nach sowjetischem Recht zu begehen. Auch wisse er, daß das Strafmaß davon abhängе, für wie schwer das Gericht die Tat halte, insbesondere, wenn es sie als Angriff auf das Land werte. Ihm sei gesagt worden, er könne mit bis zu fünf Jahren Freiheitsentzug, Geldstrafe sowie Konfiszierung des Flugzeugs bestraft werden. LRK erläuterte ihm die Strafbarkeit auch nach deutschem Recht – unter Wahrung des Grundsatzes ne bis in idem. Herr R. erklärte, er wisse, daß er möglicherweise seinen Wunsch, Fluglehrer zu werden, nicht werde erfüllen können. Zum Motiv befragt: Er habe sich mit der Tat nicht in den Vordergrund rücken, sich nicht beweisen, sich auch nicht in Öffentlichkeit produzieren wollen: „Ich hatte ein politisches Motiv. Ich bin ein Mittel.“ Auf Frage: Er habe keine Hintermänner. Um nähere Erläuterung zum Motiv befragt, erklärte er, nichts weiter dazu sagen zu wollen. Er bestätigte die Flugroute Sylt–Reykjavik–Helsinki und Flug Richtung Osten. Er sei allein geflogen, zumal er drei Sitze ausgebaut habe, um Reisegepäck, Schlafsack, Isoliermatte, Öl für das Flugzeug, Kocher, Kleidung – aber keine wertvollen Gegenstände – mitzunehmen. Er sei zuvor weder in Moskau noch überhaupt jemals im Ostblock gewesen.

Bei der Unterrichtung, daß seine Eltern mit dem „Stern“ eine vertragliche Vereinbarung abgeschlossen haben, sowie bei der Nachricht, daß auch die „Quick“ für die Verwertung seines Fluges – falls ihr exklusiv zur Verfügung gestellt – eine Summe zahlen werde, wurde LRK vom Verhandlungsführer unterbrochen mit der Bemerkung, Herr R. könne darüber nach Freilassung entscheiden. Herr R. äußerte sich nicht, schien jedoch damit einverstanden und keine Eile mit einer Entscheidung zu haben. (Er gab also kein Einverständnis und keine Vollmacht, worum seine Eltern in einem mir zugegangenen Telex gebeten haben.)

Zu Essen, Trinken, an Kleidung habe er genug. Das mitgebrachte „Studentenfutter“, Gummibärchen, etwas Leberpastete sowie 10,- Rubel für kleinere Einkäufe im Gefängnisladen nahm er an. Wünsche, auch nach Lesestoff, hatte er noch nicht.

Den Vorschlag, ihn in ca. 14 Tagen wieder zu besuchen, akzeptierte er, ohne jedoch ein besonderes Verlangen danach zu zeigen. Den Hinweis, daß der Besuch wichtig erscheine, zumal ihm bis zur Klageerhebung kein Anwalt zustehe, nahm er ohne Reaktion auf. Er bat, seinen Eltern auszurichten, er habe sich über die Wünsche (im Telex vom 31.5. an mich) gefreut. Er bat, sie und den Bruder zu grüßen. Es gehe ihm gut.

Er habe bei seinem Arbeitgeber, Fa. Schneider Computertechnik, bis 8.6. Urlaub genommen. LRK sagte ihm zu, Arbeitgeber werde von seiner augenblicklichen Unabkömmlichkeit unterrichtet (bitte von dort veranlassen).

4) In Abschlußgespräch mit Untersuchungsführer, das ohne Herrn R. geführt wurde, beschwerte sich LRK darüber, daß dieser ihn während des Gesprächs immer wieder zur Eile und zur Kürze gedrängt hatte. Sodann übermittelte er den Vorschlag zum weiteren Prozedere gemäß Nr. 4 des DB 1698 vom 30.5.1987.⁶ Der Verhandlungsführer versprach, ihn den hierfür kompetenten Personen weiterzuleiten, nachdem er nochmals deutlich gemacht hatte, daß die SU mit einer Strafverfolgung völlig legal handle und kein internationales Recht verletze. Abschließend stimmte er einem weiteren Treffen mit Herrn R. zu. Es ist für den 15. oder 16. Juni vorgesehen.

II. Herr Rust machte den Eindruck, den Plan in vollem Bewußtsein aller, insbesondere seiner strafrechtlichen und beruflichen Folgen durchgeführt zu haben. Das Schweigen über sein Motiv ist schwer zu deuten. An der Richtigkeit seiner diesbezüglichen Aussage bestehen aber keine Zweifel: Als er das Bündel Zeitungsausschnitte der Wochenendpresse sah, das ihm Mitarbeiter zeigte, ging zwar ein kleines Lächeln über das Gesicht. Er zeigte jedoch keinen Triumph und keine Befriedigung.

Verwunderlich ist seine Erklärung, ein „Mittel“ sein zu wollen, Hintermänner jedoch nicht zu haben.

R. vermittelte den Eindruck eines sensiblen, intelligenten Menschen. Darauf deutet auch die Bemerkung des Verhandlungsführers kurz vor Begegnung mit Herrn Rust hin, wir sollten ihn nicht verwirren. Herr R. zeigt sich jedoch durchgehend ausgesprochen „cool“.

[gez.] Meyer-Landrut

Referat 213, Bd. 139416

⁶ Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete, er habe am 30. Mai 1987 ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, über den Haftfall Mathias Rust geführt. Dieser habe zugesagt, Angehörige der Botschaft könnten Rust am 1. Juni 1987 im Gefängnis besuchen. Meyer-Landrut teilte weiter mit, über den Besuch werde unverzüglich informiert: „Soweit sich in dem Gespräch keine neuen Gesichtspunkte ergeben, schlage ich vor, gegenüber der sowjetischen Seite das folgende Prozedere vorzuschlagen: Die sowj. Behörden führen ihre Untersuchung zu Ende (soweit nicht bereits geschehen). Die sowj. Behörden überstellen Herrn Rust über die Botschaft an die d[eu]t[schen] Behörden, die ihrerseits die nach Lage des Falls gebotenen rechtlichen und administrativen Schritte einleiten. Die sowj. Behörden stellen den zuständigen dt. Behörden die dafür erforderlichen Informationen bzw. sowj. Untersuchungsergebnisse zur Verfügung. Da aus B[ondarenko]s Ausführungen zu entnehmen ist, daß die SU Herrn Rust nur der Luftraumverletzung und der Gefährdung des Luftverkehrs beschuldigt und keine weitergehenden Vorwürfe erhebt, sollten wir versuchen, das weitere Vorgehen gegen Herrn Rust wegen evtl. Rechtsverstöße soweit irgend möglich und so schnell wie möglich in die Bundesrepublik zu verlagern. Obiges Prozedere erscheint mir dafür ein geeigneter Ausgangspunkt.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139416.

158

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatsratsvorsitzendem Schiwwow

2. Juni 1987¹

Besuch des Vorsitzenden des Staatsrates der Volksrepublik Bulgarien und Generalsekretärs der Bulgarischen Kommunistischen Partei, Todor Schiwwow, Bonn, 2.–5.6.1987;

hier: Gespräch Bundeskanzler/Schiwwow im erweiterten Kreise, 2.6.1987, 16.10 Uhr–16.50 Uhr

Der Herr Bundeskanzler (BK) und Staatsratsvorsitzender Schiwwow (S.) setzten ihr Gespräch in einem um die beiderseitigen Außenminister und Botschafter² erweiterten Kreis fort.

Auf Bitten des BK referiert BM *Genscher* (BM) über seine Gespräche mit AM Mladenow (M.)³:

- Bulgarien bitte um unsere Unterstützung seiner Vollmitgliedschaft im GATT.⁴ Wir stünden dem aufgeschlossen gegenüber, weil der Übergang vom Beobachterstatus zur Vollmitgliedschaft in der Logik der Entwicklung liege.
- Die gleiche aufgeschlossene Haltung gelte für die Verbesserung der Beziehungen Bulgariens zur EG.⁵

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 3. Juni 1987 gefertigt und von Vortragendem Legationsrat Schäfers, Bundeskanzleramt, am 9. Juni 1987 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnach „zur Unterrichtung des Auswärtigen Amts“ übermittelt.

Hat Legationssekretär Köhler am 10. Juni 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, Ministerialdirigent Kastrup und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Derix verfügte.

Hat Ministerialdirigent Ploetz am 10. Juni 1987 in Vertretung von Richthofen vorgelegen.

Hat Vortragender Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal am 11. Juni 1987 in Vertretung für Kastrup vorgelegen.

Hat Derix am 11. Juni 1987 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 214, Bd. 139470.

² Georgi Evtimov (Bulgarien) und Hans Alfred Steger (Bundesrepublik).

³ Bundesminister Genscher und der bulgarische Außenminister Mladenow trafen am 2. Juni 1987 zu einem Gespräch zusammen. Themen waren die bilateralen Beziehungen, u. a. ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, die Beziehungen zwischen Bulgarien und den Europäischen Gemeinschaften, der Antrag Bulgariens auf Vollmitgliedschaft im GATT sowie eine kernwaffenfreie Zone auf dem Balkan. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139470.

⁴ Referat 411 notierte am 7. Mai 1987, Bulgarien habe am 8. September 1986 „einen Antrag auf Vollmitgliedschaft im GATT gestellt und sich dabei selbst als ‚developing economy‘ bezeichnet. Am 16.10.86 hat BUL die Vertragsparteien um die Einsetzung einer GATT-Arbeitsgruppe zur Prüfung seines Antrages gebeten. [...] Wir begrüßen grundsätzlich den bulgarischen Antrag. Diese handelspolitische Frage fällt jedoch in die Kompetenz der Gemeinschaft, die hierüber zuletzt im Oktober 1986 im handelspolitischen Ausschuß gemäß Art. 113 EWG-Vertrag beraten hat. Dort ist Übereinstimmung erreicht worden, daß sich die EG gegenüber dem Beitrittswunsch aufgeschlossen zeigen solle. Nicht einverstanden ist die EG mit dem bulgarischen Wunsch, seinen Status als Entwicklungsland im GATT festzuschreiben (damit ist eine weitgehende Befreiung vom Prinzip der Reziprozität und der Meistbegünstigung, z. B. IL-Zollpräferenzen für EL, verbunden).“ Vgl. Referat 411, Bd. 144374.

⁵ In einer Aufzeichnung des Referats 411 vom 11. August 1987 wurde dargelegt: „Bulgarien hat mit der EG Sektorabkommen für Textilprodukte, Stahl sowie Schaf- und Ziegenfleisch geschlossen. EG

- Die bulgarische Seite habe ihr Interesse am baldigen Abschluß eines Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit bekräftigt; die prinzipielle Frage (Berlin) werde nach dem Vorbild des 1986 mit der SU geschlossenen WTZ-Abkommens⁶ geregelt werden können. Er – BM – habe auch unser positives Interesse unterstrichen, jedoch darauf hingewiesen, daß man – genau wie im Fall der SU – nicht über eine „leere Hülse“ reden, sondern zusammen mit dem Abschluß eines WTZ-Abkommens bereits konkrete Projekte vereinbaren wolle. Deshalb sei als nächster Schritt eine Einladung deutscher Wissenschaftler sowie Vertreter des zuständigen Ressorts nach Bulgarien vorgesehen, die dort konkrete Felder der Zusammenarbeit erkunden sollten; anschließend eine Einladung bulgarischer Wissenschaftler und Regierungsvertreter in die Bundesrepublik Deutschland.
- Zu von ihm – BM – angesprochenen humanitären Fällen habe M. großzügige Behandlung zugesichert.⁷

Mladenow bestätigt diese Darstellung.

Schiwickow wirft ein, er werde sich sofort nach Rückkehr nach Bulgarien dafür einsetzen, daß diese Leute in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen könnten, natürlich nur, wenn sie tatsächlich Bulgarien verlassen wollten.

BK dankt für diese Bereitschaft.

BM betont, es gehe nicht nur um Ausreisen, sondern auch um Begnadigung in Haftfällen.

Mladenow würdigt zusammenfassend die bilateralen Beziehungen als gut: Es gebe keine Probleme, die größere Kopfschmerzen bereiteten.

Im Gespräch der beiden AM sei ferner – so M. weiter – über das WFT⁸ und die zu Korb II gemachten Vorschläge gesprochen worden. Bulgarien schlage ein

Fortsetzung Fußnote von Seite 788

gewährt BUL Meistbegünstigung autonom mit Einschränkungen; BUL bemüht sich seit 1977 um die Aufnahme in das EG-Schema der Allgemeinen Zollpräferenzen für Entwicklungsländer. D unterstützt diesen Antrag, während KOM und Mehrheit der MS ihn ablehnen. Bulgarien will auch den Abschluß eines Handels- und Kooperationsabkommens mit der EG (KOM ist gegen Kooperations teil).“ Vgl. Referat 411, Bd. 144308.

⁶ Für den Wortlaut des Abkommens zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vom 22. Juli 1986 über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und der dazugehörigen Anlage vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 395–397.

Zur Unterzeichnung des Abkommens und zur Einbeziehung von Berlin (West) vgl. AAPD 1986, II, Dok. 196, Dok. 198, Dok. 202 und Dok. 212.

⁷ Im Gespräch mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow am 2. Juni 1987 übergab Bundesminister Genscher eine Liste mit Härtefällen, für die er um „wohlwollende Prüfung“ bat. Insbesondere wies er auf den „Haftfall Ohnesorge und den angegriffenen Gesundheitszustand des Häftlings“ hin und bat um eine „humanitäre Entscheidung“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139470.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Bosch notierte am 22. Dezember 1987: „Der 1984 in Bulgarien verhaftete und dort wegen angeblicher Spionage zu 15 Jahren Gefängnis verurteilte deutsche Staatsangehörige Ohnesorge hatte sich am 15.12.1987 im Gefängnis von Stara Sagora mit Reinigungsmitteln übergossen und angezündet. Er ist am 17.12.1987 seinen schweren Verbrennungen (60 %) erlegen. BM hatte am 16.12.1987 an den bulgarischen AM ein Schreiben mit der Bitte gerichtet, O[hnesorge] den Transport nach D zu ermöglichen. Als Botschafter Lewalter dieses Schreiben in Sofia übergab, erklärte man ihm, die bulgarische Seite habe unabhängig davon bereits gehandelt und wolle O. ausfliegen lassen. Referat 511 hatte noch am 16.12. den Transport mit einem Spezialflugzeug des Deutschen Roten Kreuzes in die Wege geleitet; der Transport kam jedoch nicht zustande, da sich am 16.12. abends herausstellte, daß O. nicht transportfähig war.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139481.

⁸ Zur KSZE-Folgekonferenz in Wien vgl. Dok. 179.

europäisches Umwelttreffen auf Expertenebene in Sofia vor⁹ und habe dazu Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland erbeten.

BK glaubt, daß eine Vertiefung der Zusammenarbeit im wissenschaftlich-technischen Bereich – und zwar nicht verbal, sondern tatsächlich – eine sehr gute Sache sei. Gerade hier sei man auf Offenheit angewiesen – und wir verfolgten eine Politik der offenen Tür. Dies gelte – wie vorher unter vier Augen besprochen – gegenüber der Welt insgesamt, zu einzelnen fortschrittlichen Ländern wie Japan, aber auch im Verhältnis zu unseren Partnern in Europa. Dabei werde man nicht vergessen, wer in den vergangenen Jahrzehnten uns gegenüber die Tür offengehalten habe. Es sei deshalb logisch, daß man jetzt in der deutsch-bulgarischen Zusammenarbeit einen großen Schritt aufeinander zugehe.

Schiwwkow bestätigt, er komme mit gleichen Absichten und Gefühlen: Jetzt könne man, ohne großen Lärm, einen großen Schritt nach vorn machen.

BK bestätigt, dies sei auch unser Wunsch: vernünftige Fortschritte ohne großes Geschrei.

Schiwwkow erinnert daran, daß die Geschichte die Entwicklung zwischen beiden Ländern vorausbestimmt habe: Die Bulgaren würden nicht zu Unrecht die „Preußen des Balkans“ genannt. Heute seien wir in den bilateralen Beziehungen an einem Punkt angekommen, wo es keine strittigen Fragen gebe. Die künftige Partnerschaft müsse nun so aussehen, daß jeder nicht nur den eigenen, sondern auch den Standpunkt des Partners berücksichtige.

BK regt an, S. möge nach Rückkehr nach Sofia GS Honecker über den Stand der Beziehungen und über die hier geführten Gespräche unterrichten – als gutes Beispiel für einen eigenen Besuch. Natürlich hätten wir – anders als im Fall Bulgariens – mit der DDR eine Reihe von Problemen, nichtsdestoweniger könne man vernünftig darüber reden – und eine Lösung wäre nicht nur im Interesse der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, sondern auch anderer Länder.

Schiwwkow bestätigt, daß GS Honecker seinen – S. – Besuch in der Bundesrepublik Deutschland mit großer Aufmerksamkeit verfolge. In Ost-Berlin habe Honecker ihn auf sein Welt-Interview¹⁰ angesprochen – ihm aber kein „Begläubigungsschreiben“ mitgegeben.¹¹

BK bittet S. als Doyen der Staats- und Parteichefs des Warschauer Paktes, seine Bonner Erfahrungen auch an Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski und an seinen

⁹ Bulgarien schlug am 17. Dezember 1986 auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien die Einberufung eines „ökologischen Forums“ der KSZE-Teilnehmerstaaten vor. Am 31. März 1987 legte Bulgarien zudem eine Arbeitsunterlage zum Mandat des Forums vor. Es sollten „subsidiäre Arbeitsorgane“ zur Behandlung folgender Themen gebildet werden: Bekämpfung der Luftverschmutzung, Verhinderung der Wasserverschmutzung, Schutz der Meeresumwelt, Bekämpfung der Bodenverschlechterung, Schutz der Wälder, Schutz und Erhaltung der vorhandenen genetischen Ressourcen, Fragen im Zusammenhang mit den möglichen Folgen von Industrieunfällen sowie mit der Reinigung und dem Transport von Giftstoffen und der Beseitigung von Sonderabfall. Für die Vorschläge CSCE/WT.4 bzw. CSCE/WT.4/Add.1 vgl. Referat 212, Bd. 153445.

¹⁰ Vgl. den Artikel „Schiwwkow: Es darf kein mechanisches Kopieren fremder Reformverfahren geben“, DIE WELT vom 27. Mai 1987, S. 6f.

¹¹ Staatsratsvorsitzender Schiwwkow hielt sich anlässlich der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Paktes am 28./29. Mai 1987 in Ost-Berlin auf. Für den Wortlaut des Communiqués der Tagung und der Erklärung über Militärdoktrinen vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 385–394.

Kollegen in Prag¹² weiterzugeben – gerade in Prag gebe es leider immer noch dicke Mauern.

Schiwkow hält – „in meiner Eigenschaft als Doyen“ – die Gespräche in Bonn für einen Glücksfall und bekräftigt seine Überzeugung, daß sie sich weiter günstig auswirken werden.

BK unterstreicht unser Interesse an Verstärkung der Zusammenarbeit im Umweltschutz (Exkurs über Waldsterben, insbesondere an der bayerisch-tschechischen Grenze). Desgleichen sei Reaktorsicherheit kein nationales, sondern ein internationales Problem: Der „Störfall“ in Tschernobyl¹³ habe für uns Folgekosten von 600 Mio. DM verursacht – eine Summe, für die man sehr viel für die Sicherheit von KKW hätte tun können.

Schiwkow betont die Wichtigkeit des Umweltschutz-Themas auch für Bulgarien, obwohl hier negative Erscheinungen wie das Waldsterben noch nicht das bedrohliche Tempo wie in anderen Teilen Europas angenommen hätten. Dennoch lege Bulgarien nicht zuletzt aus humanitären Gründen großen Wert auf breite Zusammenarbeit, sowohl international als auch im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland, die, soweit er unterrichtet sei, auf dem Gebiet der Umwelttechnologien eine führende Stellung einnehme.

BK erkundigt sich, ob die beiden AM über Kulturbeziehungen gesprochen haben.

BM erwidert, der Bundespräsident habe unser Interesse an der Errichtung eines Kulturinstituts in Sofia unterstrichen.¹⁴

Schiwkow erwidert, auch auf kulturellem Gebiet müsse man zu breiter Zusammenarbeit auf hohem Niveau übergehen. Bulgarien habe nichts dagegen, daß – auf Basis der Gegenseitigkeit – ein Kulturzentrum in Sofia errichtet werde. Natürlich wisse man, daß Kulturzentren besondere Regeln beachten müßten (keine Propaganda). Bereits zu Lebzeiten seiner Tochter¹⁵ habe sich Bulgarien auf kulturellem Gebiet der Welt geöffnet. Diese Linie gelte noch heute. Es gebe keine Ängste und Hindernisse. Die Menschen seien reif genug zu prüfen, was gut für sie sei und was nicht.

BK hält Errichtung von Kulturinstituten für eminent wichtig. Entgegen der Tendenz, sich in den internationalen Beziehungen auf die wirtschaftlichen Elemente zu konzentrieren, müsse es darum gehen, die Beziehungen der Völker untereinander zu entwickeln. Dies gelte beispielsweise auch zwischen Deutschen und Russen. Die Beziehungen beider Völker seien überwiegend nicht durch Krieg

¹² Gustáv Husák.

¹³ Zum Reaktorunfall von Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 26, Anm. 16.

¹⁴ Im Gespräch mit Staatsratsvorsitzendem Schiwkow am 2. Juni 1987 legte Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker dar: „Es gehe nicht darum, mit seiner Kultur beim anderen Propaganda zu betreiben. Wichtig sei es, die Bedeutung zu erkennen, die die Kultur im anderen Land habe. Er hoffe, daß es im kulturellen Bereich zwischen beiden Ländern weitere Fortschritte gebe. Wie er höre, seien über die Frage von Kulturinstituten Gespräche im Gange.“ Schiwkow erwiderte, „man sei zu einer breiten Kooperation bereit. Man müsse sich darüber unterhalten, wie man in Europa den Kulturaustausch fördern und Hindernisse überwinden könne. Es gebe keinen Grund, warum die beiden Außenminister dies nicht weiterverfolgten. Was die Frage des Kulturinstitutes angehe, so werde man sich das überlegen. Hier stelle sich auch die Frage der Reziprozität, ob Bulgarien in allen Bundesländern Kulturinstitute errichten könne. Seine Tochter habe sich schon vor Jahren für eine expansive bulgarische Kulturpolitik eingesetzt.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 139470.

¹⁵ Ljudmila Schiwkova.

geprägt gewesen, sondern durch kulturellen Austausch auf allen Gebieten befruchtet worden. Dies müsse man wieder aktivieren.

BK erinnert sodann an die Genfer Erklärung von Präsident Reagan und GS Gorbatschow¹⁶, man müsse die Beziehungen auf allen Gebieten verbessern. Natürlich seien Waffen wichtig, aber sie seien vor allem dann gefährlich, wenn hinter ihnen ein aggressiver Geist stehe oder Mißtrauen schwele. Dieses hänge aber oft damit zusammen, daß die Völker sich nicht kennen. Das deutsch-französische Beispiel belege, in welcher relativ kurzer Zeit der Wandel von Erbfeindschaft zu Freundschaft möglich sei. Bereits seine Kinder¹⁷ würden die Schulbücher nicht mehr verstehen, die er – BK – zu diesem Thema noch habe lesen müssen. Kulturbeziehungen seien heute so wichtig, weil sie Menschen nicht nur im Verstand, sondern im Herzen ansprechen.

Schiwwow ist voll einverstanden. Wir lebten in einer neuen Zeit: Die Übertragung von Fernsehprogrammen über Satellit fördere die gegenseitige Kenntnis der Menschen über ihre Probleme, ihre kulturellen Werte. Man könne Völker heute nicht einschließen, sie brauchten keine Aufpasser, die über das ihnen Zutragliche entschieden.

Bulgarien verhalte sich in diesem Sinn auch gegenüber den Entwicklungen in der Sowjetunion. Man sei der Meinung, daß sich nicht alles so hätte abspielen sollen, wie es sich tatsächlich entwickle, aber man präsentiere dem bulgarischen Volk das ganze Bild, auch (bisher verbotene) Schauspiele und Bücher.

S. stellt abschließend fest, es gebe keine Hindernisse, die kulturellen Beziehungen, aber auch die wirtschaftlichen Beziehungen und die beiderseitigen politischen Konsultationen auszubauen.

BK ergänzt: die sportlichen Beziehungen.

Schiwwow erwidert scherzhaft, die Bundesrepublik möge überlegen, statt Ungarn nunmehr Bulgarien den ersten Platz in den Beziehungen zu den sozialistischen Ländern einzuräumen.

Ende des Gesprächs: 16.50 Uhr.

Referat 214, Bd. 139470

¹⁶ Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung über das Treffen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690.

¹⁷ Peter und Walter Kohl.

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse von Morr

201-360.90-811/87 geheim

2. Juni 1987¹Betr.: US-Forderungen nach Unterstützung im Golf²

1) Ein Einsatz von Bundesmarine oder anderen Teilen der Bundeswehr im Persischen Golf kommt für uns aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht in Betracht: Nach Art. 87 a GG ist ein Einsatz der Bundeswehr nur zur Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland oder in anderen vom GG speziell geregelten Fällen zulässig (z. B. Katastrophenhilfe).³

2) Etwaige Beteiligungen an Einsätzen außerhalb des NATO-Vertragsgebiets⁴ – wozu der Persische Golf zählt – richten sich nach den für die sogenannte Out-of-area-Problematik entwickelten Grundsätzen. Einschlägig ist hierzu der Beschluß des Bundessicherheitsrats vom 3.11.1982. Ausgangspunkt waren auch seinerzeit amerikanische Forderungen im Zusammenhang mit strategischen Planungen für Südwestasien (infolge sowjetischer Afghanistan-Invasion⁵).

Seinerzeit stellte der BSR fest: „Die Bundesrepublik Deutschland ist im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten bereit, sich kooperativ an Maßnahmen im Zusammenhang mit RDJTF⁶-Planungen zu beteiligen. Sie geht davon aus, daß vor einer eventuellen Einleitung von Maßnahmen sowohl im Rahmen des Bündnisses als auch bilateral eingehend konsultiert wird. Rechtzeitige Unterrichtung über entsprechende amerikanische Planungen könnte unsere Meinungsbildung und Beschlußfassung im Bedarfsfalle erleichtern und beschleunigen. Unsere Beteiligung kann umfassen:

- Gewährung von Überflug- und Zwischenlanderechten für US-Streitkräfte bei Verlegung in Einsatzgebiete im Nahen und Mittleren Osten (in Fortführung einer schon bisher geübten Praxis: Einzelfallentscheidung bei konkretem amerikanischen Ersuchen). Im Einklang mit den Grundsätzen der Solidarität und Lastenteilung im Bündnis wird darauf zu achten sein, daß auch andere

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Moltke am 3. Juni 1987 vorgelegen, der für Referat 311 handschriftlich vermerkte: „Beitrag von Ref[er]at 201 für St[ellung]N[ahme] zu Golf-Beitrag.“
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Strenziok am 11. Juni 1987 vorgelegen.

² Kapitän z. S. Gerhardt, London, teilte am 2. Juni 1987 mit: „Britische Zeitungen berichteten am 29.5.87 über amerikanische Forderungen nach stärkerer alliierter Beteiligung am Schutz der Schifffahrtslinien im Persischen Golf. ‚Times‘ schrieb, daß US-Administration die Initiative einiger Kongreß-abgeordneter begrüße, alliierte Nationen, die Öl aus dem Golf bezögen, einen Teil der Kosten für den Schutz der Tanker durch die USA zahlen zu lassen. An anderer Stelle dieses Artikels wurden im Zusammenhang mit Äußerungen von Senator Dole Deutschland und Japan direkt angesprochen: ‚He called on allied nations either to help in patrolling the Gulf or in case of West Germany and Japan, to pay a fee to protect vessels carrying oil for them‘.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 972; VS-Bd. 13651 (311); B 150, Aktenkopien 1987.

³ Artikel 87 a des Grundgesetzes wurde mit dem Siebzehnten Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes vom 24. Juni 1968 geändert. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1968, Teil I, S. 711.

⁴ Zur Festlegung des Bündnisgebiets vgl. Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949; BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

⁵ Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

⁶ Rapid Deployment Joint Task Force.

hierfür in Betracht kommende Bündnispartner der Durchführung entsprechen der Maßnahmen auf ihrem Territorium zustimmen.

- Gewährung von Wirtschafts- sowie Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe an Länder der Region nach den von der Bundesregierung festgelegten oder festzulegenden Richtlinien.
- Verpflichtung im Rahmen unserer Möglichkeiten zur Bereitstellung von ziviler See- und Lufttransportkapazität für die Zuführung externer Verstärkungskräfte nach Europa sowie zur Beteiligung an deren Sicherung, sofern hierfür vorgesehene US-Kapazitäten wegen eines gleichzeitigen Einsatzes in SWA⁷ nicht verfügbar sind.
- Beiträge zur NATO-Infrastruktur im Rahmen der von der Bundesregierung bisher eingegangenen finanziellen Verpflichtungen und Unterstützung bei der Einräumung von Prioritäten für NATO-Infrastrukturprojekte, die auch der Unterstützung der US-Eingreiftruppe dienen können.
- Bereitschaft, uns an weiteren, noch nicht identifizierten Kompensationsmaßnahmen im Rahmen unserer Möglichkeiten zu beteiligen. Sobald derartige Kompensationsforderungen an die Bundesrepublik Deutschland konkret gestellt werden, wird eine ergänzende Befassung des BSR notwendig werden.
- Bereitschaft zur Fortführung von Flottenbesuchen gerade auch im Raum SWA zur weiteren Förderung der zwischenstaatlichen Beziehungen mit den Ländern der Region.
- Unterstützung aller Bemühungen in den NATO-Gremien, die auf die Entwicklung eines abgestimmten sicherheitspolitischen Konzeptes für Eventualfälle außerhalb des NATO-Vertragsgebietes abzielen (nicht beschränkt auf SWA).“

3) Was von den seinerzeitigen BSR-Beschlüssen gegenwärtig aktualisiert werden kann, bedarf der Abstimmung im Ressortkreis (vor allem BMVg, BMWi, BMF) und entsprechender politischer Billigung.

Aus Sicht von Referat 201 müßten amerikanische Wünsche zumindest ohne Alimime-Abweisung geprüft werden, da ansonsten Wiederbelebung Truppenabzugsdiskussion zu erwarten ist.⁸

Morr

VS-Bd. 13651 (311)

⁷ Südwestasien.

⁸ Ministerialdirigent von Ploetz teilte der Botschaft in Washington am 25. Juni 1987 mit, zur Zeit werde die Frage untersucht, „auf welche Weise wir Amerikaner bei deren Golf-Engagement entlasten können“. Es werde vor allem an folgende Möglichkeiten gedacht: „Maßnahmen, die die Amerikaner in Europa bzw. innerhalb des NATO-Vertragsgebiets entlasten. Das kann auch – im NATO-Gebiet – militärische Beiträge beinhalten (compensation); politische und ökonomische Beiträge, die auch öffentlich erkennbar unsere Solidarität mit dem wichtigsten Bündnispartner zum Ausdruck bringen (burden sharing).“ Ploetz bat um „Anregungen der Botschaft“ und Berücksichtigung der „Entwicklung der öffentlichen Meinung“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 563; VS-Bd. 12080 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

Botschafter van Well, Washington, berichtete am 29. Juni 1987: „Politische Maßnahmen könnten vor allem dann weite Zustimmung finden, wenn sie dazu beitragen, die Präsenz der amerikanischen Schiffe im Golf überflüssig oder weniger dringlich zu machen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2812; VS-Bd. 13029 (204); B 150, Aktenkopien 1987.

Zur Entsendung von Schiffen der Bundesmarine in das Mittelmeer vgl. Dok. 279.

160

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Heyken

213-321.00 SOW

3. Juni 1987¹Herrn Staatssekretär zur Unterrichtung²Betr.: Gorbatschow und die militärische Führung der SU im Lichte der Affäre Rust³

I. Die Affäre Rust hat eklatante Schwächen bei der sowjetischen Luftabwehr enthüllt und in der SU Schockwirkungen ausgelöst. Entsprechend dramatisch waren die personellen Konsequenzen, für die Präzedenzfälle zu finden schwerfällt. Zurückliegende spektakuläre Fälle von Entlassungen (z.B. des verantwortlichen Ministers nach dem Führungsglück im Schwarzen Meer im Sommer 1986⁴) waren qualitativ anders gelagert. Allerdings hatte Gorbatschow sich in den letzten Monaten immer offener dazu bekannt, daß im Interesse eines erfolgreichen Erneuerungskurses aus Fehlleistungen Konsequenzen auf allen Ebenen, einschließlich des Politbüros, gezogen werden müßten.

Trotz der Demütigung, der sich die sowjetische Führung durch den jungen Deutschen ausgesetzt sah, wäre die Bestrafung der Verantwortlichen wohl nicht so hart ausgefallen, wären nicht zwei Dinge zusammengekommen:

- zum einen die offenbar seit längerem aufgestaute Unzufriedenheit mit Mängeln bei den Streitkräften, die in der letzten Zeit immer vernehmlicher wurde;
- zum anderen die Entschlossenheit und Fähigkeit Gorbatschows, ein Exempel zu statuieren und im Politbüro eine derart weitreichende personalpolitische Entscheidung durchzusetzen.

Der Zorn entlud sich über das Militär, einer mächtigen, traditionell verschlossenen Kaste, die unter Breschnew äußerst privilegiert behandelt wurde und in mancher Hinsicht ein Eigenleben auf Kosten der Bevölkerung und der industriellen Entwicklung des Landes führen konnte, wenngleich der einfache Soldat unter spartanischen Bedingungen seinen Dienst zu tun gewohnt ist. Die harte Sprache der TASS-Verlautbarung vom 31.5. zeigte die tiefe Empörung: „Unerträgliche Sorglosigkeit und Unentschlossenheit ... ernsthafte Mängel beim Schutz des Luftraums des Landes ... größere Pflichtvergessenheit seitens des Verteidigungsministeriums in der Führung der Streitkräfte“ etc. Hier ging es nicht um einzelne Personen, sondern die Institution selbst.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken und Vortragendem Legationsrat Weiß konzipiert.

Hat Heyken am 4. Juni 1987 erneut vorgelegen.

² Hat Staatssekretär Sudhoff am 3. Juni 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Analyse für Mappe Staatsbesuch.“

³ Zum Haftfall Mathias Rust vgl. Dok. 157.

⁴ Am 31. August 1986 kam es im Schwarzen Meer zur Kollision eines Passagierschiffs mit einem Frachtschiff. Am 5. September 1986 wurde gemeldet, die sowjetischen Behörden gingen von insgesamt 398 Todesopfern aus. Vgl. dazu die Meldung „Kapitäne festgenommen“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 5. September 1986, S. 1.

Der sowjetische Minister für Hochseeschifffahrt, Guschenko, wurde am 28. September 1986 von seinem Amt entbunden.

Ein wichtiger innenpolitischer Aspekt besteht darin, daß der GS durch sein hartes Vorgehen gerade gegen die Militärs eindrucksvoll die Glaubwürdigkeit seines „Perestroika“-Konzepts unterstreichen kann. Er setzte damit gegenüber einer überwiegend noch zögernden Bevölkerung ein wichtiges Signal, d.h. erneut eine Art Garantieerklärung gegen eine Restauration der alten Verhältnisse.

II. 1) Die Ablösung des sowjetischen Luftabwehrchefs Koldunow (64), eines der erfolgreichsten Jagdflieger des Zweiten Weltkrieges, war angesichts der Sachlage sicher geboten. Hinzu kam möglicherweise die Erinnerung an den in seine Amtszeit fallenden Abschluß des südkoreanischen Jumbo Anfang September 1983.⁵ Während die Luftabwehr damals zumindest in militärischer Hinsicht für ein gegen die SU gerichtetes weltweites Entsetzen verantwortlich war, ist sie nunmehr verantwortlich dafür, daß die SU sich sicherheitspolitisch blamierte.

Koldunow könnte Gorbatschow schon seit längerem ein Dorn im Auge gewesen sein. Seine gelegentlichen öffentlichen Äußerungen (z.B. anläßlich des Tages der Luftabwehrstreitkräfte) klangen immer einen Strich zu martialisch und gelegentlich großsprecherisch. Die Leistungsfähigkeit der von ihm befehligten Luftabwehr entsprach offenbar nicht seinen Versicherungen. Ob er in das von Gorbatschow propagierte Kaderprofil der „Perestroika“ paßte, erscheint fraglich.

2) Noch stärker werden die politischen Hintergründe der Politbüro-Entscheidung an der Pensionierung Sokolows (75) deutlich, der erst im Dezember 1984 ernannt worden war. Der bis dahin relativ unbekannte Sokolow, der eine gewisse Farblosigkeit nie hatte ablegen können, galt stets als Übergangsfigur. In seinen nicht sehr zahlreichen öffentlichen Äußerungen hinterließ er eher den Eindruck, daß er dem Abrüstungskurs des GS mehr als zögerlich gegenüberstand. Während der GS mit seinen Vorschlägen immer stärker die Zukunft einer nicht-nuklearen Minimalabschreckung abtastete, erklärte Sokolow z.B. vor dem 27. Parteitag (Februar 1986⁶) die strategischen Nuklearstreitkräfte zum Herzstück der Roten Armee.⁷ Während Gorbatschow zur Reduzierung der Rüstungsbelastung aufrief, hielt Sokolow an Formeln seines Vorgängers Ustinow fest, mit welchen der sowjetischen Verteidigungsbereitschaft höchster Rang eingeräumt werden sollte.

Manches spricht dafür, daß der GS die Gelegenheit nutzte, Sokolow loszuwerden. Daher reicht es nicht aus, dessen Pensionierung in erster Linie als Überreaktion der Führung zu deuten.

III. Die Ernennung von Armeegeneral Jasow (63), der erst im Februar 1987 im Range eines Stellvertretenden Verteidigungsministers das Personalwesen der Roten Armee übernommen hatte, setzt ein unüberhörbares Signal der politischen Führung zur Durchsetzung der „Perestroika“ in den sowjetischen Streitkräften:

⁵ Am 1. September 1983 wurde ein vom Kurs abgekommenes Passagierflugzeug der südkoreanischen Fluglinie KAL mit 269 Menschen an Bord, das sich auf einem Linienflug von New York über Anchorage nach Seoul befand, von sowjetischen Jagdflugzeugen westlich der Insel Sachalin abgeschossen, nachdem es den sowjetischen Luftraum durchflogen hatte. Dabei kamen alle Insassen ums Leben. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 256, Dok. 258, Dok. 261 und Dok. 264.

⁶ Der XXVII. Parteitag der KPdSU fand vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau statt. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 68.

⁷ Zur Rede des sowjetischen Verteidigungsministers Sokolow am 1. März 1986 vgl. den Artikel „Ideenreichtum und Tatkraft für die Politik zum Wohle des Volkes“; NEUES DEUTSCHLAND vom 3. März 1986, S. 3.

- Die Umgehung von höheren militärischen bzw. Parteirängen (z.B. Achromjew, Kulikow) infolge der Ernennung Jasows zeigt, daß mit folgendem Grundsatz der „Perestroika“ auch in den Streitkräften ernst gemacht werden soll: Effektivität geht vor Anciennität. Dies ist durchaus ein wichtiges Zeichen für die nachrückende Generation von Offizieren.
- Das Prinzip der Verantwortlichkeit der Führungsebene wurde vom Politbüro klar unterstrichen. Im Lichte der TASS-Verlautbarung könnte man das Übergehen der Ersten Stellvertretenden Verteidigungsminister⁸ bei der Ernennung als gezielte Strafreaktion bewerten.

Andererseits zeigte die sowjetische Führung mit der erneuten Ernennung eines Militärs gegenüber der Roten Armee auch eine gewisse Rücksichtnahme. Bei der Ernennung des Zivilisten Ustinow zum Verteidigungsminister im Frühjahr 1976 hatte es anfänglich deutlichen Unmut gegeben, so daß man schon bei dessen Nachfolger Sokolow zur überwiegend geübten Praxis zurückkehrte, einem Mann der Truppe das Amt zu übertragen.

Das bevorstehende ZK-Plenum (möglicherweise Anfang Juli) wird vermutlich mit einer Entscheidung zum Parteirang des neuen Verteidigungsministers (bisher ist er lediglich ZK-Kandidat!) eine Aussage zur zukünftigen Stellung der Streitkräfte im politischen Leben der SU machen.⁹ Mit Gewißheit wird aber die unbestrittene, starke Führungsrolle der Partei gegenüber dem militärischen Apparat bestätigt werden.

Jasow, der möglicherweise als Oberkommandierender in Fernost im Juli 1986 (Wladiwostok¹⁰) mit Gorbatschow zusammengetroffen ist, erscheint aufgrund seines Alters auf den ersten Blick ebenfalls eher als ein Übergangskandidat. Andererseits gibt es in seinen bisherigen spärlichen Äußerungen Hinweise, die ihn bereits unter Andropow als Befürworter stärkeren Effizienzdenkens in der Armee ausweisen. Auch seine erst kürzliche Ernennung zum Personalchef deutet darauf hin, daß Gorbatschow ihm in dieser Hinsicht Vertrauen entgegenbringt. Die personelle Umgestaltung, die bei den Streitkräften vor einiger Zeit begonnen hatte, dürfte somit weitergehen.

Aus der Sicht des militärischen Apparats dürfte Jasows Ernennung insgesamt jedoch als eine weitere Schwächung der früher so einflußreichen Stellung der Roten Armee im sowjetischen Entscheidungsgefüge eingestuft werden. Bei der Einschätzung der weiterreichenden Konsequenzen einer derartigen Gewichtsverlagerung ist aber Zurückhaltung angebracht. Sowjetische Militärs werden

⁸ Sergej Fjodorowitsch Achromjew, Wiktor Georgijewitsch Kulikow und Pjotr Georgijewitsch Luschew.

⁹ Zur Plenarsitzung des ZK der KPdSU am 25./26. Juni 1987 vermerkte Referat 213 am 30. Juni 1987: „In politischer Hinsicht kann der Verlauf des ZK-Plenums als Erfolg für Gorbatschow betrachtet werden. Dafür sprechen sowohl die personellen Veränderungen als auch der Beschluß, für den 28. Juni kommenden Jahres eine Allunions-Parteikonferenz, letztlich eine Art Zwischenparteitag, einzuberufen. Das Plenum billigte die politische und praktische Tätigkeit des Politbüros und verwies ausdrücklich auf die Notwendigkeit, die Linie der ‚Demokratisierung‘ noch energischer und konsequenter weiterzuverfolgen.“ Die „jüngsten personellen Veränderungen bei den Streitkräften“ seien bestätigt worden: „Der neue Verteidigungsminister, Armeegeneral Jasow, ersetzte seinen Vorgänger, Marschall Sokolow, auch als Kandidat des Politbüros. Die Vertretung der Streitkräfte im Politbüro bleibt damit auf der Ebene, wie sie seit dem Tode Ustinows im Dezember 1984 galt (kein volles Stimmrecht).“ Vgl. Referat 213, Bd. 143517.

¹⁰ Vgl. die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU vom 28. Juli 1986; GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 9–37.

es möglicherweise zwar etwas schwerer haben, die Notwendigkeit der hohen Verteidigungslasten zu begründen, solange sie nicht eine effektivere Nutzung des verfügbaren Potentials nachweisen. Ob und gegebenenfalls inwieweit dies Auswirkungen auf die zentralen Ressourcenzuweisungen haben wird, bleibt angesichts eines bisher ungebremsen militärischen Beschaffungsprogramms abzuwarten.

Heyken

Referat 213, Bd. 143531

161

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Sulimma

331-321.00 ELS-636/87 geheim

3. Juni 1987¹

Über den Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ mit Bitte um Entscheidung zu III. und Vorschlag der Weiterleitung an ChBK⁴

Betr.: Bürgerkrieg in El Salvador;
hier: Ersuchen der salvadorianischen Guerilla

Bezug: StS-Vorlage vom 20.2.1987 (in der Anlage beigefügt)⁵

I. Sachstand

Die salvadorianische Guerillaorganisation FMLN/FDR⁶ bittet die Bundesregierung um Gewährung von „guten Diensten“ beim Organisieren von Geheimtreffen mit der Gegenseite auf deutschem Boden.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Jagow und Legationsrat I. Klasse Piecha konzipiert.

² Hat Staatssekretär Sudhoff am 4. Juni 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Im gegenwärtigen Zeitpunkt besteht keine Veranlassung, B[undes]K[anzler]Amt einzuschalten.“

³ Hat Bundesminister Genscher am 8. Juni 1987 vorgelegen, der Staatssekretär Sudhoff um Rücksprache bat.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 9. Juni 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an das Büro Staatssekretäre „für Rücksprache“ StS bei BM“ verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnabach am 9. Juni 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Zeisler am 4. Juli 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt].“

Hat Zeisler am 6. Juli 1987 erneut vorgelegen, der den Rücklauf an Referat 331 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Jagow am 6. Juli 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Nach Gespräch mit Präs[ident] Duarte am 5.7.87 hat BM entschieden: Der Brief der FMLN/FDR wird nicht beantwortet. Wir verhalten uns passiv.“

⁴ Wolfgang Schäuble.

Die Wörter „und Vorschlag ... ChBK“ wurden von Staatssekretär Sudhoff in Klammern gesetzt.

⁵ Dem Vorgang nicht beigefügt.

Ministerialdirektor Sudhoff vermerkte für Bundesminister Genscher, der FDP-Abgeordnete Schäfer habe am 17. Februar 1987 ein Gespräch „mit dem Mitglied der politisch-diplomatischen Kommission der salvadorianischen Guerillaorganisation FMLN/FDR“, Samayoa, geführt. Dieser habe angeregt, „den gegenwärtigen Stillstand des ‚nationalen Dialogs‘ in El Salvador (ELS) durch eine Begegnung von Vertretern seiner Organisation mit den ‚verschiedensten Kräften‘ seines Landes auf deutschem Boden zu

1) Das Ersuchen ist am 2.6.1987 im Länderreferat in einem Gespräch mit dem Führungsmitglied der Organisation, Salvador Samayoa, und dessen Verbindungsmann in Paris, Oscar Bonilla, vorgebracht worden. Der letzte Kontakt auf Arbeitsebene fand im Februar 1987 statt und hatte humanitäre Fragen zum Gegenstand (Behandlung von Schwerverletzten). S. bezog sich jetzt auf Sondierungen bei MdB Schäfer, die er, vor dessen Ernennung zum StM, im Februar 1987 unternommen hatte und die nach seiner Darstellung konstruktive Aufnahme gefunden hätten (Bezugs-Vorlage).

2) S. übergab einen an StM Schäfer gerichteten Brief (Anlage⁷). Ersucht wird darin um gute Dienste bei der Organisation einer Runde von drei Geheimtreffen⁸ in der Bundesrepublik Deutschland zwischen den Guerillafronten FMLN/FDR einerseits und andererseits Vertretern

- des Oberkommandos der Streitkräfte,
- der christdemokratischen Partei und
- des privaten Unternehmertums von El Salvador.

Das Ersuchen ist unterzeichnet von den Führern beider Fronten, Hándal (FMLN) und Zamora (FDR).

3) S. fügte erläuternd hinzu, Zweck seiner Mission sei, das Einverständnis der Bundesregierung mit dem Stattfinden der Geheimtreffen auf deutschem Territorium zu erreichen.

Die Bundesrepublik Deutschland sei ausgewählt worden wegen:

- ihres Engagements für Zentralamerika,
 - ihres engen Verhältnisses zu den USA,
 - ihrer guten Beziehungen zu Regierung, Parteien und sozialen Gruppen in ELS.
- Staaten in ZA oder LA kämen für geheime Gespräche in der jetzigen Phase nicht in Betracht, da sie entweder nicht vertrauenswürdig seien und Diskretion dort erfahrungsgemäß nicht zu gewährleisten sei. Die Guerilla lehne deshalb Panama ab, die andere Seite Mexiko.

S. erklärte, seine Seite sei sich bewußt, daß die Aktion nicht hinter dem Rücken der Regierung Duarte unternommen werden könne und daß zu gegebener Zeit Washington unterrichtet werden würde.

Fortsetzung Fußnote von Seite 798

überwinden“. Sudhoff empfahl, den Vorschlag abzulehnen: „Die FMLN/FDR ist offensichtlich in Ausnutzung der prekären Lage der Regierung – charakterisiert durch Parlamentsstreik, Wirtschaftskrise und Verlust persönlichen Ansehens Präsident Duarte – um politische Aufwertung im Ausland bemüht. [...] Der Versuch, mit den ‚verschiedensten Kräften‘ in ELS ins Gespräch zu kommen, zielt darauf ab, die Regierung zu umgehen. Deren bisherige eigene Ansätze zu einem nationalen Dialog (1984 und 1986) sind gescheitert. [...] Vertreter der FMLN/FDR sind im Auswärtigen Amt bisher nur auf Arbeitsebene und im Zusammenhang mit der Behandlung verwundeter Guerilleros in der Bundesrepublik Deutschland empfangen worden. Das letzte Gespräch hat am 16.2.87 stattgefunden. Die FMLN/FDR hat diesen humanitären Kontakt vorzeitig an die Öffentlichkeit gebracht“. Vgl. Referat 331, Bd. 136338.

⁶ Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional/Frente Democrático Revolucionario.

⁷ Dem Vorgang beigelegt. Für das Schreiben vom 29. Mai 1987 vgl. VS-Bd. 13662 (331); B 150, Aktenkopien 1987.

⁸ Die Wörter „drei Geheimtreffen“ wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Also nicht mit Regierungsvertretern.“

Inhaltlich sollen die Gespräche ohne Vorbedingungen stattfinden zu allen Themen von Interesse (also nicht lediglich über Vorschläge der Guerilla). Der kürzlich öffentlich vorgelegte 18-Punkte-Vorschlag der Guerilla betreffe nur einen Teilbereich (Humanisierung des Bürgerkriegs).⁹ Hauptmotiv der Guerilla sei, die schreckliche Vision eines Bürgerkriegs zu vermeiden, der die 90er Jahre ausfüllt. Künftige Kontakte werden über Bonilla in Paris, nicht über das Informationsbüro in Bonn erbeten.

Angesichts des Umfangs der beteiligten Lager seien private Vermittlungen nicht erwünscht.

4) RL 331¹⁰ stellte klar, daß der für uns maßgebende Partner die Regierung von ELS sei.¹¹ Unsere ZA-Politik sei auf Schaffung des regionalen Friedens auf dem Wege von Verhandlungen ausgerichtet. Die zentrale Bedeutung des Dialogs in den einzelnen Ländern zur Erreichung dieses Ziels sei uns bewußt. Das Auswärtige Amt werde prüfen, was auf das Vorbringen der FMLN/FDR geantwortet werden könne, benötige dazu aber Zeit.

II. Optionen

A. Ablehnung ohne vorherige Beteiligung von Präsident Duarte.

B. Unterrichtung von Präsident Duarte mit dem Hinweis, daß wir keine Hilfeleistung leisten wollen.

C. Unterrichtung von Präsident Duarte mit Erklärung unserer Bereitschaft, beim Zustandekommen einer Aktion dieser Art zu helfen, wenn er das wünscht.

III. Vorschlag: Option C

Abteilung 3 schlägt im einzelnen vor:

- (1) den Herrn Bundeskanzler zu unterrichten¹²,
- (2) Botschafter Heymer anzuweisen,
 - Präsident Duarte persönlich über das Ersuchen der FMLN/FDR zu unterrichten,
 - dazu erläuternd zu erklären,
 - ein Tätigwerden der Bundesregierung komme nur bei vollem Einverständnis der Regierung von El Salvador in Betracht,

⁹ Botschafter Heymer, San Salvador, informierte am 3. Juni 1987, Ende Mai habe die FMLN/FDR Präsident Duarte erneut Vorschläge „für eine Vereinbarung über die Humanisierung und Reduzierung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Auswirkungen des Bürgerkriegs sowie die Wiederaufnahme des Dialogs über eine politische Gesamtlösung des Konflikts zugeleitet“. Den Großteil des betreffenden Dokuments nehme der 18 Punkte umfassende Vorschlag zur Humanisierung des Bürgerkriegs ein, „der im wesentlichen folgendes besagt: Die Streitkräfte stellen den Luftkrieg und die Benutzung weitreichender Artillerie ein und lassen die uneingeschränkte Wiederansiedlung der Bauern in den Konfliktzonen sowie den Handel, die Versorgung und den Verkehr dorthin zu. Beide Seiten verzichten auf die Benutzung von Minen. Dann wird die Guerilla ihre Angriffe auf die wirtschaftliche Infrastruktur des Landes einstellen.“ Duarte habe die Vorschläge abgelehnt. Heymer resümierte, diese hätten vermutlich „rein taktische Ziele verfolgt“. Vgl. den Schriftbericht Nr. 279; Referat 331, Bd. 136335.

¹⁰ Peter von Jagow.

¹¹ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „[richtig]“.

¹² Der Passus „(1) ... unterrichten“ wurde von Staatssekretär Sudhoff in Klammern gesetzt.

- wenn sich die Regierung die Bitte um gute Dienste bei der Durchführung von Treffen mit der FMLN/FDR zu eigen machen wolle, würde sich die Bundesregierung dem nicht verweigern.

(3) Zeitlich dürfen solche Treffen nicht vor dem Besuch von Präsident Duarte in Bonn (7. Juli 1987)¹³ stattfinden.

(4) Falls Duarte zustimmt, ist Washington zu unterrichten.

IV. Begründung

1) Für die ablehnenden Optionen A und B läßt sich anführen, daß deutsches Tätigwerden folgende Risiken in Kauf nehmen muß:

- Die Aktion kann vorzeitig bekannt werden.
- Die FMLN/FDR könnte versuchen, die Treffen zur Desavouierung der Regierung Duarte zu mißbrauchen und vor allem die eigene politische Aufwertung zu betreiben. Sie würde damit der mit dem Arias-Plan¹⁴ beabsichtigten Austrocknung (Einstellung der Hilfen für Aufständische) entgegenarbeiten können.
- Es ist unwahrscheinlich, daß es in den geplanten Treffen gelingen könnte, die bisher bestehenden sachlichen Gegensätze zu überwinden. Dissens würde also im Ergebnis bestehen bleiben.
- Durch das Ergebnis des ZA-Gipfels in Guatemala („Esquipulas“), 25. Juni 1987¹⁵, könnte eine neue Lage entstehen.
- Ungewißheiten der Aufnahme in Washington.

2) Für die vorgeschlagene Option C spricht:

Nach den USA sind wir die Hauptstütze der Regierung Duarte. Anders als jene sind wir für alle Seiten unverdächtig. Wir haben erkennbar keine Macht- oder substantiellen Sicherheitsinteressen in der Region. Abhängigkeiten zu uns sind nicht entstanden. Anders als die USA haben wir auch gangbare Kontakte zur Guerilla unterhalten (humanitäre Hilfe für Verwundete in Absprache mit der Regierung, Kirchenkontakte). Wenn auch ein Erfolg der vorgeschlagenen Gespräche völlig offen ist, so ist doch so gut wie sicher, daß außer uns kein anderes Land die in Frage kommenden Dienste leisten kann. Niemand hat in der Summe die Qualität der Beziehungen, die wir zu den Akteuren in ELS unterhalten.

Anders als in der Bezugsvorlage zugrunde gelegt, wissen wir jetzt, daß die Guerilla zwar politische Aufwertung will, nicht aber die unmittelbare Aushebelung der Regierung.¹⁶ Im gegenwärtigen Zeitpunkt erscheint die Guerilla poli-

¹³ Präsident Duarte besuchte die Bundesrepublik vom 5. bis 12. Juli 1987. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Kohl am 7. Juli 1987 vgl. Dok. 201.

¹⁴ Zum Vorschlag eines Friedensabkommens für Zentralamerika des Präsidenten Arias vom 15. Februar 1987 vgl. Dok. 103, Dok. 108 und Dok. 110.

Zur Unterzeichnung des Abkommens auf der Gipfelkonferenz der Präsidenten zentralamerikanischer Staaten am 6./7. August 1987 in Guatemala-Stadt vgl. Dok. 228.

¹⁵ Ministerialdirigent Sulimma notierte am 16. Juni 1987: „Das Gipfeltreffen der fünf ZA-Staaten, das für den 25./26. Juni in Guatemala geplant war, findet zu dieser Zeit nicht statt. Erste Versuche, den Termin zu retten, sind fehlgeschlagen. Fieberhaft laufende Bemühungen um eine Ersatzplanung sind noch nicht abgeschlossen. Die Initiative zur Verschiebung ist von Präsident Duarte, ELS, ausgegangen. Seine Begründung: zu wenig Vorbereitung. Bevor nicht durch die Außenminister ein Minikonsens als Ausgangspunkt des Gipfels erreicht sei, habe ein solches Gipfeltreffen keinen Sinn.“ Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 146577.

¹⁶ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff durch Fragezeichen hervorgehoben.

tisch und militärisch eher stärker als vor einem Jahr. Sie ist praktisch landesweit tätig und zu spektakulären Schlägen in der Lage. Im demokratischen System von ELS kann sie stärker mit Unterstützung aus der Bevölkerung rechnen als die Contras in NIC.

Regionale Friedensansätze (San-José-Prozeß¹⁷, Arias-Plan), die wir tragen oder unterstützen, setzen auf Herstellung des äußeren Friedens zwischen den Staaten durch Herstellung des inneren Friedens in den Staaten. Neben NIC ist ELS der entscheidende Prüfstein für diese Philosophie. Ohne Frieden in NIC und ELS kann es keinen regionalen Frieden geben.

Arbeitskontakte mit der Guerilla dienen auch dem Schutz deutscher Staatsangehöriger in ELS. Deshalb sollten wir das Ersuchen nicht von vornherein ablehnen.

Sulimma

VS-Bd. 13662 (331)

162

Botschaftsrat Schrömbgens, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-3912/87 VS-vertraulich

Aufgabe: 3. Juni 1987, 21.14 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 1753

Ankunft: 3. Juni 1987, 19.55 Uhr

Betr.: Sicherheit auf dem Neubau²;
hier: Begehung der Kanzlei mit US-Sicherheitsexperten Riller

Bezug: DE 118-260 GV 20 MOSK Neubau vom 1.6.1987, Tagebuch-Nr. 274/87
VS-v³

Zur Unterrichtung

1) Begehung der Kanzlei durch stellvertretenden Sicherheitsbeauftragten der Botschaft, BR Schrömbgens, Herrn Schmieder sowie US-Sicherheitsexperten

¹⁷ Am 28./29. September 1984 fand in San José die erste Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten und der Staaten der Contadora-Gruppe statt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 260.
Zur dritten Konferenz am 9./10. Februar 1987 in Guatemala-Stadt vgl. Dok. 35.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Weber am 4. Juni 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Ohlraun „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]“ verfügte sowie für Legationsrat Engel handschriftlich vermerkte: „1 Ex[emplar] [an] BND, 1 Ex. [an] 111(?)“. Hat Engel vorgelegen, der die Weiterleitung an den BND sowie an Oberamtsrat Lorisika „z[ur] K[enntnisnahme]“ verfügte.
Hat Ohlraun vorgelegen.
Hat Lorisika am 4. Juni 1987 vorgelegen.

² Referat 111 notierte am 16. März 1984, am selben Tag sei in Moskau nach dreijährigen Verhandlungen der Baudurchführungsvertrag für den Botschaftskomplex in Moskau mit Kanzlei, 120 Wohnungen, Schule und Mehrzweckhalle durch die Bundesbaudirektion unterzeichnet worden: „Baubeginn 1. April 1984. Geplante Bauzeit fünf Jahre. Damit sind die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß auch die

Riller erfolgte am 2.6.1987 von 15.15 Uhr bis 16.15 Uhr. Sie umfaßte einen Rundgang auf dem Dach, dem zweiten Obergeschoß (Botschafterzimmer etc.) und dem Kellergeschoß. Herr R. fragte interessiert, gab aber auch bereitwillig über die Erfahrungen auf dem US-Neubau Auskunft.⁴

2) Sein Hauptinteresse galt der Art der Metallgitterkonstruktionen, ihrem Bau, der Art der Verbindung untereinander. US hatten Erfahrung gemacht, daß Verstärkungsstahl im Beton durchgehend in den Außenwänden verschweißt, in den Innenwänden und -decken mit Draht verbunden war. US vermuten derzeit, daß diese Art der Verarbeitung mit der Möglichkeit der Nutzung der Eisenstäbe als „Mikrofon“ oder Antenne bei Ansprache durch Mikrowellen zu tun haben könnte. Dabei werde davon ausgegangen, daß dieses System eher zum Abfangen von elektronischen Strahlungen durch Geräte als der Erfassung menschlicher Stimmen gedacht und geeignet sei. Er riet, die Abstände der einzelnen verschweißten und verdrahteten Stäbe innerhalb der Eisenkonstruktionen zu vermessen.

Während bei unserem Neubau Eisenkonstruktionen mit Rundstahl und Flachstahlverbindungen vorzufinden sind, wurden auf US-Neubau nur Rundstahlverbindungen gefunden.

3) Auf seine Frage, ob wir einen Unterschied in Konstruktion oder Arbeitsweise bei Arbeiten an sicherheitsrelevanten („sensitive“) Stellen des Neubaus (Leitungsetage etc.) festgestellt hätten, gab Herr S. verneinende Auskunft.

4) Mit Interesse nahm R.⁵ davon Kenntnis, daß unser Neubau eine dünne Klinkerverblendung mit nur einer Ziegelschicht erhält. Der US-Neubau hat eine

Fortsetzung Fußnote von Seite 802

sowjetische Seite ihr Bauvorhaben auf der Viktorhöhe in Bonn-Bad Godesberg beginnen kann. [...] Hiermit wurde die Weisung des Herrn Bundesministers ausgeführt, bei dem Baubeginn auf strikte Reziprozität zu achten.“ Vgl. Referat 213, Bd. 139320.

Gesandter Arnot, Moskau, informierte am 14. April 1987: „Der Rohbau für das Kanzleigebäude soll im Herbst 1987 fertiggestellt sein. Falls keine neuen Schwierigkeiten auftreten, soll die sowjetische Seite im März 1989 mit sämtlichen Arbeiten fertig sein. Die restlichen Ausbaurbeiten durch die Firma Hochtief sollen im Jahre 1990 abgeschlossen sein. Bei Erfüllung dieses Planes können sämtliche Gebäude Ende 1990 benutzt werden. Die Bewachung der Baustelle wird von 20 BGS-Beamten durchgeführt. Hierfür wurde außerdem eine Fernsehüberwachungsanlage für 2,0 Mio. DM installiert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1144; Referat 213, Bd. 143544.

³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Weber teilte der Botschaft in Moskau mit: „US-Partnerdienst hat gegenüber Fachstelle angeregt, daß US-Sicherheitsexperte, der sich noch bis 3.6. in Moskau befindet, noch einmal unsere Baustelle gemeinsam mit Sicherheitsingenieur Schmieder besichtigt. Es wird gebeten, dieses Vorhaben zu unterstützen und die notwendige organisatorische Hilfestellung zu leisten.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 542; VS-Bd. 14219 (118); B 150, Aktenkopien 1987.

⁴ Botschafter van Well, Washington, berichtete am 30. April 1987: „Das ‚Senate Committee on Intelligence‘ hat sich am 29.4. einmütig dafür ausgesprochen, den Neubau der US-Botschaft in Moskau nicht zu beziehen und ihn wieder abzureißen. Er sei von sowjetischer Seite derart mit Abhör(an)lagen versehen, daß zu ihrer Auffindung nach Ansicht von Experten mindestens fünf Jahre benötigt würden. Das Committee empfiehlt, eine neue entsprechende Regierungsvereinbarung mit den Sowjets abzuschließen, die den US-Sicherheitsanforderungen genüge. Solange der Botschaftsneubau in Moskau nicht bezogen sei, könne den Sowjets der Bezug der neuen Kanzlei in Washington nicht erlaubt werden. Ferner wurde von zwei Senatoren gestern eine Resolution eingebracht, wonach der Präsident angewiesen werden soll, die mit den Sowjets 1969 und 1972 abgeschlossenen Vereinbarungen zur Errichtung neuer Botschaftsgebäude für ungültig zu erklären und das neue sowjetische Kanzleigebäude in Washington vom höchsten Punkt Washingtons (Mount Alto, 350 Fuß über [normal]N[ull]) an einen anderen Platz umzuquartieren, der nicht höher als 150 Fuß über NN liege.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1986; Referat 213, Bd. 143544.

⁵ Korrigiert aus: „B.“

dicke (offenbar ca. 60 cm dicke) Ziegelschicht aus sowjetischen Steinen an der Außenmauer, auf der zuäußerst eine Lage amerikanischer Klinker aufgesetzt ist. Innerhalb der sowjetischen Ziegelschicht fanden sich – verbunden mit den tragenden Betonsäulen – per Etage und Säule etwa je drei Metallschleifen, von denen daher mehrere Hundert rund um das Gebäude zu vermuten sind. Die Schleifen sind entweder mit einem die Säule umfassenden Metallband oder mit dem Säulenmetallkern verbunden. Dieser Metallkern, der einen größeren Teil des Innenraums der Säule einnimmt, ist aus zwei Teilen zusammengeschweißt, wobei sich in der Naht mehrere Kabel gefunden haben (Herr Schmieder bringt Skizzen von der Hand Herrn Killers mit und wird das hier Dargestellte fachmännisch erläutern). In anderen Säulen wurden Koaxialkabel von Unterarmstärke mit einer möglichen Bandbreite von 50 MHz gefunden.

5) Bei Besichtigung der Innenräume regte er an, die sowjetischen Ziegelsteine, mit denen die Innenwände errichtet sind, auf Dämpfungsverhalten („attenuation“) für Mikrowellen zu untersuchen. Erste US-Ergebnisse deuteten darauf hin, daß die Reaktion der sowjetischen Ziegel anders als die amerikanischer Ziegel sei. Offenbar käme man bei sowjetischen Ziegeln mit weniger Mikrowellen-Strahlungsenergie aus. Herr Schmieder wird einen wahllos gegriffenen Ziegel mitnehmen.

6) Derzeit untersuchten US-Experten neben den Wänden auch die von amerikanischen Firmen gelieferten Fenster. Anlaß ist offenbar die Erkenntnis, daß die Sowjets bei Lieferung von Fenstern an ihren Botschaftsneubau in Washington (durch denselben amerikanischen Lieferanten, dessen Firmenpräsident ein Exilrusse ist) besondere Wachsamkeit an den Tag legten und jedes Stück einzeln zwischen Anlieferung und Einbau untersuchten (teilweise auch zerlegten). Bei Erläuterung der sowjetischen Baumethoden in Washington erwähnte R. auch, daß Sowjets keinerlei Unsauberkeit wie z.B. das Wegschmeißen von Zigarettenskippen, Liegenlassen von Gegenständen etc. duldeten. Bei Beton-Gießarbeiten stoppten sie andere Arbeiten und zogen ihre bis zu zwölf Beobachter um die Betonpumpe zusammen. Bei Fundamentarbeiten zahlten sie die amerikanischen Firmen vertragsgemäß für die in Auftrag gegebenen Arbeiten, ließen diese jedoch nicht durch die Firmen ausführen, sondern gossen selbst. Bereits bei Ausschreibung der Arbeiten war aufgefallen, daß die Pläne, anhand deren die Ausschreibung stattfand, nach Vergabe des Auftrags und erst kurz vor Beginn der Arbeiten gegen die „echten“ Pläne ausgetauscht wurden.

7) Zum Abschluß der Begehung sagte R. auf unsere Bitte zu, daß wir binnen der nächsten drei Wochen Gelegenheit bekämen, den US-Neubau zu besichtigen.

[gez.] i. A. Schrömbgens

VS-Bd. 14219 (118)

163

Botschafter Holik an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel

220-371.76 INF-985/87 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 4563 Plurez
Citissime nachts

Aufgabe: 4. Juni 1987, 19.48 Uhr¹

Betr.: Ratskonsultationen am 5.6.1987

Sie werden gebeten, sich bei den Ratskonsultationen am 5.6.1987 auf folgender Linie zu äußern:

1) Die Bundesregierung hat sich mit ihrer Erklärung vom 4.6.1987² für eine Null-Lösung für SRINF in der Reichweite von 500 bis 1000 km ausgesprochen, sofern die in der Allianz vereinbarten Kriterien erfüllt sind:

- globaler Anwendungsbereich,
- effektive Verifizierbarkeit,
- Erfassung ausschließlich amerikanischer und sowjetischer Systeme,
- integraler Bestandteil einer INF-Vereinbarung.

In Übereinstimmung mit der langjährigen Bündnisposition sind wir der Auffassung, daß die 72 Flugkörper vom Typ Pershing Ia der Bundeswehr nicht Gegenstand der laufenden Verhandlungen sind und auch nicht werden können.

2) Im Bündnis bestand Einvernehmen, daß auch die Flugkörper-Systeme unterhalb einer Reichweite von 500 km rüstungskontrollpolitisch erfaßt werden müssen.

- Im NATO Ministerial Final Communiqué vom 12.12.1986 heißt es: „They stress that an INF agreement must not neglect the existing imbalances in shorter-range US and Soviet INF missiles and must provide for a commitment to follow-on negotiations on these missiles.“³
- AM Shultz hat sich am 7.10.1986 in einer Pressekonferenz⁴ zu dieser Frage wie folgt geäußert: „So no doubt, any interim agreement that we would reach

¹ Durchdruck.

Das von Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt konzipierte Fernschreiben wurde nachrichtlich an die Botschaften in London, Moskau, Paris und Washington sowie das Bundeskanzleramt und das Bundesministerium der Verteidigung übermittelt.

Hat Staatssekretär Sudhoff, Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen und Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter vor Abgang am 4. Juni 1987 vorgelegen.

Hat Hofstetter am 5. Juni 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Müller und Legationsrat Brose „z[ur] g[leifälligen] K[enntnisnahme]“ verfügte.

Hat Müller und Brose vorgelegen.

² Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 16. Sitzung, S. 923–928.

³ Vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 75.

Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1986 in Brüssel vgl. AAPD 1986, II, Dok. 359 und Dok. 363.

⁴ Für den Wortlaut der Pressekonferenz des amerikanischen Außenministers Shultz in Washington vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2117, S. 2–7.

would have to make provision for subsequent negotiations to continue on the road that we are seeking to get to. Of course, that includes the shorter-range ballistic missiles that Chancellor Kohl is worried about, and rightly so.“

- Unmittelbar nach dem Treffen von Reykjavik hat AM Shultz am 13.10.1986 im NATO-Rat⁵ ausgeführt: „There might also have been an immediate commitment to negotiate on short-range missiles, with a view to reducing their numbers and eventually, eliminating them.“
- Auch bei den Wiener Gesprächen zwischen AM Shultz und AM Schewardnadse⁶ wurde das Thema der Folgeverhandlungen angesprochen. Botschafter Glitman berichtete hierüber am 14.11.1986 im NATO-Rat⁷ wie folgt: „At Vienna, we also indicated to the Soviets that, in the context of follow-on talks, we were willing to consider reduction in SRINF missile systems with ranges down to 150kms, i.e. the NATO force paper definition of SRINF.“
- Noch am 27.3.1987 bekräftigte die SCG⁸ die Bereitschaft des Westens zu Folgeverhandlungen: „Furthermore, the Group reaffirmed NATO's long-held position requiring equal global constraints, as part of the initial INF treaty between the US and the Soviet Union, on their shorter-range INF missile systems that would undermine the effectiveness and viability of an INF agreement, this to be followed by subsequent negotiations on shorter-range missile systems.“

3) Im Einklang mit diesen Aussagen hat sich die Bundesregierung dafür ausgesprochen, daß die noch in Europa vorhandenen amerikanischen und sowjetischen bodengestützten nuklearen Systeme in einem Reichweitenbereich zwischen 0 und 500 km in Verhandlungen Schritt für Schritt im Zusammenhang mit der Herstellung eines konventionellen Gleichgewichts und einer weltweiten Beseitigung chemischer Waffen deutlich und überprüfbar reduziert werden.

4) Der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung vom 4.6.1987 mit aller Entschiedenheit erklärt, daß eine bedingungslose Annahme des sowjetischen Null-Lösungs-Vorschlags für den Bereich von 500 bis 1000 km für die Bundesregierung nicht in Frage kommen konnte. Das Ergebnis wäre für unser aus geographischen Gründen ohnehin exponiertes Land schwer erträglich.

Er fügte hinzu: „Ich will hier in aller Klarheit feststellen, daß ... bei Beseitigung der landgestützten Flugkörper zwischen 500 km und 1000 km Reichweite die Sorge über das Ungleichgewicht bei den Systemen unterhalb 500 km wächst. Wir wollen und können einen solchen Zustand nicht auf Dauer hinnehmen. Wir drängen deshalb nachdrücklich auf die Fortsetzung des Abrüstungsprozesses“.

⁵ Der amerikanische Außenminister Shultz unterrichtete den Ständigen NATO-Rat am 13. Oktober 1986 in Brüssel über das Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 in Reykjavik. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

⁶ Die Außenminister Schewardnadse (UdSSR) und Shultz (USA) trafen am 5./6. November 1986 bei der Eröffnung der KSZE-Folgekonferenz in Wien zusammen. Vgl. dazu Dok. 53, Anm. 9.

⁷ Die amerikanischen Sonderbotschafter Glitman, Kampelman und Lehman unterrichteten den Ständigen NATO-Rat am 14. November 1986 in Brüssel über den Stand der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen in Genf. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 329.

⁸ Zur Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO in Brüssel im kleinen Kreis (Quint) vgl. Dok. 88.

Wir haben ein fundamentales Interesse an der rüstungskontrollpolitischen Erfassung sowjetischer Systeme unterhalb einer Reichweite von 500 km. Einen rüstungskontrollpolitischen Freiraum in diesem Bereich können wir nicht akzeptieren. Deshalb ist der Gedanke einer Brandmauer bei 500 km, unterhalb derer keine weiteren rüstungskontrollpolitischen Schritte möglich sein sollen, für uns nicht hinnehmbar. Eine Brandmauer widerspräche im übrigen auch den von mir zitierten NATO-Erklärungen und US-Aussagen.⁹

In diesem Zusammenhang sind zwei Punkte hervorzuheben:

- Nach Auffassung der Bundesregierung kann es in diesem Bereich keine dritte Null-Lösung geben. Bereits am 30.9.1986 beschloß die Bundesregierung, daß das Ziel der Folgeverhandlungen gleiche Obergrenzen auf niedrigem Niveau sein sollen.¹⁰ In der Regierungserklärung vom 4.6.1987 hat BK Kohl dies bekräftigt und vor dem Deutschen Bundestag ausgeführt: „Lassen Sie mich mit aller Klarheit feststellen: Bestrebungen, die die völlige Abschaffung von Nuklearwaffen in Europa zum Gegenstand haben, können ... von uns nicht geteilt werden.“
- Es ist unbestreitbar, daß zwischen Nuklearwaffen in einer Reichweite von weniger als 500 km und dem konventionellen Kräfteverhältnis ein enger Zusammenhang besteht.

Es ist für uns aber unannehmbar, Verhandlungen über nukleare Systeme unterhalb einer Reichweite von 500 km von Ergebnissen bei der konventionellen Rüstungskontrolle und bei den chemischen Waffen abhängig zu machen.

5) Die rüstungskontrollpolitische Erfassung von nuklearen Systemen unterhalb einer Reichweite von 500 km liegt im Sicherheitsinteresse des Westens. Es geht hier um Systeme, bei denen die SU ein erdrückendes Übergewicht hat. Die mehreren hundert sowjetischen Scud-Raketen bedrohen nicht nur die Bundesrepublik Deutschland, sondern auch die Truppen der Verbündeten und eine Vielzahl von militärischen Einrichtungen der NATO auf unserem Territorium sowie andere europäische Bündnispartner.

6) Es sollte nicht vergessen werden, daß der Gedanke von Folgeverhandlungen ein gemeinsames westliches Anliegen war. Die Sowjetunion hat hierauf in Reykjavik positiv reagiert. Seitdem haben die Sowjetunion und der WP mehrfach in öffentlichen Erklärungen die Bereitschaft bekräftigt, auch über Nuklearwaffen unterhalb einer Reichweite von 500 km Verhandlungen mit dem Westen zu führen. Es würde in unserer Öffentlichkeit nicht verstanden werden, insbesondere im Hinblick auf die massive sowjetische Überlegenheit in diesem Bereich, wenn der Westen ein eigenes Anliegen fallen ließe und sich der rüstungskontrollpolitischen Erfassung dieser Systeme verweigern würde.

7) Wir wissen, daß es im Zusammenhang mit der rüstungskontrollpolitischen Erfassung solcher Systeme offene Fragen gibt. Wir halten es daher für erforderlich, daß die Allianz, gestützt auf militärischen Rat, eine Position erarbeitet. Eine Reihe nützlicher militärischer Expertisen liegt bereits vor. Insbesondere

⁹ Dieser Satz wurde handschriftlich eingefügt.

¹⁰ Die Position der Bundesregierung zu SRINF wurde bei einem Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit den Bundesministern Genscher und Wörner am 30. September 1986 festgelegt. Vgl. dazu Dok. 84, Anm. 21.

die „SHAPE study of the military implications of potential arms control agreements as they affect SACEUR's ability to implement the strategy of flexible response“¹¹, Part 2: SRINF/SNF systems“ ist hier zu nennen.

Uns erschien die SCG, die sich im gesamten Verlauf der INF-Verhandlungen als hervorragendes Konsultationsgremium bewährt hat, als geeignetes Organ hierfür. Wir stehen aber auch Vorschlägen, die Probleme, die im Zusammenhang mit der rüstungskontrollpolitischen Erfassung von Nuklearsystemen unterhalb einer Reichweite von 500km stehen, in einem anderen Rahmen zu erörtern, aufgeschlossen gegenüber.

8) Wir schlagen vor, daß die Allianz in Reykjavik¹² ihre Bereitschaft signalisiert, im Rahmen eines kohärenten Gesamtkonzepts der Rüstungskontrolle und Abrüstung auch über deutliche und überprüfbare Reduzierungen der amerikanischen und sowjetischen landgestützten nuklearen Systeme mit einer Reichweite von weniger als 500km mit dem Ziel gleicher Obergrenzen auf niedrigem Niveau zu verhandeln.

9) Diese Weisung ist mit BMVg und BK abgestimmt.¹³

Holik¹⁴

VS-Bd. 11362 (220)

¹¹ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 4, Anm. 17.

¹² Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

¹³ Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete am 5. Juni 1987 über die Konsultationen im Ständigen NATO-Rat am selben Tag mit Vertretern der amerikanischen Regierung: „Verabredungsgemäß fand nach Erklärungen Kampelmans, Glitmans, Lehmanns und Coopers keine Aussprache über Stand Genfer Verhandlungen statt, sondern über Frage, wie noch bestehende Differenzen im Bündnis über an doppelte Null-Lösung zu stellende Bedingungen ausgeräumt werden können, d. h. Frage der Folgeverhandlungen über Systeme unter 500 km Reichweite und Problem der deutschen P Ia.“ Er, Hansen, habe die Diskussion „gemäß Bezugsweisung“ eröffnet: „Alle Bündnispartner sprachen sich für Ausschluß deutscher P Ia aus Genfer Verhandlungen aus. Allerdings ließen NWG, DK und GR erkennen, daß sie andere Haltung einnehmen könnten, falls an dieser Frage INF-Abkommen zu scheitern drohe. [...] Auf der anderen Seite stimmte eine Reihe von Bündnispartnern Nachfolgeverhandlungen für den Bereich unter 500 km zu, deren Aufnahme nicht an Ergebnisse von Verhandlungen zu CW, START und konventionellen Waffen geknüpft wird, sondern eine sicherheitspolitische Gesamtorientierung des Bündnisses über die einzuschlagende Marschroute nach einer doppelten Null-Lösung zur Voraussetzung macht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 795; VS-Bd. 11362 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

¹⁴ Paraphe.

164

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan in Venedig

D 2/204-321.00

8. Juni 1987¹

Deutsch-amerikanische Beziehungen;

hier: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Präsident Reagan am Rande des Weltwirtschaftsgipfels² am 8.6.1987 von 14.15 bis 14.45 Uhr

Teilnehmer auf amerikanischer Seite: Außenminister Shultz; Finanzminister James Baker; Stabschef Howard Baker; Sicherheitsberater Carlucci; Personal Representative Allen Wallis; Assistant Secretary Mrs. Ridgway; Duberstein, NSC; Dolmetscher u. a.

Teilnehmer auf deutscher Seite: Bundesminister Genscher; Bundesminister Stoltenberg; Staatssekretär Tietmeyer; Staatssekretär Ost; MD Teltschik (BK); MD von Richthofen (AA); MD Holik (AA); MDg Neuer (BK); Dolmetscher VLR I Weber.

Nach freundlicher Begrüßung und Austausch über die gute Atmosphäre Venedigs in Gegenwart der Presse eröffnete Präsident *Reagan* das offizielle Gespräch mit der INF-Problematik. Es sehe so aus, daß sich die NATO über die SRINF-Frage einigen werde. Mrs. Thatcher habe mit der doppelten Null-Lösung bis zu 500 km Reichweite keine Probleme. Der nächste Schritt in den Verhandlungen über die Rüstungskontrolle und Abrüstung müsse die 50-prozentige Reduzierung der strategischen nuklearen Waffen sein. Darüber hinaus sollten die Verhandlungen über die chemischen Waffen³ und die konventionelle Abrüstung⁴ vorangebracht werden.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, er wolle offen über die Gesamtproblematik sprechen. Diese sei für die Bundesrepublik Deutschland nicht einfach. Er sei von

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen und Ministerialdirigent Neuer, Bundeskanzleramt, am 8. Juni 1987 in Venedig gefertigt.

Hat Ministerialdirigent von Ploetz vorgelegen.

² Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10. Juni 1987 vgl. Dok. 171 und Dok. 176.

Für die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Nakasone und Staatspräsident Mitterrand am 8. bzw. 9. Juni 1987 am Rande des Weltwirtschaftsgipfels vgl. Dok. 165 und Dok. 166.

³ Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 66, Anm. 11.

Dazu fand am 27. Mai 1987 im Auswärtigen Amt eine Ressortbesprechung statt. Vortragender Legationsrat Reyels notierte am 1. Juni 1987: „AA zeichnete Verhandlungsablauf des letzten Jahres unter Nennung der wesentlichen Bewegungen nach und wies darauf hin, daß angesichts der relativ positiven Bilanz in weiten Bereichen (Nennung von Produktionsstätten – Anerkennung westlichen Matrix-Systems – Nennung der CW-Bestände und ihrer Lagerorte innerhalb von 30 Tagen nach Inkrafttreten der Konvention [...]) nicht außer acht gelassen werden darf, daß eine Reihe wichtiger Probleme fortbesteht. Darunter sind eine Vielzahl von Einzelfragen bei der Nichtherstellungskontrolle, die Ausarbeitung von Zeitplänen für die Zerstörung von chemischen Waffen und die Ausgestaltung der internationalen Vertragsorganisation [...]. Ein zeitlicher Rahmen für den Abschluß der Verhandlungen sei deshalb nicht abzustecken: Selbst wenn die Frage der Verdachtskontrolle zuverlässig gelöst würde, bedürfte es noch einiger Zeit, um auch in den übrigen Bereichen zu konsensfähigen Texten zu gelangen. Sicher sei jedoch, daß von der Lösung der Verdachtskontrolle erheblicher politischer Druck ausginge, die Verhandlungen bald zu beenden.“ Vgl. Referat 222, Bd. 162042.

⁴ Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien vgl. Dok. 101.

vornherein für die Null-Lösung bei den LRINF mit einer Reichweite über 1000km eingetreten. Das deutsche Problem sei auch nicht die Null-Lösung für die Raketen mit einer Reichweite von 500 bis 1000km. Enormen politischen Druck gebe es aber, was die Kurzstreckenraketen mit einer Reichweite von 0 bis 120 und von 120 bis 500km betreffe. Am Samstag⁵ werde eine große Demonstration in Bonn stattfinden.⁶ Die Demonstranten seien die gleichen, die auch gegen die Stationierung der PII auf die Straße gegangen seien. Sie stellten die Frage, warum man nicht eine dreifache Null-Lösung akzeptiere, wenn man schon eine doppelte Null-Lösung akzeptiert habe. Die Sowjetunion unternehme alles, um diese Stimmung zu entfachen. Es gebe jetzt ein zusätzliches Argument, das es bisher nie gegeben habe, nämlich daß alle Raketen zwischen 0 und 500km Reichweite im wesentlichen nur die Deutschen betreffen. Man müsse sich darüber im klaren sein, was man wolle. Man dürfe nicht nur auf Gorbatschow reagieren, sondern müsse ein eigenes Konzept haben. Für uns seien die Frage der chemischen Waffen, die konventionelle Abrüstung und die interkontinentalen Raketen wichtig. Man müsse die psychologische Lage in der Bundesrepublik Deutschland vor Augen haben. Deshalb habe er so auf dem Verbleib der 72 PIA bestanden.⁷ Er wolle die dringende Bitte äußern, auf diesem Standpunkt zu beharren.

Präsident *Reagan* erwiderte, die Amerikaner hätten den Sowjets klargemacht, daß sie mit ihnen verhandelten und nicht mit Dritten. Die Frage der 72 PIA sei jetzt vom Tisch.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, die Idee der „Brandmauer“ werfe für uns psychologische Probleme auf. Eine Null-Lösung für Raketen mit einer Reichweite über 500km und eine Vermehrung der Kurzstreckenraketen sei für uns nicht möglich. Es ginge auch nicht, daß über die Raketen über 500km keine Reduzierungsverhandlungen stattfinden würden.

Er sei sich in seinem Urteil über Gorbatschow sicher; er beobachte, was Gorbatschow wirklich mache. Er habe gegenüber Präsident Reagan am Telefon erklärt, er wünsche, daß Präsident Reagan Erfolg habe und daß in diesem Jahr der Vertrag unterzeichnet werde. Der Vertrag solle auch nicht überfrachtet werden. Man müsse aber ein gemeinsames Konzept für die Zeit danach haben. In einem Punkt seien die deutschen Interessen anders als die von Margaret Thatcher, z.B. was die Raketen mit einer Reichweite von 0 bis 500km angehe. Hier seien nur die Deutschen betroffen. Von der Insel Großbritannien sehe sich das anders an als von Deutschland aus. Er verstehe, daß Mrs. Thatcher diesen Standpunkt im Wahlkampf⁸ vertrete. Ihm gehe es jedoch um die Zeit nach den

⁵ 13. Juni 1987.

⁶ In der Presse wurde berichtet: „Trotz wechselhaften Wetters haben am Samstag mehr als 100 000 Menschen im Bonner Hofgarten für Frieden und rasche weltweite Abrüstung demonstriert. Auf der Kundgebung, die unter das Motto ‚Den ersten Schritt tun – Atomraketen verschrotten‘ gestellt war, riefen die Redner zum Abbau atomarer wie konventioneller Waffen auf. Einen Tag vor seiner Wahl zum neuen SPD-Vorsitzenden forderte der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel, alte Feindbilder zu überwinden. [...] Die Friedensdemonstration im Hofgarten verlief friedlich. Während des Grußworts Vogels warfen aber einige Vermummte mit Tomaten und Eiern auf den Redner.“ Vgl. den Artikel „Mehr als 100 000 auf Bonner Friedenskundgebung“, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 15. Juni 1987, S. 1.

⁷ Vgl. die Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl am 4. Juni 1987 im Bundestag; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 16. Sitzung, S. 923–928. Vgl. dazu ferner Dok. 163.

⁸ Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 11. Juni 1987 statt.

Wahlen; es müsse ein Gesamtkonzept entwickelt werden. Er bitte, daß die Außenminister das in Reykjavik⁹ tun. Er werde an seinem Standpunkt festhalten und sich nicht durch Demonstrationen beeindrucken lassen.

Präsident *Reagan* erwiderte, daß die INF-Frage praktisch gelöst sei. Die Sowjets hätten in Reykjavik¹⁰ der 50-prozentigen Reduzierung der strategischen nuklearen Waffen grundsätzlich zugestimmt. Dies könne zur tatsächlichen Eliminierung der strategischen nuklearen Waffen um 50 % führen.

Der Widerstand einiger Leute gegen die Reduzierung der nuklearen Raketen unter 500km Reichweite werde damit begründet, daß die Sowjets über eine enorme konventionelle Überlegenheit verfügen und keinen Grund hätten, diese abzubauen, wenn zuvor die Kurzstreckenraketen eliminiert wären. Deshalb sollte man zuerst über die konventionellen und chemischen Waffen verhandeln. Die Sowjets hätten dann keinen Grund, Verhandlungen zu verweigern.

Der *Bundeskanzler* unterstrich erneut das große psychologische Problem, das sich uns in bezug auf die Kurzstreckenraketen stelle. Wenn wir in die Lage kämen, daß über Raketen mit einer Reichweite zwischen 0 und 500km erst dann verhandelt werde, wenn die Sowjetunion dies wolle, könne dies noch zehn Jahre dauern. Man müsse das Verhandlungskonzept als ein Ganzes sehen.

Außenminister *Shultz* erklärte, der Bundeskanzler mache auf etwas aufmerksam, was allen bewußt sei. Er träte für eine umfassende Strategie (comprehensive strategy) ein, um Aggressionen abzuschrecken. Das INF-Abkommen sei Teil und nicht Zweck dieser Strategie.

In den Erörterungen in Brüssel am 5.6.¹¹ sei ein Text entwickelt worden (den er wörtlich vorlas; Ziffer 3 der Anlage zu DB 789¹² vom 5.6.87 aus NATO Brüssel, 010-1147/87¹³ geheim). Darin seien alle vier Punkte aufgeführt: die 50-prozentige Reduzierung der strategischen nuklearen Waffen, die weltweite Beseitigung der chemischen Waffen, die Herstellung eines stabilen sicheren Niveaus konventioneller Kräfte, gerichtet auf die Beseitigung der Disparitäten in ganz Europa, und die bedeutsamen und verifizierbaren Reduktionen amerikanischer und sowjetischer landgestützter nuklearer Raketensysteme einschließlich solcher kurzer Reichweite mit dem Ziel der Herstellung gleicher Obergrenzen auf niedrigem Niveau.¹⁴ Dies zeige, daß alles miteinander verbunden sei. Die Formel trage dem deutschen psychologischen Problem Rechnung.

Bundesminister *Genscher* erklärte, wir könnten damit leben; wenn die Vereinigten Staaten das mit uns gemeinsam so vorstellten, dann würden wir uns auch durchsetzen.

Der *Bundeskanzler* stellte fest, dieser Text sei in Ordnung; er wolle in diesem Kreise etwas sagen, was er nicht öffentlich erklären würde. Ein psychologisches

⁹ Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

¹⁰ Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

¹¹ Zu den Konsultationen im Ständigen NATO-Rat vgl. Dok. 163, Anm. 13.

¹² Korrigiert aus: „1789“.

¹³ Korrigiert aus: „010/147/87“.

¹⁴ Für den Drahtbericht Nr. 789 des Botschafters Holik, z. Z. Brüssel, vgl. VS-Bd. 12096 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

Problem stecke in der 4. Ziffer (Kurzstreckenraketen). Bei uns sei die Lage so, daß die traditionellen Freunde der Vereinigten Staaten fragten, ob Washington uns noch verstehe. Er möchte hierzu ja sagen, wenn es keine „Brandmauer“ gebe, sondern ein Gesamtkonzept. Wenn dies so akzeptiert würde und Präsident Reagan am Donnerstag oder Freitag¹⁵ im Zusammenhang mit seinem Besuch in Berlin¹⁶ einer deutschen Zeitung ein Interview gebe, in dem er seinen Standpunkt in dieser Weise deutlich mache, wäre dies sehr hilfreich für uns. Präsident Reagan sagte dies zu.¹⁷ Stabschef *Baker* und Sicherheitsberater *Carlucci* übernahmen die Ausführung.

Präsident *Reagan* sagte, er wolle noch eine Bemerkung zu Gorbatschow machen. Er habe ihm auf Russisch erklärt: „trust but verify“ (vertraue, aber verifiziere). Der *Bundeskanzler* stimmte dem zu.

Präsident *Reagan* fuhr ferner fort, hinsichtlich der konventionellen Waffen habe er Gorbatschow gesagt, er (Reagan) sei überzeugt, daß Gorbatschow große wirtschaftliche Probleme durch die Aufrüstung habe. Entweder Gorbatschow reduziere, oder es gebe einen Rüstungswettlauf, den er nicht gewinnen könne. Die Amerikaner würden das Notwendige stets tun. Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, ob es ein Gipfeltreffen im Herbst gebe, antwortete Präsident *Reagan*, er sei geneigt, ja zu sagen; er habe das Gefühl, bevor der Herbst vorüber sei, werde es zu einem Gipfeltreffen kommen.¹⁸ Der *Bundeskanzler* unterstrich die Bedeutung eines Gipfeltreffens für die Bundesrepublik Deutschland und erklärte, wir wollten beim Zustandekommen hilfreich sein, weil das Gipfeltreffen das Gesamtklima im Ost-West-Verhältnis positiv beeinflussen werde. Alle Staaten Osteuropas wollten ein Gipfeltreffen, das für sie sehr wichtig sei. Der *Bundeskanzler* erwähnte in diesem Zusammenhang Ungarn, Bulgarien und die DDR.

Außenminister *Shultz* wies auf die noch beträchtlichen Probleme bei den Fragen mit den INF-Verhandlungen hin; er hielt jedoch ein Abkommen für wahrscheinlich. Weitere Ergebnisse für ein Gipfeltreffen könnten die Errichtung eines nuklearen Warnungszentrums, die Einigung auf die Ergebnisse bei den Nukleartests und mögliche Ergebnisse bei den chemischen Waffen sein. Darüber hinaus drängten die USA stark auf Verbesserungen bei den Menschenrechten und die Lösung regionaler Fragen, insbesondere Afghanistan. Das Ganze könnte ein vernünftiges Paket für den Gipfel abgeben. Größere Bedeutung komme den strategischen Waffen zu. Hier drängten die Amerikaner stark. Präsident *Reagan* erklärte, die Folgen von Tschernobyl¹⁹ hätten Gorbatschow sicherlich nachdenklich gemacht, und er habe verstanden, daß keiner einen Nuklearkrieg überleben würde.

Der *Bundeskanzler* führte aus, er glaube, Gorbatschows Politik sei von Gorbatschows Standpunkt aus logisch. Gorbatschow habe ein schlechtes Erbe angetreten. Er versuche jetzt, ein ineffizientes System effizienter zu machen. Ob dies gelinge, sei eine offene Frage. Er brauche jetzt Erfolge. Wenn Gorbatschow keine

¹⁵ 11. oder 12. Juni 1987.

¹⁶ Präsident Reagan besuchte Berlin (West) am 12. Juni 1987. Vgl. dazu Dok. 168.

¹⁷ Vgl. den Artikel „Zur Strategie der Allianz gibt es keine Alternative“; DIE WELT vom 12. Juni 1987, S. 5. Vgl. ferner PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 632–634.

¹⁸ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die USA vom 7. bis 10. Dezember 1987. Vgl. dazu Dok. 360, Dok. 364 und Dok. 365.

¹⁹ Zum Reaktorunfall von Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 26, Anm. 16.

Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiet haben werde, könne niemand sagen, wie es in der Sowjetunion weitergehen werde.

Präsident *Reagan* bedankte sich bei dem Bundeskanzler für dessen Brief zu Agrarfragen, insbesondere was die Einschränkung der Überproduktion durch Kürzung von Subventionen und was die Fettsteuer angehe.²⁰

Der *Bundeskanzler* unterstrich, daß die Bundesrepublik Deutschland dafür einen hohen Preis zahle. Er sei strikt gegen eine Fettsteuer.²¹ Präsident *Reagan* wisse, daß er sich an Zusicherungen halte. Es gebe viele Probleme in der EG. Wenn er heute ja zu einer Fettsteuer sage, seien 50% seiner Probleme in der Gemeinschaft gelöst. Außer der Bundesrepublik seien noch zwei weitere Länder gegen die Fettsteuer. Er hoffe, daß es ihm nicht gehe wie bei den Sanktionen gegen Südafrika. Zuerst seien drei EG-Länder gegen Sanktionen gewesen, dann sei die Bundesrepublik Deutschland allein dagestanden.²² Seine Position sei sehr klar; er werde nichts tun, was die Probleme des Präsidenten im Kongreß verschärfe. Das Schlimmste diesseits und jenseits des Atlantiks wäre Protektionismus. In der Bundesrepublik Deutschland hätten wir eine besonders schwierige Lage in der Agrarpolitik. 15 Jahre lang sei in der Landwirtschaftspolitik ein falscher Kurs gesteuert worden. Es dauere drei bis vier Jahre, bis dies berichtigt werden könne. Bei jeder Landtagswahl erleide er dafür Rückschläge.

²⁰ Am 3. Juni 1987 schrieb Bundeskanzler Kohl an Präsident Reagan: „Ihre Sorge um die Situation der Landwirtschaft teile ich voll. Die tiefe Krise, in der sich die Agrarwirtschaft weltweit befindet, verlangt umfassende Maßnahmen zur Anpassung der nationalen Agrarpolitiken. Die kostspielige weltweite Überschußproduktion bei Agrarerzeugnissen wie Getreide, Rindfleisch, Milchprodukten und Zucker muß abgebaut und der Subventionswettlauf beendet werden. Dies schafft zugleich die Voraussetzungen für ein besseres Funktionieren der Weltagrarmärkte. [...] In diesem Zusammenhang darf ich erneut feststellen, daß die Bundesregierung die Einführung einer sogenannten Fettabgabe in der Europäischen Gemeinschaft weiterhin mit Nachdruck ablehnen wird.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135399.

²¹ Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Fettsteuer vgl. Dok. 51, Anm. 13. In einer Aufzeichnung des Referats 411 vom 26. Mai 1987 wurde vermerkt: „Die USA haben mit Nachdruck mehrfach (Demarchen, zuletzt in Bonn am 14.5.87) unterstrichen, daß die Einführung der F[ett]A[bgabe] wie ein Einfuhrhemmnis bei Soja wirken würde (Sojaimporte der EG aus den USA 1986: 3,5 Mrd. DM). Retorsionsmaßnahmen im Agrarsektor wie im gewerblichen Bereich wurden für diesen Fall angekündigt. Auch Kanada würde Retorsionsmaßnahmen ergreifen. Weitere Kritik gegen die Einführung einer FA äußerten die ASEAN- und AKP-Staaten, Norwegen, Argentinien, Australien, Chile und Peru. Entwicklungsländer, die z. Z. 40% der Pflanzen- und Seetierfett-Lieferungen in die EG bestreiten, wären besonders hart getroffen.“ Die „bisherige Befassung des Rates (Allgemeine Fragen, Landwirtschaft)“ habe ergeben, daß sich die Bundesrepublik, Dänemark, Großbritannien, die Niederlande und Portugal gegen die Vorschläge der EG-Kommission ausgesprochen hätten: „Eine Sperrminorität ist damit gegen die FA gegeben.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131367.

²² In einer Erklärung im Anschluß an die EG-Ministerratstagung am 15./16. September 1986 in Brüssel wurde mitgeteilt, „daß die Zwölf nunmehr restriktive Maßnahmen gemäß den Schlußfolgerungen von Den Haag treffen sollen. Dazu gehören das Verbot neuer Investitionen sowie das Verbot der Einfuhr von Eisen, Stahl und Goldmünzen aus Südafrika. [...] Die meisten Partnerländer wären bereit, ein Einfuhrverbot für Kohle aus Südafrika zu verhängen, wenn hierüber Einvernehmen erzielt werden sollte. Der Vorsitz wird sich in dieser Frage weiterhin um einen Konsens auf der Grundlage der Erklärungen des Europäischen Rates von Den Haag bemühen.“ Vgl. BULLETIN DER EG 9/1986, S. 92.

Referat 320 vermerkte am 16. März 1987, die Bundesregierung habe die Beschlüsse vom 16. September 1986 „trotz ihrer grundsätzlichen Skepsis gegenüber Sanktionen“ mitgetragen, weil sie „die Handlungsfähigkeit der Europäer nicht gefährden wollte“. Eine umfassende Wirtschaftsblockade werde aber „zuerst und vor allem die schwarzen Südafrikaner treffen“. Auch könnte Südafrika Gegenmaßnahmen ergreifen, welche die gesamte Region in einen „unheilvollen Destabilisierungssog“ ziehen würden. Vgl. Referat 320, Bd. 156074.

Präsident *Reagan* wies auf die Uruguay-Runde²³ hin, in der alle diese Fragen auf den Tisch gelegt werden. Er äußerte die Meinung, daß die Runde erfolgreich verlaufen werde. Die Lage könne geändert werden.

Der *Bundeskanzler* beendete das Gespräch nach Ablauf der dafür vorgesehenen Zeit. Präsident *Reagan* gab sich sehr freundschaftlich und ließ die Begegnung in gelöster Atmosphäre ausklingen.

VS-Bd. 13010 (204)

165

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Nakasone in Venedig

8. Juni 1987¹

Gespräch des Bundeskanzlers mit Premierminister Nakasone am Montag, den 8. Juni 1987²

Anwesend waren auf japanischer Seite: stellvertretender Regierungssprecher Watanabe; Sherpa, Herr Kitamura; Abteilungsleiter für Europa im AM, Hasegawa; Chef des Planungsstabes, Arai; Dolmetscher: Herr Nakane.

Auf deutscher Seite: StS Dr. Tietmeyer; StS Ost; MD Teltschik; MDg Dr. Neuer als Note-taker.

Der *Bundeskanzler* begrüßte Premierminister Nakasone und bemerkte einleitend, er wolle mit ihm die Frage des Abrüstungsprozesses besprechen.

²³ Zu den GATT-Verhandlungen vgl. Dok. 92, Anm. 7.

In einer Aufzeichnung des Referats 411 vom 10. Juni 1987 wurde vermerkt, das multilaterale Welt-handelssystem stehe an einem Wendepunkt: „Wenn es nicht gelingt, der zunehmenden Aufweichung der GATT-Disziplin und den protektionistischen Vorstößen in den Mitgliedsländern Einhalt zu gebieten sowie die GATT-Regeln den neuen weltwirtschaftlichen Verhältnissen (Wachstum des Dienstleistungssektors) anzupassen, würde das GATT rapide an Bedeutung verlieren und einem entfesselten Protektionismus, Bilateralismus und Sektoralismus weichen. [...] Ein Scheitern der U[ruguay]-R[unde] würde die Bundesrepublik Deutschland besonders treffen: Der Anteil der direkt oder indirekt (Vorleistungen) von der Ausfuhr ausgelösten Produktion an der Bruttoproduktion beträgt derzeit 29 %, ein Viertel der Erwerbstätigen ist direkt oder indirekt für die Ausfuhr tätig. Die IL werden die Interessen der EL an der Runde (Zölle, Agrarhandel, Textilien und Bekleidung, tropische Erzeugnisse) nicht vernachlässigen dürfen, wollen sie nicht Bremsmanöver in den Bereichen provozieren, deren Liberalisierung für die IL interessant ist (Dienstleistungen und andere neue Themen).“ Vgl. Referat 411, Bd. 160541.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Neuer, Bundeskanzleramt, am 9. Juni 1987 gefertigt.

Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik.“

Hat Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 11. Juni 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] GL 21 z[ur] K[enntnisnahme], dann z[u] d[en] A[kten].“

Hat Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, vorgelegen.

² Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 8. bis 10. Juni 1987 anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels in Venedig auf. Zum Weltwirtschaftsgipfel vgl. Dok. 171 und Dok. 176.

Für die Gespräche Kohls mit Präsident Reagan und Staatspräsident Mitterrand am 8. bzw. 9. Juni 1987 am Rande des Weltwirtschaftsgipfels vgl. Dok. 164 und Dok. 166.

PM *Nakasone* erklärte sich hiermit einverstanden und bat den Bundeskanzler um Darstellung seiner Position.

Der *Bundeskanzler* führte aus, man könne nur über Abrüstung sprechen, wenn man gleichzeitig die sowjetische Politik beurteile. Dort seien die Dinge im Fluß. Gorbatschow versuche, vieles in Bewegung zu bringen. Was für Erfolge er haben werde, könne man jetzt noch nicht sagen. Wichtig sei es, die sowjetische Politik aufmerksam zu beobachten und klug auf die Entwicklung dort zu reagieren. Im Westen, insbesondere in Europa, würden zwei Positionen vertreten, die beide falsch seien.

Nach der einen Meinung habe sich in der Sowjetunion überhaupt nichts geändert. Nach der anderen Auffassung habe sich dort seit Gorbatschow alles geändert. Der Bundeskanzler leitete zu Abrüstungsfragen über und bemerkte, er sei schon immer für eine Null-Lösung für Mittelstreckenraketen mit längerer Reichweite gewesen. Er habe dies versprochen und habe sein Versprechen gehalten. Er wolle keinen Hehl daraus machen, daß er es für falsch halte, nicht eine globale Null-Lösung für die Mittelstreckenraketen längerer Reichweite vorzusehen und 100 Systeme auf beiden Seiten beizubehalten. Er glaube, mit dieser Auffassung stimme er mit Ministerpräsident³ Nakasone überein. Es scheine, die USA seien bereit, bei diesem Punkt einen Kompromiß zu schließen. Die doppelte Null-Lösung habe für uns große psychologische Probleme. Bei einer doppelten Null-Lösung würde bei uns die Frage gestellt werden, warum man nicht eine dreifache Null-Lösung verwirkliche, d.h., warum nicht auch eine Null-Lösung für die Kurzstreckenraketen. Dies sei für uns ein innenpolitisches Problem. Die Friedensbewegung und deren Sympathisanten – der gleiche Personenkreis, der 1983 gegen die Stationierung gekämpft habe – würden hierfür auf die Straße gehen. Heute applaudierten sie den USA und morgen würden sie die dreifache Null-Lösung verlangen. Er hoffe, daß die USA ihre Zusage einhalten, die 72 PIA außerhalb der Verhandlungen zu halten und sich für ein weltweites Verbot der chemischen Waffen und die konventionelle Abrüstung unter Beseitigung der Disparitäten⁴ einsetzen werden. Er sei für den baldigen Abschluß eines Vertrags über die Begrenzung der Mittelstreckenraketen längerer und kürzerer Reichweite. Dieser Vertrag dürfe nicht überfrachtet werden. Man dürfe sich aber auch von der sowjetischen Seite nicht so unter Zeitdruck setzen lassen, daß sie die Bedingungen diktiere. Gorbatschow habe die Wahltermine genau vor Augen. Vor jeder Wahl plazierte er einen neuen Vorschlag. Es sei jedoch sehr bedenklich, innenpolitische Fragen mit der Sicherheitsproblematik zu verknüpfen.

PM *Nakasone* dankte dem Bundeskanzler für seine Ausführungen.

Er sei für eine Null-Lösung betreffend die Mittelstreckenraketen längerer und kürzerer Reichweite auf globaler Basis. Asien und Europa müssen gleich behandelt werden. Was die Systeme einer Reichweite unter 500 km angehe, sei die japanische Haltung, daß zuerst innerhalb der NATO zusammen mit der Frage der konventionellen Abrüstung und des Verbots chemischer Waffen eine Konzeption gefunden werden müsse. Zwischen den USA und der Sowjetunion werde die Frage diskutiert, die Mittelstreckenraketen längerer und kürzerer Reichweite

³ Korrigiert aus: „Präsident“.

⁴ Korrigiert aus: „Disponitäten“.

in Europa auf Null zu reduzieren, in Asien jedoch 100 sowjetische Systeme beizubehalten. Die Amerikaner wollten 100 Systeme in Alaska aufstellen. Er habe schon die Position eingenommen, die Null-Lösung für Europa zu akzeptieren unter Beibehaltung bzw. Stationierung von 100 Systemen in Asien und Alaska. Auch wenn die japanische Seite hiermit einverstanden sei, so nur unter der Bedingung, daß es sich nicht um eine endgültige Regelung handle. Die Frage sei auch, wie und wo die 100 Systeme im asiatischen Teil der Sowjetunion stationiert werden sollten. Auch sie müßten auf Null reduziert werden. Er sehe ein großes Problem in der Verifikation.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete die Verifikationsfrage als große Klippe, zumal die Sowjetunion sich das Recht vorbehalten wolle, die Systeme im europäischen Teil der Sowjetunion zu testen. Hier stecke ein gewaltiger Pferdefuß.

PM *Nakasone* bemerkte, dies sei für ihn ebenfalls klar; deshalb plädiere er für eine globale Null-Lösung. Eine zweite Frage, auf die er den Bundeskanzler ansprechen wolle, sei die Frage der Sicherung der Schifffahrt im Persischen Golf.

Der *Bundeskanzler* unterstrich das deutsche Interesse an der Offenhaltung der Straße von Hormuz. Wir seien auch im höchsten Maße an einer Beendigung des Krieges zwischen Iran und Irak interessiert. An diesem Konflikt seien wir in keiner Weise beteiligt, auch nicht mit Waffenlieferungen. Er sehe die Gefahr des Fundamentalismus. Jetzt sei es wichtig, die Position des Generalsekretärs der Vereinten Nationen⁵ zu unterstützen, um zu einem Friedensschluß zu kommen. Alle politischen Mittel, über die man verfüge, müßten jetzt eingesetzt werden. Die Entsendung von Truppen oder Schiffen sei für uns wegen der Bestimmungen unseres Grundgesetzes nicht möglich.⁶

PM *Nakasone* stellte die Frage, ob wir an eine finanzielle Unterstützung dächten.

Der *Bundeskanzler* fuhr in seinen Erläuterungen fort und führte aus, wir könnten zwar keine Kriegsschiffe in den Golf entsenden, wie das von einigen in den USA in die Diskussion gebracht worden sei, aber wir könnten im Wege der Arbeitsteilung in der NATO helfen. Den einzelnen Mitgliedsländern der NATO obliege die Sicherung bestimmter Schifffahrtswege. Was er für möglich und richtig halte, sei die zusätzliche Unterstützung der Vereinigten Staaten im Bereich des Atlantiks. Dann würden US-Schiffe für den Golf frei. Wenn wir dies täten, würde dies eine erhebliche zusätzliche finanzielle Belastung bedeuten. Er halte aber ein solches Vorgehen für absolut korrekt. Deutschland beziehe zur Zeit ca. 6–8 % seiner Erdölimporte über die Straße von Hormuz. Er wolle nochmals betonen, wie wichtig es sei, die Position des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zu unterstützen. Die Wahrheit sei, daß viele durch ihre Waffenlieferungen zur Fortdauer des Konflikts beigetragen hätten.

PM *Nakasone* wies darauf hin, daß die japanische Verfassung den Einsatz von Kriegsschiffen außerhalb der japanischen Gewässer untersage.⁷ Japan beziehe

⁵ Javier Pérez de Cuéllar.

⁶ Zur Frage des Einsatzes der Bundeswehr außerhalb des NATO-Vertragsgebiets vgl. Dok. 159.

⁷ Vgl. Artikel 9 der japanischen Verfassung vom 3. November 1946, in dem Japan für alle Zeiten auf Krieg und die Androhung oder Anwendung von Gewalt zur Lösung internationaler Streitfragen und daher auf die Aufstellung von Land-, See- und Luftstreitkräften verzichtete; CONSTITUTIONS OF NATIONS, II, S. 512.

ca. 55 % seiner Erdölimporte aus dem Golf. Japan sei der größte Bezieher von Erdöl aus dieser Region. Deshalb prüfe er, was im Rahmen der japanischen Verfassung möglich sei. In Frage käme z. B. eine Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Golf-Staaten oder die Aufstockung der Ölreserven. Wenn im Rahmen der Vereinten Nationen eine internationale Vereinbarung bezüglich der Sicherheit der Schifffahrt im Golf abgeschlossen würde, könne Japan vielleicht auch hierzu einen finanziellen Beitrag leisten. Die Lage Japans sei zwar von der deutschen Lage verschieden, weil Japan vom Golföl stärker abhängig sei. Sie sei aber insofern mit der deutschen Lage vergleichbar, weil beide Staaten keine Kriegsschiffe in den Golf entsenden könnten. PM Nakasone schlug vor, die Konsultationen über diesen Komplex fortzusetzen.

Der *Bundeskanzler* erklärte sich hiermit einverstanden.

PM *Nakasone* sprach das Deutsch-Japanische Zentrum in Berlin an.⁸ Die Eröffnung sei für November 1987 vorgesehen.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete dies als eine sehr gute Sache.

PM *Nakasone* fuhr fort, die Eröffnungsfeier werde am 8. November 1987 stattfinden. Aus diesem Anlaß werde Prinz Hiro, der älteste Sohn des Kronprinzen, nach Berlin reisen.⁹ Diese Information sei noch streng vertraulich. Die deutsche Seite habe zuvor eine Einladung an das Kronprinzenpaar¹⁰ gerichtet. Das Kronprinzenpaar habe sie leider nicht annehmen können, da es eine wegen Erkrankung des Kronprinzen verschobene Reise in die USA im Herbst nachholen müsse. Statt dessen werde der Enkel des Kaisers¹¹, der künftige Kronprinz, nach Berlin reisen. Er halte es für einen Beitrag zur Entwicklung der deutsch-japanischen Beziehungen, wenn Prinz Hiro aus diesem Anlaß Berlin besuche.

Der *Bundeskanzler* bedankte sich.

PM *Nakasone* betonte das Interesse der japanischen Bevölkerung an der Entwicklung der bilateralen Beziehungen zu Deutschland. Was die wirtschaftlichen Fragen angehe, habe die japanische Regierung kürzlich einen Maßnahmenkatalog veröffentlicht. Ein Nachtragshaushalt von 5 Billionen Yen sei vorgesehen. Es sei auch vorgesehen, daß Japan in den nächsten drei Jahren 500 Millionen

⁸ In ihrem Gespräch am 1. November 1983 in Tokio bestätigten Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Nakasone ihre Absicht, das Grundstück der ehemaligen japanischen Botschaft in Berlin (West) zur Errichtung einer deutsch-japanischen Begegnungsstätte zu nutzen. Vgl. dazu AAPD 1983, II, Dok. 323.

Zum Japanisch-Deutschen Zentrum Berlin (JDZB) vermerkte Referat 341 am 29. Oktober 1987: „Aufgrund einer Vereinbarung zwischen Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Nakasone wurde das JDZB als private Stiftung deutschen Rechts am 15. Januar 1985 in Berlin gegründet. Zweck der Stiftung ist, „die japanisch-deutsche und internationale Zusammenarbeit auf den Gebieten der Wissenschaft und Kultur sowie ihres Zusammenhanges mit dem Wirtschaftsleben zu fördern und zu vertiefen“. [...] Das Auswärtige Amt stellt den GS Graf Brockdorff. Es ist im Stiftungsrat gegenwärtig durch StS Sudhoff und Botschafter Dr. Hallier vertreten. [...] Gemäß den Vereinbarungen übernehmen Japan die Kosten für den Wiederaufbau der ehemaligen japanischen Botschaft in Berlin (ca. 40 Mio. DM – davon werden ca. 25 % durch den japanischen] Wirtschaftsdachverband Keidanren aufgebracht), der Senat von Berlin das Stiftungskapital (15 Mio. DM), beide Seiten anteilig je zur Hälfte die laufenden Kosten (ca. 4 Mio. DM jährlich bei Vollbetrieb).“ Vgl. Referat 341, Bd. 142638.

⁹ Prinz Naruhito (Prinz Hiro) hielt sich ab 7. November 1987 zu einem dreitägigen Besuch in der Bundesrepublik bzw. in Berlin (West) auf.

¹⁰ Akihito und Michiko.

¹¹ Hirohito.

Dollar an die Länder südlich der Sahara zahle. Für die Beschaffung von Stellen im öffentlichen Bereich sei im Nachtragshaushalt ein Betrag von 1 Mrd. Dollar vorgesehen. Was die Marköffnung angehe, sei schon viel getan worden. Japan werde weiterhin sein Bestes versuchen.

Der *Bundeskanzler* führte aus, die deutsche Seite habe alles, was sie auf den letzten Gipfeln versprochen habe, eingelöst. Nach der Verabschiedung eines weiteren Gesetzes, das eine Steuersenkung in Höhe von 28 Mrd. DM vorsehe, und einer weiteren Steuersenkung hätten wir bis zum 1.1.1990 insgesamt Steuersenkungen in Höhe von 50 Mrd. DM vorgenommen.¹²

Als er 1982 Bundeskanzler geworden sei, habe er eine katastrophale Haushaltslage vorgefunden. Der Haushalt sei mit dramatischen Maßnahmen einigermaßen in Ordnung gebracht worden. Dann habe er die Steuersenkungen in Angriff genommen. Steuersenkungen dieses Ausmaßes habe es in der deutschen Geschichte noch nie gegeben. Sie machten ca. 2,5% des BSP aus. Auch der Geldwert sei stabil. Die Inflationsrate betrage Null oder 0,2%. In den letzten 20 Monaten habe es gewaltige Probleme mit dem Dollar-Kurs gegeben. Er sei von etwa 2,70 DM auf 1,80 DM abgesunken. Dies habe erhebliche Erschwernisse für den deutschen Export bedeutet. Deutschland sei an monetärer Stabilität sehr interessiert. Er werde auf keinen Fall den Fehler seines Vorgängers¹³ wiederholen, der eine Politik gemacht habe, deren Folgen er, der Bundeskanzler, habe tragen müssen, nämlich eine hohe Inflationsrate. Die Binnenkonjunktur laufe gut. Er glaube, wir könnten dieses Jahr in die Nähe des gesetzten Zieles kommen. Das Grundproblem bei den USA bestehe in dem hohen Haushaltsdefizit und im Herunterreden des Dollar. Er verstehe auch nicht die jüngste Äußerung des neuen amerikanischen Notenbankchefs Greenspan, der für 1989 eine Rezession vorhersehe.¹⁴ Dabei habe man schon von Erhard gelernt, daß 50% der Beeinflussung einer modernen Volkswirtschaft in Psychologie bestehe. Was jetzt gebraucht werde, sei ein realistischer Optimismus und nicht Pessimismus.

PM *Nakasone* stimmte dem Bundeskanzler zu. Japan habe ebenfalls die Vereinigten Staaten aufgefordert, ihren Schuldenberg abzubauen. Wenn dies nicht geschehe, werde es weiterhin Schwierigkeiten mit dem Dollar-Kurs geben.

Der *Bundeskanzler* wiederholte, die Sieben müßten nur das durchführen, was sie in Williamsburg¹⁵, London¹⁶, Bonn¹⁷ und Tokio¹⁸ beschlossen hätten. Wenn jedes

¹² Für den Wortlaut des Steuersenkungsgesetzes 1986/1988 vom 26. Juni 1985 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil I, S. 1153–1242.

Für den Wortlaut des Steuersenkungs-Erweiterungsgesetzes 1988 vom 14. Juli 1987 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil I, S. 1629–1670.

¹³ Helmut Schmidt.

¹⁴ In der Presse wurde berichtet: „The selection of Alan Greenspan, installing ‚Dr. Pain‘ at the Federal Reserve, is the reaction of a caretaker administration more interested in damage control than its long-range economic strategy. Dr. Greenspan is an odd choice for an administration consecrated to economic growth. While his ideological orientation has grown indistinct over 20 years as a national economic headliner, Greenspan has consistently tilted toward austerity. He has publicly predicted a post-election recession in 1989 and privately added that it might be necessary.“ Vgl. den Artikel „Why Greenspan?“, THE WASHINGTON POST vom 5. Juni 1987, S. A27.

¹⁵ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 vgl. AAPD 1983, I, Dok. 161 und Dok. 167.

¹⁶ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 7. bis 9. Juni 1984 vgl. AAPD 1984, I, Dok. 170 und Dok. 171.

¹⁷ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 2. bis 4. Mai 1985 vgl. AAPD 1985, I, Dok. 112 und Dok. 113.

¹⁸ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Mai 1986 vgl. AAPD 1986, I, Dok. 137.

Mitgliedsland seine Hausaufgaben mache, komme alles in Ordnung. Er wolle keine Experimente machen. Er brauche viel politische Kraft, um die Steuer-senkungen durchzuführen. Der Bundeskanzler machte auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die in dem föderalen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland dadurch entstünden, daß die Bundesländer finanziellen Beschlüssen zustimmen müßten. Ende dieses Jahres seien seit seinem Regierungsantritt 800 000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Es gebe bei uns jedoch zu viele Arbeitslose, die dies nicht wirklich seien. Das System müßte geändert werden; dies sei jedoch sehr schwierig. Ein weiteres Problem sei der Anstieg der Kosten im Gesundheitswesen. Die Kosten müßten gesenkt werden. Diese Frage müsse bis zum kommenden Winter geregelt sein, damit bis zu den nächsten Bundestagswahlen im Jahre 1990 die Auswirkungen zu spüren seien.

PM *Nakasone* dankte dem Bundeskanzler für das positive Gespräch und verabschiedete sich.

Das Gespräch endete nach 45 Minuten Dauer.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72

166

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Venedig

Geheim

9. Juni 1987¹

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem französischen Präsidenten François Mitterrand am 9. Juni 1987 von 8.35 bis 9.15 Uhr in Venedig²

Teilnehmer: Jacques Attali, Berater des Präsidenten; Horst Teltschik, Ministerialdirektor; Frau Stoffaës, Dolmetscherin; Frau Siebourg, Dolmetscherin.

Präsident *Mitterrand* und *Bundeskanzler* äußerten sich besorgt über die gemeinsame Diskussion der Staats- und Regierungschefs am gestrigen Abend.³ Präsident *Mitterrand* sprach von ein bis zwei tragischen Stunden, die man zusammen verbracht habe. Sie seien ihm wie eine Apokalypse vorgekommen. Er sei sehr besorgt gewesen.

Präsident Mitterrand erinnerte den Bundeskanzler noch einmal an seine gestrigen Ausführungen zu Fragen der NATO-Strategie. Er habe in dem Kreis der Staats- und Regierungschefs bewußt eine andere These entwickelt als der ameri-

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 9. Juni 1987 gefertigt.

² Bundeskanzler Kohl hielt sich vom 8. bis 10. Juni 1987 anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels in Venedig auf. Für die Gespräche Kohls mit Präsident Reagan und Ministerpräsident Nakasone am 8. Juni 1987 am Rande des Weltwirtschaftsgipfels vgl. Dok. 164 und Dok. 165.

³ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10. Juni 1987 vgl. Dok. 171 und Dok. 176.

kanische Präsident⁴, weil er nicht an die Strategie der flexible response⁵ glaube. Ein nuklearer Erstschatz müsse sowjetisches Territorium so treffen, daß die Sowjetunion nur noch vor der Alternative stünde, ihre eigenen strategischen Systeme einzusetzen. Flexible response dagegen heiße, daß ein nuklearer Krieg nach Europa geholt werde, und dieser werde in der Bundesrepublik Deutschland beginnen. Nur wenn das sowjetische Territorium selbst bedroht werde, könne man von einer wirklichen Abschreckung sprechen.

Margaret Thatcher sei über seine Ausführungen erstaunt gewesen. Er sei jedoch davon überzeugt, daß die strategischen Systeme die einzig wirksamen Waffen seien. Dagegen seien die nuklearen Mittelstreckensysteme von keinem großen Nutzen.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß er sehr ähnlich denke. Man müsse jedoch die psychologischen Wirkungen bedenken, wenn man über diese Fragen öffentlich diskutiere. Der eigentliche Fehler läge bereits bei der ersten Null-Lösung.

Präsident *Mitterrand* erinnerte daran, daß INF keinen anderen Sinn und Zweck gehabt haben, als die SS-20 zu neutralisieren. Dies sei gelungen, und damit sei es auch gut. Wenn allerdings die Sowjetunion solche Systeme aufrüste, dann müsse dies der Westen auch tun.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete als wichtigste Schlußfolgerung aus der Diskussion der letzten Monate die Verstärkung der europäischen Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Es gelte im besonderen für die deutsch-französische Zusammenarbeit. Er verstehe sie jedoch nicht als Alternative, sondern als Ergänzung zur Zusammenarbeit innerhalb der Allianz.

Präsident *Mitterrand* erklärte sich bereit, ein solches Gespräch über eine engere Zusammenarbeit zu führen.⁶

Der *Bundeskanzler* leitete auf die bevorstehenden Gespräche der Staats- und Regierungschefs über. Im Mittelpunkt der heutigen Gespräche sollten aus seiner Sicht zwei Themen stehen: die wirtschaftliche Entwicklung der westlichen Industrieländer und die Verschuldungsproblematik der Dritten Welt.

Präsident *Mitterrand* stimmte zu. Er beklagte, daß die USA ständig viele Forderungen aufstellten: Japan solle nicht zuviel exportieren; die Bundesrepublik Deutschland solle ihre Wirtschaft stimulieren, während die USA selbst keinerlei Anstrengungen unternehmen würden. Dabei wäre es besonders wichtig, wenn die USA endlich ihr Außenhandelsdefizit regeln würden. Alle anderen Probleme, z. B. Zinsentwicklung usw., hingen davon ab. Die Frage des amerikanischen Außenhandelsdefizits sei gewissermaßen das Oberproblem. Darüber müsse heute geredet werden, fügte der *Bundeskanzler* hinzu. Präsident *Mitterrand* fuhr fort: Solange der amerikanische Haushalt nicht korrigiert würde, bliebe alles beim alten. Die Amerikaner versuchten nie, das Problem direkt zu lösen. Auch die Japaner würden sich ständig ihren Verpflichtungen entziehen. Sie verbinden das mit ihrer entwaffnenden Höflichkeit.

Also werde man sich heute wieder zusammensetzen wie so häufig. Dies sei ja auch ganz nett.

⁴ Ronald W. Reagan.

⁵ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 4, Anm. 17.

⁶ Zu den deutsch-französischen sicherheitspolitischen Konsultationen am 24. Juli 1987 vgl. Dok. 223.

Der *Bundeskanzler* erklärte, daß man heute auch über die Äußerungen des neuen Vorsitzenden der Federal Reserve Bank, Greenspan, sprechen müsse, der bereits eine Rezession für die nächsten zwei Jahre angekündigt habe.⁷ Mit solchen Äußerungen rede man sie geradezu herbei.

Präsident *Mitterrand* sprach noch einmal die Frage der deutsch-französischen Zusammenarbeit im militärischen Bereich an. Am 24. September 1987 werde man sich anlässlich des deutsch-französischen Manövers „Kecker Spatz“ treffen.⁸ Er schlage vor, daß sie beide noch einmal vorher zusammenkommen und über weitere Schritte in der militärischen Zusammenarbeit sprechen sollten. Diese Gespräche und Kontakte sollen diskret sein. Der *Bundeskanzler* und Präsident *Mitterrand* vereinbarten, daß Attali und Teltschik dieses Gespräch vorbereiten sollten.⁹

Präsident *Mitterrand* fügte hinzu, daß sie mit diesen Gesprächen sicher keine Revolution auslösen würden. Wichtig sei, Bewegung anzudeuten und jetzt einen Schritt weiter zu gehen, um damit die Gesamtrichtung anzugeben. Beide Seiten sollten die Möglichkeiten für die Integration der Armeen untersuchen. Man sollte jetzt kleine, aber bedeutsame Schritte tun.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß er sich als Modell die Integration einer gemeinsamen Division vorstellen könne.¹⁰ Er werde mit seiner Regierung darüber sprechen, fuhr Präsident *Mitterrand* fort. Er habe mit dem Premierminister¹¹ schon öfters darüber gesprochen. Dieser sei nicht dagegen, aber wohl Teile seiner Regierung. Präsident *Mitterrand* bekräftigte noch einmal, daß er entschlossen sei, die Dinge jetzt voranzutreiben.

Wir sollten jetzt ein gemeinsames Signal setzen, erklärte der *Bundeskanzler*. Lassen Sie uns an dieser Sache weiterarbeiten, beendete Präsident *Mitterrand* das Gespräch.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72

⁷ Zu den Äußerungen des designierten Präsidenten der amerikanischen Notenbank, Greenspan, vgl. Dok. 165, Anm. 14.

⁸ Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand trafen sich am 24. September 1987 in Ingolstadt am Rande der deutsch-französischen Heeresübung „Kecker Spatz“, die vom 17. bis 24. September 1987 in den Ländern Bayern und Baden-Württemberg stattfand. Zur Übung vgl. Dok. 276.

⁹ Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand trafen am 30. Juni 1987 am Rande der Tagung des Europäischen Rats in Brüssel zusammen. Vgl. dazu Dok. 189.

¹⁰ Zum Vorschlag des Bundeskanzlers Kohl für eine deutsch-französische Brigade vgl. Dok. 211.

¹¹ Jacques Chirac.

167

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Arnim**209-360.91 ISR-1323/87 geheim****9. Juni 1987**Herrn Staatssekretär zur Unterrichtung¹Betr.: Rüstungskooperation mit Israel²

Bezug: Ihre Frage auf dem DB Nr. 555 vom 27.5.1987 aus Tel Aviv

Anlg.: 1 (DB der Botschaft Tel Aviv – Nr. 555 – 209-360.91 ISR-1218/87 VS-v vom 27.5.1987) – nur beim Original³

1) Angesichts der Vertraulichkeit der Kontakte zwischen verschiedenen Vertretern der Bundesregierung und israelischen Vertretern in rüstungsrelevanten Fragen ist es auf Arbeitsebene nicht möglich, einen sicheren Überblick über Gegenstand und Tragweite dieser Kontakte zu gewinnen. Anhand der z. T. vorliegenden Berichterstattung unseres Militärattachés in Tel Aviv⁴ sowie Gesprächen in der Rüstungsabteilung des BMVg ergibt sich folgendes Bild.

2) Zwischen deutschen und israelischen amtlichen Stellen gibt es seit etwa 20 Jahren einen Informationsaustausch über militärisch relevante Technologien. Dabei geht es zum einen um den Erwerb von Beutematerial der Israelis, also von Rüstungsgütern mit Ursprung im WP. Dies scheint weitgehend über den BND abgewickelt zu werden. Näheres ist darüber nicht bekannt.

Zum anderen geht es um die Gewinnung von Informationen über die Kriegserfahrung der Israelis mit Waffen und Technologien, die auch in den Armeen des Bündnisses verwendet werden. Dabei versucht die Bundeswehr nicht nur technische Informationen zu gewinnen, sondern auch Aufschluß über die für den

¹ Hat Staatssekretär Sudhoff am 10. Juni 1987 vorgelegen, der für Vortragenden Legationsrat von Arnim handschriftlich vermerkte: „[Bitte] Anruf.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnach am 10. Juni 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „StS R[u]h[us] hat 3. Ausfertigung erhalten.“

Hat Arnim am 15. Juni 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erledigt.“ Weiter notierte er: „Wir müssen darauf achten, daß das BMVg die entsprechenden politischen Entscheidungen einholt, bevor es die existierende Kooperation auf eine Vertragsbasis irgendeiner Art stellt.“ Ferner verfügte er die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Vorwerk und Legationssekretär Mafael.

Hat Vorwerk vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Schwer, wenn sich alles ohne unser exaktes Wissen abspielt.“

Hat Mafael am 17. Juni 1987 vorgelegen.

² Zur Rüstungskooperation der Bundesrepublik mit Israel vgl. zuletzt AAPD 1986, II, Dok. 232.

³ Dem Vorgang beigelegt. Oberstleutnant i. G. Klenner, Tel Aviv, berichtete, Staatssekretär Timmermann, Bundesministerium der Verteidigung, habe Israel vom 10. bis 13. Mai 1987 auf Einladung des Generaldirektors im israelischen Verteidigungsministerium, Ivri, besucht: „Israelischerseits zielte der Besuch auf eine Bestandsaufnahme bestehender Rüstungskooperation und eine Konkretisierung und Intensivierung bestimmter Schritte der Zusammenarbeit bei einzelnen Projekten. Die israelische Seite erhofft sich neue Impulse der Zusammenarbeit mit dem aus israelischer Sicht zur Zeit wichtigsten Kooperationspartner in Europa. Die israelischen Erwartungen sind vermutlich erfüllt worden, der Besuch wird als erfolgreich bewertet.“ Staatssekretär Sudhoff notierte auf dem Drahtbericht: „Welche Kooperationen im Rüstungsbereich gibt es?“ Vgl. VS-Bd. 11926 (209); B 150, Aktenkopien 1987.

⁴ Dietmar Klenner.

Einsatz am besten geeignete militärische Taktik. Neben der Rüstungsabteilung des BMVg sind hieran auch die Führungsstäbe der Bundeswehr interessiert.

3) Seit einigen Jahren hat sich der Informationsaustausch erheblich intensiviert. BM Dr. Wörner⁵, StS Dr. Rühl⁶, StS Prof. Dr. Timmermann sowie die MD Dr. Schnell und Dr. Runge aus der Rüstungsabteilung sind zu Besuch in Israel gewesen. Dort wurden ihnen israelische Rüstungsgüter vorgeführt. Auf der Arbeitsebene hat es daneben wohl eine Reihe von Kontakten der Spezialisten aus dem Bundeswehrbeschaffungsamt und den Erprobungsstellen der Bundeswehr mit israelischen Experten gegeben.

4) Diesen Kontakten liegen bisher weder ein Rahmenabkommen über Rüstungs-kooperation noch jeweils projektbezogene Einzelabkommen zugrunde, wie sie vom BMVg in großer Zahl mit fremden Staaten geschlossen werden. Es handelt sich bisher lediglich um einen informellen, in einigen Technologiebereichen jedoch wohl intensiven Informationsaustausch.

5) Die für beide Teile offenbar interessanten Bereiche sind die der Drohnen und der intelligenten Munition.

a) Die Zusammenarbeit im Bereich der Drohnen, also von relativ langsam fliegenden, unbemannten Flugzeugen für verschiedene Zwecke, hat sich zunächst Ende der 60er Jahre als reine Industriekontakte entwickelt, als Dornier auf eigene Initiative begann, Drohnen für Aufklärungszwecke zu entwickeln. Diese Kontakte der Industrien waren so eng, daß es den Israelis gelang, mit Hilfe der erworbenen Kenntnisse Aufklärungsdrohnen zu entwickeln, die sie insbesondere während der Invasion des Libanon 1982⁷ erfolgreich eingesetzt haben. Seit wenigen Jahren entwickeln nun MBB und Dornier im Auftrag des BMVg Drohnen mit erheblich größeren Reichweiten nicht nur als Aufklärungs-, sondern auch als Kampfdrohnen, z.B. zur Bekämpfung von Radarstationen. Israel ist an dieser Technologie offenbar besonders interessiert.

b) Im Munitionsbereich gibt es einen Austausch von Lizenzen⁸ zwischen deutschen (Rheinmetall, Diehl) und israelischen Unternehmen. Die Israelis sind offenbar relativ weit bei der Entwicklung von endphasengelenkter „intelligenter“ Munition verschiedener Art (Bomben, Granaten, Flugkörper). Hier gibt es ein deutsches Interesse.

c) Aufbauend auf einem langjährigen Informationsaustausch über Panzertechnologie, hat sich Israel Anfang der 80er Jahre stark um die Technologie der 120-mm-Glattrohrkanone des Leopard 2 bemüht. Der BSR hat die erforderliche Genehmigung jedoch versagt. In letzter Zeit geht es vermehrt um sogenannte „aktive“ Zusatzpanzerungen, die die Israelis offenbar z.T. auf der Basis deutscher Technologien erfolgreich eingesetzt haben, wo aber nach wie vor ein deutscher Vorsprung zu bestehen scheint.

⁵ Bundesminister Wörner besuchte Israel vom 6. bis 10. April 1986. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 98.

⁶ Staatssekretär Rühl, Bundesministerium der Verteidigung, hielt sich vom 8. bis 15. Dezember 1984 in Israel auf.

⁷ Korrigiert aus: „1983“.

Am 6. Juni 1982 marschierten israelische Truppen in den Libanon ein. Vgl. dazu AAPD 1982, I, Dok. 178 und Dok. 191.

⁸ Die Wörter „Austausch von Lizenzen“ wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „In welcher Richtung? KWKG? AWG? frei?“

6) Von diesem Informationsaustausch zu unterscheiden ist der Wunsch der Israelis, moderne U-Boote für ihre Marine zu erwerben (Projekt „Dolphin“). Sie haben zunächst versucht, mit amerikanischer Militärhilfe finanzierte U-Boote mit konventionellem Antrieb in den USA bauen zu lassen. Das Pentagon hat diesen Wunsch jedoch immer abgeblockt, weil in den USA seit Jahrzehnten nur noch nuklear angetriebene U-Boote gebaut werden. Die US-Marine will verhindern, daß in den USA erneut eine Kapazität für konventionell angetriebene U-Boote entsteht, weil sie befürchtet, daß sie dann selbst gezwungen werden könnte, – erheblich billigere – konventionelle U-Boote zu beschaffen.

Das Pentagon hat deshalb versucht, ausländische Hersteller, die konventionelle U-Boote bauen, für den Verkauf ihrer Technologie an Israel zum Bau der Boote dort, finanziert mit US-Militärhilfe, zu gewinnen. Seit einiger Zeit gibt es hierzu offenbar intensive Kontakte von Amerikanern und Israelis mit HDW, über die die Bundesregierung (BMVg, ChBK, AA, auf Leitungsebene) wohl unterrichtet ist.

Dieses Projekt stagniert jedoch seit einiger Zeit, weil Israel bisher die Masse der US-Militärhilfe für die Produktion eines in Israel entwickelten neuen Jagdflugzeuges („Lavi“) verwenden will, so daß für die U-Boot-Wünsche der Marine nicht genügend Mittel zur Verfügung stünden. Das Pentagon versucht allerdings offenbar massiv, die Israelis zur Aufgabe des „Lavi“-Projekts zu veranlassen, weil es keine weitere Konkurrenz zu amerikanischen Flugzeugmustern wünscht und das „Lavi“-Projekt offenbar besonders teuer würde.

Vor diesem Hintergrund rechnet sich die deutsche U-Boot-Industrie deshalb nach wie vor Chancen aus.

7) Bei den Projekten, welche die Israelis bei dem Besuch von StS Prof. Dr. Timmermann als für die Kooperation⁹ mit uns besonders interessant bezeichnet haben, geht es um folgendes:

- PzH 90, Panzerhaubitze 90, die deutsche Entwicklung einer modernen Panzerhaubitze.
- Anti-Radar-Drohne (siehe oben).
- Aufklärungs-Drohne (FLIR), „Forward-Looking-Infra-Red“, eine mit einem in Flugrichtung blickenden Infra-Rot-Sensor ausgerichtete Drohne. (Das Ziel muß so nicht überflogen werden.)
- AMGB, „Advanced Modular Glide Bomb“, eine Technologie für zielsuchende Bomben.
- „Top Attack Technology“. Panzer sind vor allem von vorn und an den Seiten stark gepanzert. Verwundbarste Stelle ist das Turmdach. Deshalb werden Raketen entwickelt, die Panzer „von oben“ angreifen.
- ADMs¹⁰, Barak, ATM¹¹-Technologie, also Flugkörper gegen Flugkörper (nicht gegen ballistische Raketen).
- Stratus, ein Zeppelin für Aufklärung und elektronische Kampfführung.

⁹ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Was heißt ‚Kooperation‘?“

¹⁰ Atomic Demolition Munition.

¹¹ Anti-Tactical Missile.

- Delila, Täuschkörper, mit denen Radar gestört wird.
- 60-mm-Kanone, eine moderne Kanone.
- Dolphin (siehe oben).

8) Auf Arbeitsebene wird im BMVg vermutet, der neue israelische Gesandte werde nicht nur zum Erwerb deutschen Know-hows entsandt, sondern solle auch versuchen, dem israelischen Rüstungsexport den NATO-Markt in Europa zu öffnen, da dies z.B. von Paris oder London wegen der starken nationalen Industrien schwerer sei. Im übrigen scheinen Israelis unserem Militärattaché in Tel Aviv zu verstehen gegeben zu haben, die Entsendung von Herrn Miron sei in Bonn vorgeklärt worden.¹²

v. Arnim

VS-Bd. 11926 (209)

168

Legationsrat I. Klasse Ulrich an Bundesminister Genscher, z.Z. Reykjavik

210-362.05 VS-NfD

Aufgabe: 10. Juni 1987, 09.18 Uhr¹

Fernschreiben Nr. 29

Citissime nachts²

Betr.: Vierertreffen über Deutschland- und Berlin-Fragen am 11.6.1987³

Hiesiger US-Botschafter⁴ übermittelte am 9.6. folgenden Text einer Botschaft von AM Shultz an BM:

„As you know the President has sent letters to Prime Minister Thatcher, President Mitterrand and Chancellor Kohl informing them about various components of a Berlin Initiative which the President will refer to in his June 12 speech at the Brandenburg Gate.⁵ Ambassador Burt has also been discussing the idea of a Berlin Initiative with your colleagues in Bonn.

¹² Zur Rüstungskooperation der Bundesrepublik mit Israel vgl. ferner Dok. 265.

¹ Durchdruck.

² Das Wort „nachts“ wurde handschriftlich eingefügt.

³ Für das Gespräch der Außenminister Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) in Reykjavik vgl. Dok. 170.

⁴ Richard R. Burt.

⁵ In seiner Rede vor dem Brandenburger Tor führte Präsident Reagan aus: „There is one sign the Soviets can make that would be unmistakable, that would advance dramatically the cause of freedom and peace. General Secretary Gorbachev, if you seek peace, if you seek prosperity for the Soviet Union and Eastern Europe, if you seek liberalization: Come here to this gate! Mr. Gorbachev, open this gate! Mr. Gorbachev, tear down this wall!“ Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1987, S. 635. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 412.

We wish to work closely with all of you to fashion a realistic proposal to present to the Soviets. I think it might be appropriate for us to discuss this Initiative briefly at our meeting in Reykjavik on Berlin matters on June 11. I understand that our Political directors and Berlin experts will discuss it prior to our meeting. Soon after Reykjavik we should begin to develop an agreed position and specific proposals to put to the Soviets.

We also anticipate press inquiries about the Berlin Initiative subsequent to the President's speech. Our own intention is to respond only in the most general terms along the following lines:

In his June 12 speech at the Brandenburg Gate President Reagan challenges the Soviets to lower the barriers that divide Europe and particularly Berlin. He suggests possible steps to open up East-West contacts within Berlin to expand Berlin's role as world meeting place and to improve the vital air access to and from West Berlin, developing West Berlin as an aviation hub.

The speech speaks for itself. We are consulting with our British, French and German allies.

As the President said in his speech, we call on the other side to join with us in overcoming barriers and opening Berlin still further to all of Europe, East and West.

I hope this approach is agreeable.⁶

Ulrich⁷

Referat 210, Bd. 145177

⁶ Zum Fortgang der Berlin-Initiative des Präsidenten Reagan vgl. Dok. 342.

⁷ Paraphe.

169

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Chirac

11. Juni 1987¹

Gespräch des Bundeskanzlers mit PM Chirac am Donnerstag, den 11. Juni 1987²

Teilnehmer auf französischer Seite: PM Chirac; Finanzminister Balladur; Herr Bujon de l'Estang; Herr Trichet, Mitarbeiter von M. Balladur; Herr Rodeau, Berater von PM Chirac in Wirtschaftsfragen; Dolmetscher: Herr Weiser.

Auf deutscher Seite: BM Stoltenberg; BM Schäuble; StM Stavenhagen (trat später hinzu); MD Teltschik; MDg Dr. Neuer als Note-taker; Dolmetscherin: Frau Schiller (BMWi).

PM Chirac bemerkte auf Aufforderung des Bundeskanzlers einführend, daß drei Themen zur Diskussion stünden, und zwar die Agrarprobleme, Haushalt sowie Wirtschafts- und Währungsprobleme im weiteren Sinne. Am 12. Juni würden die Landwirtschaftsexperten in Bonn zusammentreten. Er wolle die gegenwärtige Situation einmal aufzeigen. Zwischen Deutschland und Frankreich bestünden erhebliche Meinungsunterschiede in allen genannten Punkten. Dies zu einer Zeit, wo die Beziehungen zwischen den beiden Ländern ausgezeichnet seien. Es müsse eine Lösung für die anstehenden Probleme gefunden werden. Frankreich könne die halbe Wegstrecke den Deutschen entgegengehen. Kiechle tue sich jedoch schwer. Er verstehe seine Schwierigkeiten. Andererseits müsse man jedoch auf deutscher Seite einsehen, daß die Franzosen nicht einseitig entgegenkommen könnten. Er wisse, daß die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein im Herbst seien.³ In Frankreich stünden in naher Zukunft die Präsidentschaftswahlen an.⁴

Deshalb appelliere er nochmals an die deutsche Seite, Frankreich auf halbem Wege entgegenzukommen. Besonders drei Probleme stellten sich, nämlich die Frage des Währungsausgleichs, in der Frankreich Vorschläge gemacht habe⁵,

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Neuer, Bundeskanzleramt, am 15. Juni 1987 gefertigt.

Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik erl[edigen].“

Hat Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, am 16. Juni 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] GL 21 z[ur] K[enn]tnisnahme]. 1 Kopie an BM Stoltenberg.“

Hat Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 19. Juni 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Bitterlich, Bundeskanzleramt, „z[ur] w[eiteren] V[er]anlassung“ verfügte.

Hat Bitterlich vorgelegen.

² Ministerpräsident Chirac hielt sich am 11. Juni 1987 in der Bundesrepublik auf.

³ Zu den Wahlen zum schleswig-holsteinischen Landtag am 13. September 1987 vgl. Dok. 246, Anm. 3.

⁴ In Frankreich fanden am 24. April und 8. Mai 1988 Präsidentschaftswahlen statt.

⁵ Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 21. Mai 1987, bei der EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister vom 18. bis 20. Mai 1987 in Brüssel habe Frankreich eine Lösung für das künftige System der Währungsausgleichsbeträge bzw. den Abbau der positiven Währungsausgleichsbeträge vorgeschlagen, „die eine geringe Erhöhung der Freimarge auf 1,5 % (von 1,0 %), einen Teilabbau innerhalb 12–18 Monaten nach festen Regeln und den verbleibenden Restabbau durch Ratsentscheidung binnen 24–30 Monaten vorsieht. Zwar will BML hierauf nicht eingehen, doch sollten hier weitere Möglichkeiten der Verständigung gesucht werden.“ Vgl. Referat 416, Bd. 141990.

die Fettsteuer⁶ und die Agrarpreise⁷. Es sei eine sehr schlechte Lösung, wenn man diese Fragen auf dem Europäischen Rat⁸ behandeln wolle. Eine zweite Möglichkeit sei, daß es keine neuen Agrarpreise gebe. Diese Lösung sei besser als eine unvernünftige Einigung. Er wolle nochmals wiederholen, daß jeder den halben Weg gehen müsse. Die Einzelheiten könnten auf dem Treffen der Landwirtschaftsexperten am folgenden Tag erörtert werden.

BM *Stoltenberg* bemerkte, der Konflikt um die agrimonetären Fragen und die übrigen Fragen aus dem landwirtschaftlichen Bereich seien verbunden. Für uns sei dies alles eine schwierige innenpolitische Frage. Die Vorschläge zur Senkung des Getreidepreises könnten nicht mit der Frage der Währungsausgleichsbeträge verbunden werden.

PM *Chirac* erklärte, er sei bereit, sich den deutschen Vorschlägen betreffend Getreide anzuschließen.⁹ BM *Stoltenberg* fuhr fort, er sei bereit, ein System der Währungsausgleichsbeträge zu akzeptieren, das keine oder nur sehr geringe Auswirkungen auf die Preise habe. Es handele sich hier um ganz prinzipielle Fragen. Eine Mehrheitsentscheidung zur Preissenkung, wie die Kommission und die belgische Präsidentschaft¹⁰ sie vertreten, und der gleichzeitige Abbau der Grenzausgleichsbeträge seien innenpolitisch für uns nicht tragbar. Auf längere Frist könne man ein neues System des Währungsausgleichs anstreben; nicht jedoch jetzt in Verbindung mit einer Preissenkung. Es sei beunruhigend, daß die Kommission und die Mehrzahl der Minister im Agrarrat eine Entscheidung über ein neues System für die Grenzausgleichsbeträge herbeiführen wollten. 1984 sei das jetzige System eingeführt worden.¹¹ Damals hätten wir uns hierzu unter erheblichen innenpolitischen Schwierigkeiten bereit erklärt. Es sei eine Verbesserung gegenüber dem alten System gewesen, sei jedoch befristet. Die neuen Vorschläge seien sehr beunruhigend. Insbesondere, daß man jetzt ohne Befassung der Finanzminister kurzfristig eine Frage entscheiden wolle, die mit der Problematik des Europäischen Währungssystems zusammenhänge. Drei Punkte seien zu beachten. Zum ersten, was die Agrarpreisentscheidung angehe, seien wir zwar prinzipiell gegen Preissenkungen; eine begrenzte Kompromißmarge sei jedoch vorhanden. Dies sei aber nur vorstellbar, wenn nicht gleichzeitig ein Abbau der Grenzausgleichsbeträge erfolge.

Der *Bundeskanzler* warf ein, daß unser Problem auch die Terminfrage sei.

BM *Stoltenberg* fuhr fort, man könne nicht ohne ausreichende Erörterung kurzfristig ein neues System für die Zukunft einführen. Es sei besser, das jetzige System für ein oder zwei Jahre zu verlängern.

PM *Chirac* erwiderte, er fürchte, eine solche Lösung wäre auch für Deutschland gefährlich. Deutschland sei in Fontainebleau¹² Verpflichtungen eingegangen.

⁶ Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Fettsteuer vgl. Dok. 164, Anm. 21.

⁷ Zu den Preisvorschlägen der EG-Kommission für Agrarprodukte sowie zu ihren Vorschlägen im agrimonetären Bereich vgl. Dok. 69, Anm. 13.

⁸ Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. Juni 1987 in Brüssel vgl. Dok. 193.

⁹ Zu den Preisvorschlägen der EG-Kommission für Getreide sowie zur Haltung der Bundesregierung vgl. Dok. 183, Anm. 12.

¹⁰ Belgien hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1987 inne.

¹¹ Vgl. das Gentlemen's Agreement von 1979 bzw. 1984; Dok. 74, Anm. 31.

¹² Zu den EG-Eigeneinnahmen bzw. zu den Beschlüssen des Europäischen Rats auf seiner Tagung am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau vgl. Dok. 25, Anm. 6.

Dort sei D eine Ausnahmeregelung bezüglich der Vorsteuerpauschale zugestanden worden.¹³ 1988 werde es einen massiven Druck der deutschen Bevölkerung für eine Verlängerung geben. Alle Mitgliedstaaten der Gemeinschaft seien gegen die Verlängerung. Wenn vorher keine Einigung erfolgt sei, hätte die Bundesregierung keine Aussicht, auch nur einen Teil dieser Regelung zu verlängern. Er sehe also die Gefahr, daß Deutschland im Dezember 1988 seine jetzige feste Haltung des Jahres 1987 teuer würde zu stehen kommen. Für Frankreich hätten die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich allererste Priorität. In Fragen der Abrüstung und der Europapolitik habe Frankreich darauf verzichtet, seinen eigenen Standpunkt durchzusetzen. In allen wichtigen Fragen habe sich Frankreich nahe der deutschen Position gehalten. Er sei für eine verstärkte Solidarität. Je schlechter die europäische Solidarität funktioniere, desto wichtiger sei das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich. Wegen eines kleinen Vorteils, der etwa 4 % der deutschen Bevölkerung zugute komme, gehe die Bundesregierung das Risiko einer Krise ein, die von der französischen Bevölkerung und auch in den Mitgliedstaaten sehr schlecht aufgenommen würde. Deutschland sei isoliert. Deutschland sage nur nein. Dies sei keine gute Politik.

Herr *Rodeau* führte aus, in welchen Fragen die französische Seite uns entgegengekommen sei, und nannte hier u. a. Getreide, wo Frankreich den deutschen Standpunkt unterstützt habe. Auch in der Frage der Grenzausgleichsbeträge habe Frankreich nicht die Position der Kommission übernommen. Er faßte zusammen, Frankreich sei mehr als die Hälfte des Weges gegangen.

BM *Stoltenberg* bemerkte, dies eröffne eine Chance. Man komme aber zu sehr in Details. Er wolle nur noch bemerken, um sich zu treffen, müsse man uns noch in der Frage des Feuchtigkeitsgehalts des Getreides entgegenkommen.

PM *Chirac* wies darauf hin, daß es sich um eine politische Frage handle. Was die Währungsausgleichsbeträge angehe, könne Frankreich uns nicht weiter entgegenkommen. Was das Getreide angehe, sei er bereit, den deutschen Standpunkt gegen alle anderen zu akzeptieren. Dies gelte für den Feuchtigkeitsgehalt. Zur Frage der Fettsteuer wolle er bemerken, daß sie vom Verbraucher gezahlt werde und deshalb nicht gegen das GATT verstoße. Sie bringe zwei Milliarden ECU Einnahmen. Er stellte die Frage, ob die Bundesregierung, wenn sie die Steuer ablehne, bereit sei, die zwei Milliarden ECU zu finanzieren.

BM *Stoltenberg* fuhr zur Frage des Währungsausgleichs fort, man müsse feststellen, daß die Position der deutschen Landwirtschaft sich seit Fontainebleau nachhaltig verschlechtert habe. Dies sei nicht das Problem einer Landtagswahl. Weit über die 4 % der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung hinaus berühre diese Frage die Grundlage der Koalition. Es sei nicht vorstellbar, diese Frage in Verbindung mit den jetzigen Verhandlungen zu lösen. Denkbar sei ein Abkommen über den graduellen Abbau über einen längeren Zeitraum hinweg.

¹³ Der EG-Rat ermächtigte die Bundesrepublik am 30. Juni 1984, den Landwirten als Kompensation für den sukzessiven Abbau der positiven Währungsausgleichsbeträge in der Zeit vom 1. Juli 1984 bis 31. Dezember 1988 eine Sonderbeihilfe in Form einer Mehrwertsteuerermäßigung in Höhe von 5 % des Kaufpreises eines jeden Agrarerzeugnisses vor Steuern zu gewähren. Für den Wortlaut der Entscheidung vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 185 vom 12. Juli 1984, S. 41. Vgl. dazu ferner BULLETIN DER EG 6/1984, S. 11 und S. 59.

PM *Chirac* erklärte sich hiermit nicht einverstanden. Er bemerkte, Frankreich brauche sofort einen Erfolg. Das Einkommen der französischen Bauern sinke. Er wolle eine weitere Konzession machen. Er sei bereit zu akzeptieren, daß die Bundesregierung den Bauern eine Ausgleichshilfe als „soziale Hilfe“ gewähre, d. h. keine Hilfe steuerlicher Art. Mit anderen Worten eine Hilfe, die nicht die Marktbedingungen verfälsche.

BM *Stoltenberg* faßte die Differenzen mit Frankreich bezüglich der Währungsausgleichsbeträge dahingehend zusammen, daß die deutsche Seite einen Abbau über einen längeren Zeitraum hinaus akzeptiere, Frankreich jedoch sofort mit dem Abbau beginnen wolle.

Der *Bundeskanzler* verwies auf die Zusammenkunft der Landwirtschaftsexperten des folgenden Tages. Er wolle bemerken, daß er nichts von einer Gipfelstrategie halte. Der Europäische Rat würde mit einer immer größeren Anzahl von Tagesordnungspunkten belastet. Er wolle an dieser Stelle nochmals ganz ausdrücklich unterstreichen, daß er die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich für ganz besonders wichtig halte.

BM *Stoltenberg* bemerkte zur Frage der Fettsteuer, als Finanzminister sei es ihm natürlich sympathisch, wenn die EG Eigeneinnahmen bekomme. Er fürchte jedoch, daß, auch wenn man die Fettsteuer als Verbrauchssteuer ausgestalte, die Einführung gefährliche Auswirkungen im US-Kongreß haben werde. In der Währungspolitik habe das Louvre-Abkommen¹⁴ eine ganz entscheidende Bedeutung. Die Zusammenarbeit nach diesem Abkommen müsse fortgesetzt werden. Sollte im Kongreß eine Entscheidung in Richtung Protektionismus im Juli fallen, sei die Frage, ob der Präsident¹⁵ noch die erforderliche Stimmenzahl erhalten werde, um sein Veto halten zu können. Deshalb habe er Reserven zur Fettsteuer.

Der *Bundeskanzler* stellte die Frage, ob die Fettsteuer für die französische Seite sehr wichtig sei.

PM *Chirac* bejahte diese Frage. Es seien schon große Anstrengungen zur Reduktion der Produktion von Fetten gemacht worden. Es fehlten aber ca. 5 Milliarden ECU. Die Beiträge der Mitgliedstaaten dürften nicht in unvernünftiger Weise erhöht werden. Die Beitrittsanträge Spaniens und Portugals¹⁶ seien schlecht verhandelt worden. Man habe aus politischen Gründen ein schnelles Ergebnis erzielen wollen. Jetzt müßten wir mit einem explosiven Anwachsen der Olivenölproduktion rechnen. Allein hierfür würden Milliarden-Beträge gebraucht. Man dürfe die Dinge nicht treiben lassen. Er sehe natürlich auch den Nachteil wie BM *Stoltenberg*, den amerikanischen Kongreß durch die Einführung einer Fettsteuer zu verärgern.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, der Kongreß wolle die Problematik nicht verstehen.

¹⁴ Zur Erklärung der Finanzminister und Notenbankchefs der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Japans, Kanadas und der USA vom 22. Februar 1987 (Louvre-Abkommen) vgl. Dok. 50.

¹⁵ Ronald W. Reagan.

¹⁶ Portugal stellte am 28. März 1977 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Am 17. Oktober 1978 wurden die Beitrittsverhandlungen förmlich eröffnet. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 3/1977, S. 8–10, bzw. BULLETIN DER EG 10/1978, S. 7–11. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, II, Dok. 318. Spanien beantragte am 28. Juli 1977 den Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Am 5. Februar 1979 wurden die Beitrittsverhandlungen förmlich eröffnet. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 7-8/1977, S. 6f., bzw. BULLETIN DER EG 2/1979, S. 22–27.

Portugal und Spanien traten den Europäischen Gemeinschaften am 1. Januar 1986 bei.

BM *Stoltenberg* fuhr fort, natürlich müßten wir unsere Interessen gegen die USA vertreten. Wenn sich jedoch die protektionistischen Kräfte gegen den Präsidenten durchsetzen und die in dem Louvre-Abkommen vereinbarte Zusammenarbeit scheitere, könne die Weltwirtschaft auf einen schlimmen Weg geraten, und eine rezessive Entwicklung sei möglich. Die Fettsteuer könnte hierfür die Weichen stellen.

PM *Chirac* erklärte sich bereit, an dem Kommissionsvorschlag Abstriche zu machen. Grundsätzlich müsse jedoch die Fettsteuer eingeführt werden.

Der *Bundeskanzler* fragte, an welche Abstriche PM *Chirac* denke.

PM *Chirac* erläuterte, die Fettsteuer solle als Verbrauchssteuer eingeführt werden. Die Höhe sei diskutabel und könne variiert werden. Die Olivenüberschüsse seien so enorm, daß allein in vier Jahren für die Oliven fünf Milliarden ECU ausgegeben werden müßten. Zumindest sollte das Prinzip einer Fettsteuer kreiert werden. Dies könnte im Laufe des Jahres nach einer Entscheidung des Kongresses erfolgen, d. h., die Einführung einer Steuer könne zu einem späteren Zeitpunkt und mit einem niedrigeren Satz beschlossen werden. Es könne eine prozentuale Steuer sein, also keine absolute.

BM *Stoltenberg* bezeichnete diese Frage als schwerwiegend. Er wolle nochmals feststellen, daß sich eine gemeinsame Position in der Getreidepreisfrage erzielen lasse. Dies gelte wohl auch für den Abbau der Grenzausgleichsbeträge.

PM *Chirac* warf ein, die französische Seite könne aber der deutschen Seite hier nicht weiter entgegenkommen.

BM *Stoltenberg* fuhr fort, es sei jedoch nicht annehmbar, daß im Juni unter Umständen mit einer Mehrheit die Vorschläge der Kommission für ein neues System des Währungsausgleichs verabschiedet würden. Eine Abstimmung ohne eine gründliche Diskussion der Auswirkungen auf die Währungsfragen sei nicht möglich.

BM *Schäuble* schlug Konzentration auf die aktuellen Probleme vor, nämlich Getreidepreise, Abbau der bestehenden Grenzausgleichsbeträge und die Fettsteuer. Die Diskussion über das zukünftige System des Währungsausgleichs solle man zurückstellen. Es sei schwer für uns, alle anstehenden Probleme in diesem Jahr zu lösen.

BM *Stoltenberg* wiederholte, die Bundesregierung könne dem Vorschlag der Kommission in dieser Form nicht zustimmen. Dies erschwere auch unsere Lage im Hinblick auf das Europäische Währungssystem. Es bestehe hier ein klarer Zusammenhang. Vor der Sommerpause könne dies nicht entschieden werden.

Der *Bundeskanzler* stellte die Frage, ob es einen Grund dafür gebe, daß man so schnell entscheiden müsse.

PM *Chirac* erwiderte, die französische Seite habe das Gefühl, daß die französische Position von der Kommission und zehn Mitgliedstaaten vertreten werde. Er habe den Eindruck, viele Schritte gemacht zu haben. Der deutsche Landwirtschaftsminister habe sich jedoch nicht bewegt. Er habe immer nur „njet“ gesagt. Dies schaffe ein Unbehagen (*malaise*). Die deutsche Seite müsse sich bewegen. Es könnte sonst hieraus eine deutsch-französische Krise entstehen. Für Frankreich gebe es zwei Strategien: Einmal könne sich F auf die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten stützen und Deutschland isolieren. Dies sei eine

schlechte Strategie. Die andere Strategie sei, daß Deutschland etwas anbiete. Dies wäre vernünftig. Die Bundesregierung dürfe nicht vergessen, daß in ca. 18 Monaten Deutschland Demandeur sein werde betreffend die Vorsteuerpauschale. Vielleicht komme Deutschland heute mit einem Veto durch. Es habe jedoch dann keine Chance, in 18 Monaten bezüglich der Mehrwertsteuer Konzessionen zu erhalten.

Der *Bundeskanzler* fragte, wie sich PM Chirac den Ausgleich für die Bauern im sozialen Bereich vorstelle.

PM *Chirac* führte hierzu aus, alle wettbewerbsneutralen nationalen Maßnahmen, die die Preise unbeeinflusst ließen, seien akzeptabel.

BM *Stoltenberg* bemerkte, bezüglich der Grenzausgleichsbeträge und der Getreidepreise könne eine Lösung erzielt werden. Die Frage der Fettsteuer müßte man noch prüfen. Es dürfe jedoch kein Junktim mit einem neuen System des Währungsausgleichs hergestellt werden. Die Finanzminister hätten diese Frage noch nicht besprochen. Hierzu brauche man Zeit. Man könne eine Lösung im zweiten Halbjahr versuchen.

BM *Schäuble* fügte hinzu, wenn die aktuellen Probleme jetzt gelöst würden, könne man die Frage des Währungsausgleichs auf später vertagen.

Auch der *Bundeskanzler* setzte sich dafür ein, vor dem nächsten Europäischen Rat die aktuellen Fragen zu lösen und in der zweiten Jahreshälfte die Frage des neuen Systems des Währungsausgleichs zu erörtern.

PM *Chirac* führte aus, er sehe, daß der Kommissionsvorschlag für D schwer akzeptabel sei. Deshalb habe Frankreich einen anderen Vorschlag ausgearbeitet. Es wolle ein System vorschlagen, das zwar definitiv, jedoch für Deutschland akzeptabel sei. Es solle am folgenden Tag in der Expertengruppe erörtert werden. In den agrimonetären Fragen könne Frankreich sich noch etwas dem deutschen Standpunkt annähern.

BM *Schäuble* wies darauf hin, daß eine Neuordnung des Währungsausgleichssystems jetzt für uns eine zu starke Belastung sei.

PM *Chirac* äußerte die Auffassung, er glaube nicht, daß das neue System, das F vorschläge, eine Belastung für Deutschland wäre. Es würde den deutschen Bauern nicht treffen.

Der *Bundeskanzler* schlug eine Paketlösung, aber mit einem zeitlichen Unterschied von einigen Monaten, vor.

PM *Chirac* erklärte dies für möglich, bat jedoch darum, zunächst einmal den neuen französischen Vorschlag zu prüfen.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete die bisherige Diskussion als nützlich, sie habe eine Reihe neuer Perspektiven eröffnet. Morgen werde man in der Expertengruppe weitersehen. Man sei sich einig über das Ziel, eine Diskussion dieser Fragen auf dem Europäischen Rat zu vermeiden.

Minister *Balladur* wies darauf hin, daß die Kommission nicht gleichzeitig die Gemeinschaftsausgaben ständig erhöhen könne und wir die nationalen öffentlichen Ausgaben einschränken müßten. Bezüglich der 1988 anstehenden Probleme seien wir in vielen Punkten einer Meinung. Die wichtige Frage eines¹⁷

¹⁷ Korrigiert aus: „und eines“.

ähnlichen deutschen Wunsches für den Fall, daß der britische Ausgleich¹⁸ erhalten bleibe, bleibe jedoch noch offen.

BM *Stoltenberg* bemerkte, die Finanzlage der Gemeinschaft sei so kritisch, daß man darauf achten müsse, keine politische Krise hieraus entstehen zu lassen. Die Kommission reklamiere den Bankrott und produziere dennoch ständig neue ausgabenwirksame Programme.

Der *Bundeskanzler* gab seiner Sorge darüber Ausdruck, daß der Schlüssel für das Aufkommen der Gemeinschaftseinnahmen nicht mehr stimme. Er wolle nicht weniger bezahlen, halte jedoch den Schlüssel für änderungsbedürftig.

PM *Chirac* wies darauf hin, daß mit Ausnahme der Frage des Ausgleichs auch GB dem deutsch-französischen Standpunkt nahe sei. Der Druck der ärmeren Länder auf die Kommission, die Ausgaben, die ihnen zugute kommen, zu erhöhen, wachse jedoch. Er wolle zusammenfassend sagen, daß morgen die Experten die Einzelheiten erörtern würden, daß unser Ziel sei, eine Krise zu vermeiden und diese Fragen nicht auf dem Europäischen Rat zu diskutieren¹⁹.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, wenn dies erforderlich sei, wolle er gerne nochmals mit PM *Chirac* telefonieren.

PM *Chirac* wiederholte, die französische Seite habe alle Konzessionen bereits gemacht; die deutsche Seite habe noch nicht angefangen, Konzessionen anzubieten. Es bleibe noch das Währungsproblem. Die Bundesbank habe keinen Sinn für Fair play. Es müsse Solidarität geübt werden, oder es könne kein EWS geben. Wenn man wie bisher noch lange weiterverfahre, werde das EWS verschwinden.

BM *Stoltenberg* bemerkte hierzu, er müsse zugunsten der Bundesbank sagen, daß sie sich an das Übereinkommen der Notenbanken von 1979 halte.²⁰ Dieses Abkommen habe immer noch Bestand. Im übrigen werde am Montag über diese Fragen gesprochen werden.

Der *Bundeskanzler* betonte die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns.

Das Gespräch endete nach etwa zwei Stunden Dauer.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72

¹⁸ Zur Regelung des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 51, Anm. 18.

¹⁹ Korrigiert aus: „nicht zu diskutieren“.

²⁰ Die Zentralbanken der EWG-Mitgliedstaaten schlossen am 13. März 1979 ein Abkommen über die Funktionsweise des EWS. Für den Wortlaut vgl. Rainer HELLMANN, Das Europäische Währungssystem. Kritische Einführung mit Dokumentation, Baden-Baden 1979, S. 150–160.

170

**Gespräch der Außenminister Genscher (Bundesrepublik),
Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich)
und Shultz (USA) in Reykjavik**

11. Juni 1987¹

Vierergespräch im Rahmen des Deutschland-Berlin-Treffens der Außenminister von F, GB, USA und D mit den Politischen Direktoren (Noiville, Fretwell, Ridgway und D2²) sowie den Abrüstungsbeauftragten (D2A³, d'Aboville, Brian Fall) am 11. Juni 1987 in Reykjavik von 9.00 bis 10.30 Uhr

Anlg.: 2⁴

Nach der Erörterung der Berlin- und Deutschlandfragen besprachen die Minister beim Frühstück die offenen Punkte des Entwurfs der Erklärung der Minister-tagung des Nordatlantikrats in Reykjavik.⁵

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 16. Juni 1987 gefertigt, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent von Ploetz „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]“ und Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Moltke „zur Schlußverfügung“ verfügte. Hat Ploetz am 29. Juni 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Kölsch am 30. Juni 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Moltke „n[ach] R[ückkehr]“ sowie an Referat 201 „z[ur] K[enntnisnahme]“ verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Bertram am 3. Juli 1987 vorgelegen.

Hat Moltke am 20. Juli 1987 und erneut am 27. Juli 1987 vorgelegen. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 13031 (204); B 150, Aktenkopien 1987.

Richthofen leitete die Gesprächsaufzeichnung am 19. Oktober 1987 an Ministerialdirigent Jansen. Dazu vermerkte er: „Auf den dem Vermerk als Anlage beigefügten französischen Textentwurf für das NATO-Kommuniqué wird hingewiesen. Das darin erwähnte ‚assessment‘ dürfte das sein, worauf AM Raimond BM in dem heutigen Vier-Augen-Gespräch hingewiesen hat. Ziel der französischen Initiative war, bezüglich neuer Verhandlungsgegenstände im Rüstungskontroll- und Abrüstungsbereich eine Pause eintreten zu lassen. Dies bezog sich insbesondere auf die bodengestützten Nuklearraketen mit einer Reichweite von unterhalb 500 km.“

Hat Jansen am 20. Oktober 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Elbe am 21. Dezember 1987 vorgelegen, der den Rücklauf an Richthofen verfügte.

Hat Richthofen am 8. Januar 1988 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Moltke „z[ur] Schlußverfügung“ verfügte.

Hat Moltke am 11. Januar 1988 erneut vorgelegen, der für Angestellten Kunkel vermerkte: „Bitte zur entspr[echenden] VS-Akte nehmen.“ Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 13031 (204); B 150, Aktenkopien 1987.

² Hermann Freiherr von Richthofen.

³ Josef Holik.

⁴ Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 8 und 10.

⁵ Ministerialdirigent von Ploetz übermittelte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel am 3. Juni 1987 den Entwurf der Bundesrepublik für die „INF-Passage“ der Erklärung der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987. Darin hieß es: „We therefore welcome the possibility of a U.S.-Soviet agreement on LRINF providing for the elimination of American and Soviet land-based LRINF in Europe and the limitation to 100 warheads in Asia and the United States. We reaffirm that our ultimate objective remains the total elimination of all such LRINF. We support the global and effectively verifiable elimination of all U.S. and Soviet SRINF missiles with a range between 500 and 1000 kms as an integral part of an INF agreement. We agree upon the necessity that the U.S. and Soviet land-based nuclear systems with a range between zero and 500 kms be tangibly and verifiably reduced through negotiations in conjunction with the establishment of conventional stability

Nach einer Einführung durch AM Howe stellte AM *Shultz* die amerikanische Haltung zur Nichteinbeziehung der deutschen PIA in die Genfer INF-Verhandlungen dar: Zur Vermeidung von Mißverständnissen legten die USA Wert auf eine korrekte Darstellung der Problematik: Bei der deutschen PIA handele es sich um ein „cooperative system“ der USA und der Bundesrepublik Deutschland; die USA praktizierten eine derartige Zusammenarbeit auch mit anderen Staaten. Derartige kooperative Systeme seien nicht Teil der Genfer Verhandlungen, die allein über amerikanische und sowjetische Systeme geführt würden. Die USA betrachteten die PIA nicht als ein Drittstaatensystem. Die PIA liege in Genf nicht auf dem Verhandlungstisch; sie habe auch in den INF-Verhandlungen von 1981 bis 1983⁶ nicht auf dem Verhandlungstisch gelegen und sei auch danach weder in Genf noch in Reykjavik⁷ noch in Moskau Gesprächsgegenstand gewesen. Er stelle dies so ausführlich dar, weil er bemerkt habe, daß manche bezüglich der PIA von einem Drittstaatensystem sprächen.

BM bat AM Shultz, die amerikanische Position zur PIA in der Sitzung der NATO-Außenminister zu wiederholen.

AM *Howe* verteilte sodann den als Anlage beigefügten Wortlaut der INF-Passage für die Erklärung des Nordatlantikrats⁸, der von den Abrüstungsbeauftragten von GB, US und D in Venedig⁹ ausgearbeitet worden war. Er wies darauf hin, daß GB mit dem Text noch Probleme habe und sich insbesondere an den Worten „step by step“ stoße.

AM *Raimond* erklärte, er sehe diesen Text zum ersten Mal und müsse die Position der französischen Regierung vorbehalten; er führte zum letzten Absatz einen französischen Vorschlag über die Befassung des NATO-Rats mit der Prüfung eines Gesamtkonzeptes ein (Anlage 2¹⁰).

BM erklärte, D habe in Venedig einen Vorschlag auf der Grundlage der Entscheidung der Regierungskoalition vom 1.6.1987¹¹ eingeführt, auf dessen Basis der von GB verteilte Text entstanden sei, dem er schließlich zugestimmt habe. Er könne weitere Änderungen nicht akzeptieren. Das gelte insbesondere auch für das schrittweise Herangehen im Zusammenhang mit der konventionellen Rüstungskontrolle. Künftige Verhandlungen über die bodengestützten amerikanischen und sowjetischen nuklearen Flugkörper kürzerer Reichweite unterhalb

Fortsetzung Fußnote von Seite 834

and the worldwide elimination of chemical weapons.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 70; VS-Bd. 12096 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

Zur NATO-Ministerratstagung vgl. Dok. 174.

⁶ Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981 in Genf. Vgl. dazu AAPD 1981, III, Dok. 356 und Dok. 380.

Am 24. November 1983 erklärte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Andropow, daß die UdSSR nicht weiter an den Verhandlungen teilnehmen werde. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1984, D 104–107. Vgl. dazu ferner AAPD 1983, II, Dok. 365 und Dok. 372.

⁷ Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

⁸ Dem Vorgang beigefügt. Für den britischen Textentwurf („Ergebnis Vierergespräch 11.6.“) vgl. VS-Bd. 13031 (204); B 150, Aktenkopien 1987.

⁹ In Venedig fand vom 8. bis 10. Juni 1987 der Weltwirtschaftsgipfel statt. Vgl. dazu Dok. 171 und Dok. 176.

¹⁰ Dem Vorgang beigefügt. Für den französischen Textentwurf vgl. VS-Bd. 13031 (204); B 150, Aktenkopien 1987.

¹¹ Vgl. dazu die Koalitionsvereinbarung vom 1. Juni 1987; Dok. 155, Anm. 10.

Vgl. dazu ferner die Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl vom 4. Juni 1987; Dok. 163.

500km bedeuteten nicht sofortige Verhandlungen. Es werde vielmehr dem NATO-Rat obliegen, über das richtige Herangehen an dieses Problem zu entscheiden. Wir könnten jedoch keine Sequenz akzeptieren. Für uns sei ein Herangehen Hand in Hand mit dem Verbot chemischer Waffen und der Herstellung konventioneller Stabilität in Europa wesentlich. Der Deutsche Bundestag habe entsprechend entschieden¹², und er habe keinen Spielraum für eine andere Entscheidung. Es sei der stärkeren Partei in der Regierungskoalition nicht leichtgefallen, in der Frage der doppelten Null-Lösung nachzugeben, was sie zugunsten der Geschlossenheit des Bündnisses und des Rüstungskontrollprozesses getan habe. Nun bitte er um ein Entgegenkommen der Partner bei diesem deutschen Anliegen. AM *Howe* erwiderte, die Worte „step by step“ sollten zum Ausdruck bringen, daß die Entscheidung über die Kurzstreckenraketen abhängig sei vom Verschwinden der chemischen Waffen und der Beseitigung des konventionellen Ungleichgewichts zugunsten des Warschauer Pakts. Die Einfügung der Worte „step by step“ im vierten Anstrich würde demgegenüber parallele Verhandlungen über Kurzstreckenraketen bedeuten, was für GB nicht akzeptabel sein würde.

AM *Shultz* analysierte die sowjetische Haltung. SU wolle die P II wegbringen. Er wies auf die Gefahr hin, daß die sowjetische Propaganda auf vollständige Beseitigung auch der Raketen unterhalb von 500km Reichweite drängen und die öffentliche Meinung sich dies zu eigen machen würde. Die USA seien dem Abschluß eines INF-Abkommens zur Beseitigung gewisser Systeme nahe, auch liege ein amerikanischer Vertragsentwurf über die 50-prozentige Beseitigung der strategischen Waffen auf dem Tisch¹³, wobei über einige Elemente desselben bereits Einvernehmen bestehe; die Verhandlungen über ein weltweites Verbot chemischer Waffen¹⁴ würden fortgesetzt, und es gebe eine lange Geschichte der Verhandlungen über die Reduzierung konventioneller Waffen im Rahmen von MBFR, mit der Hoffnung, diese Verhandlungen mit einem weiteren geographischen Konzept und Beteiligung weiterer Staaten fortzusetzen. Das alles schreite voran. Bevor man an die zusätzliche Beseitigung nuklearer Waffen herangehe, sollte man zunächst einmal das verdauen, was sich bereits im Verhandlungsprozeß befinde. Er erkenne den Standpunkt der Bundesrepublik voll an, daß von den sowjetischen Raketen kürzerer Reichweite unterhalb 500km eine besondere Bedrohung auf deutsches Gebiet ausgehe. Die USA stimmten zu, daß ein Ungleichgewicht in dem Reichweitenband unterhalb 500km zugunsten der Sowjetunion bestehe. Die Sorgen in Europa richteten sich aber auch darauf, daß die nukleare Fähigkeit des Bündnisses nicht ausgehöhlt werde und daß eine Art von Versicherung erhalten bleiben müsse. In Deutschland bestehe ein intensives politisches Gefühl für Sicherheit und die Konsequenzen, falls es in Europa keine

¹² Die Fraktionen von CDU/CSU und FDP brachten am 3. Juni 1987 im Bundestag einen Entschließungsantrag ein, in dem es hieß: „Der Deutsche Bundestag spricht sich dafür aus, daß die noch in Europa vorhandenen amerikanischen und sowjetischen bodengestützten nuklearen Systeme in einem Reichweitenbereich zwischen 0 und 1000km in Verhandlungen Schritt für Schritt im Zusammenhang mit der Herstellung eines konventionellen Gleichgewichts und einer weltweiten Beseitigung chemischer Waffen deutlich und überprüfbar reduziert werden.“ Vgl. BT DRUCKSACHEN, Nr. 11/405. Der Antrag wurde am 4. Juni 1987 mit 232 zu 189 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 16. Sitzung, S. 976f.

¹³ Zum Entwurf der USA vom 8. Mai 1987 für ein START-Abkommen vgl. Dok. 143.

¹⁴ Zu den Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen in Genf vgl. Dok. 164, Anm. 3.

nuklearen Waffen und demzufolge keine flexible Antwort¹⁵ mehr gebe. Gleichzeitig gebe es Angst vor den nuklearen Waffen. Er glaube nicht, daß die Auffassungen so weit auseinandergingen, und man sollte deshalb nach geeigneten Worten für eine gemeinsame Aussage über diese Frage suchen. In der Substanz sei man einer Meinung.

AM *Raimond* erklärte, es gebe zwei Probleme zu lösen: den Verhandlungsrahmen für KRK/KVAEII sowie die Folgeverhandlungen über die Raketen kürzerer Reichweite nach einer doppelten Null-Lösung. Nach seiner Auffassung sei das „Step-by-step“-Problem nicht lösbar. AM *Shultz* habe die entscheidenden Gesichtspunkte gut herausgearbeitet. Dem Bündnis sei es gelungen, innerhalb kürzester Zeit Einigung über eine Reihe von Punkten, darunter insbesondere über die doppelte Null-Lösung, zu erzielen. Das Problem der Deutschen sei allen bewußt. Andererseits gehe es um nukleare Waffen, die auf dem Kontinent bleiben sollen. Man müsse sich im Bündnis über eine Pause einig werden. Alle Probleme, die sich nach der Einigung auf die doppelte Null-Lösung stellen, sollten später angegangen werden. In der NATO-Erklärung sollten alle mehrdeutigen Formulierungen vermieden werden. Es sollten jetzt keine Konzepte vereinbart werden, die als Einigung auf neue Verhandlungen über die Raketen unterhalb 500 km interpretiert werden könnten. Er empfehle eine Denkpause bis zur NATO-Rats-tagung im Dezember.¹⁶

BM widersprach. Er wies darauf hin, daß der letzte Absatz des Papiers von zukünftigen Verhandlungen spreche. Das treffe genau den Punkt von AM *Raimond*. Jeder der anwesenden Außenminister wisse, daß es nicht die Absicht der Bundesregierung sei, eine dritte Null-Lösung anzusteuern. Deshalb hätten wir „common ceilings at low levels“ als Ziel der zu vereinbarenden Reduzierungen vorgeschlagen.

Er könne keiner Erklärung des Nordatlantikrats ohne Erwähnung der Raketen mit einer Reichweite unterhalb 500 km zustimmen. Die Worte „step by step“ könnten in den vierten Anstrich eingefügt werden. Darauf habe er bereits in Venedig hingewiesen, eine andere Haltung könne und wolle er nicht annehmen. Die Erwähnung der Raketen unterhalb 500 km Reichweite ändere für GB, F und US nichts. Die kleine Zahl westlicher nuklearer Systeme unterhalb 500 km Reichweite werde dadurch nicht berührt.

AM *Shultz*: Wenn dies so im Kommuniqué stünde, werde er der Presse gegenüber sagen, wir stünden zusammen, arbeiteten an einer laufenden Verhandlung und verfolgten innerhalb der NATO unsere Gesamtstrategie und schlossen dabei andere Verhandlungen nicht aus, ohne darüber entscheiden zu müssen, was viel zu früh wäre. Verhandlungen bedürften sorgfältiger Vorbereitung. Wir wollten keine Erwartungen wecken. Für US sei es jedoch nicht akzeptabel, im letzten Absatz über die Grundlage und die Bedingungen künftiger Verhandlungen über Raketen mit kürzerer Reichweite zu sprechen, bevor die laufenden Genfer Verhandlungen nicht abgeschlossen seien. Erforderlich sei ein schrittweises Vorgehen im Zusammenhang mit der Herstellung konventioneller Stabilität. Es reiche aus zu sagen, daß es sich dabei um laufende Verhandlungen handele,

¹⁵ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 4, Anm. 17.

¹⁶ Zur NATO-Ministerratstagung am 11. Dezember 1987 in Brüssel vgl. Dok. 369.

Hand in Hand mit denen ein schrittweises Herangehen an die andere Frage vorgenommen werde, über das später entschieden werden könne.

BM insistierte und hielt die Darstellung von *AM Shultz* insgesamt für richtig. Für die Bundesregierung könne es aber keine Bedingung in dem Sinn geben, daß erst nach Lösung der Probleme in den anderen Bereichen Verhandlungen über Systeme unterhalb 500 km in Frage kämen.

AM Howe erklärte, daß er der Diskussion über das spezielle deutsche Problem mit großer Aufmerksamkeit gefolgt sei. Die britische Sorge bestehe darin, daß es parallel zu den anderen Verhandlungen Verhandlungen über die Raketen unterhalb 500 km Reichweite geben soll. Die Worte „in conjunction with“ im letzten Absatz trügen den deutschen Bedenken Rechnung. GB sage dazu nicht „niemals“. Das Konzept eines „step by step of conventional and nuclear forces“ sollte dagegen herausgelassen werden. Der übrige Text gebe uns, was wir brauchen: daß diese Frage „under active consideration“ in künftigen Verhandlungen stehe.

AM Raimond bat darum, zu vermeiden, die Verhandlungen über Raketen unter 500 km Reichweite mit der doppelten Null-Lösung zu verbinden. Gegenwärtig sollte man nach der doppelten Null-Lösung haltmachen, auch wenn man die Lösung in den anderen Bereichen nicht als Bedingung für Verhandlungen im Bereich unter 500 km ansehe.

BM wies darauf hin, daß es in der Bundesrepublik Deutschland ernstzunehmende Leute gebe, die der Auffassung seien, man solle bei der 50-prozentigen Reduzierung von START haltmachen und im übrigen mit Verhandlungen über die Raketen mit einer Reichweite unterhalb 500 km beginnen. In dem vorliegenden Text werde in den ersten drei Anstrichen von laufenden Verhandlungen und im vierten Anstrich von künftigen Verhandlungen gesprochen. Wir könnten jedoch keine Bedingung akzeptieren. *AM Raimond* wisse, daß die in den ersten beiden Anstrichen genannten Verhandlungen bald zum Abschluß gebracht werden könnten, wenn die USA und die Sowjetunion dies beide wollten. Wir könnten jedoch mit Folgeverhandlungen über die Raketen unterhalb 500 km Reichweite nicht warten, bis die konventionelle Stabilität erreicht sei. Für uns gehe es dabei um eine substantielle und nicht um eine taktische Frage. Dies habe der Bundeskanzler Präsident Reagan auch deutlich gemacht.¹⁷ Die Einfügung der Worte „step by step“ im letzten Anstrich könne keinerlei Probleme aufwerfen. Er bitte seine Kollegen darum, nicht zu unterschätzen, was in der Bundesrepublik Deutschland vor sich gehe. Der Text gehe auf britischen Vorschlag zurück und lehne sich an die Erklärung der Bundesregierung vom 1.6. an. Anderen Formulierungen könne er nicht zustimmen.

AM Raimond erwiderte, F sage weder, daß man erst Abkommen über die anderen Dinge schließen müsse, noch daß F eine Sequenz wolle, sondern es sage, daß das Bündnis jetzt über die Dinge entscheiden solle, die auf dem Tisch lägen, und die andere Frage jetzt nicht entscheiden brauche.

BM wies darauf hin, daß der Einwand von *AM Raimond* durch den letzten Absatz des Papiers abgedeckt sei.

¹⁷ Vgl. das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Reagan am 8. Juni 1987 in Venedig; Dok. 164.

AM Shultz stimmte dem zu.

AM Raimond erwiderte, F habe dazu eine eigene Formulierung (siehe Anlage 2), die diesen globalen Ansatz für die nächste Sitzung des NATO-AM-Rats vorsehe.

BM erklärte, er könne französischen Vorschlag nicht annehmen und bäte statt dessen, den britischen Textvorschlag von Venedig anzunehmen. Die Bundesregierung trage die Hauptlast der westlichen Sicherheit. Die Bundesregierung habe früher nur Probleme mit den Linken gehabt, jetzt habe sie auch Probleme mit der rechten Seite. Er bäte, die Bundesregierung auf diesem Gebiet nicht zu überfordern. Für ihn sei nunmehr ein Punkt in den Gesprächen erreicht, über den er nicht hinausgehen könne. Er habe lange mit dem Bundeskanzler auf dem Hintergrund der in Paris¹⁸ und Venedig geführten Gespräche diskutiert. Wenn AM Raimond den Vorschlag von Venedig im Sinne der Ausführung von AM Shultz lese, dann müsse er erkennen, daß seine Sorgen abgedeckt seien. Der Bundeskanzler habe der jetzt vorgeschlagenen Lösung zugestimmt. Er bäte, dem Textvorschlag zuzustimmen.

AM Raimond erklärte daraufhin, daß er den Vorschlag nach Paris zur Annahme senden müsse und jetzt nicht zustimmen könne.

AM Shultz erklärte, er könne nicht verstehen, warum der Text nicht für alle akzeptabel sein solle. Was hier am Tisch gesagt worden sei, stehe nicht im Widerspruch zu dem von den Experten ausgearbeiteten Text.

AM Raimond erwiderte, er habe diesen Text niemals vorher gesehen und müsse daher zunächst Paris damit befassen. Er empfehle einen globalen Ansatz, der aber kein Mandat für Verhandlungen über Systeme unter 500 km enthalten solle.

AM Howe sprach sich dafür aus, die Angelegenheit auf der Sitzung des NATO-Rats weiter zu diskutieren. Er bäte darum, die Worte „step by step“ zu streichen, da sie im Zusammenhang mit dem vierten Anstrich im Sinne paralleler Verhandlungen ausgelegt werden würden.

AM Shultz setzte sich für eine Streichung der Worte „step by step“ ein, die an der vorgesehenen Stelle zu Beginn der Erklärung eher dem britischen als dem deutschen Anliegen Rechnung tragen; die deutsche Seite sollte, wenn GB dies benötige, daher auch ohne diese Worte mit dem Text leben können. Im ersten Teil der Passage seien die Elemente niedergelegt, über die gegenwärtig verhandelt werde; das Problem der Kurzstreckenraketen werde dem hinzugefügt. Der zweite Absatz der Erklärung besage, daß das Bündnis im Lichte dessen ein Gesamtkonzept der Abrüstung prüfen werde. Er bäte jedoch, die Worte „on what basis and under what conditions“ zu streichen.

BM stimmte nach Telefonat mit Bonn der Streichung der Worte „step by step“ und des Satzes „and in particular to consider on what basis and under what conditions“ im zweiten Satz zu.

AM Howe erklärte ebenfalls sein Einverständnis.

AM Raimond stimmte dem ersten Teil der Passage zu und machte unter Bezugnahme auf den französischen Gegenvorschlag zum zweiten Teil einen Vorbehalt.

¹⁸ Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 21./22. Mai 1987 vgl. Dok. 146 und Dok. 147.

AM Raimond stellte klar, daß Frankreich den ersten Teil der Passage nicht selbst mittragen werde und bitte, die Formulierung „the countries concerned“ entsprechend dem Vorgehen bei den Aussagen zum NATO-Doppelbeschluß von 1979¹⁹ zu verwenden. Den zweiten Teil der Passage dagegen würde F voll mit der Formulierung „we“ mittragen.

Das Gespräch wandte sich dann der Mandatsfrage für die KRK und KVAE-II-Verhandlungen in Wien zu.²⁰

AM Shultz stellte fest, daß er sich mit AM Raimond darin einig sei, daß die Verhandlungen der 23 autonome Verhandlungen in diesem Kreise darstellten und sich Amerikaner und Franzosen in der Gesamtfrage sehr nahe seien. Er sei zu einer Aussage in der Erklärung bereit, daß beide Verhandlungen im Rahmen der KSZE stehen. In diesem Rahmen sollte dann das Verhältnis der KRK und KVAE-II-Verhandlungen im einzelnen beschrieben werden.

AM Howe lobte die gute Arbeit, die die Experten in der HLTF am Vorabend geleistet hätten.

AM Howe brachte sodann die britischen Bedenken gegen die Einführung eines „security stock“ bei chemischen Waffen durch Frankreich in Genf zum Ausdruck.²¹ Er bat darum, daß die Experten in Genf in dieser Frage zu einer Klärung kommen, bevor F einen Text in die Verhandlungen einbringe.

AM Raimond erwiderte, F habe die Einbringung bereits verschoben und habe auch eine Reihe der Argumente berücksichtigt, die in der Expertenrunde in Washington am 13. Mai 1987 vorgetragen worden seien. Im Hinblick auf die vorherige Ankündigung der Einführung eines Textes zu den „security stocks“ könne F jedoch nicht länger mit der Einbringung warten. Er sei bereit, eine weitere Verschiebung bis Dienstag, den 16.6.1987, zu veranlassen, damit die Experten in Genf sich den französischen Text am Montag, den 15.6.1987, ansehen könnten. F sei bereit, für die „security stocks“ „challenge inspections“ vorzusehen.

AM Shultz bemerkte, die französische Idee habe für sich genommen zwar einen gewissen Appeal, doch bliebe das Bedenken, daß sich andere Staaten wie Sri Lanka dieser Idee bemächtigen könnten und dadurch eine unnötige Proliferation eintrete.

AM Raimond erwiderte, daß ausschließlich die Sowjetunion über große Bestände an chemischen Waffen verfüge, die über einen längeren Zeitraum abgebaut würden. Während dieser Zeit müsse F über einen gewissen Sicherheitsvorrat an chemischen Waffen verfügen, um keiner einseitigen Bedrohung durch die Sowjetunion ausgesetzt zu sein. F sei den Bedenken der Partner insoweit entgegengekommen, als es zugestimmt habe, derartige Vorräte an chemischen Waffen unter internationale Überwachung zu stellen.

¹⁹ Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

²⁰ Die an den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten legten am 27. Juli 1987 einen Mandatsentwurf vor. Vgl. dazu Dok. 216.

²¹ Zum französischen Vorschlag einer Sicherheitsreserve („security stock“) bei chemischen Waffen vgl. Dok. 105.

AM *Howe* erklärte, dieses öffne die Tür für den Erwerb von Sicherheitslagern an CW durch andere Staaten.

AM *Raimond* erwiderte, dies sei eine Frage der Präsentation.

VS-Bd. 13031 (204)

171

Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, z.Z. BM-Delegation, an das Auswärtige Amt

VS-NfD

Fernschreiben Nr. 3

Citissime

Aufgabe: 11. Juni 1987, 01.05 Uhr¹

Ankunft: 11. Juni 1987, 07.46 Uhr

Betr.: Weltwirtschaftsgipfel²;

hier: Sitzung der Außenminister am 9.6.87, 10.30–12.45 Uhr

Vorbehaltlich der Genehmigung durch den Herrn Bundesminister wird über die Arbeitssitzung der Außenminister in Venedig am 9. Juni der nachstehende Vermerk durchgegeben.

I. Zusammenfassung

Außenminister erörterten in Arbeitssitzung unter Vorsitz von AM Andreotti in konstruktivem und kooperativem Geist regionale Fragen, Terrorismus- und Drogenbekämpfung sowie Arbeitsreform der Vereinten Nationen und Sonderorganisationen. Dabei wurde weitgehende Übereinstimmung der europäischen Außenminister sichtbar. Es wurde Einvernehmen erzielt, eine Reihe von Punkten in der Zusammenfassung des Vorsitzes festzuhalten, insbesondere auf kanadischen Wunsch Sorge über weitere Entwicklung in Südafrika.

Ost-West-Beziehungen wurden mit Rücksicht auf Behandlung beim Dinner der Staats- und Regierungschefs am 8.6. nicht diskutiert.

II. Im einzelnen

1) Afghanistan

AM Shultz stellte eingangs fest, daß sowjetische Besetzung Afghanistans³ die Ost-West-Beziehungen nach wie vor belaste. Er sprach sich für Beibehaltung bisheriger Politik gegenüber Sowjetunion aus. Westliche Strategie sei tragfähig: Aufrechterhaltung des Drucks auf SU, Truppen aus Afghanistan rasch und voll-

¹ Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 24 und 46.

Hat Vortragendem Legationsrat Wagner vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Kölsch am 15. Juni 1987 vorgelegen.

² Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10. Juni 1987 vgl. auch Dok. 176.

³ Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

ständig abziehen und neutrales und blockfreies Afghanistan wiederherzustellen, Unterstützung der Bemühungen der VN und zugleich Unterstützung Pakistans. Zeitpunkt für sowjetischen Truppenrückzug sei in Verhandlungen von USG⁴ Cordovez zwar verkürzt worden, aber noch immer zu lang.⁵ SU sei sich zwar darüber im klaren, daß sie versuchen sollte, aus Afghanistan herauszugehen, habe dazu aber noch unrealistische Vorstellungen, insbesondere was die nationale Versöhnung unter dem gegenwärtigen Regime angehe. Dafür könnte afghanischer König⁶ durch VN-GS⁷ sinnvoll eingesetzt werden. Allerdings dürften Sowjets ihn nicht zu stark umarmen. AM Andreotti berichtete, SU würde sich nach Auffassung im Römer Exil lebenden Königs unter zwei Bedingungen aus Afghanistan zurückziehen: keine Niederlage und keine Massenexekution von Kollaborateuren. Pakistan habe sich für seine Rolle bei der Lösung des Afghanistan-Problems ausgesprochen. Es bleibe zu prüfen, inwieweit König Wunschdenken erliege. Zu den Extremisten des Widerstandes habe er keine Beziehungen. AM Howe sah Gratwanderung, König zur Rückkehr zu bewegen, ohne seine Stellung zu untergraben.

F und GB unterstrichen, daß Afghanistan für SU auch eine Frage des Einflusses in der Region sei. Rückzug aus Afghanistan sei demzufolge nicht nur eine Frage der Gesichtswahrung. Test für Tragfähigkeit einer Problemlösung werde Bereitschaft der Flüchtlinge zur Rückkehr nach Afghanistan sein. Sowjetische Absicht zum Rückzug aus Afghanistan sei ernst gemeint. Das Problem der Hinrichtung von Kollaborateuren müsse man ernst nehmen. Westen solle SU ermutigen, in richtige Richtung zu gehen, und mit ihr im Gespräch bleiben.

BM wies auf die entscheidende Rolle Pakistans für die Lösung des Konfliktes hin. SU verfolge gegenüber Pakistan Doppelstrategie, einerseits Ausübung von Druck auf Pakistan, andererseits werde PAK von ihr umworben. Pakistan sei durch große Zahl von Flüchtlingen und Operationen des Widerstandes stark belastet. Bundesregierung unterhalte ungeachtet aller Vorbehalte gegenüber internem PAK-Regime gute Beziehungen zu Pakistan. Sichtbare Unterstützung Pakistans durch wichtigste westliche Staaten wäre nützlich, um indirekt mäßigen Einfluß auf SU auszuüben. Dies fand allgemeine Zustimmung.

⁴ Under-Secretary General.

⁵ Zu den „indirekten“ Gesprächen zwischen Afghanistan und Pakistan vgl. Dok. 91, Anm. 4. Im Hinblick auf eine Wiederaufnahme der Gespräche berichtete Botschafter Berendonck, Islamabad, am 6. Mai 1987: „1) Der Haltung Pakistans kommt bei den Bemühungen um eine Lösung des Afghanistan-Problems eine Schlüsselrolle zu. Sie ist im wesentlichen auf drei Umstände zurückzuführen: Der afghanische Widerstand ist ohne Pakistan als Nachschub-, Ausbildungs- und Zufluchtsbasis langfristig nicht überlebensfähig. Der Widerstand selbst vermag seine militärische Stärke innerhalb Afghanistans nicht außenpolitisch wirksam umzusetzen. Der Iran überläßt die Verhandlungsführung Pakistan und beharrt auf seiner ‚splendid isolation‘. 2) Die Verhandlungsmarge Pakistans ist allerdings begrenzt. Zwar besitzt der Widerstand keine eigene außenpolitische Vertretung. Pakistan kann aber andererseits bei einer Lösung sich nicht über den Widerstand hinwegsetzen, ohne daß es schwer kalkulierbare Risiken für die eigene Sicherheit auf sich nimmt“. In dieser Situation sei es unwahrscheinlich, daß Pakistan sich bereit finde, „an dem sowjetisch inspirierten ‚nationalen Versöhnungsprogramm‘ zur Konsolidierung des Nadschibullah-Regimes mitzuwirken“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 473; Referat 340, Bd. 144621.

⁶ Mohammed Zahir Schah.

⁷ Javier Pérez de Cuéllar.

2) Kambodscha⁸

AM Kuranari trug vor, daß sich Situation seit WWG 1986⁹ nicht geändert habe. Er sprach sich dafür aus, auf SU und Vietnam Einfluß zur Lösung der Kambodscha-Frage zu nehmen, woran ASEAN sehr interessiert sei. Westen könne z.B. anbieten, beim Aufbau zu helfen. Noch habe sich Haltung der SU gegenüber Kambodscha trotz Erklärung von Wladiwostok¹⁰ und Schewardnadse-Besuch in der Region¹¹ nicht geändert. Versuche der SU, Beziehungen zu China ohne Lösung Kambodscha-Frage zu verbessern, seien gescheitert.

AM Shultz stimmte JAP zu. Westliche Strategie, Vietnam wirtschaftlich und diplomatisch zu isolieren, das kambodschanische Volk zu unterstützen und mit den ASEAN-Staaten auch zur Lösung der Flüchtlingsfragen zusammenzuarbeiten, sei richtig. Westen sei einig in Bereitschaft, in Dialog bzw. Verhandlungen einzutreten, wenn sich Chancen dafür zeigen, gleichzeitig sei der Druck auf SU aufrechtzuerhalten. Der Öffentlichkeit sollte Problem stärker bewußt gemacht werden. SU habe Problem erfolgreich unter öffentlicher Bewußtseinschwelle gehalten. Anhebung könnte Lösung erleichtern. Er glaube, daß krasser Unterschied zwischen Lebensverhältnissen in Jakarta und Bangkok einerseits und Hanoi andererseits Schewardnadse nicht unbeeindruckt gelassen habe. Sowjetische Haltung in Kambodscha-Frage werde aber auch von Interesse an Marinestützpunkten bestimmt. China komme wichtige Rolle zu. US habe mit China in dieser Frage mehrfach konsultiert.

AM Raimond war in seinen Gesprächen in Peking¹² beeindruckt von dem großen Wert, den China dem Widerstand der Khmer Rouge beilege, ohne den es nicht glaube auskommen zu können. Es bestehe kein Zweifel, daß neue Führung in SU über Lösung des Problems nachdenke, bestehende Hindernisse aber nicht überwinden könne. AM Shultz stimmte dem im Hinblick auf Cam Ranh Bay zu.¹³

AM Howe hielt es für wesentlich, den Druck auf die SU aufrechtzuerhalten. Er wies darauf hin, daß Vietnam ein ungeheures Problem für die SU darstelle, weil Sozialismus dort überhaupt nicht funktioniere. Er wandte sich an die anderen Teilnehmer, insbesondere JAP, mehr vietnamesische Boatpeople von Hongkong zu übernehmen. AM Shultz wies auf allgemeine Natur des Flüchtlingsproblems in der Region hin. Problem nehme trotz sinkender Gesamtzahl zu.

AM Raimond wies auf französisches Schiff zur Rettung von Boatpeople hin.

⁸ Zur Lage in Kambodscha vgl. Dok. 148, Anm. 10.

⁹ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Mai 1986 in Tokio vgl. AAPD 1986, I, Dok. 137.

¹⁰ Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU vom 28. Juli 1986 vgl. GORBATSCHOW, Reden, Bd. 4, S. 9–37.

¹¹ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse besuchte Thailand am 2. März 1987, Australien vom 3. bis 5. März, Indonesien vom 5. bis 8. März, Laos vom 8. bis 10. März, Kambodscha am 10./11. März und Vietnam vom 11. bis 13. März 1987.

¹² Der französische Außenminister Raimond besuchte die Volksrepublik China vom 3. bis 5. Mai 1987.

¹³ Referat 213 erläuterte am 14. Mai 1986, ein Drittel der sowjetischen Kriegsmarine operiere im Pazifik mit dem Ziel des Aufbaus eines Gegengewichts zur amerikanischen Marinepräsenz sowie zur Sicherung gegen Japan und die Volksrepublik China: „Hinzu kommt die Bedrohung des nördlichen und westlichen Pazifik durch SS-20 und Backfire-Bomber (Stationierung in Cam Ranh Bay, Vietnam).“ Insgesamt habe sich „die Fähigkeit der SU zu weitreichenden See-Operationen nicht zuletzt durch Nutzungsmöglichkeiten vietnamesischer Häfen verstärkt (zuletzt weiterer Ausbau von Cam Ranh Bay)“. Vgl. Referat 213, Bd. 139328.

3) Sowjetische Politik in Asien und im Pazifik

AM Kuranari trug vor, sowjetisch-chinesische Beziehungen seien nicht allzu gut. Sowjetische Vorstellungen über Vertrauensbildung in der Region schienen auf Neuformulierung alten Breschnew-Vorschlages¹⁴ hinauszulaufen.

Vertrauensbildung brauche Zeit. SU verstärke ihre Aktivitäten im asiatischen Raum. SU versuche auch, in das im pazifischen Raum entstandene Vakuum tiefer einzudringen. Sie nutze dabei wirtschaftliche Schwächen und mangelnde politische Stabilität kleiner Inselstaaten aus. Als Gegengewicht wäre Verstärkung westlicher Unterstützung und Ausbau der Beziehungen zu diesen Staaten durch die westlichen Länder notwendig. Der aktuelle Konflikt auf den Fidschi-Inseln sei auf Spannungen zwischen der Urbevölkerung und der indischen Bevölkerungsmehrheit zurückzuführen.¹⁵ Die Foren des pazifischen Raums seien z. Zt. nicht funktionsfähig. Dafür sei Stabilität von Fidschi entscheidend. AM Shultz bezeichnete Pazifik-Reise von AM Kuranari¹⁶ als sehr wichtig und sprach sich dafür aus, die besonderen Belange der Inselstaaten ernst zu nehmen. US habe mit Fidschi-Regierung gesprochen, um eigene Mitarbeit in Region anzustacheln. Westen solle Präsenz im Südpazifik verstärken. Generalgouverneur auf Fidschi¹⁷ würde Zusammenarbeit sehr begrüßen.

AM Howe teilte japanische Einschätzung, daß Konflikt auf den Fidschis nichts mit Ost-West-Politik zu tun habe. GB wolle sich aus dieser internen Auseinandersetzung heraushalten. Es bestehe die Chance, die verfassungsmäßige Ordnung wiederherzustellen. Es sei wichtig, alles zu tun, um Expansionsdrang der SU zu bremsen und auch Libyen aus dem Südpazifik herauszuhalten.¹⁸ Schon bescheidene westliche Hilfe könne westliche Interessen fördern. Dazu könne auch der Abschluß von Fischereiabkommen gehören. AM Raimond stimmte dem zu

¹⁴ Am 7. Juni 1969 schlug der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, auf der Dritten Weltkonferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau erstmals die Errichtung eines Systems kollektiver Sicherheit in Asien vor. Für den Wortlaut der Äußerungen vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 8. Juni 1969, S. 6.

¹⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse Ahrens legte am 20. Mai 1987 dar: „Vor einem Monat wurde in Fidschi das seit der Unabhängigkeit 1970 regierende, melanesisch bestimmte Kabinett Mara in demokratischen Wahlen durch das indisch bestimmte Kabinett Bavadra abgelöst. Dies veranlaßte am 14. Mai 1987 den Oberstleutnant der nahezu ausschließlich melanesischen 2500-Mann-Armee, Rabuka, in Abwesenheit des Oberbefehlshabers zu putschen, das Kabinett Bavadra festzusetzen, ein von ihm geführtes Regime mit dem früheren PM Mara als Außenminister einzusetzen und eine neue Verfassung anzukündigen, die die seit 1879 von den Engländern als Zuckerarbeiter ins Land gebrachten Inder, 49% der Bevölkerung, weitgehend entrechten würde. Der (melanesische) Generalgouverneur, Vertreter des Staatsoberhauptes, Elizabeth II., versagte dem Putschistenregime nach einigem Hin und Her die Anerkennung, übernahm formell die Macht und kündigte Neuwahlen mit anschließender Verfassungsänderung an.“ Vgl. Referat 342, Bd. 144479.

¹⁶ Der japanische Außenminister Kuranari besuchte am 13./14. Januar 1987 Fidschi, am 15. Januar Vanuatu und am 15./16. Januar 1987 Papua-Neuguinea.

¹⁷ Ratu Sir Penaia Ganilau.

¹⁸ In einer Aufzeichnung des Referats 342 vom Mai 1987 wurde erläutert: „Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Vanuatu (zweites Halbjahr 1986) hat Libyen seine Aktivitäten im Südpazifik verstärkt (paramilitärische Ausbildung von Kanaken und Vanuatern, Veranstaltung einer Pazifikkonferenz in Sirte/Libyen vom 18. bis 21.4.1987). Gaddafi dürfte es dabei vor allem um einen Propagandaerfolg zu Lasten der USA und Frankreichs gehen. Zielgruppen dieser Aktivitäten, die nicht überschätzt werden sollten, sind in erster Linie ethnische und islamische Minderheiten (Kanaken in Neukaledonien, Aborigines in Australien, Maoris in Neuseeland und Muslims in Tonga).“ Vgl. Referat 342, Bd. 137280.

und sprach sich ebenfalls für verstärktes westliches Engagement in der Region aus. Die Entwicklung dieser Inseln sei sehr wichtig. Frankreich denke an eine Verstärkung seiner diplomatischen Vertretungen. Staaten dieser Region schienen auf westliche Einflüsse überaus empfindlich zu reagieren.

AM Clark wies auf lange Abgeschlossenheit dieser Inseln und auf Identitätsprobleme hin, die zu großer Empfindlichkeit führten.

4) Südafrika

Obwohl AM Andreotti Diskussion unter Hinweis auf Erörterung der Staats- und Regierungschefs vermeiden wollte, unternahm AM Clark Versuch, eine Erklärung über Südafrika der Außenminister, zumindest aber eine starke Passage in der Zusammenfassung der Präsidentschaft durchzusetzen. Niemand werde es verstehen, wenn WWG Venedig zu den gravierenden Menschenrechtsverletzungen in Südafrika schwiege. Änderung des Regimes in Südafrika entspreche doch gemeinsamen Anliegen.

Die Sieben hätten auch gemeinsame Zielvorstellungen über die Gestaltung der Gesellschaftsordnung in Südafrika. Gipfelerklärung könnte bei schwarzer Bevölkerung zur Mäßigung führen, wohingegen Verschweigen zur weiteren Polarisierung der Extreme führen werde. Ermutigung wäre für alle wichtig, die Kampf gegen Apartheid an Ort und Stelle führten. Schweigen würde schwarze Führer glauben machen, keine Unterstützung zu haben. Außenminister sollten deutlich machen, daß sie Entwicklung in Südafrika weiter verfolgten und sich verständigen, Thema z. B. am Rande der VN-GV¹⁹ weiter zu verfolgen.

AM Andreotti unterrichtete über Beschluß der Staats- und Regierungschefs, von Gipfelerklärung über Südafrika aus guten Gründen abzusehen. AM Howe bezeichnete diesen Beschluß als weise und sprach sich gegen eine Institutionalisierung der Erörterung über Südafrika auf WWG aus. Vielleicht sollte sich eine besondere Gruppe mit diesen Fragen befassen und sie regelmäßig überprüfen. Wir hätten noch einen weiten Weg vor uns. Folgendes sei wichtig: Westliche Länder sollten ständigen Druck auf Südafrika (auch auf neuen Wegen) im Sinne gemeinsam angestrebter Lösungen aufrechterhalten und positive Maßnahmen fortsetzen. Gelegenheit für gemeinsames Handeln sei in dem VN- und im EPZ-Rahmen gegeben. AM Howe sprach sich weiter für den Abbau der Spannungen zwischen Südafrika und den Frontlinienstaaten²⁰ aus, die für beide Seiten schädlich seien. Er wies ferner auf die negativen Auswirkungen von Sanktionen auf die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung hin. Für eine Kommentierung der Lage in Südafrika nach den Wahlen²¹ sei es noch zu früh.

AM Kuranari und AM Shultz sprachen sich für die Einbeziehung Südafrikas in die Zusammenfassung der Präsidentschaft aus. AM Andreotti trat dafür ein, auf den ANC Druck auszuüben, für eine bestimmte Zeit eine Waffenruhe einzuhalten. Er wies auf den Circulus vitiosus hin, daß der ANC nicht verhandeln wolle, weil Mandela noch immer inhaftiert sei, umgekehrt aber die Regierung Gespräche verhindere, indem sie Mandela nicht freilasse. AM Howe stimmte diesem Ge-

¹⁹ Die 42. VN-Generalversammlung fand vom 15. September bis 21. Dezember 1987 in New York statt.

²⁰ Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

²¹ Zu den Parlamentswahlen am 6. Mai 1987 in Südafrika vgl. Dok. 129, Anm. 35.

danken zu. Es wäre schön, wenn eine Initiative zur Waffenruhe von schwarzer Seite käme und Botha gezwungen wäre, sie anzunehmen. Botha würde aber wohl argumentieren, Waffenruhe garantiere keinen ewigen Frieden. Es wäre gut, wenn beide Seiten dafür aufgeschlossen wären.

AM Kuranari berichtete über sein Gespräch mit Oliver Tambo in Tokio.²² Die schwarze Bevölkerung zeichne sich durch sprachliche und kulturelle Vielfalt aus und habe unterschiedliche Ansatzpunkte. Es sei notwendig, die Apartheid in Südafrika zu beenden und die Gewalttätigkeiten einzustellen. Westliche Länder müßten Geduld haben und ihre Solidarität auch gegenüber der schwarzen Bevölkerung zum Ausdruck bringen.

AM Tindemans betonte die Bedeutung der Verkehrsverbindungen in Zentral- und Ostafrika und ihrer Verbesserung und wies auf die Notwendigkeit der Stärkung der Volkswirtschaften in den Frontlinienstaaten hin.

EG habe mit diesen entsprechende Kontakte aufgenommen. BM erklärte, was AM Tindemans über die Verbesserung der Infrastruktur gesagt habe, könne man nur unterstreichen. Nach dem Ausgang der Wahlen in Südafrika stünde man vor einer Radikalisierung auf beiden Seiten, weil die Regierung nicht bereit sei, die Mindestvoraussetzungen für einen Dialog mit der schwarzen Bevölkerungsmehrheit zu schaffen, wozu u. a. die Freilassung Mandelas und die Aufhebung des Verbotes des ANC gehören würden. Das Wahlergebnis sei nicht auf Abschaffung der Apartheid und evolutionäre Reformen in Südafrika gerichtet. Botha werde das Wählermandat vielmehr nutzen, um seine „Reformpolitik“ fortzusetzen. Dies sei nicht die Zeit, um in Südafrika große Wirkungen zu erreichen.

BM sprach sich dafür aus, daß der Vorsitz in seiner Zusammenfassung der Außenministertgespräche die große Sorge zum Ausdruck bringe, mit der diese über die Entwicklung in Südafrika gesprochen hätten. Er warne davor, Erwartungen zu wecken, als verfügten die Sieben über den großen Zauberschlüssel zur Lösung der Probleme. Er wolle nicht ausschließen, daß eine Grundsatz-erklärung zu Südafrika zu einem späteren Zeitpunkt notwendig werden könnte. Zur Zeit sehe er keine Möglichkeit, eine Entwicklung in die richtige Richtung in Südafrika in Gang zu setzen. Von Oliver Tambo habe auch er einen positiven Eindruck gewonnen.²³

AM Andreotti bezeichnete die Aussprache über Südafrika als gut und wichtig. Er sehe darin einen Akt der Solidarität.

²⁴5) Nahost

AM Tindemans berichtete über die Nahost-Erklärung der Zwölf vom 23. Februar²⁵, die ein Vakuum gefüllt habe. Von seiner Nahost-Reise im Auftrag der

²² Der Vorsitzende des ANC, Tambo, traf am 20. April 1987 in Tokio zu Gesprächen mit Ministerpräsident Nakasone und dem japanischen Außenminister Kuranari zusammen.

²³ Der Vorsitzende des ANC, Tambo, hielt sich vom 7. bis 9. April 1986 auf Einladung der SPD in der Bundesrepublik auf und führte am 9. April 1986 ein Gespräch mit Bundesminister Genscher. Vgl. dazu AAPD 1986, I, Dok. 133, Anm. 8.

²⁴ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 4 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

²⁵ Für den Wortlaut der Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 23. Februar 1987 in Brüssel zum Nahen Osten vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 467f. Vgl. dazu ferner Dok. 52.

Zwölf²⁶ habe er den Eindruck mitgebracht, daß die Vertretung der Palästinenser in einer Nahost-Friedenskonferenz²⁷ ohne Zweifel die schwierigste Frage war. Die zweite große Schwierigkeit liege beim Verhandlungsmandat der multilateralen Konferenz, die kein Recht haben würde, den Konfliktparteien bestimmte Lösungen aufzuzwingen. Israel sei in der Konferenzfrage gespalten, Peres sei für die Konferenz, Shamir dagegen. Die Zwölf seien einig, zunächst eine Lösung in Israel abzuwarten und zu sehen, wie die arabische Welt darauf reagiere. Das Gipfeltreffen der arabischen Staaten²⁸ könnte eine arabische Delegation fordern. Die Zwölf sollten die Entwicklung weiter aus nächster Nähe verfolgen. Dabei sei der Gedanke einer Wirtschaftskonferenz und einer politischen Konferenz interessant. Die Krise im Persischen Golf stehe im engsten Zusammenhang mit Nahost. Es wäre gut, wenn sich der Gipfel mit Irak/Iran befassen werde.

AM Shultz versicherte, daß sich die USA ständig um eine Lösung des Nahost-Konflikts bemühen, der zu den wichtigsten, frustrierendsten und explosivsten regionalen Fragen gehöre. In den letzten Jahren habe es einige Fortschritte in der Entwicklung der Lage im Nahen Osten gegeben, Hauptelement im Friedensprozeß im Nahen Osten sei das Verhältnis zwischen Ägypten und Israel. Wichtig sei auch das jordanisch-israelische Verhältnis, auch die Verbesserungen auf der Westbank trotz fortbestehender Spannungen (Einsetzung arabischer Bürgermeister²⁹, Errichtung der Cairo Amman Bank³⁰). Die bestehenden Probleme könnten nur im Wege direkter Verhandlungen gelöst werden. Der jordanische König³¹ benötige ein Mandat der Palästinenser. Die PLO habe ihm das Mandat entzogen. Die PLO habe sich damit für eine Teilnahme an der Konferenz disqualifiziert. Über das, was über bilaterale Fragen hinausgehe, müsse im Rahmen der VN verhandelt werden. Die SU nutze die Lage, um die Stimmung abzuklären. Im Hinblick auf die unterschiedlichen Auffassungen in Israel sei zur Zeit in der Konferenzidee kein Fortschritt zu erzielen. Die internen Auseinandersetzungen in Israel könnten auf diplomatischem Wege nicht gelöst werden. Dennoch müsse

²⁶ In seiner Funktion als EG-Ratspräsident besuchte der belgische Außenminister Tindemans vom 14. bis 16. April 1987 Jordanien, am 16. April Ägypten und am 17./18. April 1987 Saudi-Arabien. Vom 9. bis 11. Mai 1987 hielt sich Tindemans in Israel auf.

²⁷ Zur Frage einer Internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten vgl. Dok. 52.

²⁸ Vom 8. bis 11. November 1987 fand in Amman eine außerordentliche Gipfelkonferenz der Arabischen Liga statt. Vgl. dazu Dok. 329.

²⁹ Botschafter Bartels, Amman, berichtete am 10. Dezember 1985: „Der neue Bürgermeister von Nablus, Zafer al-Masri, bestritt vor hiesiger Presse, daß israel[isches] ‚endorsement‘ seiner Ernennung etwas mit israel. Angebot einer Selbstverwaltung für Palästinenser zu tun habe. Weiterhin gelte auf der Westbank jordan[isches] Kommunalrecht, das den Stadträten und Bürgermeistern keine politischen Aufgaben einräume. Sollte Israel dieses Recht abändern wollen, stehe er nicht mehr zur Verfügung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 723; Referat 310, Bd. 149610.

Gesandter Wallau, Washington, informierte am 12. Dezember 1985 über die Haltung der amerikanischen Regierung. Diese beurteile die Annahme, Ministerpräsident Peres wolle mit der Ernennung arabischer Bürgermeister Druck auf König Hussein ausüben, als „eher unrealistisch – auch wenn sich ein Gesprächspartner hier etwas nuancierter ausdrückte, indem er betonte, vorrangiges Ziel von MP Peres sei das Zustandekommen direkter Verhandlungen mit Jordanien. Peres wolle mit der Ernennung arabischer Bürgermeister in erster Linie sein Versprechen zu verbesserter Lebensqualität in den besetzten Gebieten einlösen, und zwar auch in der Hoffnung, daß sich diese Politik bei der Weiterverfolgung des Nahost-Friedensprozesses positiv auswirkt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5720; Referat 310, Bd. 149610.

³⁰ Eine Zweigstelle der Cairo Amman Bank wurde am 3. November 1986 in Nablus eröffnet.

³¹ Hussein ibn Talal al-Haschemi.

man an dem Konferenzprojekt weiterarbeiten. Die USA wollten mit den Sowjets in den nächsten Regionalkonsultationen über die generellen Auswirkungen einer Konferenz sprechen.³² Vielleicht bringe man die Sache voran, wenn man Shamir anschließend klarmachen könnte, daß es für ihn nicht ohne Bedeutung wäre, wenn die SU 30 000 jüdische Bürger ausreisen ließe. Wir dürften jetzt nicht aufgeben, sondern müßten uns inständig weiter bemühen. Dabei sollte man auch die Verbesserung der wirtschaftlichen Komponente im Auge haben. Es gelte, den Palästinensern auf der Westbank zu helfen. Es müsse überlegt werden, welche Hilfe sinnvoll geleistet werden könnte, z.B. Zurverfügungstellung direkt verfügbarer Mittel.

AM Howe sprach sich dafür aus, das Thema Nahost auf der Tagesordnung der Gespräche mit der Sowjetunion zu belassen. BM erklärte, die Entwicklung in Israel erinnere ihn an die Entwicklung in der Bundesrepublik vor Abschluß der Ostverträge³³. Damals habe es auch bei uns eine geteilte Meinung über das Verhältnis zum Osten gegeben. Am Ende werde sich in Israel Auffassung durchsetzen, die in Richtung auf Verbesserung der Verhältnisse gehe. Diesen Prozeß könne man durch Einwirkung von außen nicht beschleunigen. Unsere Länder müßten ihre Hilfe auf bestimmten Gebieten verstärken. Eine Teilnahme der SU an einer Nahost-Friedenskonferenz sei schon im Hinblick auf eine Teilnahme der Syrer unvermeidlich. Die Sowjets sollten darauf hingewiesen werden, diplomatische Beziehungen mit Israel aufzunehmen und die humanitären Fragen zu lösen. Die Person und Mitverantwortung des jordanischen Königs müsse gestärkt werden, um Verhandlungsbereitschaft auf seiten der Palästinenser zu erlangen.

AM Andreotti wies auf die Zunahme der Ausreisen sowjetischer Juden in den letzten Monaten hin, die zeige, daß doch gewisse Beziehungen zwischen Israel und der SU bestünden. Er halte das Problem einer sowjetischen Teilnahme an der Konferenz letztlich für lösbar. AM Andreotti wies ferner auf den Libanon hin, wo sich eine neue Lage gebildet habe und das alte Gleichgewicht zwischen christlichen und moslemischen Parteien zerstört sei, was sich bei Neuwahl des Präsidenten³⁴ auswirken werde. In Israel wachse der Wunsch, etwas zu schaffen, das den Frieden mit den Nachbarstaaten fördere.

³² Botschafter van Well, Washington, berichtete am 16. Juli 1987: „Nach amerikanischer Darstellung waren die Möglichkeiten einer internationalen Friedenskonferenz Hauptthema der sowjetisch-amerikanischen Nahost-Konsultationen von Poljakow und Murphy am 6. und 7.7.87 in Genf. Sowjetische Seite habe nur wenig Veränderung in Sachpositionen, aber gegenüber früheren Gelegenheiten verstärktes Interesse für das Thema Friedenskonferenz und eine offenere Gesprächshaltung gezeigt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3040; Referat 204, Bd. 135406.

³³ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388. Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok. 588 und Dok. 589. Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 418. Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992. Vgl. dazu auch AAPD 1973, III, Dok. 412.

³⁴ Die Amtszeit des Präsidenten Gemayel endete am 22. September 1988.

AM Raimond hielt es für verfrüht, Israel jetzt zu drängen. Für die Konferenz müsse man eine sehr flexible Formel finden. Die Rolle der SU in bezug auf die jüdische Auswanderung laufe in eine gewisse Richtung. Es bestehe Einvernehmen, Jordanien wirtschaftlich zu unterstützen, doch sei direkte Hilfe vielleicht schwieriger.

AM Tindemans berichtete über ein Gespräch mit dem israelischen Generalstabschef³⁵, der vor neuer Form ungezielten Terrorismus gewarnt habe, was auf lange Sicht untragbar wäre.

6) Iran – Irak

AM Howe gab seiner Zufriedenheit Ausdruck, daß der Text zum Golf gebilligt werde.³⁶ Er unterstrich die Bedeutung der Gespräche mit der SU im Kreise der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, die deutlich machten, daß es um die Freiheit der Schifffahrt im Golf und nicht um den Ost-West-Gegensatz in dieser Region gehe. Die Präsenz der Royal Navy im Golf sei in den letzten Monaten verstärkt worden.

AM Raimond beteuerte die französische Präsenz im Golf und die gute Zusammenarbeit zum Schutz der Schifffahrt. Mit dem Erklärungstext sei er sehr zufrieden. AM Kuranari wies auf die Intensivierung der Angriffe auf Schiffe im Golf seit 1984 hin. Japan habe den USA seine Anteilnahme zum Tode der 37 Seeleute der Fregatte Stark ausgesprochen.³⁷ Den Bemühungen des Sicherheitsrats zur Beendigung des Krieges komme große Bedeutung zu. Japan wäre bereit, einen Beitrag zum Wiederaufbau im Irak und im Iran nach Beendigung des Krieges zu leisten. Japan könne zwar zur Gewährleistung der sicheren Durchfahrt der Schiffe im Golf keinen eigenen militärischen Beitrag leisten, wäre aber bereit, sich finanziell zu beteiligen. Die SU betreibe im Golf eine Doppel-Diplomatie. Er werde am 14.6. den Iran besuchen und wäre für Ratschläge zur Gesprächsführung dankbar. AM Shultz stellte zum Begriff „effective measures“ im Erklärungstext fest, damit sei bezweckt, die Partei, die sich nicht an den Waffenstillstand halte, mit Sanktionen, z.B. mit Embargo von Kriegsmaterial, zu belegen. Ob die Sowjetunion das unterstützen werde, sei fraglich.

Unklar sei auch, wie sich China dazu stellen werde. BM wies auf die Tatsache hin, daß sich unter den Sieben drei ständige und drei nicht-ständige Mitglieder des Sicherheitsrates befinden.³⁸ Die Bundesregierung sei nicht in vollem Um-

³⁵ Dan Schomron.

³⁶ Für den Wortlaut der Erklärung der am Weltwirtschaftsgipfel in Venedig teilnehmenden Staats- und Regierungschefs vom 9. Juni 1987 zum irakisch-iranischen Krieg und zur freien Schifffahrt im Persischen Golf vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 344 f.

³⁷ Kapitän z.S. Kamper, Washington, berichtete am 18. Mai 1987: „Pentagon bestätigt Pressemitteilungen, daß gestern um 21.00 Uhr Ortszeit USS Stark (FFG-31) von einer Exocet-Rakete einer irakischen Mirage F1C getroffen wurde. Die Rakete habe eine voll besetzte Abteilung getroffen. Die Medien sprechen von drei Toten und 25 Vermissten, die Zahl der Toten nehme zu [...]. Auf dem Schiff seien mehrere Brände ausgebrochen. Diese seien unter Kontrolle. Der Standort der Fregatte zum Zeitpunkt des Angriffs sei 85 Meilen nordöstlich Bahrains gewesen. Die USS Stark sei derzeit mit eigener Kraft auf dem Weg nach Bahrain unterwegs und werde dort gegen Mitternacht eintreffen. Die USS La Salle laufe der USS Stark entgegen. Während das State Department scharf protestiert habe, versuche das Pentagon, den Fall als Versehen (mishap, hit by accident) herunterzuspielen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2242; Referat 311, Bd. 139979.

³⁸ Neben Frankreich, Großbritannien und den USA, die mit einem ständigen Sitz im VN-Sicherheitsrat vertreten waren, gehörten 1987/88 auch die Bundesrepublik, Italien und Japan dem VN-Sicherheitsrat an.

fang über die Gespräche der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates über eine Beendigung des Krieges zwischen Irak–Iran unterrichtet. Es liege aber im gemeinsamen Interesse, sich durch koordinierte Bemühungen aller hier vertretenen SR-Mitglieder für wirksame Maßnahmen des Sicherheitsrates zur Beendigung des Krieges einzusetzen und dafür auch die anderen Mitgliedstaaten der EG zu gewinnen. Er sage dies mit Blick auf die hier vertretene Präsidentschaft der EG³⁹.

AM Tindemans nahm dies auf und unterstützte die Ausführungen von BM in vollem Umfang. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an den Besuch des iranischen Vize-Außenministers Larjani in Bonn und Brüssel⁴⁰, demgegenüber BM und er koordinierte Linie vertreten hätten.

7) Lateinamerika

AM Andreotti trug zur Lage in Südamerika vor und legte dabei einen Schwerpunkt⁴¹ auf die Entwicklung in Argentinien. Die von Alfonsín nach der Offiziersrevolte⁴² zugesagte Nichtverfolgung von Menschenrechtsverletzungen von Angehörigen der Streitkräfte während der Militärdiktatur⁴³ gebe Anlaß zur

³⁹ Belgien hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1987 inne.

⁴⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Strenziok notierte am 1. Juni 1987, der gegenwärtige Besuch des stellvertretenden iranischen Außenministers Larjani sei „der erste Besuch eines hochrangigen Vertreters des iranischen Außenministeriums in Bonn nach der Revolution 1979“. Vgl. Referat 311, Bd. 139996.

Am 3. Juni 1987 unterrichtete Strenziok, Larjani unternehme eine Europareise, „die ihn nach Bonn und Rom geführt hat. Letzte Etappe wird Brüssel sein. In Bonn führte er am 1.6. Gespräche mit StS Sudhoff, BM Genscher und dem Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestags, Dr. Stercken. Am 2.6. wurde er vom Bundeskanzler empfangen, dem er eine Botschaft des iranischen MP Mussawi überbrachte. Anschließend sah er die BM Schäuble und Bangemann. [...] In den Gesprächen wurden teilweise auch bilaterale Fragen sowie die iranische Haltung zu den Bemühungen des SR um eine Beendigung des irakisch-iranischen Krieges behandelt. Erklärter Zweck der Mission L[arjani]s aber war es, die Bundesregierung und andere europäische Regierungen auf die gefährliche Zuspitzung der Lage im Golf durch die Interventionen der Supermächte hinzuweisen, deren Brisanz den eigentlichen Krieg zwischen Iran und Irak in den Schatten stelle. [...] L. führte aus, Irak habe mit dem Tankerkrieg begonnen, um Iran wirtschaftlich unter Druck zu setzen. Einige andere Staaten wie vor allem F hätten IRK dabei mit Waffen unterstützt.“ Eine „Ausweitung und Internationalisierung des Konflikts“ müsse, so Larjani, vermieden werden. Bundesminister Genscher habe erwidert, die Bundesregierung habe „das gleiche Interesse an Sicherheit und Stabilität im Golf wie Iran“ und wolle ebenfalls eine Internationalisierung des Konflikts verhindern. Vgl. den Runderlaß Nr. 4523; Referat 311, Bd. 139996.

⁴¹ Korrigiert aus: „Standpunkt“.

⁴² Botschafter Graf Finck von Finckenstein, Buenos Aires, informierte am 7. Mai 1987: „Osterkrise offenbarte nicht nur ernste Spannungen zwischen Militärs und zivilen Verfassungsorganen, sondern auch horizontalen Bruch zwischen mittleren Offiziersrängen und Generalität des Heeres. Krise entsprach nicht den aus der Vergangenheit bekannten Mustern: kein Versuch der auf unverbrüchlichen Gehorsam gestützten militärischen Führung, verfassungsmäßige Staatsorgane zu stürzen oder ihnen politische Maßnahmen in militärfernen politischen Fragen abzunötigen, sondern eine – auch gegen Heeresführung gerichtete – Meuterei jüngerer Offiziere in eigener Sache: Beendigung der ‚Diffamierung‘ der Streitkräfte und der Menschenrechtsprozesse gegen die Befehlsempfänger“ in der Zeit der Militärherrschaft von 1976 bis 1983. Vgl. den Drahtbericht Nr. 565; Referat 330, Bd. 136729.

⁴³ Am 30. Mai 1987 teilte Botschafter Graf Finck von Finckenstein, Buenos Aires, mit: „Argentinischer Senat hat heute morgen gegen 6.00 Uhr das am 13.5. von der Regierung eingebrachte und am 15./16.5. vom Abgeordnetenhaus unverändert gebilligte Gesetz über die Gehorsamspflicht im Grundsatz verabschiedet, allerdings Straffreiheitsgrenze innerhalb militärischer Hierarchie noch weiter nach oben verschoben. Version des Senats unterstellt nunmehr auch zugunsten der Obristen und Brigadegenerale [...], im Rahmen der Gehorsamspflicht rechtmäßig gehandelt zu haben. Änderungsvorschlag gegenüber ursprünglichem Entwurf kam in letzter Minute vom Präsidenten selbst,

Sorge über die künftige innere Entwicklung Argentiniens. Es sei nicht auszuschließen, daß jüngere Offiziere, die von dieser Regelung begünstigt würden, später in politische Führungspositionen gelangten. Er sprach sich dafür aus, Alfonsín zu helfen, damit die demokratische Richtung in Argentinien erhalten bliebe.

Zur Entwicklung in Peru verwies AM Andreotti auf die jüngsten Gefängnisrevolten und Streiks innerhalb der Staatspolizei, bei denen jeweils das Heer eingreifen mußte.⁴⁴ Dies bedeute eine latente Gefahr für die Demokratie. Die vier Staaten Südamerikas, die jetzt in der Rio-Gruppe enger zusammenarbeiten wollten⁴⁵ und die bereits 1983 beschlossen hätten, die Contadora-Gruppe zu unterstützen, hätten sicher noch nicht viel Kohärenz erreicht. Ein Bindemittel sei das Problem der starken Verschuldung, ein wirtschaftliches Problem mit politischer Rückwirkung.

Unbeschadet der Lösung dieses Problems sollte jedoch die Tendenz der Zusammenarbeit der demokratischen Staaten Südamerikas unterstützt werden, um den demokratischen Kräften, die dort starken Risiken ausgesetzt seien, eine Chance zu geben, sich durchzusetzen.

⁴⁶8) Zentralamerika

BM führte die Diskussion mit einem Beitrag über die Haltung der Zwölf zur Entwicklung in Zentralamerika ein, ausgehend vom Europäischen Rat in Stuttgart 1983⁴⁷, der das große Interesse der Zwölf an den Entwicklungen in Zentralamerika herausgestellt habe.

Die Staats- und Regierungschefs hätten damals ihrer Überzeugung Ausdruck verliehen, daß die Probleme nur durch eine politische Lösung bewältigt werden könnten, die in der Region selbst ihren Ursprung habe und die die Grundsätze der Nichteinmischung und Unverletzlichkeit der Grenzen bei Wahrung von Demokratie und Menschenrechten beachtet. Die Lage habe sich seitdem nicht verbessert. Die Gefährdung habe eher zugenommen. Von Nicaragua gehe eine Entwicklung aus, die die Destabilisierung in die Nachbarstaaten hineintrage, auch eine solche passiver Art, wie sie die Flüchtlinge aus Nicaragua in Costa Rica darstellten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 850

der bis dahin stets beteuert hatte, zu weiteren Zugeständnissen an Militärs unter keinen Umständen bereit zu sein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 651; Referat 330, Bd. 136729.

⁴⁴ Botschafter von Vacano, Lima, berichtete am 19. Mai 1987: „Am Freitag, den 15.5.1987, gegen 9.00 Uhr trat die peruanische Polizei in einen unbefristeten Streik ein. Anlaß dazu waren Forderungen nach verbesserter Bezahlung, deren Erfüllung von der Regierung verschleppt worden war, und nach anderen materiellen Verbesserungen. Am Streik beteiligten sich rasch praktisch alle in Lima und Callao stationierten Einheiten aus allen drei Zweigen der Polizei – Guardia Civil, Kriminalpolizei und Guardia Republicana – bzw. sie erklärten sich mit den Streikenden solidarisch.“ Im Verlauf des Streiks „geriet auch der Staatspräsident auf einer Fahrt durch das Zentrum von Lima in eine demonstrierende Menschenmenge, aus der heraus sein Wagen mit Steinen beworfen und Luftschüsse abgefeuert wurden“. Danach sei beschlossen worden, dem Streik durch Einsatz von Militär ein Ende zu bereiten. Die Streitkräfte hätten zivile Ordnungs- und Sicherheitsfunktionen übernommen. Die Lage habe sich danach wieder normalisiert. Vgl. den Schriftbericht Nr. 536; Referat 330, Bd. 143824.

⁴⁵ Am 18. Dezember 1986 schlossen sich die Staaten der „Contadora-Gruppe“ (Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela) in Rio de Janeiro mit Argentinien, Brasilien, Peru und Uruguay zur „Rio-Gruppe“ zusammen.

⁴⁶ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 5 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

⁴⁷ Zur Tagung des Europäischen Rats vom 17. bis 19. Juni 1983 vgl. AAPD 1983, I, Dok. 185.

Dies zeige, wie wichtig es sei, auf die Überwindung der Probleme hinzuwirken. Mit dem San-José-Prozeß⁴⁸ sollte der Weg in diese Zukunft geebnet werden. Dieser Prozeß werde aber die Grundfragen allein nicht lösen können. Wir stünden jetzt vor dem Gipfeltreffen in Guatemala.⁴⁹ Präsident Arias von Costa Rica habe auf seiner Europareise auch Bonn besucht und seinen Friedensplan vorgestellt.⁵⁰ Dieser Plan sei für uns attraktiv, weil er Nicaragua vor der Weltöffentlichkeit dazu zwingt, Farbe zu bekennen bei der inneren Öffnung, nachdem die Welt acht Jahre lang getäuscht werden konnte. Arias habe als Präsident von Costa Rica die Grundfrage in Zentralamerika zurückgeführt auf ein Ja oder Nein zum demokratischen Prozeß. Die Contadora-Staaten unterstützten dies. Die EPZ werde sich bis zum 20.6. damit zu befassen haben. Er wäre interessiert zu hören, wie die USA die Arias-Initiative einschätzen.

AM Shultz versicherte, daß die USA diese Initiative insofern unterstützen, als sie Bewegung in die demokratischen Staaten Zentralamerikas bringe. Die demokratischen Staaten Zentralamerikas sagten in eigenem Namen, was sie wollten. Arias habe Recht mit seiner Feststellung, daß solange ein kommunistisches Regime in Nicaragua existiere, es keine Stabilität in Zentralamerika geben werde. Die Regierungen von Honduras und El Salvador seien von der Frage des Wandels ebenfalls betroffen. Die Regierung in Nicaragua müsse sich bereit finden, mit den Menschen selbst ins Gespräch zu kommen. Das bedeute, daß sie auch mit den Contras sprechen müsse.

9) China – Korea – Philippinen

AM Kuranari trug zu China, Korea und den Philippinen vor. Er wies insbesondere auf den Generationskonflikt in China hin, der jedoch die Weiterführung der Reformpolitik – wenn auch mit verminderter Geschwindigkeit – nicht in Frage stelle. Die Beziehungen Chinas zu Japan seien nicht schlecht. Hauptproblem Chinas sei die Überbevölkerung. China schaue, wie der Inselstaat Japan damit fertig werde. Auf der koreanischen Halbinsel könnten die Olympischen Spiele eine wichtige Rolle für die zukünftige Entwicklung spielen.⁵¹ Es sei

⁴⁸ Am 28./29. September 1984 fand in San José die erste Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten sowie Spaniens und Portugals mit den Außenministern zentralamerikanischer Staaten und der Staaten der Contadora-Gruppe statt. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 260.

Zur dritten Konferenz am 9./10. Februar 1987 in Guatemala-Stadt vgl. Dok. 35.

⁴⁹ Zum Vorschlag eines Friedensabkommens für Zentralamerika des Präsidenten Arias vom 15. Februar 1987 vgl. Dok. 103, Dok. 108 und Dok. 110.

Zur Unterzeichnung des Abkommens auf der Gipfelkonferenz der Präsidenten zentralamerikanischer Staaten am 6./7. August 1987 in Guatemala-Stadt vgl. Dok. 228.

⁵⁰ Präsident Arias besuchte die Bundesrepublik vom 25. bis 28. Mai 1987. Am 26. Mai 1987 führte er ein Gespräch mit Bundeskanzler Kohl. Dabei bat Kohl „um eine offene Analyse der Chancen nach einer politischen Wende in Nicaragua“. Arias „verdeutlichte seine Skepsis: Es handle sich um eine marxistische Ideologie, und diese werde die politische Macht nicht aufs Spiel setzen. Ortega selbst habe ihm auf eine Frage dies direkt bestätigt, d. h. keine Bereitschaft, die Macht wieder freiwillig aus den Händen zu geben. Ziel seines Vorschlages bzw. der vier ZA-Staaten sei, Nicaragua zu zwingen, Farbe zu bekennen. Nicaragua habe in den letzten acht Jahren nie die Wahrheit gesagt, die Sandinisten [haben] Demokratie und Pluralismus in Wirklichkeit nie im Sinne gehabt. Politisch habe man verstanden, sich vom Westen und Osten wirtschaftlicher und politischer Unterstützung zu versichern.“ Kohl bat Arias, „er möge dies offen und weltweit vor dem Fernsehen so darstellen. [...] Betroffen seien letztlich die Menschen Nicaraguas, denen für eine ganze Generation die Chance auf Glück und Freiheit vorenthalten werde.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72; B 150, Aktenkopien 1987.

⁵¹ Vom 17. September bis 2. Oktober 1988 fanden die Olympischen Sommerspiele in Seoul statt.

notwendig, den Dialog zwischen Nordkorea und Südkorea zu fördern. Beide Seiten seien gezwungen zusammenzuarbeiten, um die Olympischen Spiele erfolgreich zu gestalten. Für die Entwicklung ausgewogener Beziehungen Japans zu Nord- und Südkorea sei ein pragmatischer Ansatz entscheidend. In Nordkorea werde der Machtwechsel von Kim Il-sung zu seinem Nachfolger⁵² vorbereitet, wenn er sich auch nicht in naher Zukunft vollziehen werde. In Südkorea sei der Tod eines Studenten aufgrund von Folterungen ein ernstes Hindernis auf dem Weg zur Demokratie.⁵³ Zwischen Nord- und Südkorea bestünden noch immer sehr starke Spannungen. Auf den Philippinen habe sich die wirtschaftliche Entwicklung verbessert. Der Ausgang der Senatswahlen sei positiv zu bewerten.⁵⁴ Das Aufbaustreben der Regierung müsse unterstützt werden, sonst führe die Frustrierung des Volkes zur Explosion. Japan unterstütze Frau Aquino und ihren wirtschaftlichen Kurs.

AM Shultz dankte für die gute zusammenfassende Darstellung, mit der er sehr einverstanden sei. Die Olympischen Spiele in Korea sollten unterstützt werden. Der Wandel auf den Philippinen sei bemerkenswert. Es sehe so aus, daß es 1987 ein reales Wachstum von vier von Hundert geben werde. Die Kommunisten seien ein Test für Frau Aquino.⁵⁵ Sicherlich habe sie nicht die militärische Kapazität, die Kommunisten zu bekämpfen. Doch auch der Kardinal⁵⁶ befürworte es, gegen die Rebellen mit den Mitteln der Macht vorzugehen. Frau Aquino sei es durch geschickte Politik gelungen, eine halbwegs tragfähige Politik auf den Philippinen wieder herzustellen. Die eingeschlagene Richtung sei trotz großer Probleme gut.

⁵² Kim Jong-il.

⁵³ Am 13. Januar 1987 kam der Student Pak Chong Chol bei Folterungen durch die südkoreanische Polizei ums Leben. Botschafter Kleiner, Seoul, berichtete am 6. Februar 1987: „In der Zeit vom 26. bis 28.1.1987 traten die Nationalversammlung und einige ihrer Ausschüsse zu Sondersitzungen zusammen. Die Opposition bezweifelte die Richtigkeit des Ergebnisses der polizeilichen Untersuchungen des Todes von Pak Chong Chol (Zeitpunkt der Festnahme, Zahl der an den Folterungen beteiligten Polizeibeamten, Anwendung auch der elektrischen Folter). [...] Bisher war es feste Tradition der kor[eanischen] Behörden, jeden Vorwurf, ein Festgenommener sei gefoltert worden, zu negieren“. Dies sei jetzt nicht mehr möglich: „Da man sich nun auf einen von den Behörden zugegebenen grausamen Fall berufen kann, sehen sich alle diejenigen Kräfte im Lande angespornt, die schon seit vielen Jahren für einen besseren Schutz der Menschenrechte eintreten, ihren Kampf mit noch größerem Eifer fortzuführen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 42; Referat 341, Bd. 142693.

⁵⁴ Botschafter Scholz, Manila, berichtete am 21. Mai 1987 über die Kongreßwahlen auf den Philippinen am 11. Mai: „Bis gestern abend hatte die staatliche Wahlkommission ca. 45 Prozent aller Stimmen ausgewertet. Für den Senat ergab diese Zwischenbilanz 22 Sitze für die Regierungskoalition und zwei für die oppositionelle G[rand]A[lliance for]D[emocracy]“. Die Wahlen hätten Präsidentin Aquino voll bestätigt. Schon jetzt von einem Abschluß des politischen Konsolidierungsprozesses zu sprechen, erscheine aber verfrüht: „Die hierzulande überaus wichtigen Lokalwahlen von Gouverneuren und Bürgermeistern stehen noch bevor.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 300; Referat 342, Bd. 137238.

⁵⁵ Im Politischen Halbjahresbericht für die Philippinen nach dem Stand vom 1. März 1987 legte Botschafter Scholz, Manila, dar: „Zum Jahreswechsel verhandelte die Regierung während eines zweimonatigen Waffenstillstands mit dem Verband der landesweiten linken Rebellen (Kommunisten) N[ational]D[emocratic]F[ront]. Die Regierung wollte sondieren, ob die NDF als legitime Opposition in die Staatsgestaltung einzubeziehen und damit Frieden im Lande zu sichern wäre. Streitkräfte und USA hiergegen ohnehin mißtrauisch –, nutzte NDF die Zeit der Gespräche zur Öffentlichkeitsarbeit, brach aber die Verhandlungen dann ab und kehrte in den Untergrund zurück. Bewaffnete Auseinandersetzungen mit Toten halten an.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 194 vom 2. März 1987; Referat 342, Bd. 137240.

⁵⁶ Erzbischof von Manila war Jaime Lachica Kardinal Sin.

AM Kuranari wies auf die vielfältigen Wirtschaftsprobleme der Region hin: Protektionismus, Unterentwicklung, Verschuldung. Viele Probleme stünden der Entwicklung der Region entgegen. Japan sei das einzige asiatische Land, das am WWG teilnehme, und deshalb von ASEAN aufgefordert worden, die Botschaft zu überbringen. Er bitte, dies in der Zusammenfassung der Präsidentschaft zum Ausdruck zu bringen. AM Shultz erklärte, auch er sei gebeten worden, für ASEAN einzutreten. Die Überwindung der offenen Fragen sei anzustreben.

10) Vereinte Nationen

AM Andreotti wies auf die bekannten Haushaltprobleme der VN und die anstehenden Wahlen der Generaldirektoren der FAO⁵⁷, UNESCO⁵⁸ und WHO⁵⁹ hin. Es sei erforderlich, eine vernünftige Nachfolgeregelung zu erreichen, vor allem bei der UNESCO, um es USA und GB zu ermöglichen, wieder in die Organisation zurückzukehren.⁶⁰ Dies sei nicht nur eine Frage der Personen, sondern auch des Programms. Die UNESCO sollte ihr altes Gewicht zurückerhalten⁶¹.

AM Shultz bezeichnete die Arbeitsreform der VN als wichtig. Er wies in diesem Zusammenhang auf die Bemühungen des VN-GS hin, die Besetzung von Stellen einzufrieren, besonders solcher, die die SU und die Ostblockstaaten besetzen könnten. Gleichwohl würden von diesen Staaten Nachfolger entsandt. Die USA hätten sich scharf dagegen gestellt.

AM Howe zeigte sich befriedigt, daß die Gründe, die GB zum Verlassen der UNESCO geführt hätten, jetzt eine breite Anerkennung fänden. AM Clark stellte fest, das Ansehen des VN-Systems habe schwere Einbußen erlitten.

11) Terrorismusbekämpfung

Die Außenminister begrüßten die Verabschiedung der Erklärung zur Terrorismusbekämpfung.⁶² AM Shultz sehe vor allem Möglichkeiten zur praktischen

⁵⁷ Referat 232 notierte in einer Aufzeichnung vom 25. Juni 1987, die Amtszeit des bisherigen Generaldirektors der FAO, Saouma, ende im Herbst 1987. Neuwahlen fänden während der FAO-Konferenz vom 7. bis 26. November 1987 in Rom statt. Folgende Kandidaturen lägen bislang vor: „Gonzalo Bula Hoyos (Kolumbien), kolumbianischer Botschafter bei der FAO, seit 1983 Vorsitzender der Gruppe 77 bei der FAO; Moise Christophe Mensah (Benin), Beigeordneter Präsident des IFAD; Edouard Saouma (Libanon), amtierender Generaldirektor der FAO (Kandidatur für eine dritte Amtsperiode).“ Die Bundesregierung habe sich noch nicht auf einen Kandidaten festgelegt: „Während das BML offenbar einer Wiederwahl Saoumas eher zuneigt, tendieren das Auswärtige Amt und das BMZ eher zu Mensah. Mensahs Wahl würde eventuelle Chancen M'Bows, ein drittes Mal zum Generaldirektor der UNESCO gewählt zu werden, stark beeinträchtigen, da man der afrikanischen Gruppe kaum mehr als zwei Generaldirektorenposten im VN-System (G[eneral]D[irektor] der WMO ist der Nigerianer Obasi) zugestehen wird.“ Vgl. Referat 232, Bd. 135143.

⁵⁸ In einer Aufzeichnung des Referats 232 vom 25. Juni 1987 wurde dargelegt, die Amtszeit des bisherigen Generaldirektors der UNESCO, M'Bow, ende im Herbst des Jahres. Das Auswärtige Amt wolle ihn „nicht für eine dritte Amtsperiode wiedergewählt sehen“. M'Bow habe im Oktober 1986 erklärt, er strebe keine dritte Amtszeit an: „Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, daß er sich gleichwohl zu einer dritten Kandidatur entschließt, wenn er hierfür Chancen sieht. Unsere Kriterien für einen neuen G[eneral]D[irektor] der UNESCO sind: Nichtzugehörigkeit zur derzeitigen Führungsmannschaft der UNESCO; Bereitschaft, den Reformprozeß fortzuführen; Fähigkeit, USA und GB mittelfristig zum Wiedereintritt zu bewegen; hervorragende administrative Befähigung; Garant für unsere politischen Grundanliegen.“ Vgl. Referat 232, Bd. 135143.

⁵⁹ Generaldirektor der WHO war bis 21. Juli 1988 Halfdan T. Mahler.

⁶⁰ Die USA traten mit Wirkung vom 1. Januar 1985 aus der UNESCO aus, Großbritannien trat mit Wirkung vom 1. Januar 1986 aus.

⁶¹ Korrigiert aus: „zurückbehalten“.

⁶² Für den Wortlaut der Erklärung der am Weltwirtschaftsgipfel in Venedig teilnehmenden Staats- und Regierungschefs vom 9. Juni 1987 zur Terrorismusbekämpfung vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 345 f.

Zusammenarbeit und stellte fest, daß die Lage heute besser sei als vor einem Jahr.

12) Drogenbekämpfung

AM Shultz wies auf die Problematik des Drogenverkehrs hin. Ein Land wie Kolumbien werde davon sehr stark okkupiert, ohne das Problem wirklich unter Kontrolle bringen zu können. Die Bedeutung, die die USA diesem Problem beimessen, zeige sich an der Teilnahme von Mrs. Reagan an einer Drogen-Konferenz in Stockholm⁶³ während des WWG in Venedig. Am 17.6. beginne die Weltrogenkonferenz in Wien.⁶⁴

AM Andreotti unterstrich die Bedeutung dieser Konferenz.

[gez.] Richthofen

Referat 204, Bd. 135415

⁶³ In der Presse wurde berichtet: „Hours after she broke her silence on the Iran-contra arms sale scandal to say she does not think it will ruin her husband's presidency, Nancy Reagan was greeted here today by demonstrators protesting U.S. policy in Central America and chanting ‚Nancy go home‘ before she was cheered at an antidrug concert. [...] Her remarks about the Iran-contra arms sales – her first since congressional hearings on them began in May – were made in response to questions in an impromptu press conference aboard Executive One, the presidential backup plane, on her way here to visit anti-drug-abuse programs for three days.“ Vgl. den Artikel „Protesters Greet First Lady in Sweden“; THE WASHINGTON POST vom 9. Juni 1987, S. C 1f.

⁶⁴ Die VN-Konferenz über Drogenmißbrauch und illegalen Drogenhandel fand vom 17. bis 26. Juni 1987 statt. Botschafter Zeller, Wien (Internationale Organisationen), informierte am 29. Juni 1987: „138 Länder nahmen an der Konferenz teil und waren im Plenum der Konferenz bei Abgabe ihrer nationalen Erklärungen fast ausschließlich durch Minister vertreten. Für die Bundesrepublik Deutschland war die Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth, nach Wien gekommen. Sie hielt vor dem Plenum der Weltrogenkonferenz eine vielbeachtete Ansprache über die Ziele und Maßnahmen der deutschen Drogenpolitik.“ Der Verlauf der Konferenz sei positiv zu bewerten. Das Hauptergebnis bestehe darin, daß ein „auch unseren Ansprüchen genügender weltweiter Standard für Maßnahmen der Drogenbekämpfung aufgestellt wurde. Dies ist vor allem für diejenigen Länder wichtig, die erst seit wenigen Jahren mit Drogenproblemen konfrontiert sind und nach einer zweckmäßigen Strategie noch suchen. Für uns ist wichtig, daß wir durch diese Harmonisierung in der Zusammenarbeit mit anderen Staaten weiterkommen, wenn und soweit diese sich an dem beschlossenen Standard orientieren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 351; Referat 231, Bd. 148264.

172

Botschafter Montfort, Rabat, an das Auswärtige Amt**114-3922/87 VS-vertraulich****Fernschreiben Nr. 161****Citissime****Aufgabe: 11. Juni 1987, 09.30 Uhr¹****Ankunft: 11. Juni 1987, 11.53 Uhr**Betr.: Deutsche Haltung in Westsahara-Frage²

Bitte um Weisung

1) Vom 3. bis 5. Juni 1987 hielt sich Staatssekretär Manfred Baden vom BMA zu Gesprächen in Rabat auf. Er folgte einer Einladung des hiesigen Arbeitsministers, Hassan Abbadi, der im Februar d.J. in Bonn³ und jetzt sein Hauptgesprächspartner war. Außerdem sprach er mit StS Cherkaoui vom Außenministerium, dem ersten stellvertretenden Parlamentspräsidenten Mohammed Jalal Essaid und dem Minister für berufliche Bildung, Mohamed Kabbaj.

2) Seine Gespräche standen im Zusammenhang mit der Anwesenheit von 52 000 marokkanischen Arbeitskräften und ihren Angehörigen in der Bundesrepublik. Die Gespräche von StS Baden haben zur Intensivierung der deutsch-marokkanischen Regierungskontakte wesentlich beigetragen.

3) Eine politische Frage bedarf jetzt der Klärung. Im Hinblick auf das bilaterale Sozialversicherungsabkommen⁴ erläuterte StS Baden, diese Vereinbarung bedürfe in zweierlei Hinsicht der Ergänzung. Abgesehen von einer Anpassung des Mindestalters der Betroffenen müsse der territoriale Geltungsbereich der Vereinbarung klar definiert werden, und zwar dahingehend, daß die Westsahara zu Marokko gehörend eingeschlossen werde.⁵ Die marokkanische Seite war über diesen deutschen Wunsch naturgemäß hocherfreut.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schilling am 11. Juni 1987 vorgelegen.

² In der Länderaufzeichnung für Marokko nach dem Stand vom Februar 1987 teilte Botschafter Montfort, Rabat, mit: „Das größte Problem Marokkos und zugleich seine schwerste Last ist der fort-dauernde Westsahara-Konflikt. Vordergründig geht es um die Frage, wem von Rechts wegen die Souveränität über die durch den Madrider Vertrag vom 14.11.1975 von Spanien preisgegebenen Westsahara-Territorien zusteht. Seit dem Ausscheiden Mauretaniens aus dem Konflikt am 5.8.1979 beansprucht Marokko das gesamte Westsahara-Territorium für sich. Diese Position vertritt Marokko mit außerordentlicher Festigkeit, was ihm große politische Schwierigkeiten auf internationalem Feld einbringt. Auf der OAE-Gipfelkonferenz in Nairobi vom 28.6.1981 erklärte sich König Hassan schließlich bereit, einer ‚kontrollierten Volksabstimmung‘ der Westsahara-Bevölkerung zuzustimmen. [...] Militärisch konnte Marokko seine Position durch die Errichtung immer weiter vorgeschobener Befestigungswälle wesentlich verbessern, die weitgehend parallel zur algerischen und mauretanischen Grenze verlaufen. Vereinzelt Angriffe der Polisario-Front vermögen nicht mehr, die Beherrschung des umschlossenen Gebiets in Frage zu stellen. [...] Das Verhältnis zu Algerien bleibt über den Westsahara-Konflikt gespannt. Ansätze zu einer Normalisierung sind in den ersten Anfängen stecken-geblieben.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 150 vom 13. Februar 1987; Referat 311, Bd. 140020.

³ Der marokkanische Arbeitsminister Abbadi besuchte die Bundesrepublik vom 8. bis 10. Februar 1987.

⁴ Die Bundesrepublik und Marokko schlossen am 25. März 1981 ein Abkommen über Soziale Sicherheit und am 19. April 1984 eine Vereinbarung über dessen Durchführung. Für den Wortlaut des Abkommens und der Vereinbarung vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 552–574.

⁵ In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung vom 4. März 1987 wurde vermerkt, der marokkanische Arbeitsminister Abbadi habe bei seinem Besuch in der Bundesrepublik im Vormonat die Frage der Ratifikation des bilateralen Sozialversicherungsabkommens angesprochen:

4) Auf meinen Hinweis gegenüber StS Baden, die Bundesregierung ergreife in der Westsahara keine Partei und mache die völkerrechtliche Frage der Zukunft dieses Gebiets vom Ergebnis eines Referendums der Sahara-Bevölkerung abhängig, entgegnete StS Baden, er halte sich hier streng an eine Sprachregelung des Auswärtigen Amts.

5) Ich bitte um fernschriftliche Unterrichtung, was StS Baden für seine Gespräche in Marokko vom Auswärtigen Amt mitbekommen hat. Ich werde sicher auf diesen Punkt angesprochen und halte ihn insbesondere im Hinblick auf den Besuch des Bundesinnenministers vom 17. bis 20. Juni⁶ für dringend klärungsbedürftig.⁷

6) In den hiesigen Öffentlichkeitsmedien, die den Baden-Besuch gestreift haben, wurde seine Stellungnahme zur Westsahara bisher nicht erwähnt.

[gez.] Montfort

VS-Bd. 12999 (200)

Fortsetzung Fußnote von Seite 856

„Seitens des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung ist zugesagt worden, im Hinblick auf die zwischenzeitlich geänderte Rechtslage (Herabsetzung der allgemeinen Altersgrenze für das Kindergeld von 18 auf 16 Jahre und damit unter die Abkommensaltersgrenze von 18 Jahren) sich mit den zu beteiligenden Bundesressorts mit dem Ziel der Ratifikation des Abkommens nach den noch vorzunehmenden Änderungen in Verbindung zu setzen.“ Zudem sei unklar, wie das marokkanische Hoheitsgebiet in dem Abkommen bezeichnet werden solle. Vgl. Referat 311, Bd. 140026.

Vortragender Legationsrat Mulack notierte am 9. April 1987, das Hoheitsgebiet Marokkos solle so umschrieben werden, „daß darin nicht das umstrittene Gebiet der ehemaligen spanischen Westsahara miteinbezogen ist“. Vgl. Referat 311, Bd. 140026.

⁶ Botschafter Montfort, Rabat, berichtete am 23. Juni 1987: „Im Vordergrund des Zimmermann-Besuches stand der Abschluß einer Ressortvereinbarung über polizeiliche Zusammenarbeit. Nach zähen dreistündigen Verhandlungen der deutschen Delegation [...] mit Mitarbeitern von Innenminister Basri konnten BM Zimmermann und Minister Basri die Vereinbarung vor Fernsehkameras feierlich unterzeichnen. Die MRO-Seite hatte darauf allergrößten Wert gelegt, um darzutun, wie eng die Verbindung zur Bundesrepublik Deutschland ist. Diese Vereinbarung über polizeiliche Zusammenarbeit umfaßt drei Einzelbereiche: Bekämpfung des Terrorismus, Kampf gegen organisierte Kriminalität und Maßnahmen gegen illegalen Rauschgifthandel. Sie ist wesentlich konkreter als frühere Abmachungen, die Marokko mit Italien und Spanien abgeschlossen hat. U. a. wird die Tätigkeit des Rauschgiftverbindungsbeamten der Botschaft festgeschrieben, der bereits seit eineinhalb Jahren erfolgreich arbeitet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 176; Referat 311, Bd. 140020.

⁷ Vortragender Legationsrat I. Klasse Strenziok teilte der Botschaft in Rabat am 12. Juni 1987 mit: „Hier ist nicht festzustellen, ob und von wem StS Baden die von ihm erwähnte Sprachregelung des AA erhalten hat. In jedem Fall muß es sich um ein Mißverständnis handeln. Haltung der Bundesregierung in Westsahara-Frage bleibt unverändert: keine Anerkennung des marokkanischen Anspruchs auf territoriale Zugehörigkeit zum Staatsgebiet MRO vor Bestätigung eines solchen Anspruchs durch Volksbefragung in dem betroffenen Gebiet. Die Äußerung StS Badens muß daher, sollte MRO-Seite in irgendeiner Form darauf zurückkommen, richtiggestellt werden.“ Vgl. den Drahterlaß; Referat 311, Bd. 140026.

173

Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt**114-3947/87 geheim****Fernschreiben Nr. 2562****Citissime****Aufgabe: 11. Juni 1987, 20.00 Uhr¹****Ankunft: 12. Juni 1987, 15.05 Uhr**

Betr.: Amerikanischer INF-Vertragsentwurf²;
 hier: Inspektionsprotokoll

Bezug: DE Nr. 4717 vom 10.6.87³

Am 11.6. fand erste Gesprächsrunde über amerikanischen Entwurf des Inspektionsprotokolls⁴ zwischen Vertretern der Quint⁵ und Repräsentanten der Administration unter Leitung des stellvertretenden Leiters der Politisch-Militärischen Abteilung des State Department, General Burns, statt.

Alle Teilnehmer betonten Vorläufigkeit ihrer Kommentare aufgrund kurzer zur Verfügung stehender Zeit seit Aushändigung des Textes. Alle Vertreter der Stationierungsländer machten deutlich, daß für sie Berücksichtigung ihrer Souveränitätsrechte von entscheidender Bedeutung sei. Es wurde kritisiert, daß das amerikanische Papier über Verification Arrangements⁶ keine Auskunft über alternative Modelle gibt, die als rechtliche Konstruktionen in Frage kommen könnten.

Amerikanischerseits wurde das vorgelegte Modell verteidigt, es wurde zugestanden, daß alle Vertretungs- und Beteiligungsansprüche der Stationierungsländer durch entsprechende Formulierungen in dem sowjetisch-amerikanischen Vertrag Berücksichtigung finden müßten. USA stellen sich eine Sechs-Parteien-Vereinbarung mit den Stationierungsländern vor, die in möglichst einheitlicher Weise die zu beachtenden Verfahren und Regelungen festlegt. Die juristische Qualität einer solchen Vereinbarung müsse gemäß Wünschen der Stationierungsländer vereinbart werden. Die USA hätten diesbezüglich keine Präferenzen (grundsätzlich dürfte ihnen daran gelegen sein, das Verfahren so einfach wie möglich zu gestalten). Es wurde darum gebeten, unsere Vorstellungen und ggfs. verfassungs-

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter am 12. Juni 1987 vorgelegen.

² Zum Entwurf der USA vom 4. März 1987 für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 64 und Dok. 68.

³ Für das Gespräch zwischen Vertretern des kleinen Kreises der Special Consultative Group (SCG) der NATO (Quint) mit Vertretern der amerikanischen Regierung am 11. Juni 1987 in Washington über den Entwurf der USA für ein Inspektionsprotokoll im INF-Vertrag übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofstetter der Botschaft in Washington am 10. Juni 1987 einen Fragenkatalog. Die erste Frage betraf den Anhang zum Entwurf des Protokolls („Verification Arrangements Among the U.S. and the Allied Basing Countries“), die zweite Frage die Verdachtskontrollen, die dritte „Einzelfragen zu Definitionen“ und die vierte die Inspektionsquoten. Vgl. VS-Bd. 11362 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

⁴ Für das undatierte amerikanische Papier „INF Inspection Protocol: Protocol Between the United States of America and the Union of Soviet Socialist Republics Regarding Inspection and Monitoring Relating to the Treaty on the Limitation and Reduction of Intermediate-Range Nuclear Missiles“ vgl. VS-Bd. 11362 (220).

⁵ Belgien, Bundesrepublik, Großbritannien, Italien, Niederlande.

⁶ Für das undatierte amerikanische Papier „Verification Arrangements Among the U.S. and the Allied Basing Countries“ vgl. VS-Bd. 11362 (220).

rechtlich bedingt zu beachtende Punkte beim nächsten Treffen vorzulegen. Dieses wurde für Donnerstag, den 18.6., vereinbart.

Unsere Anregung eines Expertentreffens möglichst in Brüssel wurde von niederländischer Seite unterstützt. UK meinte, man sollte zunächst soviel Punkte wie möglich vor Ort klären. US reagierte mit der Idee, ein Expertentreffen in Verbindung mit einer SCG-Sitzung in der letzten Juli-Woche in Erwägung zu ziehen.

Von amerikanischer Seite wurde betont, daß es selbstverständlich sei, daß alle Souveränitätsrechte der Stationierungsländer Berücksichtigung fänden. Die konkretesten Aussagen dazu machte UK, das insbesondere verlangte:

- das Recht, ein Veto gegen bestimmte sowjetische Inspektoren einzulegen;
- ausreichend frühzeitige Unterrichtung über Eintreffen und Zusammensetzung des Inspektionsteams;
- Empfang und Begleitung durch eigene Vertreter bis zum Inspektionsort;
- dortige Anwesenheit während der Inspektion als Beobachter;
- eigene Vertreter bei allen Luftbewegungen im eigenen Territorium;
- Festlegung der Flugrouten;
- Einspruchsmöglichkeit bezüglich der mitgeführten Hilfsmittel für Inspektionen.

Der britische Vertreter monierte, daß der Vertrag einen rein bilateralen Charakter aufweise, er zeigte sich aber von der amerikanischen Erläuterung befriedigt, daß dies, wie oben dargelegt, die Berücksichtigung der Rechte der Stationierungsländer in keiner Weise einschränken solle. Amerikanische Seite betonte, daß es sich um einen ersten Entwurf handle, daß man alle Ergänzungen anbringen werde, die die Berücksichtigung der von den Stationierungsländern geforderten Beteiligungsrechte notwendig mache, daß man aber andererseits davon überzeugt sei, daß ein bilateralen Vertrag US–SU, der die Stationierungsländer nicht unmittelbar binde, wie im⁷ US-Papier vorgeschlagen, große Vorteile biete.

Besonderen Wert auf die Betonung der eigenen Souveränität legte belgischer Vertreter, der auf die Schwierigkeiten hinwies, die sich durch die verfassungsrechtlichen Aspekte der belgischen Nationalitätenprobleme ergeben könnten. Auch italienischer Vertreter legte großen Wert darauf, daß der öffentliche Eindruck des Inspektionsregimes ein Übergehen eigener Souveränitätsrechte nicht aufkommen lassen dürfe.

Der Vertreter der ACDA betonte, daß das amerikanische Konzept insbesondere deshalb gewählt worden sei, um sicherzustellen, daß sich die SU nicht aus ihrer Verantwortung durch Verweis auf östliche Stationierungsländer und deren Kompetenzen herausreden können dürfe. Die SU dürfe ihre Verantwortung für die Vertragserfüllung auf keinen Fall abwälzen. Die amerikanische Seite werde in der Vertragskonstruktion „act as an agent“ für die Stationierungsländer. Es sei dadurch umgekehrt klargestellt, daß die Verantwortung für Vertragserfüllung eindeutig bei den USA und nicht bei den Stationierungsländern liegen werde.

In einem Punkt-für-Punkt-Durchgang durch den Protokolltext wurden im wesentlichen sprachliche Unklarheiten diskutiert, wobei sich die britische Seite durch

⁷ Korrigiert aus: „binde, im“.

eine große Anzahl von Detailfragen hervortat. Zu den im Bezugserlaß aufgeworfenen Fragen ist zu sagen:

1) Die Rechte des Stationierungslandes gegenüber den Inspektoren sollen sicherstellen, daß das Stationierungsland gegen Inspektoren vorgehen kann, die beispielsweise die vereinbarten Inspektionsrouten verlassen, ohne dabei auf die Unterstützung der USA angewiesen zu sein.

Inspektionsbedarf der USA besteht nur in den östlichen Stationierungsländern, also SU selbst, DDR und ČSSR. Inspektionen in anderen WP-Staaten sind nicht vorgesehen.

[2)] Eine Präzisierung der noch ausstehenden Bestimmungen gemäß Artikel V Ziffer 1 war nicht zu erhalten. Die amerikanischen Überlegungen dazu würden vermutlich erst gegen Ende des Monats abgeschlossen werden. Vertretung wird sich bemühen, zwischenzeitlich außerhalb der formellen Sitzungen zum derzeitigen Stand der Überlegungen mehr in Erfahrung zu bringen.

[3)] Mit der Formulierung des letzten Satzes von Artikel I Ziffer 13 (launcher in transit) soll sichergestellt werden, daß ein Land nicht nur dadurch zum Stationierungsland wird, weil sich Systeme im Transit befinden; unsere Frage wird die amerikanische Seite jedoch zum Anlaß nehmen, die Klarheit dieser Bestimmung durch Umformulierung zu verbessern zu suchen.

[4)] Die Frage der Inspektionsquoten wurde nicht vertieft behandelt, von britischer Seite wurde geäußert, daß man der Regelung der Inspektionsmodalitäten bei weitem den Vorrang zumesse. Die Zahl der Inspektionen sei dann nicht als großes Problem anzusehen. I meinte, daß ein Maximum von drei Inspektionen pro Stationierungsland pro Jahr als Maximum anzusehen sei.

Um Weisung⁸ für die durch uns in der Sitzung am 18.6.⁹ aufzugreifenden Punkte wird gebeten.

[gez.] Paschke

VS-Bd. 11362 (220)

⁸ Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofstetter teilte der Botschaft in Washington am 16. Juni 1987 mit: „Nach US-Entwurf werden Inspektionsrechte und -pflichten, auch soweit sie Stationierungsländer betreffen, bilateral zwischen US und SU begründet. Grundfrage für uns ist, wie gewährleistet werden kann, daß souveräne Rechte der Stationierungsländer gewahrt werden und wie die Stationierungsländer sich zur Wahrung ihrer Rechte – etwa bei mißbräuchlichem Verhalten sowjetischer Inspektoren – auf eine zwischen ihnen und der SU bestehende Rechtsgrundlage beziehen können. [...] Für die Form, in der solche Rechtsbeziehungen begründet werden, sehen wir zwei Möglichkeiten: a) In das amerikanisch-sowjetische Verifikationsprotokoll wird ein Verweis auf die mit den Stationierungsländern geschlossenen Durchführungsabkommen aufgenommen. Die SU müßte von den zwischen den USA und den fünf westlichen Stationierungsländern geschlossenen Abkommen Kenntnis nehmen und sich gleichzeitig auch den Stationierungsländern gegenüber zu deren Einhaltung verpflichten. b) Abschluß eines multilateralen Abkommens über Durchführungsbestimmungen zum Inspektionsprotokoll, das von USA, SU, westlichen und östlichen Stationierungsländern gemeinsam geschlossen würde.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 4861; VS-Bd. 11362 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

⁹ Gesandter Paschke, Washington, berichtete am 19. Juni 1987: „Die dritte Sitzung der hiesigen Quint-Gruppe unter Leitung des Direktors der Politisch-Militärischen Abteilung des State Department, Allen Holmes, fand am 18.6. statt. Kurz davor wurde der Entwurf eines Sechs-Parteien-Abkommens über Fragen der Inspektion im Zusammenhang mit dem abzuschließenden sowjetisch-amerikanischen INF-Abkommen übergeben. In der Sitzung betonten NL und I ihre Präferenz für ein multilaterales Abkommen als Alternative zum amerikanischen Vorschlag. GB verwies darauf, daß der Prüfungsprozeß noch nicht abgeschlossen sei, es sich hier aber in erster Linie um ein politisches und nicht

174

Botschafter Hansen, z.Z. Reykjavik, an das Auswärtige Amt**114-3956/87 VS-vertraulich****Aufgabe: 12. Juni 1987, 14.50 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 64****Ankunft: 12. Juni 1987, 19.25 Uhr****Citissime**

Betr.: NATO-Außenministerkonferenz 11./12.6.1987 in Reykjavik;
hier: Sitzung im kleinsten Kreis am 11.6. nachmittags

Zur Unterrichtung

1) Teilnahme aller AM sowie NATO-Botschafter und Politischer Direktoren Außenministerien.

2) In dreistündiger Sitzung wurden in dieser Reihenfolge vor allem erörtert:

- Auswirkungen wirtschaftlicher und technologischer Entwicklungen auf West-Ost-Verhältnis und damit zusammenhängende Fragen,
- Gesamtkonzept Bündnisses für Rüstungskontrolle und Abrüstung,
- kanadisches Weißbuch zu Sicherheitsfragen,
- spanischer Beitrag zur Allianz sowie
- Erfahrungen bei jüngsten Besuchen AM in SU und anderen WP-Ländern.

Im einzelnen:

3) Shultz eröffnete Diskussion mit allgemeinen Ausführungen über weltweite neue Entwicklungen und deren Konsequenzen für Allianzpolitik. Er ging auf erhebliches amerikanisches Handelsbilanzdefizit letzter Jahre ein, das sich jedoch schnell vermindern werde. US-Wirtschaft müsse stärkere Absatzanstrengungen im eigenen Land unternehmen, wodurch Einfuhren abgeschwächt und Defizit von 160 Mrd. Dollar jährlich ausgeglichen oder sogar positive Bilanz erreicht werden könne. Ausfuhrländer hätten sich dem anzupassen und Binnenkonjunktur entsprechend zu verstärken.

Er unterstrich neue Dimension von Technologie und Wissenschaft, womit u. a. verminderte Nachfrage nach herkömmlichen Rohstoffen (Bauxit, Kupfer, Nickel,

Fortsetzung Fußnote von Seite 860

um ein juristisches Problem handle. [...] Die Sitzung hat gezeigt, daß USA großes Interesse an baldigem Fortschritt einer Vereinbarung mit den Stationierungsländern hat, weil sie ohne eine solche den INF-Vertrag mit der Sowjetunion nicht abschließen kann. Andererseits ist die Erarbeitung der entsprechenden Bestimmungen noch in vielen Punkten unausgereift [...]. Die amerikanische Sorge, der Sowjetunion durch direkte Vertragsbeziehungen zu den Stationierungsländern eine Hintertür in ihrer Verantwortung zur Vertragserfüllung gegenüber den USA einzuräumen, ist sehr groß.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2667/2668; VS-Bd. 11362 (220); B 150, Aktenkopien 1987.

¹ Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 11.

Hat Vortragendem Legationsrat Bertram am 17. Juni 1987 vorgelegen, der um Wiedervorlage bat und die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Freiherr von Stackelberg, Legationsrat I. Klasse Burkhardt und Legationssekretär Klepsch verfügte.

Hat Stackelberg und Burkhardt am 19. Juni 1987 vorgelegen.

Hat Klepsch am 22. Juni 1987 vorgelegen.

Hat Bertram erneut vorgelegen.

Stahl usw.) einhergehe, die durch synthetische Erzeugnisse ersetzt würden. Hier könnten sich für bestimmte Entwicklungsländer erhebliche Probleme stellen. Ferner wies er auf die stürmische Entwicklung in der Biotechnologie, die strukturelle Veränderungen in der Agrarwirtschaft und Vermeidung von Überproduktion erfordere, sowie auf neue „managerial practise“ und Fortschritte in Informatik hin.

Diese neuen Entwicklungen seien regierungsseitig nur schwer zu steuern. Sie hätten erheblichen Einfluß auf Außenpolitik sowie im militärischen Bereich. Hier sei der Westen mit seinen offenen Gesellschaften im Vorteil. China habe dies seit längerem erkannt und öffne sich nach innen und außen, um Schritt halten zu können. Auch Gorbatschow habe sich dieser Problematik zu stellen. Spätestens habe ihn Tschernobyl² lehren³ müssen, daß es nicht länger möglich sei, eigenen ...⁴ Stand über wichtige Entwicklungen im Unklaren zu lassen. Trotz aller damit verbundenen Vorteile für westliche Gesellschaften gehe dieser Trend mit weltweiten Machtverschiebungen zuungunsten USA, Westeuropas, aber auch SU einher. Im Jahre 2000 werde China hinsichtlich des Gesamtvolkseinkommens weltweit an vierter Stelle stehen. Es würden mehr und mehr „centres of excellence“ entstehen, in denen wissenschaftliche Spitzenleistungen erbracht würden, wie z. B. im Bereich der Stockleiter.

Damit verbunden würden sich zunehmend Spannungen im religiösen und ethnischen Bereich ergeben. Beispiel: Sri Lanka. Diese gewaltigen Änderungen würden besonders Auswirkungen auf SU haben.

Was sei zu tun? Wie müsse man auf diese Spannungen und Chancen reagieren, wie sich verteidigen? Welche Schlußfolgerungen seien für Waffenmodernisierungen, Rüstungskontrolle, Ressourcenstrategie zu ziehen? Die Art der Antwort sei sehr wesentlich. Friedliche und dauerhafte Beziehungen mit SU seien wichtig. Gorbatschow spüre diese Veränderungen und versuche, sich ihnen anzupassen. Unabhängig von seiner Person habe SU auf Dauer ohnehin keine andere Wahl.

Weiteres Stichwort dieser von Shultz offenbar aus dem Stegreif vorgetragenen Betrachtungen war gesteigerte „Out-of-area“-Problematik, deren weltweite Herausforderungen („global challenges“) Auswirkungen auf Allianz haben würden. Gleichwohl werde Europa nach wie vor im Mittelpunkt stehen. Hier sei die Gefahr, daß Konfrontation zum Weltkrieg werde, am größten und Abschreckung am meisten geboten.

INF-Abkommen werde Wendepunkt darstellen. Es stelle wesentlichen Erfolg Bündnisses dar. Obwohl Präsident⁵ längerfristig von Kernwaffen abgehen wolle, sei deren Existenz für absehbare Zukunft unerlässlich und nukleare Abschreckung und Strategie flexibler Antwort⁶ nicht zu ersetzen. Amerikanische Nuklearpotentiale würden in Europa verbleiben. Auf beiden Seiten gebe es hier nach wie vor eine „schockierend große Zahl“. Unser Vorgehen bei INF sei richtig gewesen. Es gelte, stark zu bleiben und Bündniseinheit zu wahren, realistisch und wachsam zu sein. Dann werde sich Erfolg einstellen.

² Zum Reaktorunfall von Tschernobyl am 26. April 1986 vgl. Dok. 26, Anm. 16.

³ Korrigiert aus: „lernen“.

⁴ Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

⁵ Ronald W. Reagan.

⁶ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 4, Anm. 17.

Die bei INF bewährte Strategie müsse auch im konventionellen Bereich angewandt werden. Hier sei Rüstungskontrolle sehr wichtig. Es gehe jedoch auch um Verbesserungen vorhandener Waffen, worüber nicht nur geredet werden dürfe. Auch insoweit seien aus INF die Lehren zu ziehen. Der Westen besitze die notwendigen Mittel. Wir hätten eineinhalbmals mehr Menschen und das zweieinhalbfache Sozialprodukt des Ostens. Das müsse systematischer genutzt werden. Bisher würden wir trotz dieser unserer Überlegenheit vom Osten hinsichtlich Effizienz in den Schatten gestellt („outproduced“). Es gebe viel zu tun. Shultz unterstrich Wichtigkeit von KSZE. Es gelte auf Implementierung Menschenrechten zu bestehen. Letztlich liege dies auch im Interesse SU. Für von dieser vorgeschlagenen Menschenrechtskonferenz in Moskau⁷ müßten wir hohen Preis fordern und, falls dieser nicht entrichtet wird, ablehnen. Uns genügten keine Worte. Entscheidend für uns sei das sowjetische Verhalten.

Hinweis auf Afghanistan und andere Drittwelt-Probleme sowie auf Schwierigkeiten SU mit ihren Alliierten.

Auch beim Terrorismus hätten wir Fortschritte gemacht, deren Momentum aufrechtzuerhalten sei. NATO sei in fast vier Jahrzehnten ihres Bestehens erfolgreichste Allianz aller Zeiten gewesen. Sie beinhalte enorme Chancen, aber auch Probleme.

BM Genscher pflichtete Shultz bei. Bündnis habe nicht an Lebenskraft verloren, sondern an Vitalität gewonnen. Dies liege nicht nur an sowjetischer Herausforderung, sondern an genuiner Übereinstimmung Partner in zentralen Fragen der Menschenrechte und Kriegsverhütung. Ökonomische und technologische Entwicklungen zeigten, daß es um mehr als nur militärische Probleme gehe. Wirtschaftliche und damit soziale Stabilität stellten wesentliche Elemente Friedenssicherung dar. Es gelte, sich auch Problemen Dritter Welt zu stellen. Tatsache, daß wir zunehmend Informationsgesellschaft und daß Monopolstrukturen unhaltbar würden, bedeute: Allianz nehme diese Herausforderung an, und als ...⁸ offener Gesellschaften sei sie dazu besser in der Lage als WP-Länder. Die neuen Entwicklungen im Osten seien nicht nur auf derzeitige Führung, die dortige Gesellschaftsordnung effizienter machen wolle, zurückzuführen. Hier hätten sich wirtschaftliche und technische Zwänge zur Öffnung ergeben. Man habe nur die Wahl zwischen dieser und Rückfall.

Die von Shultz aufgezeigte Entwicklung beinhalte für Osten größere Probleme als für uns. Wir hätten keinen Anlaß zu Kleinmütigkeit, falls wir engen Schlußschluß praktizierten. Unsere politische Strategie, wie sie im Doppelbeschluß⁹ implementiert worden sei, habe sich bewährt. Es gelte, stark und konsequent zu bleiben. Was jetzt in Genf¹⁰ verhandelt werde, beruhe auf westlichem, nicht

⁷ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse schlug in seiner Rede zur Eröffnung der KSZE-Folgekonferenz am 5. November 1986 in Wien vor, eine Menschenrechtskonferenz in Moskau abzuhalten. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 133–137 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 341.

⁸ Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

⁹ Für den Wortlaut des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUE 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

¹⁰ In Genf fanden die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen statt. Zu den INF-Verhandlungen vgl. Dok. 127.

auf östlichem Konzept. Dies treffe auch für CW, VSBM und KRK zu. Unsere Konzeption müsse weiterentwickelt werden, gerade auch im Zusammenhang mit KSZE-Prozeß. Er könne Shultz nur darin beipflichten, daß Menschenrechte wichtig seien. Auch hinsichtlich Afghanistans stimme er zu. Beendigung des Krieges sei von entscheidender Bedeutung. In Genf müsse amerikanische Verhandlungsposition nachhaltig von uns unterstützt werden (was, wie man wisse, in BR Deutschland gewisse Probleme aufgeworfen habe). Dieses Konzept gelte nicht nur für INF, sondern auch für START, CW und KRK. Beim heutigen Mittagessen habe es von allen Partnern Unterstützung dafür gegeben, daß 72 deutsche PIA kein Gegenstand Genfer Verhandlungen seien und nicht sein könnten. Dies sei eine wichtige gemeinsame westliche Position.

Er wolle noch einmal betonen, daß wir keinen Anlaß zu Kleinmut hätten. NATO sei auch künftig in der Lage, alle Probleme zu meistern. Man dürfe nicht nur reagieren, sondern müsse eigenes Konzept entwickeln und weiterverfolgen.

AM Clark pflichtete Shultz und BM grundsätzlich bei. Er wies jedoch auf Vorteile SU hinsichtlich Öffentlichkeitsarbeit hin. Hier ergäben sich häufig schwierige Probleme, die wir anpacken müßten. Tatsache, daß westliche Öffentlichkeit auf Kernwaffen angewiesene Strategie flexibler Reaktion häufig nicht verstehe, mache ihm Sorgen. Ähnliche Fragen stellten sich in anderen Bereichen, etwa der Agrarpolitik. Freiheitliche Systeme erlaubten häufig auch Hinnahme von Eigennutz. Unsere Gesellschaften müßten besser informiert werden. (Einwurf Carington: NATO benötige für Informationspolitik mehr Mittel.) Er stimme BM zu, daß zu Kleinmut kein Anlaß besteht. Er meine jedoch, daß sich Rat auf Ebene StV auch mit von ihm angesprochenen Problemen, vor allem im Informationsbereich, stärker als bisher befassen müsse.

¹¹AM Howe stimmte Clark zu. Es gelte, gemeinsame Antworten auf geschickte Öffentlichkeitsarbeit Gorbatschows zu formulieren. Man müsse ihn beim Wort nehmen, auch hinsichtlich Menschenrechten und Drittweltpolitik. Beziehungen SU zu anderen WP-Staaten hinsichtlich Glasnost müßten analysiert und ihre Schwierigkeiten genutzt werden. Zu vieles sei bei uns „ritualisiert“. Bei derartigen Treffen verwenden wir übermäßig Zeit auf Kommuniqués. KRK- und – soweit noch erforderlich – INF-Probleme müßten bei dieser Sitzung gelöst werden. Die von Shultz ausgelöste ...¹², die weitgehend auf Meinungsaustausch von Shultz und BM in Venedig¹³ beruhte, wurde im wesentlichen von diesen beiden bestritten. Sie eröffnete hinsichtlich Allianz-Philosophie wichtige neue Perspektiven, wurde jedoch durch Einführung britischen Papiers für Communiqué-Passage hinsichtlich Gesamtkonzepts Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik abgebrochen.¹⁴

¹¹ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 65 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

¹² Unvollständige Übermittlung des Drahtberichts.

¹³ Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. Juni 1987 anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels in Venedig auf. Der amerikanische Außenminister Shultz begleitete Präsident Reagan bei dessen Besuch vom 3. bis 11. Juni 1987 in Italien und im Vatikan.
Zum Weltwirtschaftsgipfel vgl. Dok. 171 und Dok. 176.

¹⁴ Zum britischen Papier bzw. zum Gespräch der Außenminister Genscher (Bundesrepublik), Howe (Großbritannien), Raimond (Frankreich) und Shultz (USA) am 11. Juni 1987 in Reykjavik vgl. Dok. 170.

4) Dieses Papier beruhte im wesentlichen auf dreiseitigen Gesprächen mit US und GB, in welche dann auch F eingeschaltet worden war.¹⁵ Dabei stellte Problem Nachfolgeverhandlungen über nukleare, in Europa stationierte landgestützte amerikanische und sowjetische ballistische Systeme unter 500km wesentliches Element dar. Obwohl es uns gelang, weitestgehend unsere Vorstellungen zur Geltung zu bringen, war Verabschiedung trotz längerer Erörterung aufgrund eines französischen Vorbehalts noch nicht möglich, da AM Raimond hierzu Weisung aus Paris einzuholen für erforderlich hielt. Siehe hierzu DB, Sitzung am 12.6.¹⁶

5) AM Clark machte längere Ausführungen über kürzliches kanadisches Weißbuch zu Sicherheitsfragen.¹⁷ Es stelle das erste Dokument dieser Art seit 16 Jahren dar, und er sei dankbar dafür, daß es im Bündnis ernsthafte und positive Aufnahme gefunden habe. Clark unterstrich, daß kanadische Sicherheit absolut untrennbar von derjenigen Europas sei. Nach dem Regierungswechsel¹⁸ habe man die dort stationierten Truppen verstärkt.

Es sei jedoch notwendig gewesen, auch pazifische Region, Arktis und arktischen Ozean in Rechnung zu stellen. Nicht zuletzt Modernisierung der Flotte (u.a. sechs neue Fregatten, Modernisierung von drei Zerstörern und Bau von zehn bis zwölf nuklear betriebenen U-Booten, Hubschrauber zur Bekämpfung von U-Booten, neue Minenbekämpfungsfazilitäten), Verstärkung des Engagements bei NORAD¹⁹, z.B. durch AWACS-Flugzeuge. Man versuche, Glaubwürdigkeit kanadischer Präsenz in Europa zu erhöhen (neue Kampfpanzer, mehr Truppen, zusätzliche Lufttransportkapazitäten). Mindestens zweiprozentiges jährliches Wachstum Verteidigungshaushalts mit zusätzlichen Erhöhungsmöglichkeiten.

N-AM Stoltenberg wies auf Problem CAST-Brigade hin.²⁰ Man begrüße es jedenfalls, daß Kanada sich hier Schwierigkeiten bewußt sei, weswegen Weißbuch

¹⁵ Mit Drahtbericht Nr. 773 übermittelte Gesandter Graf zu Rantzau, Brüssel (NATO), am 4. Juni 1987 das britische Papier „INF Arms Control and European Security Declaration Adopted by Foreign Ministers at Reykjavik“. Vgl. VS-Bd. 12096 (201).

Botschafter Hansen, Brüssel (NATO), berichtete am 9. Juni 1987: „In soeben beendeter einstündiger Unterredung GS mit Botschaftern D, GB und US habe ich betont, daß am 5.6. zu dritt erarbeiteter Text unsererseits bereits erhebliches Entgegenkommen darstelle und daß uns weitere Flexibilität keinesfalls möglich sei. GS meinte, GB werde einlenken müssen, um so mehr, als D und US auf höchster Ebene Einigung erzielt hätten.“ Hansen informierte ferner, ein weiteres Problem „stelle Art der Einschaltung von F möglichst vor morgiger Ratssitzung StV dar. Ich habe Bereitschaft erklärt, mit französischem Kollegen zu sprechen. Botschafter GB bat jedoch darum, dies erst zu tun, wenn allgemeines grünes Licht seitens London vorliege.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 798; VS-Bd. 12096 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

¹⁶ Botschafter Hansen, z.Z. Reykjavik, berichtete über die NATO-Ministerratstagung, in der „Sitzung im kleinsten Kreis am 12.6. vormittags“ sei eine Einigung über die Erklärung erzielt worden. Der amerikanische Außenminister Shultz habe dem stellvertretenden NATO-Generalsekretär Guidi seinen Dank für die Arbeit ausgesprochen, „die mit manchen Frustrationen verbunden gewesen sei“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 66 vom 12. Juni 1987; VS-Bd. 12096 (201); B 150, Aktenkopien 1987. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. NATO FINAL COMMUNIQUÉS 1986–1990, S. 15–17. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 382–384.

¹⁷ Für den Wortlaut des Verteidigungsweißbuchs der kanadischen Regierung vom 5. Juni 1987 vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 483–494 (Auszug).

¹⁸ Nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Trudeau am 30. Juni 1984 übernahm der neue Vorsitzende der Liberalen Partei, Turner, das Amt des Regierungschefs. Die Parlamentswahlen am 4. September 1984 erbrachten einen Wahlsieg der Fortschrittlichen Konservativen Partei, in deren Folge ihr Vorsitzender Mulroney am 17. September 1984 das Amt des Ministerpräsidenten übernahm.

¹⁹ North American Aerospace Defense Command.

²⁰ Botschafter Behrends, Ottawa, berichtete am 20. März 1987, er habe am Vortag ein Gespräch mit dem kanadischen Verteidigungsminister Beatty über die kanadische CAST-Brigade in Norwegen

auch von Notwendigkeit Ersatzes spreche. Appell auch an andere Bündnispartner, sich dessen bewußt zu sein. Clark meinte hierzu, daß CAST-Brigade²¹ Aufgaben in NWG nicht mehr leisten könne, wie dies auch bei Manövern deutlich geworden sei. Er sei für aufgeschlossene Einstellung NWG dankbar. GS lobte Weißbuch als vorbildlich.

6) AM Fernández-Ordóñez ging auf militärischen Beitrag E zu Allianz ein, der möglich sei, obwohl sein Land formal ja außerhalb militärischer Integration bleibe:

- Teilnahme an Planungsmechanismen, womit Rationalisierung spanischer Verteidigungspolitik verbunden sei. Man werde im Sommer hierzu Papier vorlegen.
- Militärische Beiträge zum Bündnis durch „coordination agreements“ im Rahmen von MC 299²². Hinsichtlich Zusammenarbeit im Bereich Luftverteidigung werde spanisches Team in Kürze SHAPE besuchen.
- Mitwirkung an Übungen und Manövern. Bisher schon „Dogfish“, künftig auch „Ocean Safari“. Beteiligung an einschlägiger Planungskonferenz bei SHAPE.
- Noch in diesem Jahr Zeichnung der verwaltungsmäßigen „complementary agreements“.

Dank an GS, IS²³, IMS²⁴ und drei MNCs²⁵.

7) Auf Bitten von Shultz berichteten mehrere AM über unmittelbare Eindrücke kürzlicher Besuche in Moskau, Warschau und Sofia.

Halefoglu: Gorbatschow, der im Politbüro nunmehr weitgehende Mehrheit besitze, sei Vertreter neuer Generation. Er betreibe zusammen mit seiner Ehefrau²⁶ geschickte Öffentlichkeitspolitik. Relevanz von Glasnost, wobei Tschernobyl wichtige Rolle gespielt habe. Hinweis darauf, daß verschiedene ausländische Sender nicht mehr gestört werden. Allerdings sei mit wirklicher Demokratisierung in absehbarer Zeit nicht zu rechnen. Man wolle Konsumgüterindustrie stärken, was wichtiger Grund für Rüstungskontrollbemühungen darstelle. Immer

Fortsetzung Fußnote von Seite 865

geführt: „Zu der von Kanada beabsichtigten Aufgabe des Verstärkungsauftrags in Nordnorwegen führte Beatty aus, dieser Auftrag sei militärisch unglaublich und trage daher nicht zur Abschreckung bei. Die Übung ‚Brave Lion‘ habe gezeigt, daß die Transportzeit der CAST-Brigade mindestens 21 Tage betrage, die CAST-Brigade vor Ausbruch von Feindseligkeiten in Nordnorwegen eintreffen müsse, weil [sie] nicht in der Lage sei, unter Kriegsbedingungen zu landen, und Kanada nicht in der Lage sei, die Brigade in Nordnorwegen zu versorgen. Kanada habe den Verstärkungsauftrag 1968 als Kompensation für die drastische Reduzierung der in Deutschland stationierten kanadischen Streitkräfte durch die Regierung Trudeau übernommen. Die damalige Verpflichtung Kanadas sei politische Kosmetik gewesen; militärisch sei sie nie sinnvoll gewesen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 172; VS-Bd. 12113 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

²¹ Korrigiert aus: „hierzu, CAST-Brigade“.

²² Für die Military Decision Nr. 299 des NATO-Militärausschusses vom 8. Mai 1985 („A Report by the Military Committee to the Defence Planning Committee on the Conceptual Military Framework for NATO Defence Long Term Planning“) vgl. VS-Bd. 15100 (201).

²³ Internationaler Stab.

²⁴ International Military Staff.

²⁵ Major NATO Commanders.

Lee Baggett (Supreme Allied Commander Atlantic, SACLANT), Nicholas Hunt bzw. seit Mai 1987 Julian J. R. Oswald (Commander in Chief Allied Command Channel, CINCHAN) und Bernard W. Rogers (Supreme Allied Commander Europe, SACEUR).

²⁶ Raissa Gorbatschowa.

noch geschlossene Gesellschaft, die zu öffnen wir helfen müßten. Gromyko habe sich wie früher eingelassen, was immerhin bedeute, daß man auch jenseits von Sprachregelungen Meinungen äußern dürfe. Türkei sei sich russischen Drangs nach warmen Meeren seit jeher bewußt. Afghanistan sei vielleicht als erster Schritt auf Weg zum Indischen Ozean konzipiert gewesen. Hinweis darauf, daß SU Bulgarien an Verfolgung türkischer Minderheit nicht hindere. Betonung Wichtigkeit Rüstungskontrolle im nuklearen Bereich auf niedrigstmöglichem Niveau. Allianz sei auf richtigem Wege, auf dem, sofern es in unserem Interesse liege, fortgeschritten werden müsse.

Raimond²⁷: Gorbatschow verfolge in der Tat Reformpolitik. Nicht zuletzt neuer Vierjahresplan, der 1990 beginne, werde erweisen, inwieweit man wirtschaftliche Umstellungen vorzunehmen bereit sei. Bei Menschenrechten gewisse Fortschritte. Bei Frühstück mit Refusniks sei von diesen jedoch geltend gemacht worden, daß es insoweit noch erhebliche Widerstände gebe. Hinweis auf Öffnungsprobleme in anderen WP-Ländern, z.B. Polen, das er im April besucht habe.²⁸ In SU gebe es nationalen politischen Grundkonsens, der bei anderen WP-Ländern im Verhältnis zu Moskau fehle. Deswegen seien dort Entwicklungen stärker durch Destabilisierungsprozesse gefährdet. Chirac habe in Moskau klargemacht, daß es hinsichtlich Öffnung noch andere Probleme als im Rüstungskontrollbereich gebe. SU wolle Afghanistan verlassen, dessen Invasion²⁹ man als Irrtum erkannt habe, wobei sich jedoch Problem stelle, wer dort nach Rückzug Macht ausübe.

Poos: Er habe im April mit Schewardnadse, Ryschkow und Woronzow mehr als zehn Stunden gesprochen³⁰, wobei Ryschkow der „härteste und rückständigste“ gewesen sei. Man wolle kein neues System, sondern das alte effizienter machen. Hinweis darauf, daß westliche Staatsmänner unzensiert im sowjetischen Fernsehen zu Wort kommen könnten. Fortschritte im Menschenrechtsbereich. Bei Zusammentreffen mit Widerständlern hätten diese betont, daß es noch viele politische Gefangene gebe. Er habe Liste mit Namen präsentiert, die anzunehmen Schewardnadse sich nicht geweigert habe. Von ihm sei allerdings unterstrichen worden, in Frage stehende Personen hätten gegen Gesetze verstoßen. Antwort sei zugesagt worden, doch habe man seither nichts mehr darüber gehört. Wir sollten auf Globalität Öffnungsprozesses insistieren. Es gehe nicht nur um Abrüstung, sondern etwa auch um KSZE-Fragen. GS habe bei heutiger Eröffnungssitzung zu Recht drei Schlüsselbegriffe betont: Realismus, Wachsamkeit, geistige Offenheit.

Tindemans: Bei seinem Besuch in Warschau³¹ habe Jaruzelski Gorbatschow ausdrücklich gelobt und unterstrichen, Beziehungen beider Länder seien niemals so gut gewesen wie jetzt. Er habe schlechte Wirtschaftslage beklagt und moniert, daß mangelndes westliches Entgegenkommen Polen zwingt, seinen

²⁷ Der französische Außenminister Raimond begleitete Ministerpräsident Chirac bei dessen Besuch vom 14. bis 16. Mai 1987 in der UdSSR. Vgl. dazu Dok. 146, Anm. 2.

²⁸ Der französische Außenminister Raimond besuchte Polen vom 10. bis 12. April 1987.

²⁹ Am 24. Dezember 1979 intervenierten Streitkräfte der UdSSR in Afghanistan. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395.

³⁰ Der luxemburgische Außenminister Poos hielt sich am 21./22. April 1987 in der UdSSR auf.

³¹ Der belgische Außenminister Tindemans besuchte Polen vom 17. bis 19. Mai 1987.

Handel stärker auf SU einzustellen. Bitte um Hilfe bei Schuldenregelung im Pariser Club.³²

Andreotti: In Moskau³³ habe er darauf hingewiesen, daß Zustandekommen Nahost-Konferenz³⁴ durch Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel erleichtert würde. Bemerkenswerterweise sei ihm geantwortet worden, dieses Problem sei ohne größere Schwierigkeiten zu lösen. Bei Entbannung Sacharows³⁵, der von Gorbatschow sogar Geschenk erhalten habe, werde er an Behandlung von Benedetto Croce in faschistischer Zeit erinnert, dem zur Imagepflege die Herausgabe einer – vergleichsweise harmlosen – philosophischen Zeitschrift gestattet worden sei. Bei Besuch in Sofia³⁶ habe man „neue Politik“ SU ironisch damit abgetan, diese werde in Bulgarien schon lange praktiziert. Bei kürzlichem Aufenthalt Jaruzelskis in Rom³⁷, der auch im Quirinal Gespräche geführt habe, sei von diesem bemerkt worden, es komme bei einem Stock nicht so sehr auf dessen Gewicht, sondern auf mangelnde Kraft und Reflexvermögen dessen an, der ihn gebrauche.³⁸ In Polen unterscheide sich Lage schon wegen „katholischer Identität“ von derjenigen anderer WP-Länder.

8) GS dankte E dafür, daß es für Frühjahrskonferenz 1988 in Madrid Gastgeberrolle zu übernehmen bereit sei.³⁹

9) Sitzung diene allgemeinem Meinungsaustausch, der neuen politischen Herausforderungen Bündnis angesichts Entwicklungen in Osteuropa und weltweit Rechnung trug. Dabei ergab sich Übereinstimmung in allen wesentlichen Fragen.

Angesichts bis zum Abend im kleinen Kreis noch nicht voll gelöster Probleme im KRK-Bereich zwischen F und US⁴⁰ hatte sie – von Erörterung INF-Frage (s. Ziffer 4) abgesehen – noch keinen operativen Charakter.

[gez.] Hansen

VS-Bd. 12096 (201)

³² Zur Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten vgl. Dok. 121, Anm. 19 und 21.

³³ Der italienische Außenminister Andreotti hielt sich am 26./27. Februar 1987 in der UdSSR auf.

³⁴ Zur Frage einer Internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten vgl. Dok. 52.

³⁵ Zur Aufhebung der Verbannung des sowjetischen Atomphysikers und Dissidenten Sacharow vgl. Dok. 25, Anm. 32.

³⁶ Der italienische Außenminister Andreotti besuchte Bulgarien am 13./14. Februar 1987.

³⁷ Staatsratsvorsitzender Jaruzelski hielt sich vom 12. bis 15. Januar 1987 in Italien und im Vatikan auf.

³⁸ So in der Vorlage.

³⁹ Die NATO-Ministerratstagung fand am 9./10. Juni 1988 in Madrid statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

⁴⁰ Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien sowie den Differenzen zwischen Frankreich und den USA vgl. Dok. 101.

Botschafter Holik, z. Z. Reykjavik, berichtete am 11. Juni 1987: „Am Rande der NATO-Ministerkonferenz in Reykjavik ist es im Fünferkreis – mit unserer aktiven Mitwirkung – gelungen, Einigung über die zwischen den USA und Frankreich umstrittenen Fragen zum Verhältnis der angestrebten KRK-Verhandlungen zum KSZE-Prozeß und zur KVAE zu erzielen.“ In einem Papier werde dazu festgehalten: „A) The negotiations on CSBMs and the negotiations on conventional stability should take place within the framework of the CSCE process. The conventional stability negotiations will be limited to the 23 countries belonging to the two alliances. B) Neither the mandate agreed by the 23, nor the negotiating process, nor the results should be susceptible to [amendment] by the 35. C) The decision taken by the alliance last December, that a situation must not develop in which the negotiations on conventional stability take place in the absence of negotiations on CSBMs, is confirmed. D) The two distinct negotiations, at 23 on stability and at 35 on confidence and security-building measures, should each be the subject of a separate mandate. Both should figure in the Vienna CSCE final document.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 7; VS-Bd. 11539 (221); B 150, Aktenkopien 1987.

175

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Seitz

02-328/87 geheim

16. Juni 1987¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³Betr.: Französische Ziele und Interessen in der Sicherheits- und Abrüstungs-
politik

I. Entsprechend einer Umfrage von Louis Harris für das französische Wochenmagazin „L'Express“ (24. April 1987)⁴ sprechen sich 51 % der französischen Bevölkerung dafür aus, daß die französische Abschreckungsstreitmacht den Schutz des Territoriums der Bundesrepublik Deutschland sichern sollte.

Dieses Ergebnis macht den Prozeß des Umdenkens in Frankreich über die Grundpositionen der eigenen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik deutlich. Es wird eine Entwicklung sichtbar, die auf die Überwindung der Politik de Gaulles einer strikten Unabhängigkeit und Entscheidungsautonomie in sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen hinausläuft.

1) Diese Suche nach einem neuen sicherheitspolitischen Konzept Frankreichs wird erstens bestimmt durch das Ziel, den Status quo einer nuklearen Welt zu erhalten, d.h. die Aufrechterhaltung des auf nuklearer Abschreckung beruhenden Verhältnisses zwischen West und Ost.

VM Giraud in „Die Welt“ vom 21.5.87⁵: „Frankreich will den Frieden wie die anderen Staaten Westeuropas auch, das heißt das Gleichgewicht durch Abschreckung.“⁶

PM Chirac vor dem IHEDN⁷ am 12.9.1986⁸: „Es wäre unvernünftig zu glauben, es gebe für unser Land – noch auf lange Zeit – eine Alternative zur atomaren Abschreckung.“

¹ Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Gerdts konzipiert.

² Hat Staatssekretär Sudhoff am 16. Juni 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ein interessantes Papier!“

³ Hat Bundesminister Genscher am 20. und 21. Juni 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „r[ichtig]“. Ferner bat Genscher die Staatssekretäre Ruhfus und Sudhoff, die Staatsminister Adam-Schwaetzer und Schäfer, Ministerialdirektor Bertele, Botschafter Holik und Ministerialdirektor Seitz sowie „gelegentl[ich]“ Ministerialdirigent von Ploetz um Rücksprache.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 22. Juni 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Seitz verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnabach am 22. Juni 1987 vorgelegen, der die VS-Registratur bat, je eine Ablichtung zu fertigen für Ruhfus und Sudhoff, Adam-Schwaetzer und Schäfer sowie Bertele, Holik und Ploetz.

Hat Legationsrat I. Klasse Gerdts am 15. Juli 1987 erneut vorgelegen.

⁴ Vgl. die Artikel „Défense: les Français croient en l'Europe“ und „Quelle défense voulez-vous?“; L'EXPRESS vom 24. April 1987, S. 5–7 bzw. S. 8f.

⁵ Korrigiert aus: „20.5.87“.

⁶ Vgl. den Artikel „Die Abrüstung sollte bei den Arsenalen der Großen beginnen“; DIE WELT vom 21. Mai 1987, S. 6.

⁷ Institut des Hautes Études de Défense Nationale.

⁸ Für den Wortlaut der Rede des Ministerpräsidenten Chirac in Paris vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1986 (September/Oktober), S. 19–23. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 32–37 (Auszug).

AM Raimond vor der Atlantik-Konferenz am 7.11.1986⁹: „Es wird unmöglich sein, die nukleare Abschreckung noch in unserer Lebenszeit abzulegen.“

2) Der zweite wesentliche Faktor, der die Umbruchphase in der französischen Sicherheitspolitik bestimmt, ist das Bemühen Frankreichs, seinen Wunsch nach weitestgehender Aufrechterhaltung seiner Unabhängigkeit mit der Notwendigkeit zu einer Zusammenarbeit mit den europäischen Partnern, insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, zu harmonisieren.

Frankreich gründet auf den Besitz nuklearer Streitkräfte

- nicht nur seine Sonderrolle als hervorgehobene Mittelmacht und
- die Sicherheit seines nationalen Territoriums und den Schutz seiner vitalen Interessen,
- sondern auch seine Unabhängigkeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Eine Reihe von Veränderungen im politischen und militärstrategischen Umfeld haben aber dazu geführt, daß F seine Unabhängigkeit in der Sicherheitspolitik einschränken muß, um seine Sonderrolle als hervorgehobene Mittelmacht und die Sicherheit seines Territoriums weiterhin garantieren zu können. Die Frage, wieviel Unabhängigkeit aufgegeben werden kann und soll, hat die französische Strategiedebatte ausgelöst.

3) Zu den Faktoren, die das politische und militärstrategische Umfeld verändert haben, gehören:

- eine befürchtete Schwächung der amerikanischen Nukleargarantie für Europa, die Frankreich
 - in einem Abzug amerikanischer Nuklearwaffen aus Europa (Entkoppelung) und
 - in einem möglichen, auf Defensivstrukturen angelegten Wandel des strategischen Verhältnisses zwischen USA und SU (SDI) sieht;
- eine verstärkte Bedrohung in Europa durch den Aufwuchs und die Modernisierung sowjetischer nuklearer und konventioneller Streitkräfte, der auf der anderen Seite ein schwindendes Bedrohungsgefühl in Teilen Westeuropas in der Gorbatschow-Ära gegenübersteht;
- die Sorge vor einem Abdriften der Bundesrepublik Deutschland in einen „nationalen Neutralismus“, die sich vor allem speist aus
 - einer auf Dynamik angelegten deutschen West-Ost-Politik und¹⁰
 - einer deutschen Friedensbewegung;
- das beschleunigte Tempo der technologischen Entwicklung (SDI), das Frankreich aus eigenen Kräften nicht mehr mithalten kann und das bei einer Modernisierung der eigenen Streitkräfte zu einer unerwünschten Abhängigkeit von den USA führen könnte.

⁹ Für den Wortlaut der Rede des französischen Außenministers Raimond in Saint-Paul-de-Vence vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1986 (November/Dezember), S. 27–30.

¹⁰ Der Passus „einer ... und“ wurde von Staatssekretär Sudhoff durch Fragezeichen hervorgehoben.

- Abrüstungsverhandlungen in Europa im nuklearen (LRINF/SRINF) sowie im konventionellen (KRK) Bereich, durch die Frankreich seine eigenen Streitkräfte bedroht sieht.

4) Als Reaktion auf diese Entwicklungen zeichnet sich vorläufig eine Doppelstrategie der französischen Politik ab:

- Die europäischen Partner, insbesondere die Bundesrepublik Deutschland, sollen in eine intensivierte Zusammenarbeit zur Verwirklichung der französischen Interessen eingebunden werden (Stärkung des europäischen Pfeilers, WEU, deutsch-französischer Ausschuß für Sicherheit und Verteidigung).
- Dieser auf Dynamik angelegten Kooperationspolitik steht eine auf Beharren bzw. Bremsen angelegte Politik im Abrüstungsbereich gegenüber.

II. Entwicklungen in der französischen Strategiedebatte

Die Argumente und Überlegungen der Strategiedebatte in Frankreich stellen die Grundpositionen der bisherigen französischen Verteidigungspolitik de Gaullescher Prägung in Frage, die die strikte Unabhängigkeit und Entscheidungsautonomie Frankreichs in verteidigungs- und sicherheitspolitischen Fragen und der Beschränkung der Aufgabe seiner Nuklearwaffen auf die Sanktuarisierung des eigenen Territoriums postulieren.

1) Aus offiziellen französischen Äußerungen wird deutlich, daß die enge Fixierung auf die französischen Sicherheitsinteressen aufgegeben und die Existenz gemeinsamer Sicherheitsinteressen im europäischen Rahmen akzeptiert wird. U.a. hat dies PM Chirac in seiner Rede vor dem IHEDN (12.9.86) zum Ausdruck gebracht: „Frankreich (wird) sich mehr und mehr der europäischen Dimension seiner Sicherheit bewußt.“ Ausfluß dieses Umdenkens ist u. a. Chiracs Vorschlag zur Formulierung einer gemeinsamen Sicherheitscharta¹¹ und die erklärte französische Absicht zur Stärkung des europäischen Pfeilers.

Mit dieser erweiterten Definition der französischen Sicherheitsinteressen zeichnet sich ebenfalls eine Abkehr vom Glacis-Denken gegenüber der Bundesrepublik Deutschland ab: Französische Politiker haben wiederholt die gemeinsamen Interessen Fs und Ds bestätigt und die Sicherheitsschwelle Frankreichs an die Grenze des Nachbarn verlegt.

- VM Hernu in Münsingen am 20.6.1985.¹² In einem Interview mit dem DLF am 21.7.1985 bestätigte Hernu noch einmal, daß er als erster französischer Verteidigungsminister die gemeinsamen Sicherheitsinteressen Fs und Ds zum Ausdruck gebracht habe.
- In der Folgezeit sprach u. a. PM Chirac von der „Komplementarität bei den Sicherheitsinteressen“, die beiden Ländern gemein sind (IHEDN 12.9.86). In derselben Rede stellte er fest, „wenn über das Überleben der Nation an ihren

¹¹ Zu den Vorschlägen des Ministerpräsidenten Chirac vom 2. Dezember 1986 vgl. Dok. 23, Anm. 10.

¹² Um die gemeinsamen Sicherheitsinteressen Frankreichs und der Bundesrepublik zu verdeutlichen, verwies der französische Verteidigungsminister Hernu am 20. Juni 1985 in Münsingen anlässlich der deutsch-französischen Übung „Alliance“ auf die Anwesenheit von 50 000 französischen Soldaten in der Bundesrepublik, die Rüstungskooperation beider Staaten und die Tätigkeit des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung. Vgl. dazu den Auszug aus der Rede; Referat 201, Bd. 143386.

Der volle Wortlaut der Rede wurde am 2. August 1985 von Oberstleutnant i. G. Maginot, Paris, übermittelt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1777; Referat 201, Bd. 143331.

Grenzen entschieden wird, so wird über die Sicherheit der Nation an den Grenzen der Nachbarländer entschieden“.

- Eine fast gleichlautende Formulierung findet sich ebenfalls im Einführungstext des Programmgesetzes von 1986¹³.
- Der perspektivische Bericht des deutsch-französischen Ausschusses¹⁴ stellt einleitend die Gemeinsamkeit der Sicherheitsinteressen fest.
- Das sich abzeichnende erweiterte Sicherheitsverständnis der französischen Politik findet eine breite Unterstützung in der französischen Öffentlichkeit. Nach der Louis-Harris-Umfrage halten 78% der Befragten eine gemeinsame europäische Verteidigung eines Tages für möglich.

2) Im konventionellen Bereich wird eine Vornestationierung französischer Streitkräfte als sichtbarer Ausdruck des Einbezuges Deutschlands in die französischen Sicherheitsinteressen von der französischen Regierung derzeit noch abgelehnt. Als Argumente werden vorgebracht: Vermeidung eines automatischen Einbezugs französischer Streitkräfte in Verteidigungsoperationen; Wahrung der souveränen Entscheidungsautorität des Präsidenten; notwendige Unkalkulierbarkeit eines französischen Waffeneinsatzes für den Gegner. Es wird die quasi Reintegration in die NATO¹⁵ durch eine Eingliederung in die Vorverteidigung befürchtet.

Unter den politischen Parteien hingegen spricht sich die UDF offen dafür aus, daß Frankreich im Konfliktfall neben seinen Verbündeten an der Front kämpfen sollte (Weißbuch der UDF 1985).

Diese Position wird noch einmal bestätigt in einem Memorandum, das eine von der UDF initiierte Gruppe hochrangiger Militärexperten (Groupe Renouveau Défense) am 10.5.1987 veröffentlichte. (Diese Gruppe wird geleitet von dem ehemaligen Generalsekretär des Quai d'Orsay, Botschafter Soutou, und dem ehemaligen Generalstabschef Méry; ihre Mitglieder setzen sich aus Generälen und Botschaftern im Ruhestand zusammen.) In ihrem Memorandum wird u. a. gefordert, daß F offiziell erklärt, seine Verteidigung beginne an der Elbe, und daß F im Planungsausschuß der NATO seinen Platz einnehme, ohne daß dies eine Reintegration in die NATO bedeute.

Im politisch-akademischen Umfeld zählt Pierre Lellouche (stellvertretender Direktor des einflußreichen IFRI¹⁶) zu den engagiertesten Befürwortern einer französischen Vornestationierung. Sein Vorschlag sieht die Stationierung des II. französischen Korps und zweier Divisionen der FAR an der Elbe vor.

In der Louis-Harris-Umfrage sprachen sich 63% der befragten Franzosen für eine Teilnahme der französischen konventionellen Streitkräfte am Schutz der Bundesrepublik Deutschland aus.

3) Im nuklearen Bereich hatte es bereits unter Präsident Giscard d'Estaing Ansätze gegeben, die Schutzfunktion der eigenen Nuklearstreitkräfte über die

¹³ Zum Programmgesetz zur französischen Verteidigungspolitik vgl. Dok. 23, Anm. 6.

¹⁴ Zum „Bericht des deutsch-französischen Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung an die Außen- und Verteidigungsminister“ vgl. AAPD 1986, II, Dok. 281, besonders Anm. 7. Für den Bericht vgl. VS-Bd. 12083 (201).

¹⁵ Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus dem integrierten militärischen Kommando der NATO aus. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 48.

¹⁶ Institut français des relations internationales.

ausschließliche Sanktuarisierung des französischen Territoriums hinaus zu erweitern. Neben den Schutz des französischen Territoriums wurde zusätzlich der Schutz der „vitalen Interessen“ Fs als Aufgabe der Nuklearstreitkräfte gestellt: PM Chirac (unter Giscard) hatte 1975 bei der Indienststellung der ersten Pluton-Raketen festgestellt: „Wir (dürfen) uns nicht damit begnügen, unser eigenes Gebiet ‚sakrosankt‘ zu machen, sondern müssen über unsere Grenzen hinausschauen.“

Präsident Giscard d'Estaing brachte 1979 den Ausdruck des „erweiterten Sanktuariums“ in die Debatte.

PM Mauroy definierte 1981 als Aufgabe der französischen Abschreckungsmacht, „einen Gegner präventiv von einer Aggression gegen unsere lebenswichtigen Interessen und in erster Linie gegen unser Staatsgebiet abzuhalten“.

Allerdings hat diese Entwicklung in der offiziellen französischen Politik bis heute noch nicht zu einer eindeutigen Aussage des Einschlusses der Bundesrepublik Deutschland in die „vitalen Interessen“ Frankreichs geführt. Nach wie vor wird argumentiert, daß die Unbestimmtheit der vitalen Interessen das Risiko für den Gegner erhöhe.

Eine Nukleargarantie in Form einer „extended deterrence“ könnte F allerdings aufgrund der Struktur und Qualität seiner derzeitigen Nuklearwaffen heute auch noch nicht geben. Eine solche Möglichkeit könnte sich erst nach Durchführung des geplanten nuklearen Modernisierungsprogramms ergeben.

Unter den Politikern herrscht weitgehend Übereinstimmung, daß die Unabhängigkeit der strategischen Nuklearstreitkräfte – Einsatzplanung, Verfügungsgewalt – unangetastet bleiben muß und auch eine Ausweitung der Nukleargarantie nicht als realistisch betrachtet werden kann. PM Chirac erklärte vor dem IHEDN, daß man „sich nicht in unergiebigen Debatten über eine eventuelle Ausdehnung unserer atomaren Garantien verlieren solle!“

Dagegen steht, daß sich 51 % der befragten Franzosen dafür aussprachen, daß die französische Abschreckungsstreitmacht den Schutz des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland sichern solle.

Die Diskussion über die nuklearen Streitkräfte ist jedoch im Bereich der prästrategischen/taktischen Nuklearwaffen in Bewegung geraten. Die unterschiedlichen Positionen gruppieren sich um zwei verschiedene Auffassungen über den Einsatzmodus dieser Waffensysteme:

- als prästrategische oder
- als taktische Waffen.

Präsident Mitterrand hat diese Diskussion für die derzeitige offizielle Politik in dem Sinne entschieden, daß diese Nuklearsysteme kürzerer Reichweite als prästrategische Systeme eingebunden sind in die Gesamtheit der Abschreckungsstreitkräfte und als letzte Warnung (*ultime avertissement*) vor einem generellen nuklearen Schlag eingesetzt werden. Diese Definition wird von der Sozialistischen Partei mitgetragen.¹⁷

¹⁷ Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Gibt es dafür Belege?“

Demgegenüber tendieren PM Chirac und VM Giraud dazu, diese Systeme als taktische Nuklearwaffen im Sinne einer Feuerunterstützungswaffe zu definieren, die die Aufgabe haben, die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes auszugleichen.

Die von Mitterrand vertretene Position bedeutet eine engere Anbindung der prästrategischen an die strategischen Systeme und läßt damit einen geringeren Spielraum für Kooperationsvorhaben im prästrategischen Bereich. Dennoch hat sich der Präsident in der gemeinsamen Gipfelerklärung vom 28.2.1986 bereit erklärt, den Bundeskanzler über den eventuellen Einsatz der prästrategischen Waffen zu konsultieren.¹⁸ Entsprechend der engen Definition der prästrategischen Systeme wird diese Bereitschaft aber mit den bekannten Einschränkungen versehen: Notwendigkeit zur schnellen Entscheidung und der ausdrückliche Hinweis, daß Entscheidungen in dieser Sache nicht teilbar sind.

Mit großer Zurückhaltung wird die Frage deutsch-französischer Konsultationen über die Einsatzbedingungen prästrategischer Systeme noch in der RPR und der Sozialistischen Partei (PS) behandelt, wobei die PS allerdings eine wachsende Bedeutung der französischen Nuklearstreitkräfte neben den amerikanischen für die Sicherheit Europas anerkennt (PS, *La Sécurité de l'Europe*, 1985¹⁹).

Die Linie, die offenbar von Chirac und Giraud bevorzugt wird, wird in vollem Umfang von der UDF vertreten, die die taktischen Nuklearwaffen als potentielle Systeme für das Auskämpfen der Schlacht ansieht. Für die UDF „ist es klar, daß der Einsatz der französischen taktischen Nuklearwaffen nur in enger Verbindung mit unseren Alliierten, insbesondere den Deutschen, vorstellbar ist“ (Weißbuch 1985, S. 124). Die von der UDF ins Leben gerufene Gruppe von Militärexperten stellt dazu fest, daß F in Abstimmung mit seinen Verbündeten sein strategisches Konzept auf die Abschreckung im vorderen Bereich ausdehnen solle. Innerhalb der Regierung befürwortet Minister Bosson ausdrücklich einen Dialog zwischen F und D unter Einschluß von GB „über die Modernisierung unserer Atomwaffen und über die Doktrin des Einsatzes dieser Waffen“ (Interview in *France Inter*, 18.5.1987).

¹⁸ Für den Wortlaut der „Erklärung über ein Abkommen zwischen dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und dem Präsidenten der Französischen Republik“ zum Abschluß der deutsch-französischen Konsultationen am 27./28. Februar 1986 in Paris vgl. *BULLETIN* 1986, S. 180. Zu den Konsultationen vgl. ferner AAPD 1986, I, Dok. 61.

¹⁹ Über das „Positionspapier des PS-Exekutivbüros“ vom 2. Juli 1985 teilte Botschafter Schoeller, Paris, am 4. Juli 1985 mit, darin werde eine positive Bilanz der Entspannungspolitik gezogen, allerdings auch „von einer langfristigen Verhärtung der Ost-West-Konfrontation und des Wettkampfes der beiden Großmächte um politischen Einfluß und um Rüstungsvorsprung“ ausgegangen. Europa müsse „angesichts zunehmenden Rückgangs der Glaubwürdigkeit des US-Engagements schrittweise – im Rahmen des Bündnisses – zu mehr europäischer Solidarität, insbesondere zu mehr Selbständigkeit in der regionalen Nuklearabschreckung und klassischen Verteidigungsfähigkeit finden. Frankreich habe ein ‚intérêt essentiel‘ daran, daß sich sein Abschreckungspotential und seine Verteidigung zugunsten des ganzen westlichen Europas auswirkten, in erster Linie zugunsten der Bundesrepublik Deutschland.“ So müsse Frankreich „den Schutzbereich seiner Abschreckung über das eigene Territorium hinaus auf ganz Westeuropa ausdehnen. [...] Dabei müsse die Entscheidung über den Einsatz der Nuklearwaffen eine unabhängige französische bleiben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1569; Referat 201, Bd. 143331.

Für eine Zusammenfassung des Positionspapiers mit dem Titel „Die Sicherheit Europas“ vgl. den Drahtbericht Nr. 1584/1585 des Brigadegenerals von Wietersheim, Paris, vom 5. Juli 1985; Referat 201, Bd. 143331.

Auf derselben Linie entwickelt auch Pierre Lellouche seine Vorstellungen, indem er vorschlägt, daß F und D die Einsatzdoktrin für taktische Nuklearwaffen im Rahmen einer bilateralen nuklearen Planungsgruppe bei einer möglichen Beteiligung GBs harmonisieren.

Die Einsatzentscheidung wird aber auch bei den Befürwortern kooperativer Ansätze für die taktischen Nuklearsysteme dem französischen Präsidenten zugeordnet.

III. Unsere Interessen

Die von Frankreich angestrebte Politik einer intensiveren Zusammenarbeit mit uns und im westeuropäischen Rahmen im Bereich der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik ist aufgrund der noch laufenden Strategiediskussion bislang noch ohne klare Konturen geblieben. In der offiziellen Politik bleibt der Konflikt zwischen dem nach wie vor bestehenden Wunsch nach Aufrechterhaltung der eigenen Unabhängigkeit und dem wiederholt erklärten Bekenntnis zur Solidarität mit den Partnern weiterhin ungelöst. Das Kohabitationsverhältnis in Paris läßt weiterreichende Entscheidungen in der deutsch-französisch-europäischen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit vor den Präsidentschaftswahlen im März 1988²⁰ wenig wahrscheinlich erscheinen.

Das französische Bemühen um eine neue Gestaltung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit sollte und wird von uns zu einem Einwirken auf den französischen Umdenkungsprozeß im Sinne unserer Ziele und Vorstellungen genutzt.

Unser Interesse richtet sich darauf, im Rahmen einer deutsch-französischen Sicherheitspartnerschaft Frankreich unterhalb der Ebene einer vollen und formalen Reintegration in die NATO so eng wie möglich in das Konzept der Vorneverteidigung und die Strategie der flexiblen Reaktion²¹ einzubinden. Der Erfüllung dieses generellen Ziels dient die Verfolgung der folgenden einzelnen Ziele:

1) Im nuklearen Bereich:

- die gemeinsame Entwicklung von politischen Richtlinien für die Bedingungen des Einsatzes französischer prästrategischer Nuklearwaffen in Anlehnung und im Sinne der in der NATO vereinbarten General Political Guidelines (GPG²²);
- Konsultationen über die Zielplanung der prästrategischen Systeme;
- die Einrichtung eines Konsultationsmechanismus für die Freigabe prästrategischer Waffen;
- eine klare Ausweitung der „vitalen Interessen“ auf das Territorium der Bundesrepublik Deutschland in der deklaratorischen Politik Frankreichs, ohne damit jedoch eine Nukleargarantie von Frankreich zu fordern.²³

2) Im konventionellen Bereich:

Ein engeres Einbinden der I. Französischen Armee und der schnellen Eingreiftruppe (FAR) in das NATO-Konzept der Vorneverteidigung in Form von Absprachen zwischen französischen und NATO-Stäben, die zu einem quasi Einsatzauto-

²⁰ Die Präsidentschaftswahlen in Frankreich fanden am 24. April und 8. Mai 1988 statt.

²¹ Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 4, Anm. 17.

²² Zu den General Political Guidelines vgl. Dok. 55, Anm. 12.

²³ Der Absatz „1) Im nuklearen ... zu fordern“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Dazu Rücksprache!“

matismus im Rahmen der Vorneverteidigung führen. Zu den Schritten, die zu diesem Ziel führen, gehören:

- die Lockerung bzw. Aufgabe der Selbstbeschränkungen, denen Frankreich den Einsatz seiner Streitkräfte im Rahmen einer Verteidigung in Europa-Mitte unterworfen hat:
 - Aufgabe der Rolle einer reinen operativen Reserve, wie sie im Rahmen der Einsatzplanung für die I. Armee in den CINCENT-Operationsplänen seit 1982 definiert ist, zugunsten einer Vornestationierung französischer Verbände;
 - eine grundsätzliche Aufgabe der Bestimmung, daß östlich der Linie Rotterdam–Dortmund–München keine französischen Streitkräfte eingesetzt werden können. Diese Bestimmung ist Teil des Valentin-Ferber-Abkommens von 1974²⁴, das eine der vertraglichen Regelungen des Einsatzes französischer Streitkräfte im Rahmen der Verteidigung Europa-Mitte ist. De facto wurde diese Bestimmung von Frankreich bereits 1986 bei einer Heeresübung durchbrochen und wird im Rahmen des Manövers „Kecker Spatz“ 1987²⁵ ebenfalls keine Anwendung finden. Frankreich hat sich aber bisher zu einer grundsätzlichen Streichung dieser Klausel nicht bereit gefunden;
 - ein Einbezug der FAR in die Operationsplanung, wie dies für die I. Armee im Rahmen der CINCENT-Planung bereits geschehen ist.
- Weiterhin sollte die Einrichtung eines deutsch-französischen Sicherheitsraumes erreicht und nach außen deutlich dokumentiert werden
 - mit der Durchführung von deutsch-französischen Manövern mit Großverbänden in der Bundesrepublik Deutschland, wie sie im September dieses Jahres mit der Übung „Kecker Spatz“ mit dem Einsatz der FAR durchgeführt werden;
 - durch die Vereinbarung von Operationsplänen, die mit dem Einbinden des französischen Territoriums den fehlenden tiefen Raum der Verteidigung in Europa-Mitte schaffen;
 - durch den Einbezug des französischen Territoriums in die logistische Planung und
 - durch das Abhalten gemeinsamer Manöver in Frankreich.
- Weitere operative Zielsetzungen wie etwa
 - eine gemeinsame Truppen- und Führerausbildung,
 - eine Verbesserung der Interoperabilität der Streitkräfte, des Materials, der operativen und logistischen Verfahren und
 - eine Intensivierung der Rüstungskooperation
 sind bereits in den „perspektivischen Bericht“ von 1986 eingegangen.

²⁴ Am 3. Juli 1974 trafen der Befehlshaber der französischen I. Armee, Valentin, und der Oberbefehlshaber der Alliierten Truppen in Mitteleuropa (CINCENT), Ferber, eine Übereinkunft. Diese erweiterte die Vereinbarung zwischen dem Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Lemnitzer, und dem Chef des französischen Generalstabs, Ailleret, von 1967, die den Einsatz französischer Truppen in der Bundesrepublik im Verteidigungsfall regelte. Die Übereinkunft von 1974 bezog die französische I. Armee ein und regelte deren Zusammenwirken mit den NATO-Verbänden. Zur Vereinbarung von 1967 vgl. AAPD 1967, III, Dok. 330. Für das Abkommen von 1974 vgl. VS-Bd. 12211 (201).

²⁵ Zur deutsch-französischen Heeresübung „Kecker Spatz“ vom 17. bis 24. September 1987 vgl. Dok. 276.

III. Die französische Abrüstungspolitik

An dem französischen Taktieren im Zusammenhang mit den KRK-Konsultationen wird deutlich, daß Frankreich auf dem Hintergrund der noch andauernden Strategiedebatte konkrete Abrüstungsschritte in Europa eher als gefährlich anzusehen scheint. Dabei wird die französische Haltung vor allem von zwei Erwägungen geprägt:

- auf die Bundesrepublik Deutschland bezogen
 - die allgemeine Sorge, daß es Gorbatschow mit seiner „neuen Politik“ gelingen könnte, D de facto mehr und mehr aus dem Bündnis herauszulösen;
 - die Sorge, daß in D die Abrüstung an die Stelle von Verteidigungsanstrengungen tritt;
- auf die eigenen Streitkräfte bezogen
 - die Befürchtung, daß Abrüstungsverhandlungen in Europa im nuklearen wie konventionellen Bereich den Fortbestand der eigenen Streitkräfte gefährden;
 - die Befürchtung, daß KRK-Verhandlungen von der SU dazu benutzt werden, die hochtechnologische Weiterentwicklung, d.h. die Modernisierung der Waffen, zu beschränken oder gar weitestgehend zu verhindern.

Es sieht so aus, als ob Frankreich bislang an dem KRK-Prozeß teilgenommen hat, um nicht als abrüstungsfeindlicher Einzelgänger abgestempelt zu werden. Es ist Frankreich jedoch nicht gelungen, seine Interessen klar zu definieren und eine Verhandlungsposition zu entwickeln, die ein Steuern des Verhandlungsablaufs erlaubt, ohne Frankreich als Blockierer darzustellen:

1) Rücknahme bereits vereinbarter Verhandlungspositionen

Auch nachdem in der prozeduralen Foren-Frage jetzt ein Kompromiß vereinbart werden konnte²⁶, sind die substantiellen Fragen bezüglich des Mandates weiterhin ungelöst.

Die Distanzierungen von bereits im westlichen Kreis vereinbarten Verhandlungspositionen zu KRK machen die gegensätzliche Interessenlage zu uns besonders augenfällig.

- Der Ausschluß taktischer Flugzeuge und der Artillerie (beides dual einsetzbare Waffensysteme) dokumentiert die französische Sorge, die eigenen Nuklearstreitkräfte in Verhandlungen zur Disposition stellen zu müssen.
- Die Weigerung, bei einem Verhandlungsansatz gleicher Obergrenzen die französischen Streitkräfte auf westlicher Seite anrechnen zu lassen, macht deutlich, daß Frankreich seine vergleichsweise schwachen konventionellen Kräfte in ihrer Substanz bedroht sieht (französische Divisionen umfassen knapp die Hälfte der Truppenstärke deutscher Divisionen; sinkende Ausgaben für konventionelle Streitkräfte).
- Die Ablehnung des westlichen Verhandlungsansatzes, mögliche Reduzierungen nach dem Prinzip der Kollektivität vorzunehmen, entspricht ebenfalls dem

²⁶ Zur Einigung über das Verhältnis der Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) zum KSZE-Prozeß vgl. Dok. 174, Anm. 40.

französischen Bestreben nach nationaler Entscheidungsautonomie und dem Erhalt seiner konventionellen Streitkräfte.

2) Wir können auf ein konstruktives Mitwirken Frankreichs an der KRK nur hoffen, wenn es uns gelingt, F deutlich zu machen, daß auch wir ein Interesse an der Erhaltung der französischen nuklearen und konventionellen Streitkräfte und dem von ihnen geleisteten Beitrag für unsere Sicherheit haben. Wir sollten darauf hinweisen, daß wir gerade durch die von uns beabsichtigte Verzahnung der deutschen und französischen konventionellen Streitkräfte und unseren Wunsch nach einem engeren Abstimmungsmechanismus für die prästrategischen Waffen eine Stärkung unserer gemeinsamen Verteidigungsfähigkeit anstreben.

Wir müssen F davon überzeugen, daß wir einen Doppelansatz verfolgen: Erhaltung der militärischen Verteidigungsfähigkeit verbunden mit Rüstungskontrolle und Abrüstungsinitiativen. Auf diese Weise sollte der französischen Sorge vor einem Abrüstungssog in Europa, der die Verteidigungsfähigkeit des Westens gefährdet, entgegengewirkt werden.

Auf dieser Grundlage könnte bei F die Bereitschaft geschaffen werden, unsere Rüstungskontrollpolitik mitzutragen.

Seitz

VS-Bd. 14049 (02)

176

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Stoecker

VS-NfD

16. Juni 1987¹

Fernschreiben Nr. 34/35 Ortex

Zum Wirtschaftsgipfel von Venedig vom 8. bis 10. Juni 1987²

I. Vom 8. bis 10. Juni 1987 trafen sich in Venedig die Staats- und Regierungschefs der sieben großen Industrienationen³ und die Vertreter der Europäischen Gemeinschaft (belgische Präsidentschaft⁴ und EGK-Präsident⁵) zum 13. Wirtschaftsgipfel.

Auf deutscher Seite nahmen neben Bundeskanzler Kohl die Bundesminister Genscher, Stoltenberg und Bangemann teil.

¹ Ablichtung.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Gerhardt am 22. Juni 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Wagner verfügte und um Wiedervorlage bat.

Hat Wagner am 23. Juni 1987 vorgelegen.

Hat Gerhardt erneut vorgelegen.

² Zum Weltwirtschaftsgipfel vgl. ferner Dok. 171.

³ Amintore Fanfani (Italien), Helmut Kohl (Bundesrepublik), François Mitterrand (Frankreich), Brian Mulroney (Kanada), Yasuhiro Nakasone (Japan), Ronald W. Reagan (USA) und Margaret Thatcher (Großbritannien).

⁴ Belgien hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1987 inne.

⁵ Jacques Delors.

Im Zentrum des Treffens standen Wirtschaftsfragen:

- makroökonomische Politik und Wechselkurse,
- multilaterale Überwachung und wirtschaftspolitische Abstimmung,
- Handel,
- Landwirtschaft,
- Entwicklungsländer und Verschuldung sowie
- Umwelt

Im außenpolitischen Bereich standen West-Ost- und Abrüstungsfragen sowie Regionalprobleme im Mittelpunkt.

Neben einer „Wirtschaftserklärung von Venedig“ wurden weitere gesonderte Erklärungen zu

- West-Ost-Beziehungen,
- Terrorismus,
- Lage am Persischen Golf,
- AIDS,
- Drogen,

verabschiedet.⁶

Der Gipfel fand unter nicht ganz einfachen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen statt (Wahlen in GB⁷ und Italien⁸, zu erwartender Regierungswechsel in Japan⁹, Wahlperspektiven in F¹⁰ und USA¹¹ einerseits und nachlassendes Wachstum, unsichere Wechselkurse, Protektionismus, Verschuldung andererseits).

Dennoch brachte der Gipfel positive Ergebnisse. In allen wichtigen wirtschaftlichen und politischen Fragen war eine bemerkenswerte Übereinstimmung festzustellen, sowohl in der Analyse als auch in den daraus zu ziehenden Schlußfolgerungen und den zu ergreifenden Maßnahmen.

Ministerpräsident Fanfani bedankte sich als Gastgeber des Wirtschaftsgipfels für die zahlreichen Zuschriften wichtiger Staatsmänner und Staatengruppen.

II. Wirtschaftsthemen

1) Makroökonomische Politik und Wechselkurse

Entgegen manchen vor dem Gipfel in den Medien gehegten Erwartungen gab es keine an uns gerichteten Forderungen nach zusätzlichen Maßnahmen zur Ankurbelung unserer Binnenkonjunktur.

Der Bundeskanzler konnte darauf hinweisen, daß

- im Gefolge der Wechselkursanpassungen der außenwirtschaftliche Anpassungsprozeß bereits voll im Gang ist: Unser realer Außenhandelsüberschuß geht

⁶ Für den Wortlaut der Erklärungen vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 343–353.

⁷ In Großbritannien fanden am 11. Juni 1987 Parlamentswahlen statt. Am 13. Juni 1987 wurde eine neue Regierung unter Premierministerin Thatcher gebildet.

⁸ In Italien fanden am 14./15. Juni 1987 Parlamentswahlen statt. Am 29. Juli 1987 wurde eine neue Regierung unter Ministerpräsident Gorla gebildet.

⁹ In Japan kam es am 6. November 1987 zu einem Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten.

¹⁰ In Frankreich fanden am 24. April und 8. Mai 1988 Präsidentschaftswahlen statt.

¹¹ In den USA fanden am 8. November 1988 Präsidentschaftswahlen statt.

bereits seit eineinhalb Jahren deutlich zurück. In Preisen von 1985 weist unsere Leistungsbilanz in den ersten vier Monaten dieses Jahres praktisch keinen Überschuß mehr auf;

- das Wachstum der Inlandsnachfrage beträchtlich höher über dem Wachstum des BSP liegt. Im ersten Quartal 1987 sind die Inlandsnachfrage um 4,2%, das Bruttosozialprodukt um 2,4% gestiegen. Die Steuerreform¹², die zwischen 1986 und 1990 Nettoentlastungen von rd. 50 Mrd. DM bringen wird, dürfte diese Tendenz verstärken;
- alle Konjunkturdaten im April einen ermutigenden Aufwärtstrend für das zweite Quartal 1987 signalisieren.

Unser Beitrag zur Lösung der internationalen Wirtschaftsprobleme wurde voll anerkannt.

Die Sieben waren sich weiter einig, daß es seit dem Wirtschaftsgipfel in Tokio¹³ eine Reihe positiver Entwicklungen gegeben hat:

- Das Wachstum setzt sich im fünften Jahr fort,
- die durchschnittlichen Inflationsraten haben sich verringert,
- unter den führenden Währungen ist es zu Wechselkursänderungen gekommen, die im großen und ganzen den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entsprechen und zu einem Abbau der internationalen Ungleichgewichte¹⁴ beitragen.

Weitere substantielle Verschiebungen bei den Wechselkursen könnten Bemühungen um eine Steigerung des Wachstums und Erleichterung der Anpassungen vereiteln.

Trotz der insgesamt positiven Bilanz waren sich die Teilnehmer aber auch darin einig, daß es in einigen Teilnehmerländern weiterhin Probleme gibt, die noch gelöst werden müssen, z.B. außenwirtschaftliche Ungleichgewichte, hohe Arbeitslosigkeit, große staatliche Defizite, hohe reale Zinsen, Handelsbeschränkungen und protektionistischer Druck sowie eine anhaltende Schwäche vieler Rohstoffmärkte mit daraus resultierenden Problemen für die Entwicklungsländer.

2) Multilaterale Überwachung (surveillance) und wirtschaftspolitische Abstimmung

Die Sieben vereinbarten vor diesem Hintergrund eine weitere Verbesserung der Koordinierung ihrer Wirtschaftspolitiken. Sie bestätigten die von den sieben Finanzministern¹⁵ erreichten Vereinbarungen, wonach mit Hilfe des IWF die Überwachung der sieben Volkswirtschaften anhand von Wirtschaftsindikatoren (einschließlich der Wechselkurse) gestärkt werden soll, vor allem durch

- Aufstellung mittelfristiger Ziele und Prognosen sowie
- Verwendung von wirtschaftlichen Indikatoren.

¹² Für den Wortlaut des Steuersenkungsgesetzes 1986/1988 vom 26. Juni 1985 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1985, Teil I, S. 1153–1242.

Für den Wortlaut des Steuersenkungs-Erweiterungsgesetzes 1988 vom 14. Juli 1987 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1987, Teil I, S. 1629–1670.

¹³ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6. Mai 1986 vgl. AAPD 1986, I, Dok. 137.

¹⁴ Korrigiert aus: „Gleichgewichte“.

¹⁵ James Baker (USA), Édouard Balladur (Frankreich), Giuseppe Guarino (Italien), Kiichi Miyazawa (Japan), Nigel Lawson (Großbritannien), Gerhard Stoltenberg (Bundesrepublik) und Michael Wilson (Kanada).

3) Handel

Vor dem Hintergrund des zunehmenden protektionistischen Drucks bekannten sich die Teilnehmer uneingeschränkt zu den in der Ministererklärung zur Uruguay-Runde bekräftigten Grundsätzen des „stand still“ und des „roll back“.¹⁶

Kanada, Japan, USA und die EG kündigten an, in den kommenden Monaten bei den GATT-Verhandlungen in Genf¹⁷ einen breit gefächerten Katalog substantieller Vorschläge vorlegen zu wollen.

BK Kohl unterstrich nachdrücklich, daß es für uns – als einer der führenden Handelsnationen der Welt – zum Erfolg der neuen GATT-Runde keine Alternative gebe.

4) Landwirtschaft

Die Teilnehmer unterstrichen den Ernst der Agrarüberschuß- und -subventionsproblematik und bekräftigten die im Ministerkommuniqué der OECD vom 13. Mai 1987¹⁸ erreichte Strategie zu ihrer Überwindung.

Auch zur Frage der notwendigen agrarpolitischen Anpassungen wollen die Teilnehmerstaaten in den nächsten Monaten bei den GATT-Verhandlungen umfassende Vorschläge einbringen. Die Sieben beschlossen, auf dem nächsten Gipfel in Toronto¹⁹ die erzielten Fortschritte und die noch zu lösenden Aufgaben zu überprüfen.

5) Entwicklungsländer und Verschuldung

Mit besonderem Ernst widmeten sich die Staats- und Regierungschefs den Problemen der hochverschuldeten Entwicklungsländer, die Anlaß zu wirtschaftlicher und politischer Besorgnis geben.

Im Hinblick auf die Hauptschuldnerländer mit mittleren Einkommen gebe es für die gegenwärtige wachstums- und einzelfallorientierte Strategie keine sinnvolle Alternative.

Die Probleme einiger der ärmsten Länder, vor allem südlich der Sahara, seien beispiellos schwierig und bedürften einer besonderen Behandlung. Der Bundeskanzler wies mit besonderem Nachdruck darauf hin, daß für diese Länder weitergehende, zusätzliche Hilfsmaßnahmen notwendig seien. Die zuständigen internationalen Finanzinstitutionen – insbesondere IWF und Pariser Club – wurden aufgefordert, entsprechende Vorschläge (längere Tilgungsfristen und tilgungsfreie Jahre, Aufstockung der Strukturanpassungsfazität für drei Jahre) zügig zu beraten und diese Gespräche noch in diesem Jahr zu einem Abschluß zu bringen.

Der Bundeskanzler hat die aktive Rolle der Bundesrepublik Deutschland bei diesen Beratungen besonders unterstrichen.²⁰ In diesem Zusammenhang hat der

¹⁶ Auf der GATT-Ministerkonferenz vom 15. bis 20. September 1986 in Punta del Este gingen die Teilnehmerstaaten die politische Verpflichtung ein, keine neuen protektionistischen Maßnahmen im Außenhandel zu ergreifen. Ferner verpflichteten sie sich zum Abbau GATT-widriger Maßnahmen. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 268.

¹⁷ Zu den GATT-Verhandlungen vgl. Dok. 164, Anm. 23.

¹⁸ Für den Wortlaut des Kommuniqués der OECD-Ministertagung am 12./13. Mai 1987 in Paris vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 305–313.

¹⁹ Der Weltwirtschaftsgipfel in Toronto fand vom 19. bis 21. Juni 1988 statt. Vgl. dazu AAPD 1988.

²⁰ Vgl. dazu die Erklärung des Bundeskanzlers Kohl zum Abschluß des Weltwirtschaftsgipfels am 10. Juni 1987 in Venedig; BULLETIN 1987, S. 515 f.

Bundeskanzler darauf aufmerksam gemacht, daß die Bundesrepublik Deutschland den meisten dieser Länder ihre Zins- und Tilgungsverpflichtungen aus EH-Krediten erlassen (4,2 Mrd. DM) hat.²¹ Sie habe damit mehr als die Hälfte der gesamten Schuldenerlasse aller Industrieländer gewährt.

III. Politische Themen

1) Wie bei allen früheren Wirtschaftsgipfeln nahmen auch in Venedig aktuelle politische Fragen einen breiten Raum ein. Während die Staats- und Regierungschefs sich, vor allem am ersten Abend, ausführlich mit den West-Ost-Beziehungen, einschließlich Rüstungskontrollfragen und Bewertung der Politik Gorbatschows, sowie mit Südafrika und der Golfregion befaßten, erörterten die Außenminister in getrennten Sitzungen eine breite Palette von Regionalfragen. Bei den West-Ost-Fragen war insgesamt ein hohes Maß an grundsätzlicher Übereinstimmung in der Bewertung der politischen Lage und in der Notwendigkeit einer gemeinsamen westlichen Strategie festzustellen. Positiv ist das seit Williamsburg 1983²² offen dokumentierte Interesse Japans an einer Ganzheit-Betrachtung der West-Ost-Beziehungen und die Bereitschaft, die gemeinsamen Werte des Westens mitzutragen, zu verzeichnen. Die Einbindung Japans in die westlichen Interessen und Überlegungen ist, nicht nur wegen der wachsenden weltpolitischen Bedeutung des asiatischen Raums und des Pazifiks, ein wichtiger Aspekt des Gipfels. Sie dient auch der Weiterentwicklung des strategischen Dreiecks USA–Europa–Japan.

In zahlreichen Demarchen bei den Regierungen der Teilnehmer des WWG (Südkorea, Sri Lanka) und in Schreiben an die Regierungschefs (ANC-Präsident Oliver Tambo²³; südafrikanischer Präsident Botha²⁴; VN-Generalsekretär de Cuéllar²⁵;

²¹ Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit notierte am 26. November 1987: „Bisheriger Schuldenerlaß, basierend auf Kabinettsbeschluß vom 4.10.1978 in Ausführung einer UNTAD-Resolution, beträgt DM 4,2 Mrd. DM, d. h. DM 3,6 Mrd. Verzicht auf Tilgungen und DM 0,6 Mrd. Verzicht auf Zinsen. Er galt 24 der am wenigsten entwickelten Länder (LDC), wovon mit DM 2,8 Mrd. allein 20 LDC in Subsahara-Afrika betroffen waren.“ Vgl. Referat 422, Bd. 148936. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, II, Dok. 243.

²² Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 28. bis 30. Mai 1983 vgl. AAPD 1983, I, Dok. 161 und Dok. 167.

²³ Vortragender Legationsrat I. Klasse Nöldeke informierte am 22. Juni 1987 über das Schreiben des Vorsitzenden des ANC, Tambo, vom 4. Juni 1987 an Bundeskanzler Kohl: „In dem im Ton moderaten Schreiben ruft Tambo die westlichen Staaten auf, zusammen mit den Ländern Afrikas, der UNO und der Blockfreien-Bewegung Anstrengungen zu unternehmen, das Apartheid-Regime in Südafrika zu beenden. [...] In seinem Schreiben unterstreicht Tambo seine Überzeugung, daß ein Wandel in Südafrika nicht ohne intensiven und anhaltenden Druck gegenüber dem Apartheid-Regime möglich sei. Die internationale Gemeinschaft müsse deshalb umfassende Sanktionen gegenüber Südafrika verhängen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 4951; Referat 320, Bd. 156081.

²⁴ Präsident Botha schrieb am 25. Mai 1987 an Bundeskanzler Kohl: „I am determined to bring to fruition in the reasonable possible time the goals which my government and I have set ourselves. But, we need the understanding of the major democracies: If they could assist in efforts to break the cycle of violence and promote dialogue we should welcome it. If they could assist in promoting the concept of a genuine democracy based on the participation in government of all our communities, on the protection of minority rights and taking into account the diversity of our society, we should welcome it. If they could endorse the principle that it is for South Africans alone to define the provisions of the new South African constitution, we should welcome it also. It would be constructive if a clear message could be sent from Venice to the perpetrators of violence to the effect that their reprehensible deeds will not be countenanced by the civilized world.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130566.

²⁵ VN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar richtete am 27. Mai 1987 ein Schreiben an Bundeskanzler Kohl: „When I sent a message to the Tokyo summit last year, there were grounds for optimism regarding the international economic situation. [...] Since the Tokyo summit, progress has indeed been made in harmonising policies and reducing imbalances. Nevertheless, major problems persist, generating

Präsident von Uruguay, Sanguinetti²⁶; Präsident von Bangladesch, Ershad²⁷; ASEAN-Staaten²⁸; argentinischer Präsident Alfonsín; Präsident des Kongo für die OAU²⁹) vor dem Treffen kam die Bedeutung zum Ausdruck, die dem Wirtschaftsgipfel in politischer Hinsicht in der ganzen Welt beigemessen wird.

2) Die Teilnehmer des WWG verabschiedeten drei gemeinsame Erklärungen:

a) zu den West-Ost-Beziehungen,

b) zum Terrorismus,

c) zum Krieg Irak–Iran und zur Freiheit der Schifffahrt im Golf.

a) Die West-Ost-Beziehungen standen im Mittelpunkt der politischen Diskussionen.

Weitgehende Einigkeit bestand in der Beurteilung der Politik Gorbatschows: Positive Ansätze für Veränderungen in der Innen- und Außenpolitik der SU, die Chancen für Fortschritte in den West-Ost-Beziehungen schaffen, wurden anerkannt.

Die West-Ost-Erklärung begrüßt diese neuen Ansätze und bekräftigt die Bereitschaft zu Dialog und Zusammenarbeit. Sie hebt hervor, daß die SU an ihren Taten und nicht an Worten gemessen wird und daß die Entwicklung stabiler, konstruktiver Beziehungen auch von dem Verhalten der SU in anderen wichtigen Fragen wie Menschenrechte, Durchlässigkeit der Grenzen, Afghanistan abhängt. Sie bekräftigt die Bemühungen um Abrüstung und Stabilisierung der Sicherheit auf niedrigerem Rüstungsniveau, aber gleichzeitig auch die Notwendigkeit zur Wachsamkeit und zu glaubwürdiger, effektiver Verteidigung.

Fortsetzung Fußnote von Seite 882

uncertainties. These are reflected in the international financial markets, and growth forecasts have recently had to be revised downwards. In these circumstances, I feel I must join the appeals already made to you to take additional steps to co-ordinate fiscal and monetary policies and to remove trade barriers.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130566.

²⁶ Legationsrat Schmidt analysierte am 3. Juni 1987 das Schreiben des Präsidenten Sanguinetti vom 24. Mai 1987 an die am Weltwirtschaftsgipfel teilnehmenden Staats- und Regierungschefs zu den Verschuldungsproblemen der lateinamerikanischen Staaten und hob als positiv hervor, „daß der vorliegende Brief sich zur gemeinsamen Verantwortung von Schuldern und Gläubigern bekennt, unser Prinzip der einzelfallbezogenen Schuldenstrategie aufgreift, die früher vertretene Idee eines ‚politischen Dialogs‘ (im Sinne einer Globallösung des Verschuldungsproblems) nicht wieder aufgreift und insgesamt in der guten Tradition der Äußerungen der Cartagena-Staaten zur Verschuldung nicht auf Konfrontation, sondern Kooperation ausgerichtet ist“. Vgl. Referat 412, Bd. 130566.

²⁷ Legationsrat I. Klasse Protz, Dhaka, informierte am 1. Juni 1987 über das Schreiben des Präsidenten Ershad vom 25. Mai 1987 an Bundeskanzler Kohl: „Nach einleitenden Bemerkungen zur Weltwirtschaftslage (Ziff. 2) beschreibt Ershad wirtschaftliche Situation BANs, wobei er auf Schwierigkeiten bei Implementierung Anpassungs- und Stabilisierungsmaßnahmenpakets aufgrund gesunkener Exporterlöse und verringerten Hilfezuflusses hinweist. In Ziff. 4 bittet Ershad, den besonderen Problemen der LDCs Rechnung zu tragen. In Ziff. 5 wird geschmälerierte Ressourcenbasis der multilateralen Geber beklagt; in diesem Zusammenhang Bitte, mittelfristiges strukturelles Anpassungsprogramm BANs durch Bereitstellung zusätzlicher, schnell auszahlbarer Mittel zu unterstützen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 254; Referat 412, Bd. 130566.

²⁸ Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 29. Juni 1987, mit Schreiben vom 26. Mai 1987 habe der stellvertretende Außenminister von Singapur, Wong Kan Seng, in seiner Eigenschaft als geschäftsführender Vorsitzender des Ständigen ASEAN-Komitees ein Memorandum an Bundesminister Genscher übersandt: „Darin bringen die ASEAN-Staaten ihre Besorgnis u. a. über die fortgesetzte Krise der Weltwirtschaft, das Verschuldungsproblem, den Protektionismus sowie den Verfall der Rohstoffpreise zum Ausdruck und bitten um die Unterstützung der Gipfelstaaten.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130566.

²⁹ Zum Schreiben des Präsidenten Sassou-Nguesso vom 5. Mai 1987 vgl. Dok. 134, Anm. 12.

Mit zurückhaltendem Optimismus wurden die Chancen für ein INF-Abrüstungsabkommen noch in diesem Jahr bewertet. Die Frage weiterer Abrüstungsschritte in anderen Bereichen (strategische Systeme, CW-Verbot, Herstellung konventioneller Stabilität in Europa sowie Folgeverhandlungen über landgestützte Nuklearwaffen mit Reichweite 500–0 km) wurde eingehend diskutiert. Eine abschließende Meinungsbildung blieb dem NATO-AM-Treffen in Reykjavik³⁰ vorbehalten. Wir bekräftigten unsere Position auf der Grundlage der Regierungserklärung vom 4. Juni³¹ und lehnten in diesem Zusammenhang eine „Brandmauer“ für die erwähnten Folgeverhandlungen ab.

b) Die Terrorismus-Erklärung fügt sich in die Reihe früherer WWG-Erklärungen ein. Sie geht auf ein Mandat des Tokio-WWG zurück, die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit der Zivilluftfahrt effektiver zu gestalten.³² Wie schon bei früheren Gelegenheiten scheiterte der amerikanische Versuch, die transatlantische Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung zu institutionalisieren, an dem Widerspruch Frankreichs, das es ablehnt, den Sieben eine weltweite Kompetenz zur Terrorismusbekämpfung zuzugestehen.

c) Die Erklärung zum Golf kam auf Wunsch der USA zustande, die neben dem politischen Signal an die kriegführenden Parteien in der Golfregion auch eine innenpolitische Entlastung gegenüber dem Druck des Kongresses und der Öffentlichkeit auf europäische Lastenteilung anstreben. Konkrete Maßnahmen der Lastenteilung oder Unterstützung wurden nicht erörtert. Der Bundeskanzler hat deutlich gemacht, daß wir uns der gemeinsamen Solidarhaftung nicht entziehen wollen. Da eine Entsendung von Kriegsschiffen oder Soldaten außerhalb des NATO-Bereichs vom Grundgesetz nicht erlaubt würde³³, müßten wir bereit sein, die USA – falls erwünscht – im NATO-Rahmen zu entlasten, wenn sie sich für die Gesamtheit im Golf engagierten. Die Erklärung unterstreicht das gemeinsame Interesse an der Region und die Notwendigkeit neuer konzentrierter internationaler Anstrengungen zur Beendigung des Krieges, bei denen dem VN-GS eine Schlüsselrolle eingeräumt wird.

3) Eine von MP Mulroney mit Nachdruck gewünschte Erklärung zu Südafrika wurde mehrheitlich in der gegenwärtigen Phase als wenig opportun abgelehnt (zum Hintergrund: KAN ist 1988 Gastgeber des nächsten WWG sowie der Gipfeltreffen des Commonwealth³⁴ und der frankophonen Staaten³⁵ und hat auch von daher ein Interesse daran, eine aktive Rolle in bezug auf Südafrika zu dokumentieren). MP Fanfani bezog als Kompromiß in seine mündliche, zusammenfassende Schlußerklärung zur politischen Diskussion einen abgestimmten Text ein. Dieser fordert Beseitigung der Apartheid und statt dessen eine neue demo-

³⁰ Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

³¹ Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 16. Sitzung, S. 923–928. Vgl. dazu ferner Dok. 163.

³² Vgl. Ziffer 2 und Ziffer 5 der „Erklärung zum Internationalen Terrorismus“ der am Weltwirtschaftsgipfel in Tokio teilnehmenden Staats- und Regierungschefs vom 5. Mai 1986; EUROPA-ARCHIV 1986, D 311f.

³³ Zur Frage des Einsatzes der Bundeswehr außerhalb des NATO-Vertragsgebiets vgl. Dok. 159.

³⁴ Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Commonwealth-Mitgliedstaaten fand vom 13. bis 17. Oktober 1987 in Vancouver statt.

³⁵ Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der frankophonen Staaten fand vom 2. bis 4. September 1987 in Québec statt.

kratische, nichtrassistische Regierungsform. Die Aufnahme eines echten Dialogs zwischen den Vertretern aller Gesellschaftsgruppen in Südafrika wird als dringend notwendig bezeichnet. Gleichzeitig wird die Bedeutung der Hilfe für die Opfer der Apartheid und die Bemühungen der SADCC³⁶-Staaten zur Entwicklung ihrer Volkswirtschaften unterstrichen.

Präsident Botha hatte in einem Schreiben an BK Kohl und mit zusätzlichen Demarchen bei den Regierungen darauf hinzuwirken versucht, daß jede Form der Stellungnahme unterbleibt.

4) In den eingehenden Beratungen der Außenminister standen Regionalprobleme im Vordergrund:

Afghanistan (Druck zur baldigen Erklärung des Selbstbestimmungsrechts der Afghanen und des Abzugs der sowjetischen Truppen), Kambodscha (Anwesenheit von Truppen Hindernis für Frieden und Stabilität in der Region), Korea (Hoffnung auf Schaffung eines günstigeren Klimas für einen offeneren Dialog zwischen Nord und Süd durch die Olympiade 1988³⁷), Unterstützung der Pazifik-Inselstaaten sowie der Philippinen bei ihren Reformbemühungen, der Nahe Osten (Friedensprozeß, besetzte Territorien, Lage im Libanon), Südamerika (Förderung des Demokratisierungsprozesses und regionaler Integrationsbemühungen), Mittelamerika (Hoffnung auf positive Beiträge des Guatemala-Gipfels³⁸ für Lage).

Die Finanzprobleme der VN und die Lage in China, vor allem die Entwicklung der Wirtschaftsreformen, wurden ebenfalls erörtert.

IV. Weitere Themen

1) Umwelt. Dieses Thema war zuerst von BK Kohl auf dem Gipfel in Williamsburg (1983) eingeführt worden. Auch seine Behandlung in Venedig erfolgte u. a. auf unsere Initiative. Die Teilnehmer waren sich einig, daß eine weitere Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit bei der Lösung von Umweltproblemen mit weltweiten Auswirkungen notwendig sei, und bekannten sich zur eigenen Verantwortung der sieben Teilnehmerstaaten bei der Förderung von entsprechenden Bemühungen.

2) AIDS. Auch die Beratungen über eine erweiterte und verbesserte internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von AIDS erfolgten u. a. auf unsere Initiative. Die Teilnehmer waren sich einig, daß hierbei der WHO eine zentrale Rolle zukommt.

3) Drogen. Auf Initiative der USA wurde eine Erklärung zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs abgegeben, die die Bedeutung der vom 17. bis 26. Juni in Wien stattfindenden VN-Drogenkonferenz³⁹ unterstreichen und ihre Ziele unterstützen soll.

Der nächste Wirtschaftsgipfel wird 1988 in Kanada stattfinden.

[gez.] Stoecker

Referat 421, Bd. 163460

³⁶ Southern Africa Development Coordination Conference.

³⁷ Vom 17. September bis 2. Oktober 1988 fanden die Olympischen Sommerspiele in Seoul statt.

³⁸ Zur Gipfelkonferenz der Präsidenten zentralamerikanischer Staaten am 6./7. August 1987 in Guatemala-Stadt vgl. Dok. 228.

³⁹ Zur VN-Konferenz über Drogenmißbrauch und illegalen Drogenhandel vgl. Dok. 171, Anm. 64.

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen

213-321.00 VS-NfD

17. Juni 1987¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ mit der Bitte um Weiterleitung an das Bundespräsidialamt

Betr.: Politische Rahmenbedingungen und Ziele des Staatsbesuchs des Herrn Bundespräsidenten in der Sowjetunion⁴

I. Überblick

Der Staatsbesuch des Herrn Bundespräsidenten in der Sowjetunion findet zu einem politisch außerordentlich günstigen Zeitpunkt statt. Der Dialog mit den Sowjets ist so substantiell und so aussichtsreich wie nie zuvor in den vergangenen sechs Jahren. Die gegenwärtige Konstellation wird von folgenden, auch für das deutsch-sowjetische Verhältnis potentiell bedeutsamen Entwicklungen bestimmt:

- dem Reformkurs Gorbatschows in der Sowjetunion, der eine größere Bereitschaft zur argumentativen Auseinandersetzung mit dem Westen einschließt;
- der Intensivierung der Verhandlungen über Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung und der damit verbundenen Annäherung zwischen den beiden Weltmächten und Bündnissen in wichtigen Fragen;
- dem wachsenden Interesse der SU an Westeuropa und am westeuropäischen Einigungsprozeß;
- der Überwindung der im letzten Herbst eingetretenen Stagnation in den deutsch-sowjetischen Beziehungen zugunsten eines Wiederanknüpfens an die beim Besuch von BM Genscher in Moskau im Juli 1986⁵ getroffenen Absprachen;
- der Weiterführung des KSZE-Prozesses (Wiener Folgetreffen).

Unter diesen Umständen sollte es unser Ziel sein, das gegenwärtig (im Vergleich zu früher) relativ stärkere Interesse und die größere Aufgeschlossenheit der

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Heyken und Vortragendem Legationsrat Libal konzipiert.

² Hat Staatssekretär Sudhoff am 20. Juni 1987 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 20. Juni 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 22. Juni 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre und Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen an Referat 213 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Libal am 25. Juni 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Heyken verfügte.

Hat Heyken am 26. Juni 1987 erneut vorgelegen.

⁴ Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

⁵ Bundesminister Genscher hielt sich vom 20. bis 22. Juli 1986 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1986, II, Dok. 207–210 und Dok. 218.

Sowjets gegenüber westlichen Auffassungen maximal zu nutzen und mit den Sowjets einen vertieften Dialog über die grundsätzlicheren Fragen des West-Ost-Verhältnisses und der bilateralen Beziehungen zu führen. Dies sollte auch im Hinblick darauf geschehen, daß ein solcher Besuch eine seltene Gelegenheit bietet, die sowjetische Öffentlichkeit direkt anzusprechen. Nach dem Beispiel von MP Chirac⁶ und PM Frau Thatcher⁷ sollten wir die sowjetische Führung und Öffentlichkeit auch mit kontroversen Auffassungen konfrontieren. Eine Verdeutlichung unserer Grundsatzpositionen in Schlüsselfragen des West-Ost-Verhältnisses (Sicherheit, Abrüstung, Menschenrechte, „europäisches Haus“) durch den Herrn Bundespräsidenten in Moskau wird auch in der Bundesrepublik Deutschland selbst mit Aufmerksamkeit registriert werden und damit einen notwendigen Kontrapunkt zu den propagandistischen Bemühungen der Sowjets in unserer eigenen Öffentlichkeit setzen.

II. Der internationale Rahmen

1) Die Reformpolitik Gorbatschows steht in mehrfacher Hinsicht in einer Wechselbeziehung mit der weiteren Entwicklung des West-Ost-Verhältnisses.

Zum einen wird sie von sowjetischer Seite gezielt dazu benutzt, um das Bild der SU im Westen zu verbessern. Zugleich wird der sowjetischen Öffentlichkeit eingeredet, der Westen oder zumindest konservative Kreise des Westens seien aus Furcht vor einem Erfolg des Sozialismus an einem Scheitern der Reformpolitik des GS interessiert.

Von unserem Standpunkt aus betrachtet, haben wir jedes Interesse daran, den Reformprozeß in der SU zu ermutigen, weil wir uns von ihm langfristig eine Öffnung der Sowjetunion nach außen und ein weniger konfrontatives Verhalten gegenüber der Umwelt versprechen. Dieses Interesse muß jedoch in einer Weise bekundet werden, die in unserer eigenen Öffentlichkeit keine Illusionen über das Ausmaß der tatsächlichen Veränderungen fördert.

Unsere Linie sollte es also sein,

- unsere Sympathie für die Entwicklungen in der SU deutlich zu erkennen zu geben,
- durch gezieltes Fragen den Umfang und die Tragweite der vorgesehenen Reformen auszuloten,
- durch Bekräftigung unserer eigenen Grundsätze für Freiheit und pluralistische Demokratie die Begrenztheit der bisherigen sowjetischen Reformpolitik aus unserer Sicht zu markieren
- und damit zu signalisieren, daß wir an die Zustände in der SU, gerade im Hinblick auf die Stichworte Menschenrechte und Demokratisierung, weiterhin einen strengen Maßstab anlegen werden;
- der SU klarzumachen, daß ihr Verhalten in allen Bereichen, von den Menschenrechten bis zur Rüstungskontrolle, entscheidend für Fortschritte in den West-Ost-Beziehungen ist.

⁶ Ministerpräsident Chirac besuchte die UdSSR vom 14. bis 16. Mai 1987. Vgl. dazu Dok. 146, Anm. 2.

⁷ Premierministerin Thatcher besuchte die UdSSR vom 28. März bis 1. April 1987. Vgl. dazu Dok. 79, Anm. 5.

In diesem Zusammenhang sollten wir der sowjetischen Seite auch eine Vorstellung unserer Erwartungen hinsichtlich der weiteren Zukunft der Industriegesellschaften vermitteln und sie darauf ansprechen, daß wir in Zukunft auch sowjetische Antworten auf die Probleme der technologischen Revolution, der Informationsgesellschaft und der Umweltbelastung erwarten.

2) Die jüngsten Entwicklungen im Verhältnis zwischen den beiden Weltmächten bringen für unser bilaterales Verhältnis zur SU insofern eine Entlastung, als die sicherheitspolitischen Irritationen der letzten Jahre viel von ihrer Schärfe verlieren können. Angesichts der verbesserten Chancen für positive Ergebnisse bei den sowjetisch-amerikanischen Rüstungskontrollverhandlungen hat auch die ständige sowjetische Forderung, wir sollten gegenüber den USA eigenständigere Positionen in der Sicherheits- und Abrüstungspolitik vertreten, an Gewicht eingebüßt, ohne allerdings aufgegeben worden zu sein. SDI und unsere Haltung dazu sind gegenwärtig kein besonders aktuelles Thema, könnten aber nach Abschluß eines INF-Abkommens wieder aktuell werden. Die Hauptstoßrichtung der sicherheitspolitischen Diskussion zwischen den Sowjets und uns könnte sich nunmehr auf das Feld der konventionellen Rüstung verlagern.

In einigen Bereichen hat sich die Sowjetunion westlichen Vorstellungen, für die gerade wir uns eingesetzt haben, geöffnet (Verifikation, Erörterung von Militärdoktrinen), so daß es an uns liegt, unsere Ziele mit Nachdruck weiter zu vertreten: Stabilität auf niedrigem Niveau, insbesondere Abbau von Invasionskapazitäten. Wir sollten bei der Gesprächsführung auch nachdrücklich unsere Auffassung zur Geltung bringen, daß Abrüstung allein, ohne begleitende politische Vertrauensbildung, kein Allheilmittel für das West-Ost-Verhältnis ist und daß unter den obwaltenden Umständen die Notwendigkeit der nuklearen Abschreckung legitimer Bestandteil unserer Sicherheitspolitik bleibt.

3) Gorbatschow hat eine Aktivierung der sowjetischen Westeuropapolitik eingeleitet, die, nach einem gewissen Zögern auf sowjetischer Seite, schließlich auch der Bundesrepublik Deutschland zugute gekommen ist (Aufgabe des Versuchs, uns bei dieser Politik zu umgehen). Mit dem Ausbau der bilateralen Kontakte der SU zu einzelnen westeuropäischen Ländern (jüngste Besuche von MP Chirac und PM Thatcher) geht eine größere Aufgeschlossenheit gegenüber den westeuropäischen Integrationsprozessen einher. Zugleich verfolgt Gorbatschow mit der Vorstellung vom „gemeinsamen Haus Europa“⁸ eine im Vergleich zu früher wesentlich subtilere Strategie, Ansatzpunkte für eine die USA ausschließende und eine sowjetische Führungsrolle begünstigende gesamteuropäische Solidarität und Zusammenarbeit zu finden. Diese sowjetische Politik erleichtert es uns zwar, als Mitglied der Europäischen Gemeinschaft aufzutreten und europäische Belange anzusprechen, verlangt von uns andererseits aber auch, gerade in Moskau den engen Schulterschuß mit unseren westeuropäischen Verbündeten zu markieren und in der Artikulation westeuropäischer Belange gegenüber der SU nicht hinter den von Chirac und Frau Thatcher gesetzten Standards zurückzufallen. Die Tatsache, daß wir im ersten Halbjahr 1988 die Präsidentschaft in der EG ausüben werden, erhöht noch die Bedeutung unseres Auftretens als Mitglied dieser Gemeinschaft gegenüber der SU.

⁸ Zur Vorstellung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, daß Europa ein „gemeinsames Haus“ sei, vgl. Dok. 43, Anm. 11.

In der Gesprächsführung sollten wir auch, ausgehend vom KSZE-Prozeß, unsere Vorstellungen von einer europäischen Friedenspolitik mit dem Ziel der Überwindung der Teilung Europas und der Spaltung Deutschlands darlegen.

4) Gegenüber der Dritten Welt taktiert Gorbatschow ebenfalls einfallsreicher und flexibler als früher. In konzeptioneller Hinsicht fallen neue Akzente bei der Theorie der friedlichen Koexistenz auf: eine größere Distanz zur Gewaltanwendung durch revolutionäre Befreiungsbewegungen im nuklearen Zeitalter und eine stärkere Hervorhebung sachbezogener Zusammenarbeit im Zeichen von Interdependenz und globalen ordnungspolitischen Kriterien. Die gegenwärtig zu beobachtende vorsichtige, weniger offensiv als früher wirkende Konsolidierungspolitik schließt jedoch weiterhin die – notfalls auch militärische – Absicherung strategisch bedeutsamer Positionsgewinne und Sonderbeziehungen nicht aus (z. B. in Afghanistan).

Unsere Gesprächsführung gegenüber der sowjetischen Seite sollte sich an folgenden für uns vorrangigen Gesichtspunkten orientieren:

- keine Übertragung des Ost-West-Konflikts auf die Dritte Welt, insbesondere keine gewaltsame Einmischung in Regionalkonflikte unter ideologischen Vorzeichen und zur Erlangung einseitiger Vorteile; die sowjetische Bereitschaft zu friedlichem Ausgleich muß sich auch in ihrem Verhalten in der Dritten Welt bewähren (insbesondere in Afghanistan);
- größerer Beitrag der SU als entwickelter Industrienation des „Nordens“ zur Linderung der Not und zur Lösung der Entwicklungsprobleme in der Dritten Welt.

Zugleich sollten wir nach den sowjetischen Vorstellungen und Absichten bezüglich einer Regelung des Nahost-Konflikts und des Golfkrieges fragen.

III. Das bilaterale Verhältnis

Im bilateralen Verhältnis ist der aufsteigende Trend unübersehbar. Der plötzliche Wettersturz vom Spätherbst 1986 blieb Episode, auch wenn ihre Überwindung großer Anstrengungen bedurfte und manche Reizungen fortwirken mögen. Entscheidend ist, daß der Staatsbesuch nicht erst die Voraussetzung für eine Erwärmung der bilateralen Beziehungen schafft, sondern die Erwärmung bereits eingetreten ist. Ein besonders deutliches Zeichen für das wachsende Interesse der Sowjets an der Normalisierung der Beziehungen war die Tatsache, daß sie anfängliche Bedenken wegen der Abfolge der im Februar/März grundsätzlich vereinbarten Besuche von sich aus fallen ließen.

Wollten sie noch Mitte März einer Schlußzeichnung der drei offenen Ressortabkommen⁹ vor dem Staatsbesuch nicht näher treten, so legten sie nur wenige Wochen später großen Wert auf eine baldige Abwicklung der damit verbundenen Ministerbesuche, einschließlich der Reise des Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Murachowskij nach Bonn.¹⁰ Ferner erklärten sie sich mit einer baldigen Unterzeichnung des Umweltschutzabkommens einverstan-

⁹ Zu den am 22./23. April bzw. 4. Mai 1987 unterzeichneten deutsch-sowjetischen Ressortabkommen vgl. Dok. 126, Anm. 20.

¹⁰ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Murachowskij am 4. Mai 1987 vgl. Dok. 125, Anm. 5.

den.¹¹ Auf sowjetische Anregung hin kam es auf Arbeitsebene zu Gesprächen über Berlin-Fragen. Ferner zeigten die Sowjets Interesse an Konsultationen über außereuropäische Fragen.

Bei den bisherigen Besuchsvorbereitungen zeigt sich die sowjetische Bereitschaft, dem Staatsbesuch einen angemessenen politischen Rang einzuräumen und ihn zu einem herausragenden Ereignis in den bilateralen Beziehungen zu machen.

Mithin deutet alles darauf hin, daß die SU sich nunmehr definitiv auf die CDU/FDP-Koalition in Bonn eingestellt hat, mit der BR Deutschland die Beziehungen ausbauen und beschleunigt das verwirklichen möchte, was beim letztjährigen Moskau-Besuch von BM Genscher vereinbart wurde.

Bislang hat auch der Fall Rust¹² diese positive Entwicklung nicht beeinträchtigen können.

Die Änderung der sowjetischen Haltung uns gegenüber beruht höchstwahrscheinlich auf einer doppelten Erkenntnis: daß eine aktive Westeuropapolitik nicht um uns herum geführt werden kann und daß der Versuch, an der Bundesregierung vorbei auf die deutsche Öffentlichkeit einzuwirken, nicht zu den erhofften Ergebnissen geführt hat. An der sowjetischen Interessenlage uns gegenüber ändert dies grundsätzlich nichts: Hauptziel bleibt, die Deutschen zu einer uneingeschränkten Anerkennung des territorialen und politischen Status quo in Mitteleuropa zu bewegen und die sicherheitspolitischen Bindungen an das westliche Bündnis, insbesondere die USA, zu lockern.

Dem können wir durch den Hinweis begegnen, daß das Gewicht, das wir in den Verhandlungen mit der SU haben, auf unserer festen Verankerung im atlantischen Bündnis und in der EG beruht, daß wir an der Einheit der Nation festhalten und eine Lösung der deutschen Frage allein durch friedlichen Wandel im europäischen Rahmen anstreben.

IV. Unsere Interessen und Ziele

1) Gemessen an dieser Ausgangslage sowie angesichts des dem Grunde nach komplizierten deutsch-sowjetischen Verhältnisses darf sich der Staatsbesuch nicht auf Atmosphäre und Protokoll beschränken. Vielmehr kommt ihm eine spezifische politische Bedeutung zu. Auch wir sind daran interessiert, an die Aussprache von BM Genscher mit GS Gorbatschow anzuknüpfen und den „seriösen Meinungsaustausch, der auf die Verbesserung der Situation gerichtet“ ist, fortzusetzen. Der Staatsbesuch bietet dazu eine weitere Chance, die wir mit Zuversicht nutzen können, dies um so mehr, als die BR Deutschland in den letzten Monaten öffentlich bereits erhebliche Beiträge zu einer konstruktiven Bewertung der Gorbatschowschen Politik geleistet hat. Der Einbruch der bilateralen Beziehungen in der Folge des Newsweek-Interviews vom letzten Oktober¹³ sollte kein Tagesordnungspunkt mehr sein. Vielmehr sollte die Weiter-

¹¹ Zur Frage der Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet des Umweltschutzes vgl. Dok. 268, Anm. 34.

¹² Zum Haftfall Mathias Rust vgl. Dok. 160.

¹³ Am 27. Oktober 1986 veröffentlichte das amerikanische Nachrichtenmagazin „Newsweek“ ein Interview mit Bundeskanzler Kohl. Auf die Frage „How do you judge Gorbachev and his intentions?“ antwortete Kohl: „I'm not a fool: I don't consider him to be a liberal. He is a modern communist

führung der Gesamtbeziehungen auf der Grundlage von folgenden Elementen angestrebt werden: dem Moskauer Vertrag¹⁴, dem Vier-Mächte-Abkommen¹⁵ und der KSZE-Schlußakte¹⁶ sowie dem in den 70er Jahren bis hin zu Afghanistan erreichten bilateralen Stand, auf der Grundlage des Moskau-Besuchs von BM Genscher vom Juli 1986 sowie der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 18. März¹⁷.

2) Konkret könnte folgendes angestrebt werden:

a) Diskussion über

- die beiden Systeme in West und Ost (Frau PM Thatcher machte dies zu einem Schwerpunkt);
- Europa (Gorbatschow hat zuletzt in seiner Prager Rede vom 10.4.¹⁸ hierzu Grundsätzliches gesagt);
- Gesamtkonzept der West-Ost-Beziehungen;
- Abrüstung, insbesondere Denuklearisierung Europas und konventionelle Abrüstung;
- KSZE-Prozeß und Wiener Folgetreffen;
- bilaterale Beziehungen und Berlin;
- Konsultationen über internationale Fragen.

b) Der Bundespräsident könnte – neben einer Gegeneinladung an Gromyko – die Einladung des Bundeskanzlers an Gorbatschow bestätigen und damit die Reise Gorbatschows in die BR Deutschland der Verwirklichung näherbringen.¹⁹

c) Inkraftsetzung des Pakets wissenschaftlich-technisches Abkommen²⁰, d. h. Unterzeichnung des Schlußprotokolls durch BM Genscher und Schewardnadse.

Fortsetzung Fußnote von Seite 890

leader who understands public relations. Goebbels, one of those responsible for the crimes of the Hitler era, was an expert in public relations, too.“ Vgl. den Artikel „Kohl to Reagan: ‚Ron, Be Patient‘“; NEWSWEEK, Nr. 43 vom 27. Oktober 1986, S. 20. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 308, Dok. 310 und Dok. 339.

¹⁴ Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, II, Dok. 387 und Dok. 388.

¹⁵ Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73. Vgl. dazu auch AAPD 1971, II, Dok. 281.

¹⁶ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

¹⁷ Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 4. Sitzung, S. 51–73.

¹⁸ Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, vgl. Dok. 109.

¹⁹ Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, besuchte die Bundesrepublik vom 12. bis 15. Juni 1989. Vgl. dazu DEUTSCHE EINHEIT, Dok. 2–4.

²⁰ Für den Wortlaut des Abkommens zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vom 22. Juli 1986 über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und der dazugehörigen Anlage vgl. BUNDESGESETZBLATT 1988, Teil II, S. 395–397.

Zur Unterzeichnung des Abkommens und zur Einbeziehung von Berlin (West) vgl. AAPD 1986, II, Dok. 196, Dok. 198, Dok. 202 und Dok. 212.

- d) Erhöhung der Ausreisezahlen (Sagladin Ende März zu Dg21²¹; neue Ausreiseverordnung²² nicht das letzte Wort) und Verbesserung der Lage der Deutschen in der SU.
- e) Begnadigung von Rudolf Heß²³ (allerdings ist die Iswestija über Ostern entsprechenden Vermutungen scharf entgegengetreten).
- f) Einstellung der Störungen der Deutschen Welle²⁴ (anlässlich des Besuchs von PM Thatcher wurde britisch-sowjetische Vereinbarung über gegenseitiges Nichtjamming unterzeichnet).
- g) Kulturinstitut in Moskau²⁵ (Sagladin machte Ende März gegenüber MD Teltschik und MDg Kastrup ermutigende Äußerungen).
- h) Jugend- und Schüleraustausch (in diesem Frühjahr verbesserte Realisierung, konstruktive Haltung Sagladins gegenüber MdB Rühle Ende März²⁶).
- i) Reisen in das nördliche Ostpreußen (auch hier gewisse Flexibilität Sagladins gegenüber MdB Rühle).

21 Dieter Kastrup.

Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, und Ministerialdirigent Kastrup besuchten die UdSSR anlässlich der Tagung des „Bergedorfer Gesprächskreises“ am 27./28. März 1987 in Moskau. Vgl. dazu Dok. 89, Anm. 22.

22 Zu der am 1. Januar 1987 in Kraft getretenen sowjetischen Verordnung über die Ein- und Ausreise vgl. Dok. 43, Anm. 15.

23 Rudolf Heß beging am 17. August 1987 Selbstmord. Vgl. dazu Dok. 231.

24 Die Referate 603 und 213 legten am 22. Juni 1987 in einer gemeinsamen Aufzeichnung dar: „Die von der Deutschen Welle ausgestrahlten Kurzwellensendungen in russischer Sprache werden seit 1968 dauernd gezielt gestört. Demgegenüber ist ein ungehinderter Empfang der Sendungen von Radio Moskau in ganz Europa möglich.“ Die Bundesregierung habe stets „insbesondere unter Hinweis auf Art. 19 der Allgemeinen Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen und des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte sowie auf die Schlußakte von Helsinki bei der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Bulgarien gegen die Störung von Sendungen der Deutschen Welle protestiert“. Seit Januar 1987 habe die UdSSR „die Jamming-Operationen gegen die russischsprachigen Sendungen von BBC“ eingestellt, seit Ende Mai 1987 auch gegen Sendungen der Voice of America: „Zu den weiterhin gestörten Sendern gehören neben der Deutschen Welle Radio Liberty und Kol Israel. [...] Eine Prüfung der relevanten Sendemanuskripte der DW durch das Auswärtige Amt ergab, was die journalistische Sorgfaltspflicht betrifft, daß die sowjetischen Vorwürfe weitestgehend gegenstandslos waren. Andererseits war die Absicht, nicht nur mit Informationen, sondern auch mit Kritik und Polemik in die SU hineinzuwirken, unverkennbar. Diesen Umstand müssen wir bei der sowjetischen Meinungsbildung in Rechnung stellen.“ Vgl. Referat 213, Bd. 143617.

25 Ministerialdirektor Witte vermerkte am 21. Juli 1987, in der Frage der Errichtung eines Kulturinstituts der Bundesrepublik in Moskau sei die Bundesregierung „Demandeur“. Die UdSSR „braucht kein solches Institut bei uns, da sie ihre Angebote jederzeit über viele Partner unterbringen kann“. Vgl. Referat 213, Bd. 143612.

26 Anlässlich der Tagung des „Bergedorfer Gesprächskreises“ am 27./28. März 1987 in Moskau besuchte der CDU-Abgeordnete Rühle vom 26. bis 30. März 1987 die UdSSR. Botschafter Kastl, Moskau, berichtete am 31. März 1987: „Gespräch MdB Rühle (R.) mit Erstem Stv. Leiter Internationaler ZK-Abteilung, Sagladin (S.), am 30.3. (50 Min.) gab Gelegenheit zu gedrängtem Meinungsaustausch (in Deutsch ohne Dolmetscher) in positiver Atmosphäre über Reihe von Themen: bilaterale Beziehungen, sowjet[ische] Innenpolitik, Rüstungskontrolle, Afghanistan, Einladung der CDU/CSU-Fraktion durch den Obersten Sowjet. S. ging bereitwillig auf alle, auch kritische Fragen R.s ein. [...] R. wies auf Ungleichgewicht hin: Nur rund 25 000 Sowjetbürger jährlich in die BR Deutschland, aber etwa zehnmal so viele Deutsche in umgekehrte Richtung. Er erwähnte Schulklasse aus seinem Wahlbezirk, die in SU war und jetzt gern sowjet. Schulklasse als Gäste empfangen würde. S. daraufhin: Schicken Sie uns einen Brief. S. nahm Schreiben eines aus Königsberg stammenden Herrn (der jetzt in R.s Wahlkreis lebt), der seine Heimatstadt gern wiedersehen möchte, entgegen und sagte Prüfung zu.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 955; Referat 011, Bd. 138457.

j) Verbesserung des Informationsaustausches: gemeinsame Fernsehauftritte, Fernsehbrücken usw., Erhöhung der Auflage von „Guten Tag“²⁷, Vortragsprogramme in der SU (Follow-up zu Ihrem Vorschlag vom Juli 1986, vergleiche auch Gespräch Rühle/Sagladin sowie britisch-sowjetische Vereinbarungen).

Hinzu kommen Dauerthemen wie die wirtschaftliche Zusammenarbeit (neue Formen der Zusammenarbeit) und Berlin-Fragen (Seeschiffsabkommen²⁸, Zwei-Jahres-Kulturprogramm²⁹, Rechtshilfe³⁰, Vereinbarung EG/RGW³¹).

²⁷ In der Presse wurde berichtet: „Und die Sowjet-Union bewegt sich vielleicht doch: Von dieser Woche an können Bürger der UdSSR in 24 Großstädten eine Zeitschrift kaufen, die – entgegen Lenins 61 Jahre lang gültiger Order – unzensuriert ist. Sie brauchen dafür nur 40 Kopeken anzulegen, einen halben Stundenlohn (1,20 Mark). Das ganz legale Wochenblatt gibt es am Kiosk, heißt „Guten Tag“ und kommt – in russischer Sprache – aus dem Westen: Herausgeber und Finanzier mit rund einer Million Mark im Jahr ist das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.“ Die Auflage liege bei 30 000 Exemplaren. Vgl. den Artikel „Wie du und ich“, DER SPIEGEL, Nr. 28 vom 9. Juli 1979, S. 93.

²⁸ Vortragender Legationsrat Rau notierte: „Dg 42 hat am 21. Dezember 1987 Herrn MD Hoffmann, Leiter der Abteilung Seeverkehr im BMV, zu einem Gespräch über das deutsch-sowjetische Seeschiffsabkommen empfangen. MD Hoffmann führte aus, daß aus Sicht des BMV großes Interesse am baldigen Zustandekommen des deutsch-sowjetischen Seeschiffsabkommens bestehe. Dabei spielten die Überlegungen eine Rolle, daß mit dem Abkommen eine ausgeglichene Ladeaufteilung zwischen den beiden Ländern erreicht werden könne (derzeitige Aufteilung: 35 % D, 65 % SU); daß eine deutsche Beteiligung am umfangreichen Drittmarktverkehr der Sowjetunion möglich werde, der vor allem Fernost, Mittelamerika und Ostafrika bediene; und daß aus EG-Sicht positiv zu bewerten sei, wenn die für uns günstigen Rahmenbedingungen des Abkommens festgeschrieben würden. Dg 42 stellte fest, daß das Auswärtige Amt die Lage ähnlich beurteilt. Eine realistische Betrachtung zeige, daß die anstehenden internen Probleme nicht mehr auf Beamtenbene, sondern nur noch politisch zu lösen seien. Daher müsse auf hoher Ebene eine Positionsabstimmung zur Berlin-Einbeziehung vorgenommen werden. Konkret bedeutet dies, daß BM Warnke die Angelegenheit mit BM Schäuble aufnehme, danach mit Senator Scholz oder auch RBM Diepgen.“ Vgl. die Aufzeichnung vom selben Tag; Referat 213, Bd. 143598.

²⁹ Zum deutsch-sowjetischen Kulturprogramm vgl. Dok. 8, Anm. 11.
Vortragender Legationsrat Ehni übermittelte der Botschaft in Moskau am 4. Juni 1987 „Anlage B zu unserem Entwurf eines Zwei-Jahres-Durchführungsprogramms im Rahmen des Kulturabkommens von 1973“. Sie umfasse die Vorhaben der Bundesrepublik im Kulturbereich in der UdSSR für die Jahre 1988 und 1989: „Es handelt sich um unseren dritten Entwurf der Anlage B, den wir jetzt übergeben (erster Entwurf im Oktober 1986, zweiter im Januar 1987), während sowjetische Seite noch nicht einmal den ersten Entwurf einer entsprechenden Liste kultureller Vorhaben [...] mitgeteilt hat. Hier hat die sowjetische Seite noch Nachholbedarf, insbesondere im Hinblick auf die bevorstehenden Kulturverhandlungen/Sitzung des Gemischten Ausschusses.“ Vgl. das Schreiben; Referat 213, Bd. 143612.

³⁰ In einer Aufzeichnung des Referats 512 vom 2. April 1987 wurde dargelegt: „Die Bundesregierung hat der SU seit 1978 wiederholt vorgeschlagen, das Problem der Einbeziehung Berlins dadurch zu lösen, daß RH-Ersuchen nicht mehr wie bisher auf diplomatischem Wege, sondern im Direktverkehr zwischen den obersten Justizbehörden beider Seiten übermittelt werden, ein Weg, den das maßgebliche Haager Zivilprozeßübereinkommen von 1954 zuläßt, und der die unterschiedlichen Standpunkte in der Berlin-Frage unberührt läßt.“ Die UdSSR habe sich dazu bislang nicht bereit gefunden: „Für die Einführung des Direktverkehrs im RH-Verkehr in Zivilsachen würde eine formlose Absprache genügen. Allerdings muß Berlin ausdrücklich einbezogen werden.“ Vgl. Referat 213, Bd. 143608.

³¹ Zu den Verhandlungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und dem RGW vgl. Dok. 66, Anm. 25.

Referat 411 notierte am 9. Juli 1987, nach den Expertengesprächen am 19./20. März 1987 in Genf über eine Gemeinsame Erklärung sei noch kein neuer Termin für deren Fortsetzung anberaumt worden. Schwierigkeiten bereite weiter die Einbeziehung Berlins: „Der RGW bestreitet die juristische Notwendigkeit einer entsprechenden Klausel in bloßer Erklärung. Gegenargument der EGK: Gemeinsame Erklärung hat als Bezugsgrundlage für mögliche weitere Vereinbarungen konstitutiven Charakter; deshalb Geltungsbereichsklausel im Standardwortlaut nötig. SU versucht zur Zeit, bilateral mit uns auf einvernehmliche Änderung der Klausel in Richtung auf Frank-Falin-Formel

Die Gespräche des Herrn Bundespräsidenten und des Bundesaußenministers sollten auf hoher Ebene ein derart starkes Momentum in den bilateralen Beziehungen schaffen, daß es leichter wird, bei den konkreten Einzelprojekten den immer wieder hemmenden bürokratischen Widerstand auf sowjetischer Seite zu überwinden.

V. Zum Programm

Das Programm wird der politischen Bedeutung des Besuches angemessen sein. Es ist zumindest ein ausführliches Gespräch mit GS Gorbatschow vorgesehen, außerdem ein Gespräch mit dem Gastgeber, Staatsoberhaupt Gromyko. Der Besuch in Leningrad wird den mit dem Krieg zusammenhängenden Aspekten des deutsch-sowjetischen Verhältnisses, aber auch der kulturellen Tradition des Landes (Puschkin) Rechnung tragen, der Besuch in Nowosibirsk einschließlich Akademgorodok mehr zukunftsorientiert sein. Auf Begegnungen mit Vertretern der sowjetischen Jugend, der Wissenschaft, der Presse (Glasnost) und des kulturellen Lebens legen wir besonderen Wert.

Das Programm wird auch Punkte weniger offiziellen Charakters enthalten, die unsere Sympathie für jene Kräfte verdeutlichen sollen, die sich besonders aktiv für eine geistige und kulturelle Öffnung ihres Landes einsetzen (möglicherweise Begegnung mit Sacharow) oder die durch Verwandtschaft bzw. Sprache, Kultur und Glaube mit den Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland verbunden sind (Treffen mit ausreisewilligen Deutschen in der Botschaft sowie Sowjetbürgern deutscher evangelischer Gemeinde in Nowosibirsk).

Richthofen

Referat 213, Bd. 143531

Fortsetzung Fußnote von Seite 893

hinzuwirken (wäre wegen unterschiedlicher Auslegung des Vier-Mächte-Abkommens Verschlechterung). Im Festhalten an der (bereits in mehreren Sektorabkommen mit RGW-MS verankerten) bisherigen Praxis der Berlin-Einbeziehung in EG-Vereinbarungen besteht in Brüssel ebenso Einvernehmen wie darüber, daß das System des innerdeutschen Handels durch den Normalisierungsprozeß auf europäischer Ebene nicht beeinträchtigt werden darf.“ Vgl. Referat 411, Bd. 144308.

178

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen**201-360.45-887/87 geheim****19. Juni 1987¹**Herrn Staatssekretär mit der Bitte um Zustimmung zu Ziffer 6²

Betr.: Amerikanisch-ägyptische Übung „Bright Star“, Juli/August 1987;
 hier: Antrag der US-Luftwaffe zur eventuellen Betankung von US-
 Transport-Flugzeugen auf dem Flughafen Köln/Bonn

Bezug: FS der US-Air Force Ramstein vom 14. Mai 1987³

Anlg.: 1 (nur beim Original)

1) Mit anliegendem Fernschreiben vom 14. Mai 1987 (Eingang im BMVg – FüLV – am 18. Mai 1987) hat das Hauptquartier der US-Luftwaffe Europa in Ramstein beim BMVg um die Bereitstellung von Flugzeug-Treibstoff auf dem Flughafen Köln/Bonn in der Zeit vom 4. Juli bis 9. August 1987 im Rahmen der bevorstehenden amerikanisch-ägyptischen Übung „Bright Star“ gebeten. Aus dem Fernschreiben ergibt sich, daß an die Betankung von insgesamt 69 Flugzeugen mit insgesamt 825 000 US-Gallonen Treibstoff (3 118 500 Liter) gedacht ist. Andere Meldungen über die bevorstehende Übung „Bright Star“ liegen nicht vor.

2) Beim Führungsstab der Luftwaffe wurde die politische Bedeutung der eingegangenen Meldung zunächst nicht erkannt und daher dem Auswärtigen Amt zur Stellungnahme erst am 10. Juni 1987 vorgelegt. Rückfragen auf Arbeitsebene bei der US-Botschaft ergaben, daß der Vorgang dort unbekannt war.

3) Bei der Übung „Bright Star“ handelt es sich um eine regelmäßig alle zwei Jahre durchgeführte militärische Übung der Amerikaner, die zusammen mit den Streitkräften Ägyptens, des Oman und anderer westlich orientierter Nahost-Staaten durchgeführt wird. Ziel der Übung ist die Überprüfung der schnellen Einsatzbereitschaft amerikanischer und nahöstlicher Streitkräfte im Krisenfall unter Einsatz der amerikanischen Rapid Deployment Joint Task Force (RDJTF). Im Rahmen dieser Übung findet eine umfangreiche Verlegung amerikanischen Transport- und Kampfflugzeuge aus den USA in den Nahen Osten statt, wobei regelmäßig auch westeuropäische Flugplätze zu Zwischenlandungen und Betankungen genutzt werden. Bei der letzten „Bright-Star“-Übung im Jahr

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Bertram und Vortragendem Legationsrat Freiherr von Stackelberg konzipiert.

² Hat Staatssekretär Sudhoff am 22. Juni 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich stimme gemäß Votum D 2/Dg 20 zu.“

Dazu vermerkte Bundesminister Genscher, dem die Aufzeichnung am 26. Juni 1987 vorlag, handschriftlich: „[richtig]“. Ferner notierte Genscher: „US-Botschaft ist auch darauf hinzuweisen, daß seit Hinweis auf Arbeitsebene immer noch nichts geschehen ist.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 26. Juni 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, Ministerialdirigent von Ploetz und Referat 201 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnach am 26. Juni 1987 vorgelegen.

Hat Sudhoff erneut vorgelegen.

Hat Richthofen am 29. Juni 1987 erneut vorgelegen.

³ Dem Vorgang beigelegt. Für das Fernschreiben vgl. VS-Bd. 12075 (201).

1985⁴ waren Zwischenlandungen auf den Azoren, in Spanien, Großbritannien sowie in Ramstein und Rhein-Main Air Base vorgesehen. Für die diesjährige Übung liegen Erkenntnisse über Flugplätze, die außer Köln/Bonn benutzt werden sollen, nicht vor. Angesichts der relativ begrenzten Zahl vorgesehener Zwischenlandungen in Köln/Bonn ist jedoch davon auszugehen, daß auch andere europäische Bündnispartner in die Übung einbezogen werden.

4) Das bei der Genehmigung von Zwischenlandungen auf deutschem Territorium im Rahmen der amerikanischen „Bright-Star“-Übungen einzuhaltende Verfahren ergibt sich aus dem BSR-Beschluß vom 3.11.1982.⁵ Darin ist festgelegt, daß die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten bereit ist, sich kooperativ an Maßnahmen, die im Zusammenhang mit RDJTF-Planungen stehen, zu beteiligen. Ausdrücklich werden in diesem Zusammenhang Überflug- und Zwischenlanderechte für US-Streitkräfte bei Verlegung in Einsatzgebiete im Nahen und Mittleren Osten genannt. Unsere Zustimmung in jedem Einzelfall steht jedoch unter folgenden Vorbehalten:

- eingehende Konsultationen sowohl im Rahmen des Bündnisses als auch bilateral vor einer eventuellen Einleitung von Maßnahmen;
- rechtzeitige Unterrichtung über entsprechende amerikanische Planungen;
- hierbei insbesondere Beachtung, daß im Einklang mit den Grundsätzen der Solidarität und Lastenteilung im Bündnis auch andere hierfür in Betracht kommende Bündnispartner der Durchführung entsprechender Maßnahmen auf ihrem Territorium zustimmen (Vermeidung der Singularisierung).

Im Sinne dieser Regelung wurden in der Vergangenheit bevorstehende amerikanische Übungen im Nahen und Mittleren Osten durch förmliches Schreiben der US-Botschaft an das Auswärtige Amt (RL 201) angekündigt und um Zustimmung zu den geplanten Zwischenlandungen gebeten. Im Benehmen mit dem Bundeskanzleramt und dem BMVg haben wir unsere Zustimmung stets erteilt, dabei aber deutlich zum Ausdruck gebracht, daß wir Wert legen auf

- diskrete Behandlung,
- Diversifizierung der Streckenführung unter Einschluß auch anderer europäischer Bündnispartner,
- rechtzeitige Unterrichtung in künftigen Fällen.

Aufgrund der stets nur kurzfristigen Unterrichtung haben wir vom Erfordernis der eingehenden Konsultation dabei abgesehen.

5) Wir haben auf Arbeitsebene der US-Botschaft – die über den gesamten Vorgang keinerlei Kenntnis hatte – mitgeteilt, daß das von der US Air Force in Ramstein gewählte Verfahren weder der bisherigen Praxis noch dem Erfordernis der rechtzeitigen, eingehenden Konsultation noch der politischen Bedeutung des Vorgangs entspricht.⁶ Die US-Botschaft hat zugesagt, entsprechende Schritte nachzuholen und uns insbesondere über die Modalitäten des geplanten Transits (Frage

⁴ Korrigiert aus: „1975“.

Zur Frage der Nutzung amerikanischer Basen in der Bundesrepublik für die militärische Kooperation der USA mit Staaten des Nahen und Mittleren Ostens vgl. AAPD 1985, I, Dok. 3.

⁵ Zum Beschluß des Bundessicherheitsrats vom 3. November 1982 vgl. Dok. 159.

⁶ Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wann?“

der Beteiligung anderer Bündnispartner; Klärung der Frage, warum Köln/Bonn und nicht Ramstein oder Rhein-Main angefliegen werden soll) zu unterrichten.

Inzwischen hat die US-Botschaft nach Rücksprache mit Ramstein wissen lassen, daß eine förmliche Unterrichtung des Auswärtigen Amts bisher deshalb unterblieben ist, weil eine politische Entscheidung darüber, ob Zwischenlandungen auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen werden sollen, noch nicht gefallen sei. Rein vorsorglich, wegen des damit verbundenen Zeitaufwandes, habe man durch entsprechenden Antrag im BMVg Vorbereitungen für den Fall treffen wollen, daß Zwischenlandungen bei uns für erforderlich gehalten werden. Auf entsprechende Frage wurde weiter mitgeteilt, daß die von früheren Übungen abweichende Eventualeinplanung von Köln/Bonn statt Ramstein und Rhein-Main wegen derzeitiger Überbeanspruchung der beiden Militärflugplätze erfolge.

6) Es wird folgendes Verfahren vorgeschlagen:

a) Wir teilen dem BMVg – vorbehaltlich der Zustimmung Bundeskanzleramt (StS Dr. Rühl vom BMVg hat bereits zugestimmt) – unser Einverständnis mit, die notwendigen Vorbereitungen zur Auftankung der amerikanischen Transportflugzeuge in Köln/Bonn einzuleiten.

b) Wir bitten die US-Botschaft erneut mit Nachdruck, das in der Vergangenheit bewährte förmliche Verfahren nachzuholen, damit die Bundesregierung Gelegenheit erhält, rechtzeitig eine Entscheidung zu treffen. Wir teilen der Botschaft dabei mit, daß Gegenstand des Antrags auch eine Eventualfall-Planung sein kann, d.h. der Antrag vor endgültiger amerikanischer Entscheidung über die zu wählende Flugstrecke gestellt werden kann.

c) Wir bestellen den Leiter der Politischen Abteilung der Botschaft⁷ ein (Ebene Dg20⁸/RL 201⁹) und erläutern erneut auf der Grundlage des BSR-Beschlusses vom 3.11.1982 die Voraussetzung für unsere Mitwirkung bei amerikanischen Out-of-area-Einsätzen im Nahen Osten.

7) Wegen der umfänglichen Vorbereitungen von seiten des BMVg (FüL) ist Eile geboten.

Anmerkung Dg20: Ich folge dem Votum von Ref. 201 nicht: Nach den im Iran-gate-Zusammenhang¹⁰ bekanntgewordenen Vorgängen haben wir besonderen Anlaß, auf Beachtung der Verfahren zu achten. Daher sollten wir nur gemäß Ziffer 6c) verfahren, alles weitere von Beachtung des Verfahrens abhängig machen.¹¹

Ich teile das Votum von Dg20.¹²

Richthofen

VS-Bd. 12075 (201)

⁷ Olaf Grobel.

⁸ Hans-Friedrich von Ploetz.

⁹ Johann-Georg Dreher.

¹⁰ Zur „Iran-Contra-Affäre“ vgl. Dok. 125, Anm. 7.

¹¹ Der Passus „Ich ... machen“ wurde von Ministerialdirigent von Ploetz handschriftlich eingefügt. Zu dem Satz „Daher ... machen“ vermerkte Staatssekretär Sudhoff handschriftlich: „richtigl“.

¹² Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt. Am 2. Juli 1987 informierte Ministerialdirigent von Ploetz die Botschaft in Washington: „1) Sachverhalt: US Air Force suchte auf technischer Ebene Betankung US-amerikanischer Transitflüge in

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen**212-341.81****22. Juni 1987¹**Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³

Betr.: Stand des Wiener Folgetreffens

Zweck der Vorlage: Zur Information

I. Bisheriger Verlauf

1) Das Wiener Folgetreffen hat die Erfüllungsdebatte und die Phase der Einbringung von Vorschlägen abgeschlossen und steht an der Schwelle der Redaktionsphase.

In der Erfüllungsdebatte sind alle für uns besonders wichtigen Themen wie Familienzusammenführung, Familienbesuche, religiöse und kulturelle Entfaltungsmöglichkeiten eingehend behandelt worden.

In der Vorschlagsphase haben wir die westlichen Vorschläge intern in EG und Bündnis abgestimmt und eingebracht.

2) Der Übergang in die Redaktionsphase, d.h. Verhandlungen über verbindliche Texte für ein Schlußdokument, die an sich bereits im Februar hätte beginnen sollen, vollzieht sich nur langsam. Haupthindernis war bislang das Fehlen westlicher Mandatsentwürfe für die Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung (KVAE) einerseits und konventionelle Stabilität andererseits. Die östliche Seite suchte zwar durch öffentlich wirksame prozedurale Initiativen den Anschein von Verhandlungsbereitschaft zu erwecken, ließ aber in der Sache in keinem der Körbe eine Bewegung zu, solange die westlichen Vorschläge im

Fortsetzung Fußnote von Seite 897

Köln, nicht in Frankfurt am Main oder Ramstein, sicherzustellen. Daraufhin haben wir gegenüber US-Botschaft auf übliches Verfahren verwiesen. Botschaft hat dann dem Verfahren entsprechend gehandelt, aber mit kurzer Frist. 2) Entscheidung: Wir haben Antrag zugestimmt und in einem Gespräch Dg 20 – Botschaftsrat Grobel folgende Punkte gemacht: a) wurde Bezug genommen auf Gespräch Dg 20 mit Deputy Assistant Secretary Bodde, in dem im Widerspruch zu dem vereinbarten Verfahren erfolgte Nutzung von Einrichtungen der US Air Force im Bundesgebiet bei der Lieferung militärischer Ausrüstung an Iran angesprochen und gerügt worden war. [...] b) Vor diesem Hintergrund erläuterte Dg 20 auf Grundlage des Bundessicherheitsratsbeschlusses vom 3. November 1982 die Voraussetzungen, unter denen die Bundesregierung Überflug und Zwischenlanderechte für US-Streitkräfte bei Verlegung in Einsatzgebiete im Nahen und Mittleren Osten gewährt: In Fortführung der bisherigen Praxis werde Einzelfallgenehmigung bei konkreten amerikanischen Ersuchen erteilt, wobei wir im Einklang mit den Grundsätzen der Solidarität und Lastenteilung im Bündnis auf entsprechende Beteiligung anderer Bündnispartner achteten. Wichtig sei korrekte und frühzeitige Konsultation.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 588; VS-Bd. 12080 (201); B 150, Aktenkopien 1987.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin I. Klasse Vollmar-Libal konzipiert.

² Hat Staatssekretär Sudhoff am 22. Juni 1987 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 26. Juni 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich bitte, entsprechend den Anmerkungen zu verfahren.“ Vgl. Anm. 8, 16, 19, 20 und 24. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jansen am 26. Juni 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, Ministerialdirigent Kastrup und Referat 212 verfügte.

Hat Richthofen am 29. Juni 1987 erneut vorgelegen.

Sicherheitsbereich fehlten. Es kommt deshalb darauf an, die Einführung westlicher Mandatsvorschläge – nach der auf der NATO-Ratstagung in Reykjavik⁴ erfolgten innerwestlichen Einigung – nunmehr so zügig voranzutreiben, daß es noch vor der am 31.7. beginnenden Sommerpause zur Redaktion erster Elemente eines Schlußdokuments kommen kann.

Wenn sich der Beginn der Redaktionsarbeiten auf den Herbst verschieben würde, wäre es ungewiß, ob das Folgetreffen noch in diesem Jahr abgeschlossen werden kann.

(Die östliche Seite droht sogar, die Einwilligung in eine Verlängerung des Folgetreffens über das ursprüngliche Zieldatum des 31.7. hinaus zu verweigern, wenn keine westlichen Texte zur Sicherheit vorliegen.)

II. Einzelne Verhandlungsbereiche

1) Korb I – Prinzipienkatalog

Hier geht es dem Westen um Verbesserungen bei den Menschenrechten. Seinem Hauptvorschlag zur menschlichen Dimension⁵ gegenüber, der ein abgestuftes Verfahren zur verbesserten Durchführung und Überprüfung der Durchführung übernommener Verpflichtungen durch bilaterale Konsultationen, Roundtables, Ad-hoc-Treffen und Konferenzen vorsieht, verhält sich der Osten abwartend mit deutlich negativer Tendenz.

Sein Grundargument geht dahin, die Entwicklung bei den Menschenrechten hänge von Fortschritten bei der politischen Zusammenarbeit, der Entspannung und der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ab. Kontroll- und Verpflichtungsmechanismen zur Verbesserung der Implementierung der Menschenrechte seien deshalb nicht akzeptabel.

Wir stehen hier vor der Notwendigkeit, der sowjetischen Prämisse – je mehr Entspannung, desto mehr Implementierung der Menschenrechte – entgegenzuwirken. (Umgekehrt wird das Argument richtig: Die bessere Verwirklichung der MR fördert die Entspannung.) Wir müssen außerdem unseren Vorschlag für die neutralen und ungebundenen Staaten akzeptabel machen.

Der Osten wird seine Haltung zum westlichen Vorschlag letztlich von der westlichen Reaktion auf den östlichen Vorschlag einer Konferenz über humanitäre Zusammenarbeit in Moskau⁶ abhängig machen.

Der Versuch des Westens, einzelne der Prinzipien im Vergleich zur Helsinki-Schlußakte⁷ zu präzisieren und zu verbessern, z.B. bei der Freizügigkeit, der Religionsfreiheit und dem Minderheitenschutz, begegnen dem massiven Widerstand des Ostens.⁸

⁴ Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

⁵ Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten und Irlands vom 4. Februar 1987 für eine Konferenz über die „menschliche Dimension“ der KSZE-Schlußakte vgl. Dok. 65, Anm. 7.

⁶ Der sowjetische Außenminister Schewardnadse schlug in seiner Rede zur Eröffnung der KSZE-Folgekonferenz am 5. November 1986 in Wien vor, eine Menschenrechtskonferenz in Moskau abzuhalten. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 133–137 (Auszug). Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 341.

⁷ Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

⁸ Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das muß Gegenstand auch öffentlicher Diskussion werden.“

2) Korb I – Militärische Sicherheit

Die östliche Seite hat positiv auf das Ergebnis der NATO-Frühjahrstagung reagiert, erwartet aber seine rasche Umsetzung in westliche Konferenzvorschläge über die Fortsetzung der KVAE sowie über (autonome) KRK-Verhandlungen.

(Solange diese fehlen, wollen sowohl westliche Partner (wie US, KAN, NL) den Beginn von Redaktionsarbeiten – etwa über die Bewertung von Stockholm⁹ – aufschieben, als auch die Warschauer-Pakt-Staaten nicht ernsthaft an den westlichen Verhandlungswillen glauben.)

Die entsprechenden Arbeiten in der HLTF dürfen weder verzögert noch erneut Opfer von Kontroversen zwischen US und F werden.¹⁰

3) Korb II – Wirtschaftsbereich

Im Korb II sind eine Vielzahl von Vorschlägen eingebracht worden, darunter (vor allem von uns) eine Reihe wichtiger und zukunftsweisender wie

- Ost-West-Wirtschaftskonferenz¹¹,
- Umweltschutz¹²,
- Reaktorsicherheit¹³,
- Biotechnologie¹⁴.

Verhandlungen im Sinne eines gegenseitigen Nehmens und Gebens über verbindliche Texte haben noch nicht begonnen.

Die Osteuropäer versuchen immer wieder, Fortschritte in den für sie besonders interessanten Bereichen Handel sowie wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit anzumahnen und zugleich durch taktische Schachzüge dem Westen die Verantwortung für die Verzögerung der Redaktionsarbeit zuzuschieben. Auf der anderen Seite zeigen sie sich in den für ganz Europa bedeutsamen Fragen wie Umweltschutz zu keinerlei Bewegung bereit.

Der Westen ist sich über die in Korb II einzuschlagende Linie nicht immer einig. Mit uns sehen die meisten Partner den Wirtschaftsbereich als Mittel zur Vertiefung der Kooperation in Europa. Wir streben deshalb nach behutsamen, die Entwicklung in Korb III berücksichtigenden Fortschritten (wobei wir pragmatisch von GB und fallweise auch (teils erst nach Einschaltung der Hauptstädte) von F unterstützt werden). Einzelne westliche Delegationen (vor allem USA und KAN, innerhalb der EG aber auch NL) scheinen grundsätzliche Vorbehalte gegen eine Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Ländern zu haben. Sie sind offenbar zu einer Bewegung in Korb II allenfalls im Gegenzug zu Fortschritten im Bereich der Menschenrechte bereit.

⁹ In Stockholm wurde am 17. Januar 1984 die KVAE eröffnet, die nach zwölf Verhandlungsrunden bei seit 19. September 1986 „angehaltener Uhr“ am 22. September 1986 mit der Annahme des „Dokuments der Stockholmer Konferenz“ endete. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1986, D 625–638. Vgl. dazu auch AAPD 1986, II, Dok. 253 und Dok. 267.

¹⁰ Zu den Mandatsgesprächen über Konventionelle Rüstungskontrolle in Wien sowie den Differenzen zwischen Frankreich und den USA vgl. Dok. 101.

¹¹ Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 18. Februar 1987 für eine West-Ost-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa vgl. Dok. 43, Anm. 12.

¹² Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten und der USA vom 27. Februar 1987 zum Umweltschutz vgl. Dok. 106, Anm. 26.

¹³ Zum Vorschlag vom 9. April 1987 zur nuklearen Sicherheit vgl. Dok. 106, Anm. 28.

¹⁴ Zum Vorschlag der EG-Mitgliedstaaten vom 3. März 1987 zur Biotechnik vgl. Dok. 106, Anm. 27.

Die noch unentschlossene Haltung einiger Partner zeigt sich exemplarisch bei der von uns initiierten, formell von der EG vorgeschlagenen Ost-West-Wirtschaftskonferenz. (Insbesondere USA und KAN, aber auch CH, stehen diesem Vorhaben weiterhin skeptisch gegenüber.) Der Osten hält weiterhin an seinem Alternativvorschlag eines „Wirtschaftsforums Prag“¹⁵ fest.¹⁶

Insgesamt scheint Korb II von einer Einigung noch weit entfernt. Bewegung ist allenfalls nach Fortschritten in Korb I – Sicherheit, Prinzipien, Menschenrechte – zu erwarten.

4) Korb III – Menschliche Kontakte

Der Westen wirbt nachhaltig für sein Vorschlagspaket.¹⁷ Es enthält alle deutschen Anliegen. Freizügigkeit als Menschenrecht, Fortgeltung von Antragsdokumenten für erneuten Antrag auf Familienzusammenführung, Berücksichtigung familiärer Ereignisse bei Familienbesuchen, Recht auf gemeinsame Reisen von Familienmitgliedern, Familienzusammenführung im vom Antragsteller gewünschten Zielland, Städtepartnerschaften und Sportaustausch.

Zu diesen Themen liegen auch parallele Vorschläge der Neutralen und Nichtgebundenen vor, die zum Teil sogar weitergehende Maßnahmen vorsehen (für uns wichtig: Bewilligung auch von Reisen entfernterer Verwandter, Abschaffung des Zwangsumtauschs bei Familienbesuchen, Verwandtenbesuche ohne Altersbegrenzung).

Die Erfolgchancen für die Durchsetzung unserer Anliegen können noch nicht realistisch eingeschätzt werden.

Bei weniger betroffenen westlichen Partnern besteht die Tendenz zu maximalistischen Verhandlungspositionen, die nicht konsensfähig sind.

5) Korb III – Kultur

Die westlichen Vorschläge zur Kultur verfolgen das Ziel, die Kontaktmöglichkeiten von Künstlern und Wissenschaftlern über die Grenzen hinaus zu verbessern und die Kenntnis anderer Kulturen grenzüberschreitend zu fördern. Sie beruhen im wesentlichen auf dem westlichen Entwurf eines Abschlußpapiers von Budapest¹⁸. Für uns sind die Errichtung von Kulturinstituten und der Schutz der kulturellen Rechte von Minderheiten prioritär.

¹⁵ Zum Vorschlag der ČSSR, der DDR, Polens und Ungarns vom 15. Dezember 1986 für ein Wirtschaftsforum in Prag vgl. Dok. 106, Anm. 14.

¹⁶ Dieser Absatz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hier müssen wir hart bleiben.“

¹⁷ Zusammen mit Irland brachten die NATO-Mitgliedstaaten mit Ausnahme der Türkei auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien am 10. Februar 1987 einen Vorschlag ein, in dem das „Recht des einzelnen auf Freizügigkeit und freie Wahl seines Wohnsitzes innerhalb der Grenzen eines jeden Staates und auf Ausreise aus jedem Land, darunter auch aus seinem eigenen, und auf Rückkehr in sein Land“ betont wurde. Für den Vorschlag CSCE/WT.22 vgl. Referat 212, Bd. 153445.

Am selben Tag bekundeten Belgien, die Bundesrepublik, Großbritannien, Kanada, Spanien und die USA ihre Absicht, „Gesuche in bezug auf Kontakte und regelmäßige Begegnungen auf der Grundlage familiärer Bindungen, auf Familienzusammenführung und auf Eheschließung zwischen Bürgern verschiedener Staaten wohlwollend zu behandeln“. Entsprechende Gesuche sollten grundsätzlich innerhalb eines Monats genehmigt werden. Für den Vorschlag CSCE/WT.23 vgl. Referat 212, Bd. 153445.

Ebenfalls am 10. Februar 1987 schlugen Belgien, die Bundesrepublik, Irland, Italien, Kanada, die Niederlande, Norwegen, die Türkei und die USA ein Maßnahmenpaket für Reiseerleichterungen vor. Für den Vorschlag CSCE/WT.24 vgl. Referat 212, Bd. 153445.

¹⁸ In Budapest fand vom 15. Oktober bis 25. November 1985 das Kulturforum der KSZE statt. Vgl. dazu Dok. 106, Anm. 7.

Weitere von uns verfolgte operative Kulturvorschläge (Hauptstadt der europäischen Kultur, Schriftstellertreffen, geisteswissenschaftliches Forum) stießen bei unseren westlichen Partnern auf grundsätzliche Bedenken, da diese – im Interesse der Implementierung – normative Texte für vorrangig gegenüber Folgeveranstaltungen ansehen und sie deren Zahl beschränken wollen.¹⁹ Da unter den Folgeveranstaltungen für uns die Wirtschaftskonferenz Vorrang hat, mußten wir unsere Initiativen für das WFT zurückstellen²⁰, wollen sie aber beim nächsten Folgetreffen weiter verfolgen. Die Sozialwissenschaften als Gegenstand unseres Vorschlags eines geistes- und sozialwissenschaftlichen Forums haben in das (von I vorgeschlagene) Wissenschaftsforum in Erice²¹ in gewissem Umfang Eingang gefunden.

6) Korb III – Informationsfreiheit

Dem westlichen Vorschlag zur Informationsfreiheit²² geht es um den Abbau der Hindernisse im Informationsaustausch und insbesondere um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Journalisten. Wesentliches Element dieses Vorschlags ist auch die Beendigung der Störung von Radiosendungen.

7) Korb III – Moskauer Konferenz

Hauptanliegen der osteuropäischen Staaten in Korb III ist der sowjetische Vorschlag einer Konferenz über humanitäre Fragen in Moskau. Die Konferenz soll sowohl Menschenrechtsfragen als auch den gesamten Korb III abdecken. Die Sowjetunion hat dieses viel zu umfassende Mandat bisher nicht eingegrenzt.

Der BM hat in seiner Eröffnungsrede²³ erklärt:

Wenn die Implementierung des schon Vereinbarten durch eine solche Konferenz nicht aufgeschoben wird, wenn diese Konferenz unter angemessenen Umständen stattfinden kann, und wenn es gelingt, das Mandat dafür genügend konkret und in der Sache weiterführend zu formulieren, dann kann eine solche Konferenz im Interesse der Menschen nützlich sein.

Eine Reihe westlicher Partner²⁴ steht dem Moskauer Vorschlag skeptischer gegenüber als wir. (Sie befürchten östlichen Prestigegewinn und glauben, daß die westliche Öffentlichkeit nicht verstehen würde, wenn gerade in Moskau eine Konferenz zu diesen Fragen durchgeführt würde.) Wir wollen den Moskauer Vorschlag, den GS Gorbatschow selbst bei mehreren Gelegenheiten erwähnt hat, nutzen, um östliche Gegenleistungen (Erhöhung der Ausreisenzahlen, Verbesserungen im Bereich des Korbes III) zu erzielen. Westen ist sich dabei einig, daß

¹⁹ Zu diesem Satz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „Wer lehnt die Hauptstadt europ[äischer] Kultur ab?“

²⁰ Der Passus „mußten ... zurückstellen“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Diese Haltung kann ich nicht billigen. Ich bitte, sofort unsere Vorschläge aufzunehmen.“

²¹ Zum italienischen Vorschlag vom 18. Februar 1987 für ein Wissenschaftliches Forum in Erice vgl. Dok. 106, Anm. 35.

²² Zum Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten und Irlands vom 13. Februar 1987 für ein „Informationsforum“ vgl. Dok. 65, Anm. 9.

²³ Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 7. November 1986 in Wien vgl. BULLETTIN 1986, S. 1145–1148.

²⁴ Die Wörter „Eine Reihe westlicher Partner“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wer?“

nicht die gesamte Materie des Korbes III in Moskau erörtert werden könnte, sondern allenfalls Teilbereiche.

Entgegen der westlichen Einigung in Wien, die dahin ging, die westliche Haltung offenzuhalten, um östliches Wohlverhalten herbeizuführen, erklärt F kategorisch, daß eine Konferenz zu Menschenrechtsfragen in Moskau nicht in Betracht komme.

Die französische Haltung gibt in ihrer Rigidität Rätsel auf. Es ist kaum anzunehmen, daß die Franzosen sich nicht darüber im klaren sein sollten, daß bei einer „A-limine“-Ablehnung des Moskauer Konferenzvorschlags die Chancen einer Annahme unseres Vorschlags zur menschlichen Dimension gleich Null sind.

Man muß sich fragen, ob das französische Taktieren in diesem Bereich nicht auch dem einen Ziel dient, Verhandlungen über konventionelle Stabilität zumindest hinauszuzögern.

Nachdem F die erste – formale – Bastion geräumt und einem Kompromiß in der Frage der Verknüpfung von KRK und KSZE zugestimmt hat²⁵, baut es nun die zweite Verteidigungslinie auf, um später wie folgt argumentieren zu können:

Fortschritte in der KSZE müssen in allen Körben balanciert erfolgen. Die Sicherheit hat einen Vorsprung (KVAE Stockholm), nun müssen wir im Menschenrechtsbereich nachziehen. Wenn Moskau die CDH²⁶ ablehnt, sehen wir keine Möglichkeit, das Ungleichgewicht weiter zu erhöhen, indem wir im Bereich der Sicherheit mit KRK beginnen.

Die Voraussetzung für die Ablehnung von Fortschritten im MR-Bereich würde F dabei durch Ablehnung der Moskauer Konferenz selbst schaffen.

III. Ausblick

In den kommenden Monaten wird es darauf ankommen:

- durch Vorlage westlicher Vorschläge im Sicherheitsbereich die eigentliche Redaktionsphase so schnell wie möglich in Gang zu setzen;
- ein Schlußdokument auszuhandeln, das Verbesserungen im Verhältnis zur KSZE-Schlußakte und dem Abschließenden Dokument von Madrid²⁷ besonders für uns im Bereich der menschlichen Dimension (menschliche Kontakte) enthält (und hierzu den westlichen Vorschlag zu überarbeiten, Unterstützung der N+N zu gewinnen und die Aussicht auf eine Moskauer Konferenz in irgendeiner Form aufrechtzuerhalten).

Welche der westlichen und speziell unserer eigenen Vorschläge letztlich Eingang in ein Schlußdokument finden, ist heute noch nicht abzusehen. Die Konferenz arbeitet nach dem Prinzip der Einstimmigkeit (Konsensprinzip). Das Schlußpaket, das erfahrungsgemäß erst in den letzten Wochen – wenn nicht Tagen – ausgehandelt wird, muß für alle 35 Staaten akzeptabel sein. Jede Seite wird daher geben müssen, wenn sie nehmen will.

²⁵ Zur Einigung über das Verhältnis der Verhandlungen über Konventionelle Rüstungskontrolle (KRK) zum KSZE-Prozeß vgl. Dok. 174, Anm. 40.

²⁶ Conférence sur la dimension humaine bzw. Conference on the Human Dimension.

²⁷ Für den Wortlaut des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vom 6. September 1983 vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 537–554. Vgl. dazu auch AAPD 1983, II, Dok. 223.

Für uns kommt es darauf an, frühe Festlegungen (z. B. an die Mindestanforderungen an ein Schlußdokument) zu vermeiden, Maximalforderungen z. B. im Bereich der Menschenrechte im westlichen Kreis abzubauen, unsere Partner vom Nutzen auch kleiner Fortschritte zu überzeugen, die Notwendigkeit von Geduld und Beharrlichkeit im KSZE-Prozeß zu unterstreichen und den Fortgang des KSZE-Prozesses (Vereinbarung des nächsten Folgetreffens) sicherzustellen.

Richthofen

Referat 212, Bd. 158440

180

Aufzeichnung des Botschafters Holik

220-371.76 INF-1094/87 geheim

22. Juni 1987¹

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung von Ziffer III

Betr.: Informeller Schritt der SU, die globale LRINF- und SRINF-Null-Lösung zu akzeptieren

Anlg.: 1

I. Sachverhalt

1) Botschaftsrat O. Grobel von der hiesigen amerikanischen Botschaft suchte am 22.6.1987 D2A i. V.⁴ auf und übergab ihm das als Anlage beigefügte Papier.⁵

2) Das Papier hat im wesentlichen folgenden Inhalt:

a) Die SU hat informell zu erkennen gegeben, daß sie zu einer globalen LRINF- und SRINF-Null-Lösung bereit sei, sofern die USA die PII und GLCM tatsächlich vernichten und darauf verzichten würden, diese Systeme umzuwandeln (convert).

b) Die USA beabsichtigen, auf diesen informellen Schritt gleichfalls informell ihre Bereitschaft zu erklären, folgende Lösung in Erwägung zu ziehen:

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofstetter und Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt konzipiert.

² Hat Staatssekretär Sudhoff am 22. Juni 1987 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 23. Juni 1987 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Klaiber am 25. Juni 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 220 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 26. Juni 1987 vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Mülmenstädt erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofstetter „n[ach] R[ückkehr]“ und Vortragenden Legationsrat Wagner „n[ach] E[rmission]“ verfügte.

Hat Hofstetter erneut vorgelegen.

Hat Wagner am 30. Juni 1987 vorgelegen.

⁴ Rüdiger Hartmann.

⁵ Dem Vorgang beigefügt. Für das undatierte amerikanische Papier vgl. VS-Bd. 11362 (220).

- Zerstörung/Demontage amerikanischer LRINF- und SRINF-Flugkörpersysteme,
- keine Umwandlung amerikanischer LRINF- und SRINF-Flugkörper und deren Abschußvorrichtungen,
- keine Weitergabe bestehender amerikanischer LRINF- oder SRINF-Flugkörper und deren Abschußvorrichtungen an Dritte, einschließlich die Bundesrepublik Deutschland.

Voraussetzung hierfür ist, daß die SU folgenden Punkten zustimme:

- weltweite Eliminierung von LRINF-Flugkörpersystemen,
- weltweite Eliminierung von SRINF-Flugkörpersystemen,
- Eliminierung von SRINF-Flugkörpersystemen als integraler Bestandteil eines INF-Abkommens,
- strikte und wirksame Verifikationsbestimmungen,
- Anwendung des INF-Vertrags auf LRINF- und SRINF-Systeme nur der USA und der SU.

c) Wie sich aus dem US-Papier ergibt, hat über die PIa offensichtlich bereits eine von amerikanischer Seite initiierte Diskussion stattgefunden.

Auf die amerikanische Frage, ob die SU Einsprüche erheben würde gegen die Beibehaltung bestehender deutscher PIa mit amerikanischen GK, hätten die Sowjets mehrdeutig geantwortet.

Die USA erklärten in diesem Zusammenhang, daß sie im Rahmen des bestehenden Kooperationsprogramms das Recht hätten, neue PIb für die Bundesrepublik Deutschland zu produzieren, falls die Bundesregierung entscheide, die deutschen PIa zu modernisieren.

Die USA beabsichtigen außerdem, deutlich zu machen, daß sie sich das Recht vorbehalten wollen, die bestehende Form der Zusammenarbeit mit der BR Deutschland hinsichtlich der Pershing-Flugkörpersysteme fortzuführen.

3) Bei dem sowjetischen Vorgehen handelt es sich um einen informellen Schritt außerhalb der Verhandlungen und (noch) nicht um einen Verhandlungsvorschlag.

Offenbar sind auch der hiesigen amerikanischen Botschaft nähere Einzelheiten dieses Schrittes (wer? wann? wo?) nicht bekannt.

BR Grobel erklärte, die USA würden alle SCG-Staaten sowie Australien und Japan über den sowjetischen Schritt unterrichten.

Er bat nachdrücklich um strengste Vertraulichkeit.

II. Bewertung

1) Mit ihrem Eingehen auf die globale Null-Lösung für LRINF kommt die SU einer seit 1981 erhobenen westlichen Forderung nach, und zwar in einer seriösen Form, die das Interesse auch der SU an einem Abkommen deutlich macht. Auch nach dem Gipfeltreffen von Reykjavik⁶ haben wir und die übrigen Bündnispartner der USA (zuletzt beim Treffen der NATO-AM in Reykjavik am 11. und 12.6.1987⁷) an die SU appelliert, die weltweite Beseitigung aller amerikani-

⁶ Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

⁷ Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

schen und sowjetischen LRINF in einem Schritt zu vollziehen. Eine solche Lösung hat folgende Vorteile:

- Erleichterung der Verifikation,
- Fortfall des bisher ungelösten Alaska-Problems,
- keine Übungen mit LRINF im europäischen Teil der SU (so sowjetischer Vertragsentwurf⁸),
- keine neuen Typen von LRINF bzw. modernisierten Systemen.

2) Mit ihrer Bereitschaft zu einer globalen SRINF-Null-Lösung kehrt die SU zu ihrem ursprünglichen Vorschlag zurück, den GS Gorbatschow AM Shultz bei seinem Besuch in Moskau vom 13. bis 15.4.1987⁹ unterbreitet hatte. In öffentlichen Erklärungen wie auch in Genf am Verhandlungstisch war die SU seitdem von diesem Vorschlag abgerückt (nur europäische SRINF-Null-Lösung).

Die jetzige Position trägt einem Anliegen Rechnung, für das sich die NATO-AM bei ihrem Treffen in Reykjavik ausgesprochen haben.

3) Die amerikanische Bereitschaft, auf die Umwandlung (conversion) von LRINF-Flugkörpern zu verzichten, entspricht einem deutschen Anliegen. Bereits in seinem Schreiben vom 14.2.1986 hat BK Kohl gegenüber Präsident Reagan erklärt: „Erlauben Sie mir, in diesem Zusammenhang auf amerikanische Überlegungen zu sprechen zu kommen, die schon früher im Bündnis vorgetragen wurden und die Botschafter Nitze wiederholt hat. Es geht um die Absicht, im Zusammenhang mit der Reduzierung oder Beseitigung von Pershing-II-Systemen das Recht zu verlangen, die reduzierten Pershing II in PershingIb umzuwandeln. Ein solches Verlangen würde in unserer Öffentlichkeit nicht verstanden werden und liefe Gefahr, unser Eintreten für den NATO-Doppelbeschluß nachträglich ins Zwielicht zu bringen.“¹⁰

4) Bezüglich der deutschen PIa mit ihren amerikanischen Gefechtsköpfen scheint sich die SU – im Gegensatz zu ihren öffentlichen Erklärungen – nicht festgelegt zu haben. BR Grobel sah sich außerstande zu erläutern, was „ambiguous“ bedeutet.

5) Was die Modernisierung der PIa betrifft, so haben die USA in ihrer Argumentation gegenüber der SU auf ihr Recht hingewiesen, im Rahmen bestehender Kooperationsprogramme mit der Bundesrepublik Deutschland neue PIb für die Bundeswehr zu produzieren, falls sich die Bundesregierung für die Modernisierung dieses Waffensystems entscheide.

Mit diesem Hinweis haben die USA signalisiert, daß es bei der Neuproduktion von PIb letztlich auf die Entscheidung der Bundesregierung ankommen werde.

Die USA beabsichtigen außerdem, in zukünftigen Stellungnahmen klarzumachen, daß sie „the established pattern of cooperation with the FRG regarding the Pershing missile systems“ fortsetzen wollen.

6) Angesichts sowjetischer Forderung in der Öffentlichkeit, die amerikanischen Sprengköpfe der PIa einzubeziehen (dadurch würde die Modernisierung der Flug-

⁸ Zum Entwurf der UdSSR vom 27. April 1987 für einen INF-Vertrag vgl. Dok. 119 und Dok. 123.

⁹ Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz in der UdSSR vgl. Dok. 102 und Dok. 115.

¹⁰ Zum Schreiben des Bundeskanzlers Kohl vom 14. Februar 1986 an Präsident Reagan vgl. Dok. 64, Anm. 14.

körper und Abschlußvorrichtungen gegenstandslos), wird es nicht zu verhindern sein, daß diese Thematik – auch in der öffentlichen Diskussion – eine zentrale Frage bleibt.

Unser Interesse muß es sein,

- hinsichtlich der vorhandenen PIa auf die amerikanische Verhandlungsposition hinzuweisen, die von allen Bündnispartnern unterstützt wird;
- in der Frage einer eventuellen Modernisierung dieser Waffensysteme
 - klarzustellen, daß „established pattern of cooperation“ der USA mit ihren Verbündeten ein Grundsatz ist, der über die PIa-Modernisierungsfrage hinausgeht (Trident-Zusammenarbeit GB/USA) und daher das ganze Bündnis betrifft,
 - darauf hinzuwirken, daß die Frage einer eventuellen Modernisierungsentscheidung nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem vorgesehenen Abkommen gebracht wird: Das Recht „to continue the established pattern of cooperation with the FRG regarding the Pershing missile systems“, das sich die USA in jedem Falle vorbehalten wollen (vgl. letzter Satz des US-Papiers), schließt die Möglichkeit einer späteren Modernisierung ein, ohne sie jetzt schon zu präjudizieren, sowie
 - deutlich zu machen, daß eine zukünftige PIa-Modernisierung nicht eine deutsche, sondern ebenfalls eine Bündnisangelegenheit ist.

III. Es wird angeregt, das anliegende Papier dem BK und BMVg zur Verfügung zu stellen.

Holik

VS-Bd. 11362 (220)

181

Gesandter Paschke, Washington, an das Auswärtige Amt**114-4121/87 VS-vertraulich****Aufgabe: 23. Juni 1987, 18.00 Uhr¹****Fernschreiben Nr. 2709****Ankunft: 24. Juni 1987, 01.00 Uhr**

Betr.: Amerikanische Afghanistan-Politik;

hier: in Hauptstädten übergebenes Non-paper zu vermehrter internationaler Unterstützung des afghanischen Widerstandes

Bezug: 1) DE Nr. 4715/4716 vom 10.6.87 – 340-322.00 AFG Tagebuch-Nr. 659/87 VS-v²2) DBE Islamabad 628, 636 vom 15. und 16.6.87 – Pol 320.25 VS-v³

Zur Unterrichtung

Votum:

Ungeachtet der bei einem umfassenden Konzept allgemein und auch in diesem Fall stets möglichen Kritik an einzelnen Aspekten sollten wir nach Meinung der Botschaft die in dem Non-paper übermittelten Vorstellungen und Vorschläge so weitgehend wie möglich unterstützen. Wir sollten unsere Unterstützung ggf. auch gegenüber anderen angesprochenen Staaten deutlich machen.

Der amerikanische Ansatz ist aktuell, wichtig und grundsätzlich richtig: Gerade jetzt geht es darum, dem im Hinblick auf seine politische Reife und Performance bisher sehr unbefriedigenden Widerstand soweit wie möglich zu helfen, zunehmend politik- und regierungsfähig zu werden. Amerikanische Vorstellungen sind nicht-militärisch und nicht-konfrontativ gegenüber der SU und damit der von uns angestrebten politischen Lösung eher förderlich, als daß sie ihr im Weg stehen könnten. Alles in allem: Zwar ist mit dem amerikanischen Konzept keine Erfolgsgarantie verbunden, es ist aber den Versuch, zumindest eine eingehende Prüfung, wert.

Abgesehen von den sachlichen Zielsetzungen ist mit dem US-Konzept auch die Notwendigkeit zu verstärkter Abstimmung unter Verbündeten verbunden. Dies

¹ Das von Botschaftsrat Kaul, Washington, konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 6.

Hat Legationsrat I. Klasse Zenner am 17. Juli 1987 vorgelegen.

² Für die Drahterlasse, mit denen das von der amerikanischen Botschaft übergebene Non-paper zur Afghanistan-Politik der USA übermittelt wurde, vgl. VS-Bd. 13665 (340).

³ Botschaftsrat I. Klasse Gehl, Islamabad, berichtete am 15. Juni 1987: „Den amerikanischen Bemühungen, der Siebener-Allianz afghanischer Exilparteien politisch den Rücken zu stärken, ist zuzustimmen. Sie liegen auf der Linie der Afghanistan-Politik der Zwölf.“ Die „Übertragung von humanitären Mitteln“ bringe aber Schwierigkeiten mit sich: „Das vom US-Kongreß beschlossene 50-Mio.-Dollar-Programm steht – wie jede humanitäre Hilfe innerhalb Afghanistans – vor dem Problem, vertrauenswürdige Partner zu finden. Eine globale Übertragung der Hilfe an die Siebener-Allianz wäre nur sinnvoll, wenn die Siebener-Allianz eine einheitliche Struktur aufweisen würde. Der umgekehrte Weg, über die Hilfe die Einheit der Siebener-Allianz herbeizuführen, erscheint zumindest problematisch.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 628; VS-Bd. 13665 (340); B 150, Aktenkopien 1987.

Am 16. Juni 1987 informierte Gehl, die pakistanische Regierung lehne den amerikanischen Vorschlag einer Geberkonferenz ab: „Pakistan müsse auf die Empfindsamkeiten der Sowjetunion Rücksicht nehmen. Grundsätzlich sollte die humanitäre Hilfe möglichst unauffällig gegeben werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 636; VS-Bd. 13665 (340); B 150, Aktenkopien 1987.

ist eine primär prozedurale Frage, die so oder so gehandhabt werden kann. Von den USA zu Teil 2 ihrer Vorschläge (verstärkte Zusammenarbeit mit den vier Arbeitsausschüssen der Siebener-Koalition) ins Spiel gebrachte Geberkonferenz könnte hierfür in der Tat eine zweckmäßige Lösung sein. Jedenfalls sollte Vorschlag wegen der in erster Reaktion sichtbaren PAK-Vorbehalte (siehe Bezug 2), die nicht notwendig das letzte Wort sein müssen, nicht von vornherein negativ beurteilt werden. Vielmehr sollten hier nähere Erkundigungen eingeholt und auch die Meinung der übrigen angesprochenen Partner berücksichtigt werden.

Im einzelnen:

(Nachfolgende Zehn-Punkte-Stellungnahme berücksichtigt zusammenfassend verschiedene Gespräche im State Department in den letzten Monaten, bei denen wir u. a. auch mit den Verfassern des US-Papiers gesprochen haben.)

1) Seit Jahresbeginn ist vor allem durch die offensive und dynamische Politik Moskaus zunehmend die Frage der nationalen Versöhnung als Schlüsselfrage in den Vordergrund getreten. Dabei geht es auch um eine Übergangsregierung, ihre Strukturen und Zusammensetzung aus Gruppierungen, die als Träger politischer Macht in AFG in Frage kommen.

Auf amerikanischer Seite hat man diese Entwicklung zunächst nur zögernd und mit spürbarer Skepsis anerkannt. USA haben statt dessen weiterhin die Frage des Truppenabzugs zum Hauptthema gemacht. In den letzten Monaten ist jedoch auch in der Administration zunehmend die Auffassung spürbar geworden, die Frage der nationalen Versöhnung sei das „zentrale und richtige“ Thema (vgl. etwa DB 2511 vom 5.6.87 – Pol 322 AFG⁴).

2) Zugleich ist damit die Frage nach einer valablen und glaubwürdigen Alternative zu den von Moskau gestützten Machthabern in Kabul noch akuter geworden. Letztere konnten sich dank der sowjetischen Unterstützung und Machtmittel während sieben Jahren der Besetzung erhebliche Startvorteile für das anstehende politische Ringen um die weitere Zukunft von AFG verschaffen, dies auch in Form politischer und internationaler Erfahrung. Solange AFG-Konflikt primär militärisch und keine Lösungsmöglichkeit in Sicht war, fiel dies jedoch weniger ins Gewicht.

3) Durch Entwicklung der letzten Zeit ist Widerstand damit auch aus US-Sicht wie nie zuvor gefordert: Wenn es vorangehen und „nationale Versöhnung nicht im östlichen Sinne ausgehen soll, muß Widerstand eine tragende politische Rolle mit dem entsprechenden Stehvermögen ausfüllen können“.

4) Dies ist der Kern der derzeitigen US-Besorgnisse und zugleich das auslösende Motiv für die amerikanische Initiative:

Intern geben sich US-Partner über schlechte Verfassung des Widerstands in – politischer – Hinsicht keinen Illusionen hin. Die gängige Formel, die man im State Department immer wieder zu hören bekommt, lautet: Während die militärische Performance unter den gegebenen Umständen „gut bis sehr gut“ sei, sei

⁴ Botschafter van Well, Washington, berichtete über die Gespräche des Staatsministers Schäfer am Vortag im amerikanischen Außenministerium. Seine Gesprächspartner hätten dargelegt: „In der AFG-Frage habe sich in letzter Zeit eine bedeutsame Entwicklung vollzogen. Der Blick richte sich nunmehr auf die Frage der nationalen Versöhnung und die einer Übergangsregierung. Es sei klar, daß der Widerstand hierbei eine zentrale Rolle spielen müsse.“ Vgl. Referat 204, Bd. 135408.

die politische Performance miserabel (very poor). Gemeint ist damit nicht nur die Brüchigkeit der Siebener-Koalition einschließlich ihrer notorischen Streitereien und Eifersüchteleien, sondern auch ihre trotz der intensiven Hilfe von vielen Seiten fortbestehende Unfähigkeit, sich stärkere internationale Anerkennung und Legitimität zu erwerben.

Wie in den Hauptstädten übergebenes US-Papier verdeutlicht, haben USA daraus den Schluß gezogen, dem Widerstand auch politisch noch stärker unter die Arme zu greifen. Es handelt sich dabei nach unserem Eindruck um Bemühungen, die weit über routinemäßige Überlegungen hinausgehen, mit denen vielmehr auch die Spitze des State Department befaßt worden ist. Ein wichtiges amerikanisches Motiv für internationale Unterstützung dieser Bemühungen auch durch uns und die anderen angesprochenen Staaten findet sich in direkter Sprache am Ende des Arbeitspapiers: Moskauer Propaganda entgegenzuwirken, Widerstand und Siebener-Koalition seien lediglich „Kreaturen der USA“.

5) Amerikanisches Konzept, den Widerstand zu der erstrebten und im gesamtwestlichen Interesse liegenden „kohärenten politischen Kraft“ zu machen bzw. seine Politikfähigkeit und letztlich Fähigkeit zur Übernahme von Regierungsverantwortung zu stärken, besteht im wesentlichen aus drei Elementen (deren beiden erste in dem US-Papier dargelegt sind, während das dritte, ebenfalls wichtige, nur anklingt):

- Unterstützung des Widerstands zugunsten eines besseren internationalen Profils und größerer internationaler Sichtbarkeit, siehe Abschnitt „international exposure“;
- bedürfnis- und infrastrukturorientierte humanitäre Hilfe über die vier Arbeitsausschüsse der Siebener-Koalition für Erziehung, Gesundheit, Landwirtschaft und Versorgung (commodity supply), siehe Abschnitt „humanitarian aid“;
- kontinuierlicher und intensiver Dialog mit den Führern der Siebener-Koalition und dem Ziel, diesen die Notwendigkeit von Zusammenhalt und gemeinsamem Vorgehen zu verdeutlichen.

6) Auf Fragen wurde uns bestätigt, daß letztlich alle drei Vorgehensweisen demselben Ziel der – politischen – Stärkung des Widerstands dienen. Zugleich sehen US-Partner wichtige Unterschiede:

- Während die Bemühungen um „stärkeres internationales Profil“ und der politische Dialog mit der Siebener-Koalition auf eine Einflußnahme „von oben nach unten“ hinausliefen, gehe es bei der Beförderung der bedürfnis- und problemorientierten Arbeit der vier Wohlfahrtsausschüsse der Siebener-Koalition sozusagen um einen Prozeß „von unten nach oben“, d. h. um Arbeit an der Basis und um Infrastrukturmaßnahmen, von deren gemeinsamer Bewältigung und damit gemeinsam erreichten praktischen Vorteilen erhebliche integrierende Wirkungen ausgingen.
- Aus US-Sicht habe sich insbesondere der letzte Ansatz als wirksam erwiesen, während der politische Dialog mit den Führern des Widerstands wenig bringe (less efficient) und häufig frustrierend verlaufe.

Folgerichtig liegt daher der Schwerpunkt der mit dem Non-paper übermittelten US-Initiative in diesem Bereich. So wichtig die im ersten Teil des Papiers erbetene verstärkte politische Unterstützung (insbesondere durch hochrangige

Wahrnehmung der Sprecher der Koalition in den Hauptstädten verbündeter Staaten) sei, so wurde uns klar gesagt, daß amerikanische Seite parallelen Maßnahmen humanitärer Hilfe über die Ausschüsse des Widerstands letztlich noch größere Bedeutung beimesse.

7) Amerikanische Seite ist sich dabei der Beschränkungen und des Kompromißcharakters ihres Programms humanitärer Hilfe wohl bewußt. Die ideologischen Differenzen zwischen den sieben Gruppierungen des Widerstands (sichtbar etwa in der Königsfrage⁵) können auch nach ihrer Erfahrung hierdurch nicht aufgehoben, sondern allenfalls zurückgedrängt werden. Aus amerikanischer Sicht ist jedoch das humanitäre Motiv an sich bereits hinreichend. Darüber hinaus meinen US-Partner, es sei legitim, daß westliche Geberstaaten mit dem positiven Anreiz von Hilfeleistungen und den dynamischen Effekten einer aus der Sache und den Bedürfnissen heraus geborenen gemeinsamen Verwaltungs- und Verteilungstätigkeit (als Ansätze gouvernementaler Aktivitäten) rechnen. Schließlich liegt Annahme nahe, daß USA dabei sogar gewisse SICKERVERLUSTE einkalkulieren.⁶ Auf den Vorhalt, daß dies „nicht ideal“ sei, reagieren sie mit Gegenfrage: Was wäre die Alternative?

8) Was die in erster Reaktion übermittelten PAK-Vorbehalte gegen eine Geberkonferenz angeht, gilt zunächst folgendes:

- Es ist nicht sicher, wie bestimmt die US-Vorstellungen zu diesem eher prozeduralen Punkt sind bzw. ob USA wirklich hierauf festgelegt sind.
- Noch weniger sicher ist, daß USA anstelle einer sachlichen Abstimmung mittels eines Treffens primär auf ein Ereignis mit möglichst viel publicity zugunsten des Widerstandes abzielen.

Andererseits: Selbst wenn sich bei den weiteren Sondierungen ergeben sollte, daß es den USA auch auf eine angemessene öffentliche Wirkung ankommt, so sind die pakistanischen Bedenken gleichwohl nicht völlig überzeugend. Im Gegenteil würden sie erneut ein ungünstiges Licht auf PAK-Festigkeit werfen und nicht nur amerikanische Partner erneut in dem Verdacht bestärken, PAK-Seite neige zu übergroßer Rücksichtnahme auf Moskau.

Denn angesichts etwa von

- erneut heftigen Kämpfen in Afghanistan mit schweren Verlusten⁷ (Afghanistan-Referent: „the usual summer fighting season“),

⁵ Zur Frage, ob der ehemalige König Zahir Schah bei der Lösung des Afghanistan-Konflikts eine Rolle spielen könne, vermerkte Ministerialdirektor Schlagintweit am 26. Mai 1987: „Die Sieben-Parteien-Allianz in Peshawar ist in dieser Frage gespalten. Die einflußreichen fundamentalistischen Gruppen geben dem König wegen seiner ‚Unfähigkeit‘ und ‚Schwäche‘ eine nicht geringe Schuld an der Entwicklung in Afghanistan, die zur heutigen Lage führte, und lehnen ihn daher ab. Die Traditionalisten hingegen halten die Einbeziehung des Königs in einen Lösungsprozeß für durchaus möglich. [...] Zuletzt trafen die kontroversen Auffassungen auf einer Versammlung der Siebener-Allianz am 4.5.1987 in Peshawar aufeinander. [...] Der Widerstand in Afghanistan dürfte in seiner Einstellung analog der Haltung der Siebener-Allianz gespalten sein. Genauere Informationen darüber gibt es nicht. Unter den afghanischen Flüchtlingen in Pakistan gibt es starke Sympathien für den König. Dafür dürfte die Hoffnungslosigkeit ihrer Existenz und eine daraus resultierende verklärende Erinnerung an die Vergangenheit maßgeblich sein.“ Vgl. Referat 213, Bd. 143551.

⁶ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2710 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

⁷ Referat 340 vermerkte im Juli 1987: „Der Krieg und die mehr als siebenjährige Besetzung des Landes durch eine rd. 120 000 Mann umfassende sowjetische Interventionsarmee bestimmen weiterhin die

- AFG-Luftangriffen auf pakistanische Grenzdörfer mit 200 Toten und verletzten Zivilisten im Mai⁸,

ist schwer verständlich, wieso eine Geberkonferenz über „humanitäre Hilfe“ einen unerträglich provokativen Charakter haben soll oder den derzeit ohnehin erneut stagnierenden diplomatischen Prozeß beeinträchtigen könnte.

9) Darüber hinaus geht es um ein wichtiges sachliches Anliegen, bei dem man durchaus der Auffassung sein kann, der Westen könne ihm jetzt noch weniger ausweichen als früher. Wie US-Partner müssen wir sehen, daß es sich dabei auch um einen Wechsel auf die Zukunft, möglicherweise mittel- oder langfristige Bemühungen handelt, bei denen ein Erfolg zudem nicht garantiert werden kann. Dies ist nichts Ungewöhnliches (vgl. etwa die Hilfe für die demokratischen sozialistischen Parteien in Portugal und Spanien, die demokratischen Erziehungsprogramme der politischen Stiftungen in ZA usw.). Verbalismus und Untätigkeit sind aber keine Alternative.

10) US-Haltung war in der Vergangenheit bekanntlich zuweilen von konfrontativen und eine kooperative Lösung nahezu ausschließenden Tendenzen bestimmt. Dies hat auch für uns solidarisches Vorgehen mit der westlichen Führungsmacht nicht immer erleichtert.

Ungeachtet der anhaltenden militärischen Unterstützung des Widerstands durch USA ist dringliche Bitte an Verbündete um⁹ verstärkte Bemühungen zur Stärkung der Politik und Regierungsfähigkeit des Widerstands auch deutliches Indiz, daß nunmehr auch USA eine politische Lösung nicht mehr ausschließen und es für notwendig halten, sich stärker darauf einzustellen. Nicht zuletzt wir haben auf den verschiedenen Ebenen hierzu beigetragen. Im Einklang damit wollen wir eine Lösung, welche das Selbstbestimmungsrecht des afghanischen Volkes wiederherstellt und zugleich verhindert, daß die neutralen und prowestlichen Kräfte nach kurzer Zeit aus Schwäche an die Wand gedrückt werden können. Daher sollten wir uns dem hierfür Nötigen und uns Möglichen nicht verschließen. Vorstellbare bürokratische Mäkeleien oder ein Zerreden der US-Vorstellungen auch von anderer Seite sollten wir zumindest so lange mit abblocken, bis ein überzeugenderes Konzept für den politischen Aufbau des Widerstands präsentiert wird.

[gez.] Paschke

VS-Bd. 13665 (340)

Fortsetzung Fußnote von Seite 911

Situation in Afghanistan. Seit 1985 intensivierte Operationen im Landesinnern durch den verstärkten Einsatz von Kampfhubschraubern und sowjetischen Kommandoeinheiten sowie durch die Verminung und die Bombardierung der Nachschublinien der Mujahedin bedrängten den Widerstand. Dieser stellte sich jedoch durch eine verbesserte Koordinierung der einzelnen Gruppen innerhalb Afghanistans auf die sowjetische Taktik ein. Mit dem Einsatz moderner Luftabwehrraketen kann er auch sowjetischen Hubschraubern und Tieffliegern effizienter begegnen. Ihr vorrangiges Ziel, eine Versiegelung der Grenzen zu den Nachbarstaaten Iran und Pakistan, erreichte die Sowjetunion bisher nicht.“ Vgl. Referat 340, Bd. 144634.

⁸ Zu den Luftangriffen auf pakistanisches Territorium vgl. Dok. 91, Anm. 5.

Oberstleutnant i. G. Werner, Islamabad, berichtete am 7. Mai 1987 zur Lage an der afghanisch-pakistanischen Grenze, seit Jahresbeginn seien 181 Zwischenfälle registriert worden. Bei Luftraumverletzungen bzw. Luftangriffen, Artillerie- und Raketenangriffen sowie Bomben- bzw. Sprengstoffanschlägen seien 401 Menschen getötet und 1213 Menschen verwundet worden. Vgl. dazu den Einzelbericht Nr. 21/87; Referat 340, Bd. 136902.

⁹ Korrigiert aus: „und“.

182

**Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit dem
Vorsitzenden des polnischen Sejm, Malinowski**25. Juni 1987¹

Gespräch des Bundeskanzlers mit Sejm-Marschall Roman Malinowski, Bonn, 25. Juni 1987, 14.10 Uhr bis 15.00 Uhr²

Der *Bundeskanzler* (BK) begrüßt Sejm-Marschall Malinowski (M.) und seine Delegation und führt sodann aus:

Das deutsch-polnische Verhältnis sei durch die jahrhundertelange Geschichte geprägt: Durch die Schrecken der jüngeren Vergangenheit werde häufig übersehen, daß Deutsche und Polen über Jahrhunderte friedlich miteinander gelebt hätten. Polen sei unser mitteleuropäischer Nachbar, die polnische Nation groß und stolz.

In 13 Jahren gehe unser Jahrhundert zu Ende – es sei ein Gebot der Klugheit, aus der Geschichte dieses Jahrhunderts zu lernen.

Die Deutschen hätten in ihrer langen Geschichte immer nach beiden Seiten, nach Frankreich und nach Polen hin, Probleme gehabt – und umgekehrt. Aber 1832 seien auf dem Hambacher Schloß Deutsche, Franzosen und Polen miteinander für die Freiheit eingetreten.

40 Jahre nach Kriegsende seien die deutsch-französischen Beziehungen so eng wie nie zuvor in der Geschichte. Mit F hätten wir Geschichte „aufgearbeitet“, nicht um zu verwischen oder zu vergessen, sondern um zu lernen. Sein Wunsch sei, daß das gleiche mit Polen gelingen möge. Es werde schwieriger sein wegen unterschiedlicher Gesellschaftssysteme und wegen der Teilung Deutschlands – man müsse es aber versuchen.

In Polen habe man – so sein Eindruck – Angst, daß sich die Geschichte wiederholen könne. Sie werde aber nicht wiederkehren, weil im Atomzeitalter Krieg und Gewalt keine Mittel der Politik mehr seien.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kaestner, Bundeskanzleramt, am 29. Juni 1987 gefertigt und am selben Tag von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann, Bundeskanzleramt, über Ministerialdirektor Teltschik und Bundesminister Schäuble, beide Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Kohl „mit der Bitte um Genehmigung“ geleitet. Hat Teltschik vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72; B 150, Aktenkopien 1987.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Derix notierte am 1. Juli 1987, Bundeskanzler Kohl habe entschieden, daß der Vermerk über das Gespräch „vom Kanzleramt nicht an andere Ressorts gegeben wird. Der Grund dafür liegt in dem Umstand, daß BK gegenüber Malinowski einige Bemerkungen mit einer gewissen innenpolitischen Brisanz gemacht hat: Einige Politiker wählten aus Gründen der Innenpolitik starke Worte. Das führe aber nicht weiter. Er, BK, trete dafür ein, ruhig miteinander zu reden. Nach dem Kriege hätten sich die Flüchtlinge in Verbänden zusammengeschlossen. Dabei gebe es Intelligente und weniger Intelligente. Die Bundesregierung stehe zur Geltung des Warschauer Vertrages. Pacta sunt servanda. Eine Umfrage habe ergeben, daß 81 % unserer Bevölkerung dagegen seien, die Oder-Neiße-Grenze zu verändern. Unter den Vertriebenen liege der Prozentsatz bei 87 % (sic!).“ Vgl. VS-Bd. 13501 (214); B 150, Aktenkopien 1987.

² Der Vorsitzende („Marschall“) des polnischen Sejm, Malinowski, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 29. Juni 1987 auf Einladung des Bundestagspräsidenten Jenninger.

Jetzt gebe es eine echte Chance, noch in diesem Jahr zu einem ersten Abrüstungsvertrag zu kommen. Er – BK – werde alles tun, daß dies gelinge. In Venedig³ und Reykjavik⁴ sei ein umfassendes Programm für Abrüstung und Rüstungskontrolle vereinbart worden. Doch dürfe der Blick nicht auf diese Gebiete verengt werden. Wie bereits im Kommuniqué Reagan/Gorbatschow nach dem Gipfeltreffen Genf⁵ festgestellt, gehe es um Verbesserung der Beziehungen auf allen Gebieten, in der Wirtschaft, bei humanitären Fragen, in Sport und Kultur. Dies dürfe nicht den Weltmächten allein überlassen bleiben, sondern gehe alle an.

Zudem wisse niemand, wie die Dinge in Moskau weitergehen werden.

Malinowski wirft ein: Das wird gut werden!

BK entgegnet, er halte sich lieber an die in langer Geschichte bewiesene polnische Einstellung: abwarten, was aus Moskau kommt. Er hoffe, daß *M.* recht behalte – er selbst wahre eine Mischung von Skeptizismus und Optimismus.

Die SU – so *BK* weiter – sei unser wichtigster osteuropäischer Nachbar. Die tatsächlichen Beziehungen – er wolle nicht von Propaganda reden – seien viel besser geworden. Daß Gorbatschow vom „gemeinsamen Haus Europa“⁶ spreche, gefalle ihm gut, wenn man damit gleiche Vorstellungen verbinde: Für ihn habe ein Haus Türen und Fenster, die nur Sinn machten, wenn man sie öffne.

Mit den anderen Staaten des Warschauer Paktes seien unsere Beziehungen unterschiedlich: Bei einigen gebe es keine geschichtliche Belastung (Ungarn, Bulgarien), an Polen seien in deutschem Namen schreckliche Dinge geschehen und nachher – als Revanche – umgekehrt. Sein Rat an alle – und er nehme sich nicht aus – sei, dies nicht zu vergessen oder unter den Tisch zu schieben, sondern daraus zu lernen. Deshalb sei er offen für vernünftige und kluge Zusammenarbeit. Er habe einen Traum: In den bald beginnenden Sommerferien würden Hunderttausende junge Franzosen bei uns zu Gast sein, Hunderttausend junge Deutsche in Frankreich. Er – *BK* – wünsche, daß ebenso viele junge Deutsche nach Polen reisten und junge Polen zu uns kämen.⁷ Schließlich lebe man in der Mitte Europas, und EG-Europa sei nicht das ganze Europa.

Wichtig sei, in der Sprache behutsam miteinander umzugehen. Die Gefühle der Menschen der älteren Generation seien aus der Geschichte verletzt. Dies müsse man verstehen. Er sehe die besondere Aufgabe seiner Generation darin, Brücken des Verständnisses zwischen der jüngeren und der älteren Generation zu finden, und zwar nicht nur in der Innenpolitik, sondern auch im Verhältnis zu den Nachbarn.

Einige Politiker wählten aus Gründen der Innenpolitik starke Worte – dies führe aber nicht weiter, er – *BK* – sei dafür, ruhig miteinander zu reden. In diesem Sinn freue er sich über den Besuch *M.s.*

³ Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 8. bis 10. Juni 1987 vgl. Dok. 171 und Dok. 176.

⁴ Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Juni 1987 vgl. Dok. 170 und Dok. 174.

⁵ Präsident Reagan und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, trafen vom 19. bis 21. November 1985 in Genf zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, II, Dok. 317 und Dok. 319.

Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung über das Treffen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 86 (1986), Heft 2106, S. 7–10. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1985, D 687–690.

⁶ Zur Vorstellung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, daß Europa ein „gemeinsames Haus“ sei, vgl. Dok. 43, Anm. 11.

⁷ Vgl. dazu den Vorschlag des Bundeskanzlers Kohl zur Gründung eines deutsch-polnischen Jugendwerks; Dok. 122, Anm. 11.

Malinowski dankt für den herzlichen Empfang und übermittelt Grüße vom Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski, der sein Moskauer Gespräch mit BK⁸ in guter Erinnerung habe. (BK: „Ein sehr ernstes, sehr interessantes Gespräch.“)

Malinowski knüpft an auf BKs Ausführungen zum Ost-West-Verhältnis: In der SU, in Polen und in anderen WP-Staaten – so *Malinowski* – zeichneten sich große Veränderungen ab. Was nach außen getan und vorgeschlagen werde, hänge eng und organisch mit dem zusammen, was innen geschehe. Derartige Entwicklungen gingen nicht ohne bestimmte Widerstände ab, wollten durchgesetzt werden – aber das Bedürfnis zur Weiterentwicklung werde von niemandem bestritten. Es könne Stagnationen oder Rückschläge geben – aber die Tendenz zeige eindeutig nach oben. Diese Entwicklung biete große Chancen für die ganze Welt. MP Fanfani habe GS Gorbatschow gesagt⁹: „Was Sie in der Sowjetunion machen, enthält große Hoffnungen und Chancen für die Menschheit“ – dem könne er nur beipflichten. Die jetzige historische Chance gelte es aktiv zu nutzen, es könne geschehen, daß sie sich nicht wiederhole. „Nutzen“ bedeute, diese Veränderungen zu unterstützen und zu fördern. Auch seitens des Warschauer Pakts gelte hierfür ein breiter, nicht auf Abrüstung und Rüstungskontrolle begrenzter Ansatz: Dies habe das jüngste WP-Kommuniqué in Ost-Berlin¹⁰ verdeutlicht.

Das bilaterale Verhältnis habe eine besondere Dimension: Was wir miteinander gestalteten, habe nicht nur bilateralen Charakter, sondern Einfluß auf Europa und die Ost-West-Beziehungen insgesamt.

Ausdrücklich begrüße er, was BK in der Regierungserklärung vom 18. März¹¹ ausgeführt habe: Bekenntnis zur Normalisierung mit Polen und den anderen sozialistischen Staaten auf Grundlage der unterzeichneten Verträge und der KSZE-Schlußakte¹². AM Orzechowski habe zum gleichen Zeitpunkt im gleichen Geist vor dem Sejm geantwortet¹³, kurz darauf auch General Jaruzelski in seinem Interview mit *Gazeta Lubuska*¹⁴: „Wir müssen die Kapitel der Vergangenheit abschließen und nach vorn gehen.“ Gestützt auf die genannten Verträge müßten wir versuchen, die vorhandenen Gräben zuzuschütten. Dabei gehe es nicht so sehr um schöne Worte, sondern um konkretes Handeln.

Auch polnischerseits sei man für Entwicklung der Beziehungen in allen Bereichen. Auf wirtschaftlichem Gebiet habe die kürzliche Tagung der Gemischten

⁸ Bundeskanzler Kohl hielt sich anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Generalsekretär des ZK der KPdSU, Tschernenko, vom 12. bis 14. März 1985 in der UdSSR auf und traf bei dieser Gelegenheit mit Ministerpräsident Jaruzelski in Moskau zusammen. Vgl. dazu AAPD 1985, I, Dok. 67, Anm. 12.

⁹ Der Vorsitzende des italienischen Senats, Fanfani, traf am 24. Februar 1987 in Moskau mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, zusammen.

¹⁰ Am 28./29. Mai 1987 fand in Ost-Berlin die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués und der Erklärung über Militärdoktrinen vgl. EUROPA-ARCHIV 1987, D 385–394.

¹¹ Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 4. Sitzung, S. 51–73.

¹² Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966. Vgl. dazu auch AAPD 1975, II, Dok. 191.

¹³ Zu den Ausführungen des polnischen Außenministers Orzechowski am 18. März 1987 vgl. Dok. 121, Anm. 22.

¹⁴ An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Originalzitat: ‚Wir wollen nicht endlos, von Generation zu Generation, die Rechnungen aus den Jahren der Hitlerverbrechen herumschleppen.‘“
Zum Interview des Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski vom 17. April 1987 vgl. Dok. 121, Anm. 23.

Kommission (BM Bangemann) Tendenzen für die Normalisierung der Wirtschaftsbeziehungen und Lösung der Verschuldungsproblematik¹⁵ aufgezeigt.¹⁶

Im humanitären Bereich stellten sich große Probleme, im Zusammenhang mit der Herkunft der Menschen, mit den Gräbern, die sie in der alten Heimat zurückgelassen haben. Die Gefühle dieser Menschen dürfe man nicht für politische Zwecke ausnutzen, wie dies am vergangenen Wochenende geschehen sei (Schlesier-Treffen¹⁷): Denn dies richte sich gegen den Geist unserer Verträge. Er wisse zwar, daß dies Randerscheinungen seien, bitte aber um Verständnis für die Sensibilität der Menschen in Polen. Schließlich sei jeder vierte oder fünfte Pole im Krieg umgekommen, und jede Familie habe Opfer zu beklagen. Um so wichtiger sei, das Geflecht des Vertrauens zu erhalten und zu stärken.

Hier und da werde die Idee geäußert, an einem historischen Platz einen Handschlag auszutauschen. Dabei dürfe es nicht nur um eine spektakuläre Geste gehen. Wenn es aber gelinge, die existierenden Gräben zuzuschütten, dann wäre diese Geste als Krönung des Prozesses denkbar.

Er – Malinowski – sei sowohl persönlich wie offiziell zum ersten Mal in der Bundesrepublik Deutschland. Er habe Gespräche in sehr guter und sachlicher Atmosphäre geführt und eine Reihe von positiven Impulsen für die Entwicklung der Beziehungen eingebracht: Er habe Bundestagspräsident Jenninger zu einem Gegenbesuch nach Warschau eingeladen und mit ihm den Austausch von Parlamentarismodelegationen als ständige Einrichtung vereinbart. Man wolle auch den Austausch zwischen Parlamentsausschüssen, und zwar nicht nur der Auswärtigen Ausschüsse, voranbringen. So habe er den Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages, MdB Wissmann, zu einem Polen-Besuch eingeladen. Die Fraktion seiner Partei, der Vereinigten Bauernpartei, wolle gern Beziehungen zur Fraktion der CDU/CSU aufnehmen, so wie sie bereits mit der ÖVP bestünden.

Ende März 1988 werde in Warschau der Kongreß seiner Partei stattfinden, im Anschluß daran ein Treffen mit ausländischen Partnerparteien. In diesem Zusammenhang wolle er BK – als Vorsitzendem der CDU – auch eine Einladung an seine Partei aussprechen.

¹⁵ Zur Umschuldung der polnischen Verbindlichkeiten vgl. Dok. 121, Anm. 19 und 21.

¹⁶ Die siebte Tagung der Gemischten Regierungskommission der Bundesrepublik und Polens zur Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit fand am 25./26. Mai 1987 in Warschau statt. Ministerialdirigent Trumpf vermerkte am 2. Juni 1987: „Wichtigstes Thema der in offener und freundlicher Atmosphäre verlaufenen Tagung war erwartungsgemäß das sich aus der wechselseitigen Abhängigkeit zwischen polnischer Verschuldung, Umschuldung, Schuldendienstkapazität, Exportfähigkeit, Gewährung neuer Kredite und Importen westlicher Technologie ergebende Finanzierungsproblem. Beide Seiten stimmten darin überein, daß der Schlüssel zur Verbesserung der polnischen Finanzsituation bei längerfristigen und tragfähigen Umschuldungsregelungen im Rahmen des Pariser Clubs liegt. BM Bangemann erklärte unsere Bereitschaft, im Pariser Club für entsprechende neue Überlegungen einzutreten, und legte hierfür ein Konzept vor, das die Rekonsolidierung der bisher mit Polen geschlossenen Abkommen einschließlich Polen I (1981) unter Einbeziehung der Fälligkeiten bis einschließlich erstes Quartal 1988 beinhaltet. Die Folge einer solchen Umschuldungsregelung würden u. a. neue Fälligkeiten mit für die polnische Seite günstigeren Zinssätzen sein. Eine entsprechende Lösung würde es uns erlauben, den Haushaltsausschuß des Bundestages mit der Frage zu befassen, ob der Rest des im vergangenen Jahr wegen unregelmäßiger Fälligkeiten gesperrten 100 Mio.-DM-Bürgschaftsrahmens wieder zur Verfügung gestellt werden kann.“ Vgl. Referat 421, Bd. 140335.

¹⁷ Das „Deutschlandtreffen“ der Landsmannschaft Schlesien fand vom 19. bis 21. Juni 1987 in Hannover statt.

Er sei erfreut über die Gründung deutsch-polnischer Parlamentariergruppen in beiden Parlamenten.¹⁸ Schließlich habe er Bundestagspräsident Jenninger angekündigt, daß man polnischerseits vorschlagen werde, im Rahmen der KSZE ein Treffen der Parlamentspräsidenten der Teilnehmerstaaten einzuberufen – eine erste Sondierung beim Sprecher des US-Repräsentantenhauses, Jim Wright, habe ein positives Echo gebracht. Ein derartiges Treffen könne genauso zur Vertrauensbildung beitragen wie der Abschluß von Abrüstungsverträgen. Auf Vertrauensbildung zielen auch der Jaruzelski-Plan¹⁹, den er aufmerksamer Prüfung empfehle.

Insgesamt gelte es, sich stärker auf die gemeinsamen Probleme zu konzentrieren: Die Interdependenz wachse, die Globalisierung der Probleme nehme zu. Es gelte, das „gemeinsame Haus Europa“ zu stärken. Neben der nationalen Option – die auch künftig zu respektieren sei – müsse man die europäische Option sehen. Dazu gehöre wirtschaftliche, technische und ökologische Sicherheit. Unsere bilateralen Beziehungen seien auch unter diesem Aspekt wichtig.

BK erwidert, was Malinowski gesagt habe, sei ihm sehr sympathisch. Zunächst danke er für die Grüße von General Jaruzelski und erwidere sie – er hoffe, ihn in absehbarer Zeit wiederzutreffen.

Konrad Adenauer habe in seiner ersten Regierungserklärung 1949²⁰ unserem Land das Ziel gesetzt, sich mit den Kriegsgegnern von gestern auszusöhnen, insbesondere mit Frankreich, Polen und Israel. Mit Frankreich sei das Werk der Verständigung und Versöhnung schon gelungen, mit Israel weit fortgeschritten.

Mit Polen sei man noch nicht so weit. Er finde, 38 Jahre nach dieser Regierungserklärung sei nun der Zeitpunkt gekommen, kräftige Schritte voran zu machen. Dies sage er bewußt auch als Parteivorsitzender. Einige Polen meinten, die Identität der Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland sei bei den Sozialdemokraten zu finden. Die SPD sei in der Tat eine große Partei mit großer Tradition, aber wenn ein Gesprächspartner M.s, MdB Bahr, nunmehr Gorbatschow mit Peter dem Großen vergleiche²¹, dann könne das einem Polen eigentlich nicht

¹⁸ Der Vorsitzende der polnisch-deutschen Parlamentariergruppe im Sejm, Bejger, richtete am 10. Oktober 1987 ein Schreiben an den Vorsitzenden der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe im Bundestag, Koschnick, in dem er darlegte: „Um die Wahl der Schwerpunkte der uns erwartenden Aktivitäten zu beschleunigen, schlage ich vor, daß wir uns im November des Jahres in Warschau treffen. Gleichzeitig lade ich eine Abordnung der Deutsch-Polnischen Parlamentarischen Gruppe im Bundestag im Dezember des Jahres anläßlich des Jahrestages der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland über die Grundlagen der Normalisierung ihrer Beziehungen nach Warschau ein.“ Vgl. Referat 214, Bd. 139694.

Koschnick hielt sich vom 25. bis 27. November 1987 in Polen auf, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Er vermerkte, daß die erste Begegnung zwischen den beiden Parlamentariergruppen vom 22. bis 25. Februar 1988 in Bonn stattfinden solle. Vgl. dazu seine Aufzeichnung vom 1. Dezember 1987; Referat 214, Bd. 139694.

¹⁹ Zu den Abrüstungsvorschlägen des Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski vom 8. Mai 1987 vgl. Dok. 148, Anm. 29.

²⁰ Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Adenauer am 20. September 1949 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 1. WP, 5. Sitzung, S. 22–30.

²¹ In der Presse wurde berichtet: „Der SPD-Abgeordnete Bahr hat den sowjetischen Parteichef Gorbatschow und dessen ‚Reformprogramm‘ in eine Reihe mit dem russischen Zaren Peter dem Großen und dessen Reformen gestellt. Was sich Gorbatschow vorgenommen habe, sei mit dem Programm Peters zu vergleichen. Der habe seinerzeit allerdings 30 Jahre gebraucht und doch nicht alles geschafft, was er sich vorgenommen hatte, sagte Bahr am Dienstag in Bonn.“ Vgl. den Artikel „Bahr vergleicht Gorbatschow mit Peter dem Großen“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 25. Juni 1987, S. 1.

gefallen. Andererseits müsse er daran erinnern, daß die polnischen Abgeordneten im Reichstag des Kaiserreichs nicht bei den Sozialdemokraten, sondern bei einer der Mutterparteien der CDU/CSU, dem Zentrum, hospitiert hätten. Dies gehöre zur Tradition seiner Partei!

Natürlich gebe es die Probleme, die M. als sensibel bezeichnet habe. Zu Recht habe er über die Millionen Toten gesprochen, es gebe Wunden, die nicht über Nacht heilten.

Der Zweite Weltkrieg sei Schuld Hitlers gewesen: Er habe ihn im deutschen Namen begonnen. Wahr sei aber auch, daß Hitler nicht vom Himmel gefallen sei und die Geschichte nicht erst 1933 beginne. Dies entschuldige weder Hitler noch die Deutschen. Aber der Frieden von Saint-Germain²² und der von Versailles²³ seien Dummheiten der Weltgeschichte gewesen.

Malinowski wirft ein, die deutsch-polnischen Beziehungen seien nicht nur Sache des Verstandes, sondern auch der Emotionen. *BK* fährt fort, er versuche, aus der Geschichte heraus Entscheidungen zu begreifen. M. habe zu Recht von Symbolen gesprochen. Er erinnere an seine Begegnung mit Staatspräsident Mitterrand in Verdun²⁴: Verdun sei für Deutsche und Franzosen nicht nur der Inbegriff des Kriegerirrsinns, sondern von sehr persönlicher Bedeutung für ihn, weil sein Großvater im Ersten Weltkrieg dort gekämpft habe, und für Mitterrand, weil er 1940 dort verwundet und gefangen worden sei. Heute sei es Symbol der Versöhnung.

Wenn es möglich werde, zwischen Deutschen und Polen auch ein solches Signal zu setzen, sei dies sehr wichtig, es müsse aber glaubwürdig sein!

Malinowski: Dieses Symbol könne man dann setzen, wenn Gräben überwunden seien – sonst sei es in der Tat nur eine spektakuläre Geste.

BK entgegnet, die Zeit müsse dafür reifen.

BK erinnert sodann an die bei uns lebenden 13 Mio. Flüchtlinge. Daß diese sich in Verbänden zusammenschließen, sei ganz natürlich. Daß bei Treffen dieser Verbände intelligente und weniger intelligente Reden gehalten würden, ebenfalls. Wichtig aber sei, daß diese Flüchtlinge schon Anfang der 1950er Jahre in ihrer Stuttgarter Charta²⁵ auf Krieg und Gewalt als Mittel der Politik verzichtet hätten. Dies gälte in jeder Weise, auch in Grenzfragen. Die Bundesrepublik Deutschland als Staat habe daraus im Warschauer Vertrag²⁶ die Konsequenz

²² Für den Wortlaut des Vertrags vom 10. September 1919 zwischen Österreich und den Alliierten und Assoziierten Mächten (Friedensvertrag von Saint-Germain) vgl. STAATSGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH 1920, S. 995–1245.

²³ Für den Wortlaut des Vertrags vom 28. Juni 1919 zwischen dem Deutschen Reich und den Alliierten und Assoziierten Mächten (Friedensvertrag von Versailles) vgl. REICHSGESETZBLATT 1919, S. 688–1349.

²⁴ Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand gedachten am 22. September 1984 auf dem Schlachtfeld vor Verdun der Toten der beiden Weltkriege. Vgl. dazu AAPD 1984, II, Dok. 242.

²⁵ In der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ vom 5. August 1950 hieß es: „Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluß ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat.“ Vgl. DzD II/3, S. 272 f.

²⁶ Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f. Vgl. dazu auch AAPD 1970, III, Dok 588 und Dok. 589.

gezogen: Dieser Vertrag gelte, gleichgültig welche Partei die Bundesregierung stelle. *Pacta sunt servanda!*

Wichtig – so BK weiter – sei, nun auf der Straße der Vernunft voranzukommen. Unvernünftig sei, daß seit Ludwig Erhard kein Bundeskanzler mit den Vertriebenen gesprochen habe. Was er – BK – zu ihnen gesagt habe²⁷, werde kein vernünftiger Mensch als Revanchismus bezeichnen. Und für seine Linie habe er bei diesen Menschen riesige Mehrheiten. Aber er bleibe dabei: Man müsse das Volk zusammenbringen, nicht teilen.

M. könne aus bei uns veröffentlichten Umfragen entnehmen, daß 81 % unserer Bevölkerung dafür seien, daß die Oder-Neiße-Grenze nicht verändert werde. Bei den Vertriebenen und ihren Kindern liege der Prozentsatz bei 87 %. Was könne M. als Pole von einem Land mehr erwarten, das ein Drittel seines Staatsgebiets verloren habe?

Dies sei die Linie der deutschen Politik, die Linie der CDU. Auch in der Geschichte müsse man die Geduld haben, das Gras wachsen zu lassen. Man müsse vernünftig sein, aufeinander zugehen, irritierende Bemerkungen vermeiden.

Bei uns und anderswo gebe es natürlich manche, die die besondere geographische Position – so wolle er es ausdrücken – Polens nicht begriffen. Er wolle die Polen nicht in Verlegenheit bringen, aber dennoch hoffe er, daß Deutsche und Polen sich trotz aller Rückschläge aufeinander zubewegten. Vielleicht käme man doch zu einem besseren Einvernehmen – dies wäre für ihn eine große Genugtuung.

Malinowski pflichtet bei: Dies wollten die Polen auch.

BK bittet M. in Warschau zu übermitteln, in der Bundesrepublik Deutschland dächten eine Menge Leute so wie er (BK). Es sei gut, daß man polnischerseits jetzt versuche, mit allen politischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen Kontakte herzustellen (BK erwähnt u. a. Warschau-Reisen von MdB Rühle und Wissmann). Er – BK – sei dringend interessiert, daß dieser Austausch sich verstärke.

Auch er selbst würde sich freuen, das Gespräch mit M. in Warschau fortzusetzen. Dabei würde er es besonders begrüßen, sich ohne Presse und Protokoll mit polnischen Abgeordneten auszusprechen, wo man jetzt stehe und wie es weitergehen solle.

Er wiederhole, für ihn wäre es eine glückliche Sache, wenn er die deutsch-polnischen Beziehungen in seiner Amtszeit ein Stück auf dem von Konrad Adenauer 1949 vorgezeichneten Wege voranbringen könnte.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72

²⁷ Vgl. dazu die Rede des Bundeskanzlers Kohl beim Treffen der Landsmannschaft Schlesien am 16. Juni 1985 in Hannover; BULLETIN 1985, S. 577–583.

183

**Gespräch des Bundeskanzlers Kohl
sowie der Bundesminister Genscher und Kiechle
mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Delors,
und Vizepräsident Andriessen**

26. Juni 1987¹

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Kommissionspräsident Delors am Freitag, den 26. Juni 1987, 10.15 Uhr bis 12.15 Uhr

Teilnehmer auf deutscher Seite: der Bundeskanzler, BM Genscher (ab 11.00 Uhr), BM Kiechle (ab 11.00 Uhr), StM Stavenhagen, StS Kittel (ab 11.00 Uhr), MD Teltschik, VLR I Dr. Hartmann als Note-taker.

Auf seiten der Kommission: Kommissionspräsident Delors, VP Andriessen (ab 11.00 Uhr), Herr Burghardt.

Der *Bundeskanzler* eröffnet das Gespräch mit grundsätzlichen Bemerkungen über die deutsche Europapolitik. Er weist insbesondere auf die Bedeutung der Verwirklichung des Binnenmarktes bis 1992² hin. Dieses Datum sollten wir festhalten. Der Bundeskanzler erläutert kurz die schwierige Finanzlage in der Bundesrepublik Deutschland und seine Einschätzung des Konjunkturverlaufs. Er weist darauf hin, daß die derzeitige Stahlkrise auch Mißstimmung gegen die EG erzeugt.

Der Bundeskanzler macht deutlich, daß er fest entschlossen sei, auf dem Weg der Integration weiterzumachen. Dies sei auch im Zusammenhang mit der sicherheitspolitischen Entwicklung zu sehen. Der Bundeskanzler unterstreicht die Notwendigkeit einer noch engeren sicherheitspolitischen Bindung an Frankreich.

Auf die anstehenden EG-Fragen eingehend, schlägt der Bundeskanzler vor, die Frage der Finanzreform³ in der Weise anzugehen, daß es gelingt, spätestens in einem Jahr sich über ein neues Finanzsystem zu einigen, damit dieses dann zum 1. Januar 1989 in Kraft treten kann. Das liefe praktisch auf eine Verabschiedung noch unter der deutschen Präsidentschaft⁴ hinaus.

Der Bundeskanzler begrüßt den Vorschlag der Kommission, in einem künftigen Finanzsystem die Wohlstandsindikatoren stärker zu berücksichtigen. Dabei stehe für uns außer Frage, daß die Bundesrepublik Deutschland nach wie vor am meisten in die EG-Kasse zahlen werde. Die jetzige Lastenverteilung könne allerdings so nicht hingenommen werden. Der Bundeskanzler weist hierbei aus-

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann, Bundeskanzleramt, gefertigt.

² Vgl. Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986; BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1107.

³ Vgl. dazu die Vorschläge der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket“); Dok. 51 und Dok. 69.

⁴ Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

drücklich auf eine ihm vorliegende Tabelle der Wohlstandsindikatoren und der Nettosalen hin. Er sei sich allerdings im klaren darüber, daß es hierüber zu schwierigen Auseinandersetzungen vor allem mit Großbritannien kommen werde. Er komme aber gegenüber dem Bundestag in eine unmögliche Lage, wenn der britische Ausgleich⁵ so fortgeschrieben werde. Wenn man dem Vorschlag der Präsidentschaft folge, der für GB weiter einen Ausgleich vorsähe, müsse er sagen, daß dann auch wir auf einem Ausgleich bestehen müßten.

StM *Stavenhagen* trägt sodann auf Wunsch des Bundeskanzlers die deutsche Position zu weiteren Einzelfragen vor.

Zum Haushalt 1987⁶ erklärt StM *Stavenhagen*, die Kommissionsvorschläge seien hier im wesentlichen akzeptabel bis auf die Frage eines Regierungsabkommens. Dies bedeute:

- Umstellung der Zahlungen vom Vorschuß- auf das Erstattungssystem,
- Verwendung der freien Spitze von MwSt.-Eigenmitteln,
- notfalls Übertragung des Restdefizits aus 1987 auf den Haushalt 1988.

Für den Haushalt 1988⁷ seien wir bereit, die in Fontainebleau⁸ eingegangene Verpflichtung einer Erhöhung des MwSt.-Eigenmittelpfands um 0,2 % mitzutragen.

Auf entsprechende Rückfrage von Präsident Delors bestätigt StM *Stavenhagen* ausdrücklich, daß das mögliche Restdefizit aus 1987 auf 1988 übertragen werden soll.

StM *Stavenhagen* bestätigt ebenfalls noch einmal, daß wir auf dem bevorstehenden ER⁹ eine Grundsatzentscheidung über das neue System herbeiführen wollen,

⁵ Zur Regelung des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 51, Anm. 18.

⁶ Zum EG-Haushalt 1987 vgl. Dok. 73, Anm. 6.

In einer interministeriellen Aufzeichnung vom 25. Juni 1987 wurde dargelegt: „Nach dem von der KOM vorgeschlagenen Nachtragshaushalt ist für 1987 im EG-Haushalt mit einem Gesamtfehlbetrag von 4913 bis 6013 Mio. ECU zu rechnen. Er resultiert aus dem Defizit 1986 (Mindereinnahmen Zölle und Abschöpfungen) in Höhe von 820 Mio. ECU sowie aus zu erwartenden Mindereinnahmen 1987 in Höhe von 1313 Mio. ECU. Außerdem rechnet die KOM mit zusätzlichen Agrarmarktausgaben gegenüber dem Haushaltsansatz 1987 von 2800 bis 3900 Mio. ECU. [...] Die KOM hat vorgeschlagen, den Posten Mindereinnahmen 1986 und 1987, vermindert um 627 [Mio.] ECU noch freie MwSt.-Eigenmittel bis zur 1,4 %-Grenze, also insgesamt 1506 Mio. ECU, durch zusätzliche Finanzbeiträge der MS zu decken (deutscher Anteil über 800 Millionen DM). Die Deckung der zusätzlichen Agrarmarktausgaben soll durch Übergang der Zahlungsweise von Vorschüssen auf nachträgliche Erstattung an die MS erfolgen (Entlastung der EG-Kasse um ca. zwei Monatszahlungen).“ Vgl. Referat 412, Bd. 168703.

⁷ Ministerialdirektor Jelonek vermerkte am 14. Juli 1987: „Die KOM hat der Haushaltsbehörde (Rat und EP) am 15.6.1987 den Vorentwurf für den Haushaltsplan 1988 vorgelegt. Der Haushaltsrat wird sich am 23. Juli erstmals damit befassen. Der Rat muß dem EP den Entwurf des Haushaltsplans bis zum 5. Oktober vorlegen (Art. 203 (4) EWG-V[ertrag]). [...] Die KOM hat ihren Vorentwurf auf der Grundlage des vorgeschlagenen neuen Finanzierungssystems aufgestellt (traditionelle Eigenmittel + 1,4 % der MwSt.-Bemessungsgrundlage + 0,43 % des BSP als Finanzbeiträge). Der Juristische Dienst des Rates hat am 8. Juli gutachtlich geäußert, daß der Rat bei seinem Entwurf des Haushalts 1988 noch nicht das neue Finanzierungssystem antizipieren könne. Statt dessen müsse zunächst nach dem geltenden Eigenmittelsystem (1,4 % MwSt) finanziert werden. Nach Verabschiedung eines neuen Finanzierungspfadens kann der Haushalt dann entweder durch ein Berichtigungsschreiben der KOM oder durch einen Nachtragshaushalt nach oben korrigiert werden.“ Vgl. Referat 410, Bd. 136153.

⁸ Zu den EG-Eigeneinnahmen bzw. zu den Beschlüssen des Europäischen Rats auf seiner Tagung am 25./26. Juni 1984 in Fontainebleau vgl. Dok. 25, Anm. 6.

das Mitte 1988 verabschiedet werden soll, damit es zum 1. Januar 1989 in Kraft treten kann.

Der *Bundeskanzler* erklärt, es komme jetzt darauf an, in Brüssel einen klaren Zeitplan in dieser Frage zu beschließen.

Präsident *Delors* erklärt, er gehe also davon aus, daß die von der Kommission vorgeschlagene Methode für das neue Finanzierungssystem im Prinzip akzeptabel sei. Er müsse allerdings darauf hinweisen, daß eine stärkere Belastung der kleineren Mitgliedstaaten eine äußerst delikate Angelegenheit sei. Aber man könne hierüber diskutieren.

StM *Stavenhagen* fährt fort, wir seien uns darüber im klaren, daß ein Verzicht auf die Fettabgabe¹⁰ auch Konsequenzen für den Haushalt habe. Er wolle daher noch einmal betonen, daß wir bereit seien, für eine ausreichende Dotierung des Haushalts 1988 zu sorgen.

Im übrigen seien wir auch bereit, eine Anleihe in einem klar begrenzten Rahmen für den Abbau der Lagerbestände zu schaffen. Auch dies werde dem Haushalt zugute kommen und gleichzeitig psychologische Auswirkungen auf den Markt haben.

Der *Bundeskanzler* betont, daß es sich hierbei um eine Ausnahmeregelung handeln soll.

StM *Stavenhagen* fährt fort, hinsichtlich der Ausstattung der Strukturfonds seien wir uns darüber im klaren, daß hier etwas getan werden müsse, um den südlichen Mitgliedstaaten entgegenzukommen. Wir sähen allerdings nicht die Möglichkeit einer realen Verdoppelung des Strukturfonds, andererseits könne man nicht bei einer bloßen Fortschreibung im Rahmen der Höchstsätze stehenbleiben. Eine Lösung müsse dazwischen liegen.

Zu den Haushaltsungleichgewichten erklärt StM *Stavenhagen*, dies sei ein außerordentlich schwieriger Punkt. Es müsse gelingen, ein festes degressives Element bei den Korrekturmechanismen einzubauen, das klar ein Auslaufen der Ausgleichszahlungen definiere. Das Auslaufen könne mit dem Zustandekommen des Binnenmarktes zusammenfallen. StM *Stavenhagen* fährt fort, hinsichtlich der Haushaltsdisziplin müsse man berücksichtigen, daß die Gemeinschaft bei den Agrarausgaben auch auf unvorhergesehene Ereignisse, bspw. den Verfall des US-Dollars, flexibel reagieren könne.

Der *Bundeskanzler* ergänzt, er wolle noch einmal klarstellen, daß unsere Vorschläge im Finanzbereich sich nur dann realisieren ließen, wenn die Agrarfragen in einem Sinne gelöst würden, daß er dies in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Landwirtschaft vertreten könne.

Präsident *Delors* erklärt, er verstehe den Bundeskanzler so, daß der Europäische Rat Orientierungen in den angeschnittenen Fragen geben solle. Dies sei auch seine Meinung.

Zum Haushaltsdefizit 1987 erklärt Präsident *Delors*, er sähe eine Übertragung auf 1988 nicht gerne. Den Vorschlag einer Anleihe zum Abbau der Lager nehme er mit Interesse zur Kenntnis. Allerdings sei es nicht gut, wenn der Haushalt

Fortsetzung Fußnote von Seite 921

⁹ Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. Juni 1987 in Brüssel vgl. Dok. 193.

¹⁰ Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Fettsteuer vgl. Dok. 164, Anm. 21.

künftig durch Kredite finanziert werde. Was die Haushaltsdisziplin angehe, so werde es hier erhebliche Schwierigkeiten mit GB geben. Nach seinem Eindruck wolle GB nur dann einer Erhöhung der Eigenmittel zustimmen, wenn die Agrarpolitik radikal geändert werde. Frau Thatcher habe eine rein budgetäre Vorstellung für den Bereich der GAP. So sei sie bspw. der Auffassung, daß man die Zahlungen aus der Gemeinschaftskasse einstellen müsse, wenn diese im Laufe des Jahres erschöpft sei.

Es sei für ihn schwierig, die verschiedenen Wünsche und Interessen miteinander in Einklang zu bringen. Auf der einen Seite wollten die Südstaaten die Verdoppelung der Strukturfonds, gleichzeitig bestehe GB auf strikter Einhaltung der Haushaltsdisziplin, schließlich lägen Deutschland und Frankreich miteinander im Streit über die Agrarpreise.¹¹

In der Tat sei ein Kernpunkt der Diskussion, wie man die Gemeinsame Agrarpolitik im Haushalt verankern könne. Es dürfte selbstverständlich die Philosophie der GAP nicht in Frage gestellt werden. Er appelliere daher an die Bundesregierung, sich mit F in den Agrarfragen zu einigen. Er könne von F nicht erwarten, daß es gleichzeitig auf die Fettabgabe verzichte und dem Abbau des positiven Währungsausgleichs zustimme. F müsse auch sein Gesicht wahren können. Die deutschen Anliegen seien aus seiner Sicht durchaus legitim, und er habe sich daher auch dafür eingesetzt, daß die Frage des Währungsausgleichs von den Finanzministern behandelt werde.

An dieser Stelle treten Vizepräsident Andriessen sowie BM Kiechle und BM Genscher hinzu.

Auf Bitten des Herrn Bundeskanzlers stellt VP *Andriessen* kurz die agrarpolitischen Probleme aus seiner Sicht dar.

VP Andriessen erklärt, man befinde sich in einer schwierigen Lage. Bei der Fettsteuer würde eine Minderheit der MS dieselbe nicht akzeptieren (wobei Andriessen klarstellt, daß es sich in Wirklichkeit nicht um eine Steuer handelt), eine andere Gruppe sei dabei, die Produktion im Öl- und Fettbereich anzukurbeln. Beim Währungsausgleich gebe es zwei Probleme, einmal, wie das künftige System ausgestaltet werden solle, zum anderen, wie man mit dem derzeitigen positiven und negativen Währungsausgleich verfahren soll. Beim negativen Währungsausgleich gebe es eine qualitative Mehrheit für den Kommissionsvorschlag, auch beim positiven Währungsausgleich könne der Kommissionsvorschlag die Basis für eine Verständigung bieten. Es sei klar, daß F und D in dieser Frage Gegenspieler seien.

Im Preispaket schafften die Kommissionsvorschläge für Getreide und Raps¹² große Schwierigkeiten für D. Hier habe der deutsche Landwirtschaftsminister sein vitales Interesse deutlich gemacht, also mit einem Veto gedroht.

¹¹ Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Chirac am 11. Juni 1987; Dok. 169.

¹² Zu den Preisvorschlägen der EG-Kommission für Agrarprodukte vgl. Dok. 69, Anm. 13.

In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 9. Juni 1987 wurde vermerkt: „Getreide: Kommission schlägt Senkung des Futtergetreidepreises um 2,6 %, die Verkürzung des Interventionszeitraumes auf die Monate Februar bis Mai, Verringerung der monatlichen Zuschläge und Festsetzung des Höchstfeuchtigkeitsgehaltes auf 14 % vor. Gesamtwirkung: rd. 11,5 % Preissenkung. [...] Unsere Haltung: Wir bestehen auf erntenahem Beginn

Er sei sich noch nicht im klaren darüber, wie man in dieser Frage verfahren könne. Sicher sei jedoch, daß man sich über zwei Probleme heute und morgen nicht einigen könne:

- über die Fettabgabe,
- über das künftige System für den Währungsausgleich.

Über beide Fragen habe er ausführlich mit BM Kiechle gesprochen. Seiner Meinung nach müsse es gelingen, eine Entscheidung über diese beiden Punkte zu verschieben. Was die Fettabgabe betreffe, könne die Kommission aufgefordert werden, hierüber einen Bericht bis zum Jahresende zu erstellen. Dies gebe ihr Zeit, über diese Frage auch mit anderen Interessenten – den USA und den ASEAN-Staaten – zu sprechen.

Der *Bundeskanzler* wirft ein, er wolle mit aller Deutlichkeit sagen, daß eine Fettabgabe katastrophale Auswirkungen habe. Der *Bundeskanzler* weist auf die komplexe innenpolitische Lage in den USA hin und erklärt, man müsse damit rechnen, daß der Beschluß über eine Fettabgabe dort irrationale Reaktionen auslösen werde. Im übrigen gebe es in dieser Frage unterschiedliche Interessen. Deutschland würde bspw. wegen seiner hohen Industrieexporte durch mögliche notwendige Gegenmaßnahmen mehr betroffen als andere MS.

VP *Andriessen* bestätigt, die Kommission wolle keine endgültige Entscheidung in dieser Frage herbeiführen. Er müsse allerdings gleichzeitig darauf hinweisen, daß es zu einer massiven Produktionserhöhung bei Fetten und Ölen kommen werde, wenn man die Fettabgabe nicht einführe. Dies werde dann auch die Importe der USA und andere Drittländer negativ beeinflussen. Dies müsse auch den USA klargemacht werden können. Im übrigen müsse man auch Frankreich die Möglichkeit geben, in dieser Frage sein Gesicht zu wahren. Dies sei am ehesten durch eine Verschiebung im Sinne seines Vorschlages zu erreichen. Gleichzeitig könne man, wie schon gesagt, die Entscheidung über das künftige Währungsausgleichssystem verschieben.

Auf eine entsprechende Frage des *Bundeskanzlers*, ob dieser Vorschlag realistisch sei, erklärt VP *Andriessen*, man könne es immerhin versuchen, auch wenn ein solcher Beschluß F nicht leichtfallen werde.

Präsident *Delors* erklärt, es sei taktisch wichtig, daß auf dem ER ein Streit zwischen F und D vermieden werde. Wenn man dem Vorschlag von *Andriessen* folge, den er mit Chirac und Balladur erörtern wolle, bliebe als einziger Streitpunkt im Agrarbereich nur noch der Getreidepreis.

VP *Andriessen* erinnert daran, daß auch BM Stoltenberg vorgeschlagen habe, eine Entscheidung über das künftige Währungsausgleichssystem auf die zweite Hälfte dieses Jahres zu verschieben.

Er wolle darauf hinweisen, daß es in dieser Frage eine Mehrheit gegen D gebe.

Fortsetzung Fußnote von Seite 923

(September) der Intervention (wegen mangelndem Lagerraum bei einem Großteil der Erzeuger), einer befriedigenden Höchstfeuchtigkeitsregelung (möglichst 15,5%) und einer allenfalls gemäßigten Senkung des Ankaufspreises (maximal 4%). Raps: Kommission schlägt Preissenkung für Nicht-00-Raps um 3%, Wegfall der Begrenzung der Preissenkung von 5% bei Überschreiten der Garantiemenge, Verkürzung des Interventionszeitraumes wie bei Getreide und Wegfall der monatlichen Zuschläge vor. Gesamtwirkung: rd. 30% Preissenkung.“ Vgl. Referat 416, Bd. 142000.

BM *Kiechle* resümiert die Vorstellungen der Kommission dahingehend, daß die Problematik Fettabgabe und künftiges Währungssystem jetzt nicht vom Tisch genommen werde. Über beides werde man erst später befinden, wobei die Kommission zur Problematik der Fettabgabe einen Bericht erstellen werde. Er frage sich allerdings, ob der 1. Januar 1988 – der von VP Andriessen erwähnt wurde – realistisch sei.

BM *Kiechle* greift sodann die Frage des bestehenden positiven Währungsausgleichs auf und erklärt, für uns sei wichtig, daß mit einer Lösung in dieser Frage die Zusicherung des Rates verbunden sei, daß wir den bisherigen Ausgleich in Höhe von 5 % Vorsteuerpauschale¹³ über den 31. Dezember 1988 hinaus fortsetzen könnten. Die Kommission habe zu erkennen gegeben, daß sie einer Fortsetzung auf der Basis der Mehrwertsteuer nur ungern folgen würde. Wenn dies nicht gehe, dann solle zumindest das Volumen des bisherigen Ausgleichs erhalten bleiben, wobei die Modalitäten noch später festzulegen wären.

VP *Andriessen* wirft ein, hier gebe es Schwierigkeiten. Die Kommission sei der Meinung, man solle die Frage in anderer Weise behandeln. Beispielsweise könne man sagen, daß über die Modalitäten vor dem 1. April 1988 entschieden werde, wobei hierunter auch das Volumen falle. Jeder im Rat wisse dann, was gemeint sei. Man solle das Problem aber besser nicht deutlich ansprechen, sondern es der Kommission überlassen, am Ende eine entsprechende interpretative Erklärung abzugeben.

Der *Bundeskanzler* legt noch einmal dar, daß wir bereit seien, in der Finanzfrage einen großen Schritt nach vorne zu tun. Er wiederholt noch einmal die – bereits gegenüber Kommissionspräsident Delors erläuterten – deutschen Vorschläge und stellt fest, es gebe für uns einen Zusammenhang zwischen unserer Bereitschaft, das Finanzierungssystem auf eine neue Grundlage zu stellen, und den Agrarproblemen, einschließlich der Fortführung der Vorsteuerpauschale.

BM *Genscher* ergänzt, die Bundesregierung habe eine sehr weitgehende Entwicklung in der Finanzfrage angedeutet. Wenn sie sich in dieser Weise nach vorne bewege, könne sie auch erwarten, daß unsere speziellen Interessen im Agrarbereich berücksichtigt würden. Dies müsse jeder wissen. Er würde es begrüßen, wenn die Kommission in diesem Punkt auf unserer Seite sei.

BM *Kiechle* erklärt, er schlage vor, daß der ER zu dem Problem des Volumens ein klares Wort sage.

VP *Andriessen* erwidert, dies sei auch technisch eine sehr schwierige Materie. Wenn man sie auf dem ER behandle, fürchte er, daß es zu Mißverständnissen komme.

BM *Kiechle* erklärt, wir benötigten nur einen Satz, der dem Sinne nach lauten könnte: Die Bundesregierung sei bereit zum Abbau des positiven Währungs-

¹³ Der EG-Rat ermächtigte die Bundesrepublik am 30. Juni 1984, den Landwirten als Kompensation für den sukzessiven Abbau der positiven Währungsausgleichsbeträge in der Zeit vom 1. Juli 1984 bis 31. Dezember 1988 eine Sonderbeihilfe in Form einer Mehrwertsteuerermäßigung in Höhe von 5 % des Kaufpreises eines jeden Agrarerzeugnisses vor Steuern zu gewähren. Für den Wortlaut der Entscheidung vgl. AMTSLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 185 vom 12. Juli 1984, S. 41. Vgl. dazu ferner BULLETIN DER EG 6/1984, S. 11 und S. 59.

ausgleichs. Dies begrüße der Gipfel und sage gleichzeitig zu, daß die Kompensation im bisherigen Umfang weitergeführt werden könne.

Präsident *Delors* erinnert an das „Gentlemen's Agreement“¹⁴, das zwar in dieser Form nicht mehr angewendet werden könne, aber im Sinne des Gentlemen's Agreement könne man sich doch auf eine Formel einigen, wonach bei einem Abbau des positiven Währungsausgleichs eine nationale Kompensation ins Auge gefaßt werde. Dies wäre doch ein Erfolg für die deutsche Seite.

VP *Andriessen* erklärt, er schließe nicht aus, daß es möglich sei, das Volumen beizubehalten, frage sich aber, ob man das explizit sagen müsse. Seiner Meinung nach genüge eine interpretierende Erklärung der Kommission.

Auf eine entsprechende Frage von BM Genscher ergänzt VP *Andriessen*, diese Frage könne im Agrarrat und brauche nicht auf dem ER behandelt werden.

Präsident *Delors* erklärt, man brauche eine Formel, die ehrlich sei und wiederholt, daß man sich zumindest an die Prinzipien des Gentlemen's Agreement halten müsse, bis man eine neue Formel gefunden habe.

BM *Kiechle* legt sodann die deutschen Probleme bei Getreide und Raps dar. Um eine Regelung mittragen zu können, brauche die deutsche Seite eine Modifizierung der letzten Vorschläge der Kommission. Dies sei wichtig, um später auch die Zustimmung des Bundestages für höhere finanzielle Zuwendungen an die EG zu erhalten.

Auf die Problematik des Getreidepreises eingehend, schlägt BM *Kiechle* vor, den Ankaufspreis nicht, wie die Kommission vorschlägt, auf 93%, sondern auf 96% zu reduzieren. Dann benötige die deutsche Seite 1% mehr Feuchtigkeitszuschlag. Bei Raps solle man sich im Ergebnis auf eine Preissenkung von höchstens 10% verständigen.

VP *Andriessen* erwidert, 96% bei Getreide sei für die Kommission eine außerordentlich schwierige Sache. Hier müsse sie auch an ihre Glaubwürdigkeit denken. Bei der Frage der Feuchtigkeit sehe das anders aus. Er schlage daher vor, daß sich D einfach überstimmen lasse (ohne ein förmliches Veto einzulegen).

VP *Andriessen* weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der Rapsanbau in D und F erheblich ausgeweitet worden sei. Wenn man daher nichts tue, um die Produktion in diesem Bereich in den Griff zu bekommen, habe das katastrophale Folgen für den Haushalt. Infolgedessen müsse man weiter gehen, als BM *Kiechle* vorschlage.

BM *Kiechle* wirft ein, ob man den Raps um 5% oder um 10% senke, werde doch an der bisherigen Produktionsmenge nichts ändern. Hier könne man nur dann eine Änderung erreichen, wenn man auf Hektarprämien umstelle.

Wenn man jetzt mit einer 15-prozentigen Preissenkung komme, schaffe das ungeheure Probleme. Es gebe hier auch ein Recht der Landwirte auf Vertrauensschutz. Im übrigen wolle er darauf hinweisen, daß für F 15% in Wirklichkeit nur 10% bedeuteten, weil die französischen Landwirte über den Grenzausgleich 5% erhielten. Man brauche also ein anderes Konzept für die Mengenreduktion.

Unsere politischen Probleme würden nicht dadurch gelöst, daß wir uns überstimmen ließen. Er wolle noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, daß die

¹⁴ Zum „Gentlemen's Agreement“ vom April 1979 vgl. Dok. 74, Anm. 31.

Bundesregierung sich auch vor dem Bundestag verantworten müsse, den sie für unsere Finanzvorstellungen gewinnen wolle.

VP *Andriessen* erklärt, wenn man bei Getreide viel mache, verliere man die Unterstützung von NL und GB.

BM *Kiechle* erwidert, die hätten auch nicht die gleichen Probleme.

VP *Andriessen* wiederholt, die Preissenkung bei Getreide auf 96 % sei keine glaubwürdige Politik.

BM *Kiechle* wirft ein, er könne sich mit 93 % nicht abfinden. Im übrigen sei dies nicht nur ein deutscher Wunsch, sondern DK und F hätten ähnliche Probleme. 2 % oder auch 3 % seien doch letzten Endes nicht entscheidend. Er könne äußerstenfalls auch 95 % akzeptieren.

VP *Andriessen* erwidert, er nehme die deutschen Vorstellungen zur Kenntnis. Mehr könne er heute nicht sagen.

BM *Kiechle* weist anhand von Zahlen darauf hin, wie nachteilig sich der Weizenpreis für die deutschen Bauern entwickelt habe. Sie hätten 1980 429 DM erzielt, heute – 1987 – liege der Preis für sie bei 430 DM. Demgegenüber hätten die Franzosen 1980 911 FF erzielt, heute würden ihnen 1207 FF gezahlt.

VP *Andriessen* wirft ein, man könne nicht mit diesen Zahlen operieren, sondern müsse die Kaufkraft vergleichen.

Der *Bundeskanzler* stellt noch einmal klar, daß wir in eine außerordentlich schwierige Lage kämen, auch im Deutschen Bundestag, wenn es nicht gelinge, sich auf eine vernünftige Lösung zu einigen.

Präsident *Delors* erklärt abschließend, es sei nicht möglich, alle Fragen der Gemeinsamen Agrarpolitik jetzt konkret zu beantworten.

Was die Lage auf dem ER angehe, so müsse man sich vor Augen halten, daß dort die Südländer als Einheitsfront auftreten würden. Andererseits erwarte er von Frau Thatcher, daß sie praktisch zu allem nur nein sagen werde. Frankreich sei in einer Lage, die hier wohl bekannt sei. Es werde also auf dem bevorstehenden ER entscheidend auf D ankommen, wenn man einen Erfolg haben wolle.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72

184

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Pabsch

424-411.10 CHN-464/87 geheim

26. Juni 1987¹Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³Betr.: Rüstungskooperation mit der Volksrepublik China;
hier: BSR-Sitzung am 3.7.1987⁴Bezug: FS ChBK vom 23.6.1987 Nr. 841 und Nr. 851 vom 25.6.1987⁵

Anlg.: 1) Bezugs-FS (nur bei Original)

2) Entwurf Schreiben an ChBK⁶

Zweck der Vorlage: Billigung und Zeichnung des beigefügten Schreibens an ChBK

I. Mit Bezugs-FS hat ChBK AA um eine mit BMVg abgestimmte Vorlage zu TOP 3 der Tagesordnung „Rüstungskooperation mit der Volksrepublik China“ gebeten und auf BSR-Beschluß vom 3.6.1985 hingewiesen.⁷ Danach hatte der BSR beschlossen, die Frage der Rüstungskooperation mit der VR China auf einer der nächsten Sitzungen im politischen Gesamtzusammenhang zu erörtern. Dabei sollte ein politisches Konzept erarbeitet werden, das sowohl den langfristigen Perspektiven der deutsch-chinesischen Zusammenarbeit als auch den vielschichtigen geopolitischen Aspekten Rechnung trägt. Wir hatten bisher die Diskussion im COCOM über Ausfuhrerleichterungen für Rüstungsgüter in die VR China abwarten wollen. Diese Diskussion wurde im März 1987 abgeschlossen.

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Nagel und Legationsrat I. Klasse Cappell konzipiert.

² Hat Staatssekretär Ruhfus am 1. Juli 1987 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnach am 1. Juli 1987 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „K[enntnis] g[enommen].“

³ Hat Bundesminister Genscher am 1. Juli 1987 vorgelegen.
Hat Genscher am 2. Juli 1987 erneut vorgelegen, der die Staatssekretäre Ruhfus und Sudhoff um Rücksprache bat.

Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 3. Juli 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Referat 424 verfügte und handschriftlich vermerkte: „R[ücksprache] hat stattgefunden am 3.7.“

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnach am 6. Juli 1987 erneut vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Cappell am 6. Juli 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „W[ieder]v[orlage] 20.7.87 (liegt Protokoll BSR-Sitz[ung] vor?).“

⁴ Zur Sitzung des Bundessicherheitsrats vgl. Dok. 197.

⁵ Dem Vorgang beigefügt. Für die Fernschreiben vgl. VS-Bd. 14530 (424).

⁶ Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Ruhfus handschriftlich: „Absendung eilt wegen BSR-Termin.“

Dem Vorgang beigefügt. Für den undatierten Entwurf des Schreibens an Bundesminister Schäuble, Bundeskanzleramt, bzw. die undatierte Vorlage des Auswärtigen Amts zu Fragen der rüstungspolitischen Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China vgl. VS-Bd. 14530 (424); B 150, Aktenkopien 1987. Vgl. dazu auch Referat 424, Bd. 135901.

⁷ Zur Sitzung des Bundessicherheitsrats am 3. Juni 1985 vgl. die Aufzeichnung des Botschafters Ruth vom 4. Juni 1985; VS-Bd. 13727 (422); B 150, Aktenkopien 1985. Vgl. dazu ferner AAPD 1985, I, Dok. 143.

Aktueller Anlaß ist der dem BMWi vorliegende Antrag der Firma MBB auf Genehmigung der Lieferung von 20 Kampfhubschraubern Bo 105/PAH bewaffnet mit Panzerabwehrraketen TOW, alternativ mit HOT oder Helitow.⁸ Dieser Antrag wird unter Top „Verschiedenes“ aufgrund einer vom BMWi zu fertigenden BSR-Vorlage behandelt. Eine Entscheidung über diesen Antrag erscheint angesichts des bevorstehenden Besuchs des Bundeskanzlers in der VR China vom 12. bis 19.7.1987⁹ dringend. Es ist nicht auszuschließen, daß BK während des Besuchs auf diesen Antrag von chinesischer Seite angesprochen wird.

II. Der Panzerabwehrhubschrauber Bo 105/PAH der Fa. MBB ist Kriegswaffe. Nach dem KWKG¹⁰ besteht kein Anspruch auf die Erteilung einer Genehmigung. Gemäß Nr. 15 der rüstungsexportpolitischen Grundsätze werden Exporte von Kriegswaffen und Rüstungsgütern in Länder der Länderliste C (das sind kommunistische Länder) nicht genehmigt.¹¹ Ausnahmen sind nur mit Zustimmung aller COCOM-Mitglieder möglich. Eine ausnahmsweise Genehmigung ist gemäß Nr. 9 der rüstungsexportpolitischen Grundsätze nur möglich, wenn vitale Interessen der Bundesrepublik Deutschland dafür sprechen.

COCOM hat dem Antrag zugestimmt.

Von BMWi und BMVg sind keine Bedenken zu erwarten.

III. Folgende Gründe sprechen für eine Genehmigung:

1) BSR hatte am 4.10.1985 Genehmigung zur Vorführung eines Panzerabwehrhubschraubers mit Waffenanlage durch Fa. MBB in der VR China zugestimmt.¹² Obwohl MBB gemäß BSR-Beschluß ausdrücklich in der Genehmigung des BMWi vom 10.12.1985 darauf hingewiesen wurde, daß diese Entscheidung die Genehmigung etwaiger Folgelieferungen oder etwaiger Vorführungen in anderen Ländern nicht präjudiziert, hat MBB sich bereits auf Präjudizwirkung dieser Genehmigung für Folgelieferungen berufen.

2) BSR hatte am 13.5.1986 beschlossen, daß BMWi Antrag der Fa. MBB auf Genehmigung der Lieferung von 20 Panzerabwehrhubschraubern Bo 105/PAH bewaffnet mit TOW-, HOT- oder Helitow-Raketen im COCOM einbringt.¹³ Dar-

⁸ Zum Antrag von MBB vgl. AAPD 1985, II, Dok. 223.

⁹ Zum Besuch des Bundeskanzlers Kohl in der Volksrepublik China vgl. Dok. 209, Dok. 213 und Dok. 222.

¹⁰ Für den Wortlaut des Ausführungsgesetzes vom 20. April 1961 zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Kriegswaffenkontrollgesetz) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 444–452.

¹¹ Für den Wortlaut von Ziffer 15 der „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ vom 28. April 1982 vgl. BULLETIN 1982, S. 311. Vgl. dazu auch AAPD 1982, I, Dok. 126.

¹² Zur Sitzung des Bundessicherheitsrats am 4. Oktober 1985 notierte Botschafter Ruth am selben Tag: „Der BSR-Beschluß über die Genehmigung der Ausfuhr eines Vorführhubschraubers wurde formalisiert. BM Wörner berichtete, daß das beteiligte Werk MBB an das Verteidigungsministerium herangetreten sei, ihm einen Hubschrauber zur Vorführung zur Verfügung zu stellen, da es selbst derzeit nicht über ein solches Exemplar verfüge. BM Wörner schlug vor, der Bitte der Firma stattzugeben unter der Voraussetzung, daß die Firma ein Exemplar von der Bundeswehr erwirbt; daß die militärischen Zeichen entfernt werden. Der Bundeskanzler gab seiner Verwunderung über dieses Ansinnen der Firma Ausdruck. Er wies darauf hin, daß es unmöglich sei, einen Antrag zu stellen, ohne auch die Lieferung gewährleisten zu können. Der Bundeskanzler bat, dies der Firma zu sagen, hielt aber angesichts der Dringlichkeit der Angelegenheit den Vorschlag von BM Wörner für angemessen.“ Vgl. VS-Bd. 11285 (220); B 150, Aktenkopien 1985.

¹³ Zur Sitzung des Bundessicherheitsrats am 13. Mai 1986 legte Vortragender Legationsrat Bertram am 28. Mai 1986 dar: „BM Dr. Wörner berichtet über die Bemühungen der Firma MBB, Panzerabwehr- und Verbindungshubschrauber vom Typ Bo 105 an die Volksrepublik China zu verkaufen.

aus könnten Firma wie COCOM-Partner folgern, daß einer nationalen Genehmigung grundsätzlich nichts im Wege steht.

3) COCOM hat inzwischen Verfahrenserleichterungen für den Export nahezu aller Rüstungsgüter (Ausnahme: hochsensitive Güter und Technologien der Rüstungsproduktion) nach China beschlossen. Danach soll der Export von Rüstungsgütern nach China trotz nach wie vor bestehenden Vetorechts von den COCOM-Partnern wohlwollend beurteilt werden. In den letzten beiden Jahren hat sich gezeigt, daß unsere COCOM-Partner und Verbündeten bereit sind, Rüstungsmaterial in erheblichem Umfang an China zu liefern, dabei jedoch nach wie vor gewisse Grenzen einhalten.

Beispielsweise genehmigten:

- die USA Artilleriezünder und Technologie (37 Mio. \$),
- GB Seeminen (2,5 Mio. \$),
- F Torpedosysteme (2,5 Mio. \$),
- Italien Raketen,
- F Seekampfausrüstungen (90 Mio. \$),
- USA Radarsysteme (62 Mio. \$),
- GB Radarsystem (3,8 Mio. \$),
- Kanada Technologie für Schleudersitze (0,9 Mio. \$),
- USA Zielgeräte für Flak (3 Mio. \$),
- USA militärische Avionik (550 Mio. \$).

COCOM besteht nach wie vor darauf, höchst sensitive Waffen den Chinesen nicht oder nur mit Einschränkung zugänglich zu machen.

4) China ist ein Faktor der Stabilität in der Region. China ist mit seiner unabhängigen Außenpolitik ein wesentliches Element des Ausgleichs und einer gleichgewichtigen Entwicklung in Asien und in der Welt. Es liegt daher in unserem Interesse, die Stabilität Chinas durch wirtschaftlichen Austausch vor allem auf dem Gebiet der zivilen Spitzentechnologie tatkräftig zu fördern, wobei mittelbar auch seine Verteidigungskraft gestärkt würde.

IV. Folgende Gründe sprechen gegen eine Genehmigung:

1) Die Lieferung von Kriegswaffen nach China und generell in kommunistische Länder wurde bisher nicht genehmigt.

Die Entscheidung über Voranfrage der Firma HDW vom 16.10.1984 zu den Genehmigungsaussichten einer Lieferung von U-Booten des Typs 209 nach China hatte BSR am 5.3.1985 zurückgestellt¹⁴, da U-Boot-Lieferungen eine neue Dimen-

Fortsetzung Fußnote von Seite 929

Die Firma sei mit der Bitte an ihn herangetreten, ihre Bemühungen durch Empfang einer chinesischen Delegation bei einer deutschen Heeresfliegerereinheit und durch die Entsendung eines deutschen Heeresfliegeroffiziers zu Vorträgen nach China zu unterstützen. [...] Der BSR beschließt nach kurzer Aussprache: Der Bundesminister der Verteidigung wird ermächtigt, eine chinesische Delegation bei Heeresfliegern der Bundeswehr zu empfangen und einen Heeresfliegeroffizier nach China zu entsenden. Der Bundesminister für Wirtschaft prüft, ob COCOM Einwände gegen die Lieferung von Hubschraubern Bo 105 nach China erhebt. Über die Erteilung einer Liefergenehmigung wird erst entschieden, wenn das Ergebnis der COCOM-Anfrage vorliegt.“ Vgl. VS-Bd. 13727 (422); B 150, Aktenkopien 1986.

¹⁴ Zur Sitzung des Bundessicherheitsrats am 5. März 1985 bzw. zu möglichen Rüstungslieferungen an die Volksrepublik China vermerkte Staatssekretär Meyer-Landrut am 6. März 1985: „Auf Aufforde-

sion der Zusammenarbeit mit China darstellten, die eine sorgfältige politische Prüfung erforderlich machten. Insbesondere seien amerikanische und sowjetische Interessen in Rechnung zu stellen.

Wir hatten ferner Voranfrage von 1986 zur Lieferung von Minenräumergeräten und Torpedos abschlägig beschieden. Gegenüber der britischen Anfrage auf Zustimmung zur britischen Lieferung der Feldhaubitze FH-70 aus deutsch-britisch-italienischer Koproduktion haben wir bisher Bedenken erhoben. BMVg hat britische Seite negativ beschieden. F hatte Genehmigung zur Lieferung von 7000 Panzerabwehrraketen HOT aus deutsch-französischer Koproduktion und Lizenzproduktion erteilt. Wir hatten von formellen Konsultationen trotz Bedenken abgesehen. Das Geschäft kam nicht zustande.

Die Genehmigung der Vorführung des Bo 105/PAH stand ausdrücklich unter dem Vorbehalt einer gesonderten politischen Entscheidung der Bundesregierung im Falle einer geplanten Lieferung der Panzerabwehrhubschrauber. Dies wurde der chinesischen Regierung auch mitgeteilt.

2) Auch bei der Genehmigung sonstiger Rüstungsgüter waren wir zurückhaltend: Genehmigt haben wir – nach Zustimmung COCOM –

- eine Munitionsfüllanlage,
- U-Boot-Fahrbatterien,
- magnetische Selbstschußanlagen für Schiffe,
- 18 Stahlrohlinge für Geschützrohre.

Abgelehnt wurde Antrag zur Lizenzübertragung für die Herstellung von Geschützrohlingen (Kal. 120 mm), Voranfrage zur Umrüstung Kampfpanzer T-59 wurde zurückgestellt.

3) Zu bedenken ist auch, daß die weitere Entwicklung Chinas nach den innenpolitischen Veränderungen vom Beginn dieses Jahres¹⁵ durch erhebliche Unsicherheitsfaktoren belastet ist. Dies ist u. a. auch der Grund, warum sich die COCOM-Partner eine Änderung der Verfahrenserleichterung für Rüstungsgüterexporte nach China im Falle einer gegenläufigen Entwicklung Chinas vorbehalten haben. Eine über den Einzelfall hinausgehende, grundsätzliche Entscheidung ist deshalb vorläufig nicht möglich.

4) Zusätzlich gibt es gegenwärtig Spannungen an der indisch-chinesischen Grenze, in deren Verlauf Kampfhubschrauber nach Tibet verlegt wurden.¹⁶ Indien

Fortsetzung Fußnote von Seite 930

rung präzisierte ich die Position: keine Kriegswaffen, flexibel bei Dual-purpose-Material; d. h. keine U-Boot-Lieferungen. Trotz Einwendungen BMVg (Hinweise auf Indien/Indonesien) und BMWg blieb es bei dieser Beschluslage.“ Vgl. VS-Bd. 13727 (422); B 150, Aktenkopien 1985.

¹⁵ Zum Rücktritt des Generalsekretärs des ZK der KPCh, Hu Yaobang, am 16. Januar 1987 vgl. Dok. 96, Anm. 6.

¹⁶ Oberst i. G. Dietrich, Peking, übermittelte am 15. Mai 1987 Informationen aus vertraulichen Gesprächen: „Pakistanische wie nepalesische Seite halten Lage im Osthimalaya/chin[esisch]-indischen Grenzstreit für kritisch. Chancen für Ausbruch eines größeren Konflikts 50:50. Verschiedentlich soll es schon zum Schußwechsel gekommen sein. Indische Truppen hätten sieben Punkte nördlich McMahon-Linie besetzt. China habe am 6.5.87 in scharfer Form protestiert und auf Rücknahme dieser Truppen bestanden. Falls Indien nicht nachgebe, sähe China sich möglicherweise zu entsprechender Reaktion gezwungen. China müsse möglicherweise auch präventiv schlagen, wenn es erkenne, daß IND seinerseits größere Operationen beabsichtige. Indien habe im Grenzbereich Osthimalaya zehn bis zwölf Divisionen zusammengezogen und Einheiten der Luftstreitkräfte dorthin verlegt [...]. Demgegenüber dürften CH[inesische]V[olksrepublik]-Kräfte inzwischen auf fünf bis sieben Divisionen

könnte unsere Genehmigung als einseitige Unterstützung Chinas mißverstehen. Allerdings hat Indien die Mirage 2000.

5) In Rechnung zu stellen ist schließlich, daß die von uns angestrebte, breit angelegte Zusammenarbeit mit China im Hochtechnologiebereich weder die Lieferung von Kriegswaffen noch sonstigen qualitativ hochwertigen Rüstungsgütern erfordert.

6) Regionalpolitisch

Berücksichtigt werden muß das japanische Interesse und das Interesse der ASEAN-Staaten und der anderen Anrainerstaaten, insbesondere Indiens, die chinesische Rüstung in Grenzen zu halten. Japan hat den großzügigeren COCOM-Regeln zugestimmt, wenn auch mit Zögern. Unsere Zustimmung zur Lieferung von Rüstungsgütern nach China könnte als Signal mißverstanden werden, wir seien bereit, zur Stärkung der militärischen Macht Chinas beizutragen. Auch hier ist darauf zu achten, daß das Kräfteverhältnis in der Region nicht wesentlich verändert wird. Japan könnte die Lieferung von 20 Kampfhubschraubern als Beginn einer deutsch-chinesischen Zusammenarbeit im Bereich der Rüstung ansehen.

7) Ostpolitisch

Abteilung 2 führt hierzu aus:

a) In den letzten Jahren haben wir eine Zusammenarbeit mit China in sicherheitsrelevanten Bereichen trotz prinzipieller Zurückhaltung auch unter dem Gesichtspunkt der deutsch-sowjetischen Beziehungen nicht völlig ausgeschlossen. Dabei spielte neben der relativen „Unschädlichkeit“ von Projekten vor allem die Erwägung eine Rolle, daß unsere Zurückhaltung von Moskau in einer Phase kühler politischer Beziehungen – 1984 bis Mitte 1986 – nicht berücksichtigt wurde. Unstreitig war aber stets, daß die Entwicklung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses für unsere nationalen Interessen von größerer Bedeutung ist als das deutsch-chinesische Verhältnis und daß wir uns daher in unserem Kurs gegenüber China nicht so weitgehend festlegen sollten, daß uns eine Anpassung an positive Entwicklungen im deutsch-sowjetischen Verhältnis wesentlich erschwert werden könnte. Diese Feststellung hat heute besondere Aktualität. Der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung vom 18. März¹⁷ den deutsch-sowjetischen Beziehungen „zentrale“ Bedeutung zugesprochen.

b) Der vorliegende Antrag, der waffentechnisch und finanziell über bisher genehmigte Anträge erheblich hinausgeht, fällt in eine Entwicklungsphase der deutsch-sowjetischen Beziehungen, die wir als aussichtsreich einschätzen und entsprechend gestalten wollen. Die Konsequenz hieraus kann nur darin bestehen, die politische Tragweite der Entscheidung zu allererst an den Rückwirkungen auf die deutsch-sowjetischen Beziehungen zu messen. Dabei sind folgende Gesichtspunkte besonders wichtig:

- Die Genehmigung des Antrags würde Präcedenzwirkung haben und faktisch eine Berufungsgrundlage für mit Sicherheit zu erwartende weitere Anträge

Fortsetzung Fußnote von Seite 931

angewachsen sein. China habe seine Truppen auch in Aksai Chin verstärkt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1153; Referat 341, Bd. 142571.

¹⁷ Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, 11. WP, 4. Sitzung, S. 51–73.

darstellen. In dieser Perspektive liegt der besondere qualitative Aspekt, der zukünftig in ihrem Ausmaß derzeit allerdings unkalkulierbare Belastungen des deutsch-sowjetischen Verhältnisses erwarten läßt.

- Der mögliche Hinweis auf die Rüstungsexportpolitik anderer Westeuropäer oder der USA gegenüber der VR China berücksichtigt nicht oder zu wenig das grundsätzlich andere „Problemprofil“ dieser Staaten im jeweiligen Verhältnis zur SU. Unser Verhältnis zur SU ist – nicht nur historisch – von eigener Qualität.
- Unterschwellige anti-chinesische Emotionen könnten sich mit unterschwelligen anti-deutschen Emotionen in Moskau in kritischer Weise verknüpfen und die deutsch-sowjetischen Beziehungen stärker belasten, als es von vielen Beobachtern angenommen wird.
- Nicht richtig wäre auch der Hinweis, daß die SU bisher nicht negativ reagiert habe. So hat Botschafter Semjonow am 10.1.1986¹⁸ gegenüber BM die Auflockerung der COCOM-Regeln gegenüber China kritisch angesprochen.¹⁹

c) Im Hinblick auf unser vorrangiges Interesse an einer möglichst positiven Gestaltung des Staatsbesuchs des Bundespräsidenten in der SU²⁰ sollte die Entscheidung möglichst auch nicht unter den Druck des BK-Besuchs in die VR China (12.–19.7.) gestellt werden. Falls eine BSR-Entscheidung am 3.7. – also am Vorabend des Staatsbesuchs Sowjetunion – positiv ausginge, müßten wir mit einem raschen Bekanntwerden in der Öffentlichkeit rechnen. Neben dem Gründungsakt zur Kulturstiftung²¹ und – möglicherweise – dem Fall Rust²² käme somit eine weitere Belastung hinzu.

8) Der erstmaligen Genehmigung der Lieferung von Kriegswaffen nach China käme erhebliche Präjudizwirkung zu. Exporte von Waffen, die qualitativ nicht höher zu bewerten wären als der Panzerabwehrhubschrauber Bo 105/PAH mit Waffenanlage TOW, HOT oder Helitow, müßten genehmigt werden. Immerhin ist der Panzerabwehrhubschrauber Bo 105/PAH das beste rein deutsche Produkt einer panzerbrechenden Waffe. In der Praxis dürfte es jedoch schwierig sein zu entscheiden, ob eine Waffe qualitativ höher oder niedriger als der Panzerabwehrhubschrauber einzustufen ist. Eine Genehmigung der Lieferung von Panzerabwehrhubschraubern wäre demnach mit erheblichen Unsicherheitsfaktoren behaftet, was unsere künftige Rüstungsexportpolitik gegenüber China angeht.

V. Die Abwägung ergibt, daß das Auswärtige Amt aus rüstungsexportpolitischen, ostpolitischen und regionalpolitischen Gründen Bedenken gegen die Erteilung einer Genehmigung erheben sollte.

¹⁸ Korrigiert aus: „13.1.1986“.

¹⁹ Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 10. Januar 1986 stellte der sowjetische Botschafter Semjonow die Frage: „Wenn die Bundesregierung die Wirkung der COCOM-Listen für China aufhebe, solle dies als Politik der Ungleichbehandlung angesehen werden?“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178902.

²⁰ Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

²¹ Zur Kulturstiftung der Länder vgl. Dok. 8.

²² Zum Haftfall Mathias Rust vgl. Dok. 160.

Die von ChBK geforderte Vorlage des AA zur Grundsatzdiskussion ist als Anlage dem Schreiben an ChBK beigelegt. Sie enthält lediglich einen Argumentationskatalog, um die Diskussion im BSR nicht zu präjudizieren.

D²³ und D³²⁴ haben mitgezeichnet.

Pabsch

VS-Bd. 14530 (424)

185

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Außenminister Peres

310-321.11 ISR VS-NfD

28. Juni 1987¹

Der BM traf am 28.6. zu einem Abendessen im kleinen Kreis mit dem israelischen AM Peres zusammen.²

Teilnehmer auf deutscher Seite: D³³, VLR I Weber, VLR Ischinger.

Auf israelischer Seite: Botschafter Ben-Ari, Kabinettschef Savir.

Auf Bitte des BM erläuterte *Peres* die Lage in Israel. Nach wie vor bilde der Friedensprozeß die wichtigste Frage im Lande. Das Kabinett sei im Verhältnis 5:5 geteilt. In Knesset seien von 120 Abgeordneten 59 für die Linie von Peres. Mit einem Drusen, der aber wackele, hätte man 60. Auf der anderen Seite stünden 46 Likud-Abgeordnete und 14 Religiöse, die gekauft werden können. Dazu sei seine Partei allerdings nicht bereit. Gegenwärtig zeichne sich die Möglichkeit ab, daß die Techija-Partei von Geula Cohen sich spalte. Dann gebe es evtl. eine Mehrheit für neue Wahlen. Er würde es vorziehen, den Friedensprozeß mit der Likud-Partei weiterzuführen. Dafür gebe es aber keine Chance.

Israel stehe vor zwei Kalenderproblemen, dem Parlaments- und Parteienkalender und dem Friedenskalender. Letzterer sei wesentlich dringender. Die Vorbereitung

²³ Hermann Freiherr von Richthofen.

²⁴ Reinhard Schlagintweit.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Schlagintweit am 30. Juni 1987 gefertigt.

Hat Vortragendem Legationsrat Ischinger am 1. Juli 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Jansen, Vortragenden Legationsrat I. Klasse Klaiber „[nach] Rückkehr“ und Vortragenden Legationsrat Elbe verfügte sowie um Wiedervorlage bat. Ferner vermerkte er handschriftlich: „Von BM noch nicht genehmigt.“

Hat Jansen am 2. Juli 1987 vorgelegen.

Hat Elbe vorgelegen.

Hat Klaiber am 6. Juli 1987 vorgelegen.

Hat Ischinger am 10. Juli 1987 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „[Abteilung] liegt BM vor.“

² Der israelische Außenminister Peres hielt sich am 28./29. Juni 1987 in der Bundesrepublik auf.

³ Reinhard Schlagintweit.

der amerikanischen Parlamentswahlen⁴ und der israelischen Wahlen im Herbst 1988⁵ werde die Aussichten auf Fortschritte ab Anfang nächsten Jahres stark vermindern. Dann würde die SU die Möglichkeit sehen, allein aktiver zu werden.

Es bestehe die Gefahr, daß König Hussein die Geduld verlieren würde, wenn es vor 1989 keine Aussicht auf Bewegung gebe. Die Araber würden versuchen, auf einer Gipfelkonferenz Husseins Bewegungsfreiheit zu beschränken. Daher wolle er, Peres, bald handeln. Die SU sei im Nahen Osten aktiver denn je geworden seit Bandung⁶. Sie wolle sich in den Friedensprozeß einschalten und außerdem zwischen Syrien und Irak sowie zwischen Syrien und der PLO Frieden stiften. Auch dies könne König Hussein isolieren. Innenpolitisch sei König Husseins Lage stabil. Wirtschaftlich stehe es aber schlecht. Mit verminderten Einnahmen und verminderten saudischen Zuschüssen müsse er moderne Streitkräfte unterhalten. Daher versuche er sich als Friedensstifter im arabischen Lager. Das habe seine Stellung zwar gefestigt, aber Arafat sei „hinter ihm her“.

Er, Peres, habe Ägypten und Jordanien darauf aufmerksam gemacht, daß es in wenigen Jahren 100 Mio. Ägypter, 100 Mio. Türken, 100 Mio. Iraner, 30 Mio. Iraker geben werde. Diese drohten, gemäßigte kleine Staaten in ihrer Mitte zu zerdrücken. Die einzige Möglichkeit, dem zu begegnen, sei Friede und die Einsparung von Rüstungsausgaben zu Gunsten der wirtschaftlichen Entwicklung.

Auch in Syrien sei die wirtschaftliche Lage schlecht. Die Russen hätten zwar umgeschuldet, wollten aber kein neues Geld geben. Assad sei selbstherrlich geworden und schalte zunehmend seinen Sohn⁷ ein, u. a. um seinen Bruder Rifaat nach Damaskus zurückzuholen. Es sei auffällig, daß Syrien nicht mehr von militärischer Parität mit Israel spreche und die Rüstungsanstrengungen reduziert habe.

Daraus gehe hervor, daß man außer einer internationalen Konferenz auch eine Wirtschaftskonferenz, wenn auch mit anderer Zusammensetzung und anderen Regeln, brauche. Teilnehmer könnten die Zwölf, die USA, Japan, Kanada sein, Vorbereitung in New York.

Eine große Frage bleibe, wo stehen die Russen hinsichtlich des Friedensprozesses? Die USA seien der Ansicht, Moskau sei flexibler geworden. In einigen Fragen sei diese Flexibilität noch nicht sehr weit entwickelt. Die Israelis seien der Ansicht, daß die Russen nicht wirklich ihre Positionen geändert haben, daß aber Positionen negotiabel geworden seien. Die Erklärung anläßlich des Kaddoumi-Besuches⁸ habe ganz den alten Stil gezeigt. Er, Peres, habe den Russen die Ergebnislosigkeit ihrer Dritte-Welt-Politik am Beispiel Kubas deutlich gemacht, wo sie nichts für ihre großen Aufwendungen erhalten hätten. Mögliche positive

⁴ In den USA fanden am 8. November 1988 Präsidentschaftswahlen sowie Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen für den Senat und die Gouverneursämter statt.

⁵ In Israel fanden am 1. November 1988 Parlamentswahlen statt.

⁶ Vom 18. bis 24. April 1955 fand in Bandung die Asiatisch-Afrikanische Konferenz statt. Für den Wortlaut des Schlußkommunikés sowie der Erklärung über die Förderung des Weltfriedens und der Zusammenarbeit vgl. EUROPA-ARCHIV 1955, S. 7563–7567.

⁷ Basil al-Assad.

⁸ Am 22./23. Juni 1987 hielt sich eine Delegation des Exekutivkomitees der PLO in der UdSSR auf, die vom Leiter der Politischen Abteilung, al-Kaddumi, angeführt wurde.

Veränderungen der sowjetischen Haltung hätten sich nach dem Besuch Assads in Moskau⁹ wieder verhärtet. Assad hätte Gorbatschow gesagt, er würde die Araber verlieren, wenn er Israel entgegenkäme.

Die Vereinigten Staaten (Murphy) würden in den nächsten Tagen Gespräche mit Poljakow führen und klare Fragen stellen. Wenn die SU nicht klar antworte, würde das die Radikalen begünstigen.

Der Minister erläuterte dann sein Übereinkommen mit König Hussein über den Charakter einer internationalen Konferenz¹⁰. Er habe König Hussein davon überzeugen können, die Bedingung aufzugeben, daß bei Meinungsverschiedenheiten in den regionalen Gremien die Konferenz angerufen werde. Dies würde ohnehin nichts bringen. Außerdem habe er dargelegt, daß Israel nicht bereit sei, eine eigene palästinensische Delegation zu akzeptieren, sondern nur eine gemischte jordanisch-palästinensische. Er habe vorgehabt, dieses Übereinkommen als amerikanisches Papier veröffentlichen zu lassen. Zu seiner großen Enttäuschung habe sich Shultz dem entzogen.

Unter den gegenwärtigen Umständen denke er an folgende Taktik:

- a) Israel müsse davon unterrichtet werden, daß die Möglichkeit einer internationalen Konferenz fortbestehe.
- b) Die Kontakte mit der SU müßten fortgeführt werden. Dabei sei es wichtig zu zeigen, daß Israel nicht allein stehe.

Er habe vor allem mit Mrs. Thatcher gute Gespräche geführt.¹¹ Im Anschluß habe sie eine Erklärung abgegeben, die ganz seinen Wünschen entsprochen habe. Die Amerikaner hätten erklärt, sie würden bei ihrer Linie bleiben. Auch die Franzosen seien hilfreich, wenn auch ihre Äußerungen eine Mischung aus Politik und Literatur darstellten.

Peres kam wieder auf die Frage der Haltung der SU zurück. Was passiere, wenn die SU zu den vorliegenden Konferenzvorschlägen, so wie er sie mit König Hussein abgesprochen habe, nein sage. Bisher beschränke sie sich auf allgemeine Formulierungen wie: Eine Konferenz solle nicht das Recht haben, Lösungen aufzuerlegen, sie solle eine wichtige dynamische Rolle spielen und sie müsse umfassend sein. Letzteres gehe, schon wegen der Schwierigkeiten einer Lösung für Libanon, nicht.

Daher sei der Augenblick gekommen, die erwähnte wirtschaftliche Alternative zu finden. Eine solche Konferenz sei geeignet, eine Rückfallposition aufzubauen. Das große Problem der Araber sei nicht Israel, sondern die Geburtenrate. Die Araber reagierten hierauf mit Fundamentalismus und Extremismus.

Das Ziel seiner Reise sei es, auch Israel zu zeigen, daß es nicht allein stehe. Er habe auch mit dem Kanzler über eine Wirtschaftskonferenz gesprochen.¹² In New

⁹ Präsident Assad besuchte die UdSSR vom 23. bis 25. April 1987.

¹⁰ Zur Frage einer Internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten vgl. Dok. 52.

¹¹ Der israelische Außenminister Peres besuchte Großbritannien am 22./23. Juni 1987.

¹² Bundeskanzler Kohl führte am 28. Juni 1987 in Ludwigshafen ein Gespräch mit dem israelischen Außenminister Peres. Ministerialdirigent Neuer, Bundeskanzleramt, vermerkte am 29. Juni 1987, bei dem Gespräch seien „keine Note-taker zugegen“ gewesen. Vor der Presse habe Kohl anschließend bemerkt, „eine parallele Unterstützung des Friedensprozesses sei im wirtschaftlichen Bereich erforderlich“. Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72; B 150, Aktenkopien 1987.

York sollte eine wirtschaftliche Planungsgruppe geformt werden. Die Finanzen müßten öffentlich und privat aufgebracht werden. Die Araber sollten weniger Geld für Waffen, mehr für Ernährung ausgeben.

Ein wichtiges Projekt sei die Errichtung einer Solaranlage in Eilat (35 MW). Ein Teil, vor allem die Spiegel, stamme aus Deutschland. Israel habe diese Anlage schon jetzt zum Teil verkauft. Die Amerikaner seien bereit mitzufinanzieren. Die Kosten betrügen 70 Mio. \$. 30 Mio. \$ träfen davon auf die deutschen Spiegel. Ägypten wolle diese Anlage unbedingt haben. Solche Projekte könnten die Vorstellungskraft der Menschen wecken.

Peres machte dann längere Ausführungen über die innenpolitische Lage in der SU, Gorbatschow und seine Schwächen.

BM erklärte: Gorbatschow wisse, daß er sein System ändern müsse, und er bereite sein Land darauf vor. Er werde in einer Woche mit dem Bundespräsidenten in die SU reisen.¹³ Er habe gehört, daß die Ausreisenzahlen von Deutschen und Juden aus der SU sich parallel nach oben entwickelten. Das zeige, daß es sich bei der SU um eine Prinzipienfrage handele.

Peres: Und der Einwirkung auf die öffentliche Meinung im Westen.

BM sagte, er glaube, die SU werde versuchen, sich in eine internationale Konferenz einzuschalten. Sie wolle zeigen, daß sie ein verantwortungsvoller Partner der internationalen Gesellschaft sei und daß eine Zusammenarbeit der Supermächte in der Dritten Welt möglich sei. Er halte es nicht für ausgeschlossen, daß sie auch die PLO in diesem Sinne beeinflusse.

Peres fragte, was geschehe, wenn die SU dabei zwischen Jordanien und der PLO wählen müsse.

BM: Dann wird es schwierig.

Zur Frage der Palästinenser sagte *Peres*: Praktisch alle Palästinenser unter 30–35 Jahren identifizierten sich mit der PLO. Er würde das an ihrer Stelle auch tun. Später aber wendeten sie sich dem König zu. Denn nur er könne etwas für sie tun. Die Palästinenser hätten nie Unabhängigkeit gekannt. Unter israelischer Herrschaft hätten sie sich an die Demokratie gewöhnt. Wirtschaftlich gehe es ihnen ausgezeichnet.

BM fragte, was die Absichten König Husseins hinsichtlich der Westbank seien.

Peres antwortete: Am liebsten möchte er sie ganz zurückhaben. Er hätte ihren Verlust nie verschmerzt. Er wisse aber, daß das nicht gehe. Daher denke er an eine Art Konföderation zwischen Jordanien, Palästina und Israel, eine Art gemeinsames Kind, ein Joint-venture. Er könne visionär denken und wisse, daß eine Verbindung zwischen Jordanien und Israel beiden Seiten gut tue. Es laufe auf eine Aufteilung der Regierungs- und Verwaltungsaufgaben in den besetzten Gebieten hinaus.

BM erklärte: Auch er sei der Ansicht, daß man wegen einer internationalen Konferenz unter Zeitdruck stehe.

¹³ Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker, der von Bundesminister Genscher begleitet wurde, besuchte die UdSSR vom 6. bis 11. Juli 1987. Vgl. dazu Dok. 200, Dok. 203, Dok. 204, Dok. 206 und Dok. 212.

Peres sagte, er wäre dankbar, wenn er dies auch öffentlich sagen würde. Die Hauptsache sei nicht die Konferenz, sondern Verhandlungen. Die SU müsse ihre Haltung ändern, diplomatische Beziehungen aufnehmen, Juden ausreisen lassen. Und man müsse an die wirtschaftlichen Aspekte, an eine Konferenz oder ähnliche Pläne denken, um den Menschen eine Hoffnung zu geben.

Peres erwähnte, daß der Bürgermeister von Bethlehem eine Kanalisation bauen lassen wolle. Die Kosten betrügen 5 Mio. \$, eine komme von Deutschland, eine von den USA, drei von Israel. *Freij* hoffe, daß ihm dies direkt gegeben werde. (Der israelische Botschafter warf ein, daß Bundeskanzler a. D. Helmut Schmidt sich hierum kümmern.) Er mache nochmals auf die Bedeutung der Solaranlage aufmerksam.

Peres bat, daß der Europarat am 29./30.¹⁴ eine Erklärung zur internationalen Konferenz abgebe. Das würde sehr helfen.

BM sagte, wenn GB und F das unterstützen, würden wir das auch tun.

Abschließend sagte *Peres*, es wäre Zeit, daß der *BM* Israel besuchen würde. Der *BM* stimmte zu. Dafür käme das letzte Viertel des Jahres in Frage¹⁵, nach der VN-Vollversammlung¹⁶.

Herrn Bundesminister mit der Bitte um Zustimmung vorgelegt.

Referat 010, Bd. 178903

¹⁴ Zur Tagung des Europäischen Rats in Brüssel vgl. Dok. 193.

¹⁵ Bundesminister Genscher besuchte Israel am 23./24. Januar 1988. Vgl. dazu AAPD 1988.

¹⁶ Die 42. VN-Generalversammlung fand vom 15. September bis 21. Dezember 1987 in New York statt.

186

Botschafter Ungerer, Brüssel (EG), an das Auswärtige Amt**Fernschreiben Nr. 2046****Citissime nachts****Aufgabe: 28. Juni 1987, 20.00 Uhr¹****Ankunft: 28. Juni 1987, 20.10 Uhr**

Betr.: Europäischer Rat am 29./30.6.1987²;
 hier: Ergebnis des Konklaves der Außenminister am 27./28.6.1987 in
 Brüssel

Zur Unterrichtung auch für Ministergespräch am 29.6., 9.00 Uhr³

I. Zusammenfassung

1) Aufgrund der Erörterungen der AM am 27.6.1987 hat Prä.s.⁴ „Leitlinien für die Arbeit des Europäischen Rates“ erarbeitet, die in der Form von Schlußfolgerungen des Vorsitzes die Hauptthemen des Delors-Pakets⁵ behandeln und einige Verfahrensempfehlungen zur weiteren Behandlung sowohl des Delors-Pakets (Inkraftsetzung der wesentlichen Beschlüsse schon für HH-Jahr 1988) sowie der offenen Agrarprobleme (Preise, Fettsteuer⁶, agrimonetäre Fragen⁷) und des Nachtragshaushaltes 1987⁸ enthalten. Der Text dieser Leitlinien mit den dazu deutscherseits geforderten Änderungen und Ergänzungen liegt in Bonn vor und wird von AA – soweit erforderlich – an die Ressorts verteilt.

Da sich alle Del.⁹ auf der Schlußsitzung am 28.6. mehr oder weniger kritisch zu diesen Leitlinien äußerten, sagte Prä.s. zu, ihr Papier im Lichte der dazu gemach-

¹ Das von Ministerialrat Artopoeus, Brüssel (EG), konzipierte Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 18 und 20.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kudlich am 28. Juni 1987 vorgelegen.

² Zur Tagung des Europäischen Rats in Brüssel vgl. Dok. 193.

³ Ministerialdirektor Jelonek notierte am 24. Juni 1987, Ministergespräche bei Bundeskanzler Kohl würden am 24. Juni abends sowie am 29. Juni morgens stattfinden. Ausgangspunkt der Gespräche sollte „das in der Gesprächsrunde am 12.6. erzielte Einvernehmen sein, daß wir nur im Gesamtzusammenhang von Agrarfragen, Finanzierung der Haushalte in den Jahren 1987 und 1988, neuer Finanzverfassung der Gemeinschaft, Ausstattung der Strukturfonds und EWS unsere Interessen angemessen vertreten können“. Streitig geblieben sei vor allem die Frage, „ob wir bereit sind, der Gemeinschaft mehr Geld zur Verfügung zu stellen“. Das Auswärtige Amt solle in den Ministergesprächen folgende Linie vertreten: „1) Dem Bundeskanzler muß Manövriermasse für Brüssel mitgegeben werden, um offensiv argumentieren und D aus der Rolle des – obendrein inkonsequenten – Neinsagers herausführen zu können. [...] 2) Für unsere agrarpolitischen Ziele brauchen wir Entgegenkommen der KOM und zumindest einiger MS. Wir sollten deshalb zu [...] finanzpolitischen Zugeständnissen bereit sein [...]. 3) Kein deutsches Veto in diesjähriger Agrarrunde: Es wäre bei Preisen kontraproduktiv (autonome Maßnahmen der KOM); bei WAB müßte es bei jeder neuen Abbauintiative wiederholt werden. 4) Keine Nationalisierung der Agrarpolitik über die bisher geplanten Maßnahmen hinaus“. Vgl. Referat 410, Bd. 141611.

⁴ Präsidentschaft.

Die EG-Ratspräsidentschaft hatte vom 1. Januar bis 30. Juni 1987 Belgien inne.

⁵ Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket“) vgl. Dok. 51 und Dok. 69.

⁶ Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Fettsteuer vgl. Dok. 164, Anm. 21.

⁷ Zu den Preisvorschlägen der EG-Kommission für Agrarprodukte sowie zu ihren Vorschlägen im agrimonetären Bereich vgl. Dok. 69, Anm. 13.

⁸ Zum EG-Haushalt 1987 vgl. Dok. 183, Anm. 6.

⁹ Delegationen.

ten Bemerkungen nochmals zu überarbeiten und für den ER eine Neufassung bis zum Morgen des 29.6.87 vorzulegen. Sie wird außerdem, einer Anregung von F folgend, für den ER einen „Arbeitsplan“ unterbreiten, der die zentralen Punkte des Delors-Pakets und die aktuellen Probleme (Agrarpreispaket, HH 87 und HH 88¹⁰) auflistet, zu denen Entscheidungen bzw. Orientierungen des ER geboten sind.

Präs. betonte, daß ihre „Leitlinien“ lediglich ein „guide de travail“ mit Hervorhebung der zentralen Fragen und Hinweisen auf denkbare Lösungsmöglichkeiten sein sollten. Sie sollen dagegen nicht die unterschiedlichen Meinungen der Del. wiedergeben. Dies sei bereits im Bericht der Präs. (Dok. 7094/2/87 Revised 2 v. 25.6.87¹¹) geschehen.

2) Die Diskussion über die bisherigen Schlußfolgerungen der Präsidentschaft (Dok. 7302/87¹²) und die von ihr neu vorgelegten „Leitlinien“ brachte keine Annäherung der unterschiedlichen Standpunkte; sie wurde von Präs. in diesem Stadium allerdings auch nicht nachdrücklich angestrebt. Bis auf D wiederholten alle Del. ihre bekannten Stellungnahmen. Besondere Beachtung fanden die Ausführungen von BM Genscher mit Überlegungen für ein europäisches Gesamtkonzept und der darin enthaltenen Fortentwicklung der D-Position zum Delors-Paket (grundsätzliche Zustimmung zum Ausbau der Strukturfonds und zur Neugestaltung des EG-Finanzierungssystems durch Einführung des BSP-BIP-Elements). Diese positive offensive Strategie fand – wie aus Reaktionen am Rande der Tagung festzustellen war – ein positives Echo und dürfte dazu beitragen, daß wir bei einer Reihe von Delegationen jetzt auch größeres Verständnis für unsere Anliegen im Agrarbereich, auf die BM Genscher wiederholt einging, finden werden.

3) BM Genscher hatte sich nachdrücklich für ein längerfristiges Konzept zur Umsetzung der EEA¹³ ausgesprochen und als Kern eines dynamischen Zukunftsprogramms die Verwirklichung des Binnenmarktes hervorgehoben. Zugleich hatte er betont – jedoch nicht im Sinne einer Vorbedingung –, daß damit auch eine Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts einhergehen müsse, für die freilich der – von uns befürwortete – Ausbau der Strukturfonds nur eines unter anderen Instrumenten sei. Wichtig seien auch eine verbesserte Abstimmung der Wirtschaftspolitiken, eine stärkere Koordinierung der Währungspolitik, verbunden mit einer Stärkung des EWS (insbesondere Beitritt der dem System nicht¹⁴ angehörenden MS), und eine fortschreitende Liberalisierung des Kapitalverkehrs. Besondere Beachtung fanden die Ausführungen BM Genschers zum künftigen Finanzsystem der Gem¹⁵. Ausgehend von unserer Forde-

¹⁰ Zum EG-Haushalt 1988 vgl. Dok. 183, Anm. 7.

¹¹ Für das Dokument („Bericht des Vorsizes an den Europäischen Rat zur Diskussion auf der Tagung des Rates ‚Allgemeine Angelegenheiten‘ am 22. Juni 1987, betrifft: ‚Die Einheitliche Akte muß ein Erfolg werden‘“) vgl. Referat 412, Bd. 168703.

¹² Für das Dokument vom 19. Juni 1987 („Arbeitsunterlage des Vorsizes für den Rat ‚Allgemeine Angelegenheiten‘ am 22. Juni 1987, betrifft: Die Einheitliche Akte muß ein Erfolg werden – Schlußfolgerungen des Vorsizes“) vgl. Referat 412, Bd. 168703.

¹³ Für den Wortlaut der Einheitlichen Europäischen Akte und der Schlußakte vom 17. bzw. 28. Februar 1986 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1104–1115. Vgl. dazu ferner AAPD 1986, II, Dok. 189 und Dok. 278.

¹⁴ Korrigiert aus: „noch“.

¹⁵ Gemeinschaft.

nung nach einem gerechteren Finanzsystem, das der wirklichen Leistungsfähigkeit der MS besser als bisher Rechnung trägt, erklärte BM Genscher, daß Bundesregierung grundsätzlich der Einführung eines BSP/BIP-Elementes in das Finanzierungssystem zustimme und für Einführung der sog. vierten Finanzierungsquelle aufgeschlossen sei. Allerdings bedürften die Voraussetzungen und Kriterien hierfür noch vertiefter Prüfung. Er solle aber jetzt schon beschließen, daß das neue, auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit abstellende Finanzierungssystem am Ende der D-Präsidentschaft¹⁶ beschlossen und zum 1.1.89 eingeführt werden solle. Gewisses Erstaunen und eine ablehnende Reaktion bei KOM-Präsident Delors (keine Anleihefinanzierung des EG-Haushalts!) löste dagegen D-Überlegung aus, zur Entlastung des Agrarhaushalts die notwendigen Maßnahmen zum Lagerabbau über eine zeitlich limitierte, einmalige Anleiheaktion zu finanzieren. In wiederholten Interventionen betonte BM Genscher im übrigen den engen Zusammenhang, der für uns zwischen einem Entgegenkommen bei der Einführung eines neuen Finanzierungssystems und einer angemessenen Berücksichtigung unserer essentiellen Interessen im Agrarbereich besteht. Mit Nachdruck wandte sich BM Genscher dagegen, das Problem der Agrarüberschüsse allein über Preissenkungen lösen zu wollen. Neben einer vorsichtigen Preispolitik bestehe der richtige Lösungsansatz vielmehr in einer Verbreiterung des agrarpolitischen Instrumentariums: Wirkliche und dauerhafte Stabilisatoren seien Flächenstilllegung und Extensivierung. Für die offene Frage des Abbaus der z.Zt. bestehenden Währungsausgleichsbeträge sah BM Genscher eine Lösungsmöglichkeit, falls der Bundesregierung die Fortführung der derzeit geltenden nationalen Ausgleichsmaßnahmen im bisherigen Umfang gestattet werde. Dagegen müßten die KOM-Vorschläge für ein künftiges WAB-System zunächst abgekoppelt und im ECOFIN-Rat beraten werden mit dem Ziel, eine Lösung zu finden, die das Funktionieren des EWS nicht beeinträchtigt. Bis dahin müsse das bisherige WAB-System fortgeführt werden. BM Genscher wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Fortschritte bei der wirtschaftspolitischen Konvergenz und der währungspolitischen Zusammenarbeit verbunden mit einer Stärkung des EWS, zu der in erster Linie der Beitritt der dem System noch nicht angehörenden Länder und der Abbau der Ausnahmeregelungen gehörten, wesentlich dazu beitragen würden, die Probleme des Währungsausgleichs im Agrarsektor dauerhaft zu lösen. Solange diese Fortschritte noch nicht erzielt seien, müsse man verhindern, daß Währungspolitik letztlich auf dem Rücken der deutschen Bauern gemacht werde. Bei der Erörterung der Frage, ob der GB-Kompensationsmechanismus¹⁷ fortgesetzt werden solle, zeigte die Bemerkung BM Genschers Wirkung, daß die MS, die einen solchen Ausgleich befürworteten, ihn auch bezahlen mögen.

¹⁸II. Im einzelnen

Die von Präs. vorgelegten „Leitlinien“ wurden vor allem von den Südstaaten und IRL heftig als Rückschritt gegenüber den Schlußfolgerungen der Präs. gemäß Dok. 7302/87 kritisiert, da sie sich zu weit von den Vorschlägen der KOM im Delors-Paket entfernten. Diese Del. forderten nachdrücklich die Festlegung einer

¹⁶ Die Bundesrepublik hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Januar bis 30. Juni 1988 inne.

¹⁷ Zur Regelung des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 51, Anm. 18.

¹⁸ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2047 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

mittelfristigen Perspektive entsprechend den KOM-Vorschlägen (Verdoppelung der Strukturfonds, Erhöhung der EM¹⁹ auf 1,4 v. H. des Gemeinschafts-BSP). Nur im Rahmen einer mittelfristigen Perspektive könnten sie an einer Lösung der HH-Fragen 1987 und 1988 mitwirken. F betonte umgekehrt vor allem die Notwendigkeit, im ER auch für die anstehenden aktuellen Probleme beim Preispaket und beim HH 1987 Leitlinien zu formulieren; denn ohne Lösung dieser kurzfristigen Probleme lasse sich weder der HH 1988 aufstellen noch vernünftigerweise ein mittelfristiges Programm entwickeln. GB und NL hatten in der allgemeinen Aussprache nochmals betont, daß für sie eine etwaige Erhöhung der eigenen Mittel der Gem. und eine Stärkung der Strukturfonds unter dem Vorbehalt einer grundlegenden Reform der Agrarpolitik und der Verankerung einer strikten, für alle Ausgabenarten gültigen HH-Disziplin stehen.

Aus den Äußerungen der Del. zu den „Leitlinien“ ist im übrigen festzuhalten (D-Haltung wird nicht gesondert berichtet, da sie sich aus dem in Bonn vorliegenden Papier ergibt):

Zum Binnenmarkt:

Dieser nicht zuletzt auf D-Intervention aufgenommene Abschnitt wird von F, NL, GB als logischer Ausgangspunkt für die weiteren Überlegungen begrüßt. (NL wünscht hier noch Erwähnung des Forschungsrahmenprogramms, F einen Hinweis auf die Stärkung des EWS.) Die Südstaaten und IRL kritisieren, daß ihre Meinung nicht zum Ausdruck kommt, wonach der Binnenmarkt nur dann verwirklicht werden kann, wenn zugleich – auch finanzielle – Maßnahmen zur Stärkung der Kohäsion ergriffen werden (wie etwa der Verdoppelung der Strukturfonds).

Zur Haushaltsdisziplin:

GB, F und NL forderten, daß über eine etwaige Überschreitung des Höchstsatzes bei den Strukturfonds nur im Rahmen des jährlichen HH-Verfahrens entschieden werden dürfe, wobei freilich etwaige politische Orientierungen des ER für eine Aufstockung der Fonds zu berücksichtigen seien. DK forderte, daß wie bisher bei der Agrarleitlinie außergewöhnliche Umstände berücksichtigt werden müßten, und sprach sich gegen eine Änderung der gegenwärtigen HH-Disziplin aus. Vor allem dürften durch eine neue HH-Disziplin nicht die bisherigen Grundsätze der Agrarpolitik eingeschränkt werden.

Die Südländer lehnten die Anwendung strikter HH-Disziplin, d.h. die Anwendung des Höchststeigerungssatzes auf die Strukturfonds, kategorisch ab; anderenfalls seien die angestrebte Reform und ein Ausbau der Fonds nicht zu erzielen.

E und GR bestritten sogar den Ansatz, daß grundsätzlich die sparsame HH-Führung in den MS auch auf Gemeinschaftsebene ihren Niederschlag finden müsse.

Zu den Strukturfonds:

Die Südstaaten kritisierten, daß die Leitlinie der Präs. den von KOM vorgeschlagenen qualitativen Sprung (Verdoppelung der Fonds) nicht vorsehe. Sie hatten zuvor gefordert, er solle verbindlich festlegen, daß die Strukturmittel jeweils ein Viertel der Gesamtausgaben betragen sollten.

¹⁹ Eigenmittel.

Zu den EG-Eigeneinnahmen vgl. Dok. 51, Anm. 16.

GR und PTG forderten eine Konzentration der Fonds auf die rückständigsten Gebiete der Gem. F hielt eine Konzentration der Mittel auf die Beitrittsländer für vordringlich, während I die Notwendigkeit unterstrich, die Fondsaktivitäten nach objektiven Kriterien in allen rückständigen Gebieten der Gem. fortzusetzen. Für alle Südstaaten ist Verdoppelung der Fonds eine Mindestforderung.

GB wünscht, im gegenwärtigen Stadium die Diskussion auf die Frage der Verbesserung der Effizienz der Fonds zu beschränken. Auch NL wandte sich gegen Festlegung eines allgemeinen Finanzziels in diesem Stadium. DK, B und F sind bereit, über eine Aufstockung zu sprechen, lehnen jedoch Verdoppelung ab.

Zur Gemeinsamen Agrarpolitik:

GR, E, IRL, PTG wandten sich gegen jeden Ansatz einer Renationalisierung der Agrarpolitik, den sie in den Hinweisen auf nationale Einkommensbeihilfen begründet sehen. DK, NL, F, GB unterstrichen, daß nationale Beihilfemaßnahmen auf keinen Fall produktionserhöhend sein dürften. DK, NL, F forderten die Einbettung solcher Maßnahmen in eine Gemeinschaftsregelung. Für F und GB müssen derartige Maßnahmen marginal bleiben. Nach GB sollten Einkommenshilfen keinesfalls aus dem Gem.-Haushalt finanziert werden. I und PTG betonten, Zielgruppe mußten vor allem die kleinen Landwirte sein.

Neue Eigenmittel:

Gegen die Leitlinie der Präs. wurden keine Einwände erhoben, jedoch legten D, GB, F, NL Wert darauf, festgehalten zu wissen, daß die künftigen EM nicht nur dauerhaft und garantiert, sondern auch fest begrenzt sein müssen. In der vorausgegangenen Diskussion am 26.6.1987 hatte sich F für eine neue, nicht auf einzelne Ressourcen abstellende Plafondsbasis und – im Rahmen einer Gesamtlösung – auch für die sog. vierte Finanzierungsquelle offen erklärt. NL zeigten sich insoweit reserviert, während bezeichnenderweise DK und I, die bei einem neuen BSP-bezogenen Finanzierungssystem mehr Mittel an die Gem. abführen mußten, vor allem den Vorschlag der KOM für die vierte Finanzierungshülle strikt ablehnten. Auch GB bezweifelte Nützlichkeit des BSP-Ansatzes und verwies auf Notwendigkeit weiterer Prüfung. Es machte deutlich, daß eine Erhöhung der EM auf 1,6 v.H. der MwSt.-EM-Basis (wie sie von D für 1988 in Aussicht gestellt worden war) für GB die äußerste Grenze des Möglichen darstelle; eine Entscheidung hierüber stehe ganz am Ende der Beratungen über das Delors-Paket.

²⁰Haushaltsungleichgewichte:

Eine große Mehrheit der Del. hielt Fortsetzung des Ausgleichsmechanismus zugunsten GBs nicht mehr für gerechtfertigt. Befürwortend für den KOM-Vorschlag äußerte sich nur IRL. E konnte sich hiermit einverstanden erklären, wenn es nicht zur Finanzierung herangezogen würde. F äußerte sich ausweichend. Über die Kompensation sei im Rahmen einer Globallösung zu entscheiden. Der KOM-Ansatz (Abstellen nur auf Agrardefizit) sei in jedem Fall ein Schritt in die richtige Richtung. Keinesfalls sei akzeptabel, daß sich einige MS von der Finanzierung einer etwaigen Kompensation ausschließen. Wie F hatte auch BM

²⁰ Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2048 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Genscher erklärt, es sei vorstellbar, wenn man für 1988 eine Übergangslösung treffe, insoweit auch für den GB-Ausgleich bei der Fontainebleau-Formel zu bleiben, allerdings unter der Voraussetzung, daß D dann nur 25 v.H. beisteuere.

Mehrere Del. betonten, daß ein etwaiger neuer GB-Ausgleich zeitlich limitiert degressiv gestaltet sein müsse.

Verfahren und Arbeitsprogramm:

D, GB, F, NL, DK hielten es für unrealistisch, Beschlüsse zum Delors-Paket bereits mit Wirkung für 1988 verwirklichen zu können. D verwies auf seinen Vorschlag, die erforderlichen Beschlüsse über das neue Finanzsystem im Juni 1988 zu verabschieden und am 1.1.89 in Kraft zu setzen. Verschiedene Del., insbesondere F, NL, LUX, hielten es für notwendig, präzise Schlußfolgerungen des ER für die Lösung der aktuellen Probleme vorzusehen, da anderenfalls Lösungen nicht erreichbar seien. Für 1988 hatte D erneut seine Bereitschaft erklärt, einer Aufstockung der Eigenmittel in dem in Fontainebleau vorgesehenen Rahmen (0,2 v.H. der MwSt.-EM-Basis) zuzustimmen. F hatte in diesem Zusammenhang es zwar für wünschenswert erklärt, den HH 1988 bereits im Rahmen einer mittelfristigen Perspektive gestalten zu können, aber zugleich bezweifelt, daß dies möglich sei. Wenn – wie wahrscheinlich – eine Übergangslösung nötig sei, dann sei eine Formel im „esprit de Fontainebleau“ der richtige Ansatz.

KOM hatte in der vorausgegangenen Diskussion am 27.6.87 angekündigt, daß sie am 1.7.87 einen neuen Entwurf eines Nachtrags-HH beschließen werde, der eine Kürzung der Agrarausgaben um 30 v.H. und der nicht-obligatorischen Ausgaben um 50 v.H. ab August vorsehen werde, falls ER keine klare Orientierung für die Lösung des HH-Problems und die mittelfristige Finanzperspektive der Gem. beschließe. I kritisierte, daß hiermit wiederum eine Lösung der Agrarprobleme zu Lasten der anderen Politik erfolge, woraufhin Präsident Delors andeutete, daß KOM evtl. auch eine proportionelle Aufteilung des Defizits 1987 vorsehen könne. KOM insistiert im übrigen, daß HH-Rat noch vor letzter Sitzung des EP vor der Sommerpause zusammentrete. Dies wurde von GB unterstützt, das im übrigen rasche Entscheidung über KOM-Vorschlag für einen Übergang zu einem Erstattungssystem bei den Agrarzahlungen forderte.

In der Frage der Fettsteuer bestehen die unterschiedlichen Haltungen der Del. fort. I und GB machten trotz ihrer gegensätzlichen Haltung zur Fettsteuer darauf aufmerksam, daß man die Fettabgabe in die Handelsdiskussion mit den USA einbringen solle.

[gez.] Ungerer

Referat 410, Bd. 141611

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Freiherr von Richthofen**205-360.90 GRO-456/87 VS-vertraulich****29. Juni 1987¹**

Über Herrn Staatssekretär² Herrn Bundesminister³ zur Unterrichtung, insbesondere im Hinblick auf Schlußfolgerungen unter C (S. 5 ff.)

Betr.: Die sicherheits- und verteidigungspolitische Abstimmung zwischen GB und F seit Reykjavik (Oktober 1986⁴)

Auf der Grundlage eines ausführlichen Berichts der Botschaft London⁵ ist folgende im Hause abgestimmte Analyse der sicherheits- und verteidigungspolitischen Abstimmung zwischen GB und F sowie ihres Stellenwertes im Dreieck London–Paris–Bonn gefertigt worden.

A. Hintergrund

1) GB und F vertreten zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf eine sehr ähnliche Haltung, insbesondere zur Drittstaatenproblematik. Über die britischen und französischen Nuklearwaffen kann danach schon deswegen nicht in Verhandlungen gesprochen werden, weil⁶ GB und F nicht beteiligt

¹ Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schneppen und Vortragendem Legationsrat von Lukowitz gefertigt.

² Hat Staatssekretär Sudhoff am 2. Juli 1987 vorgelegen.

³ Hat Bundesminister Genscher am 12. Juli 1987 vorgelegen.

Hat Oberamtsrat Kusnezow am 13. Juli 1987 vorgelegen, der den Rücklauf über das Büro Staatssekretäre an Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen, Ministerialdirigent von Ploetz und Referat 205 verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnach am 13. Juli 1987 vorgelegen.

Hat Richthofen am 16. Juli 1987 erneut vorgelegen, der für Ploetz handschriftlich vermerkte: „Si[ehel] Seite 6 unten. Die Briten fragen bereits in diesem Sinne.“ Vgl. Anm. 18.

Hat Ploetz am 17. Juli 1987 vorgelegen, der Referat 205 bat, Ablichtungen zu fertigen für die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel, die Botschaften in London, Paris und Washington sowie Referat 201.

Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schneppen am 21. Juli 1987 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat von Lukowitz „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Lukowitz am 4. August 1987 erneut vorgelegen.

Hat Schneppen am 18. September 1987 erneut vorgelegen, der bat, eine Ablichtung für Vortragenden Legationsrat Bitterlich, Bundeskanzleramt, zu fertigen.

⁴ Zum Treffen des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Gorbatschow, am 11./12. Oktober 1986 vgl. AAPD 1986, II, Dok. 282 und Dok. 284–286.

⁵ Botschafter Freiherr von Wechmar, London, berichtete am 11. Mai 1987 über die „sicherheitspolitische Abstimmung und verteidigungspolitische Kooperation zwischen GB und F“. Er hielt fest: „Die sich entwickelnde britisch-französische Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen sollte für uns kein Grund zur Beunruhigung sein, da wir zu beiden Staaten bereits enge sicherheitspolitische Beziehungen pflegen und die britische Politik – wie uns im FCO bestätigt wurde – auf die enge Abstimmung im Dreieck London–Paris–Bonn ausgerichtet ist. Die neue Bewegung zwischen Paris und London sei nur die Verstärkung der Seite eines Dreiecks [...]. Wenn wir nicht immer über die letzten Einzelheiten der französisch-britischen Kontakte informiert werden, dann sollte dabei bedacht werden, daß F und GB als Nuklearmächte auch berechnete Sonderinteressen haben. Eine ‚Eifersucht‘ unsererseits gegenüber dem Verhältnis F–GB ist auch deshalb nicht am Platze, weil wir in offiziellen Regierungserklärungen stets zuerst die besondere Bedeutung des deutsch-französischen Verhältnisses herausgestellt haben und erst in letzter Zeit dazu übergegangen sind, daneben auch das gute Verhältnis zu GB zu betonen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 831/832; Referat 205, Bd. 135428.

⁶ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „an denen“.

sind. Bei diesen Waffen handelt es sich nach britischer und französischer Auffassung aber auch in der Sache um strategische bzw. prästrategische Systeme, über die nicht im Zusammenhang mit den INF-Systemen gesprochen werden kann.

Was das eigene nuklearstrategische Potential betrifft, wird GB seine Haltung erst nach sehr wesentlichen und implementierten Reduzierungen des strategischen Arsenal der SU und der USA sowie unter der weiteren Voraussetzung, daß sich die sowjetische Defensivkapazität nicht wesentlich verändert, überprüfen und erwägen, wie es am besten im Lichte einer Verminderung der Bedrohung zur Rüstungskontrolle beitragen kann.

F macht eine Überprüfung seiner Nuklearmacht davon abhängig, daß

- der Abstand der nuklearen Systeme der Supermächte zu denen Fs ein anderer geworden ist,
- das Ungleichgewicht bei konventioneller Rüstung abgebaut und die chemische Bedrohung beseitigt ist und
- keine neuen Defensivsysteme die gegenseitigen Fundamente der Abschreckung destabilisieren.

2) Im Gefolge des sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffens von Reykjavik im Oktober 1986, welches die Vision einer Verständigung der Supermächte über eine Welt mit einem radikal verminderten Atomwaffenarsenal eröffnete, ist die natürliche Interessenparallelität der beiden unabhängigen europäischen Nuklearmächte GB und F verstärkt sichtbar geworden. Sie hat zu einer Intensivierung einer seit 1984 angelaufenen sicherheitspolitischen Abstimmung beider Staaten geführt.

3) Vor Reykjavik waren der britisch-französischen Zusammenarbeit schon allein dadurch Grenzen gezogen, daß GB seine „special relationship“ mit den USA pflegte und die britischen Nuklearstreitkräfte in die NATO integriert waren, während F sich in Distanz zur Allianz hielt und die ausschließlich nationale Verfügungsgewalt über die „Force de dissuasion“ betonte. Diese, eine enge Zusammenarbeit hemmenden Elemente bestehen teilweise fort. Seit Reykjavik sind sie jedoch durch neue Entwicklungen überlagert worden.

a) In GB wurden Sorgen laut, daß für die Zukunft möglicherweise mit einem nachlassenden amerikanischen Engagement in Europa zu rechnen sei und die britische Außenpolitik deshalb von der größeren Bedeutung europäischen Engagements ausgehen müsse. Auch in F werden diese Sorgen geteilt. Man erkennt zudem, daß die eigenen Ressourcen zur dauerhaften Aufrechterhaltung einer unabhängigen, auch außerhalb Europas wirksamen Verteidigung nicht ausreichen könnten. Stärkere europäische Beiträge⁷ werden daher auch in Paris in Betracht gezogen.

b) Der sowjetische Vorschlag der Abschaffung aller Nuklearsysteme in einem Zeitraum von zehn Jahren stellt den Fortbestand der nuklearen Abschreckungssysteme GBs und Fs in Frage. Beide waren sich in der Folgezeit in der Ablehnung dieses Vorschlags einig. Auch gegenüber Präsident Reagans Vorschlag einer

⁷ Die Wörter „Stärkere europäische Beiträge“ wurden von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Europäische Lösungen“.

Abschaffung aller ballistischen Raketen innerhalb rd. zehn Jahren zeigten sich GB und F reserviert. Die Diskreditierung der Nuklearwaffen in der europäischen Öffentlichkeit (seit der SDI-Rede Reagans⁸ auch durch USA)⁹ bereitet beiden Regierungen große Sorgen.

c) Die Initiative für stärkere sicherheitspolitische Abstimmung nach Reykjavik ging von F aus. Sie traf in London nicht nur aus außenpolitischen Gründen auf volle Sympathie. Angesichts des zerbrochenen Konsenses in der britischen Verteidigungspolitik über die Beibehaltung und Modernisierung der britischen Nuklearstreitmacht kam der Regierung die Übereinstimmung mit Frankreich in nuklearstrategischen Fragen sehr gelegen, um vor dem eigenen Wahlpublikum eine breitere internationale Absicherung der Regierungsauffassung zu diesen Fragen zu demonstrieren.

B. Der Inhalt der sicherheits- und verteidigungspolitischen Abstimmung

Die sicherheitspolitische Abstimmung zwischen GB und F fand seit Ende 1986 im Rahmen einer intensiven bilateralen Besuchsdiplomatie (PM Thatcher am 21. November 1986 und Ende März 1987 vor ihrer Moskau-Reise¹⁰ in Paris¹¹; PM Chirac am 26.4.1987 in London, Verteidigungsminister Younger am 9. und 10.3.1987 in Paris) und am Rande der multilateralen Treffen statt. Auch in der WEU war bei den Vorarbeiten der „Special Working Group“ zum Bericht über europäische Sicherheitsinteressen¹², insbesondere beim Nuklearkapitel, eine enge britisch-französische Abstimmung zu beobachten.

a) Mutmaßungen, daß beide Mächte bereits jetzt über eine gemeinsame Einsatzplanung im nuklearstrategischen Bereich sprechen, müssen zur Zeit als verfrüht angesehen werden. Sie könnten erst sehr langfristig als eine Art Sicherung gegen ein mögliches Nachlassen der amerikanischen nuklearen Garantie an Bedeutung gewinnen und hängen sehr stark von der Entwicklung beider Arsenale sowie¹³ der Abrüstungsverhandlungen ab. Gegenwärtig führen die Einbindung der briti-

⁸ Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan vom 23. März 1983 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1983, S. 437–443. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1983, D 267–270 (Auszug). Vgl. dazu auch AAPD 1983, I, Dok. 81.

⁹ Der Passus „(seit ... USA)“ wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt.

¹⁰ Premierministerin Thatcher besuchte die UdSSR vom 28. März bis 1. April 1987. Vgl. dazu Dok. 79, Anm. 5.

¹¹ Premierministerin Thatcher hielt sich am 23. März 1987 in Frankreich auf.

¹² Ministerialdirigent von Ploetz notierte am 23. April 1987 für Bundesminister Genscher: „Im Anschluß an ihre Diskussion zu den Implikationen der in Reykjavik erörterten Abrüstungsvorschläge für die Sicherheit Westeuropas während der informellen WEU-Ministertagung in Luxemburg am 13. und 14. November 1986 gaben die Minister einen Bericht in Auftrag, der diese Fragen im einzelnen analysieren sollte.“ Ploetz legte einen „Zwischenbericht der zu diesem Zweck eingesetzten Sonderarbeitsgruppe der WEU“ vor. Dieser gliederte sich in vier Teile: „Abschreckung, Verteidigung und Sicherheit in Europa; Rolle und Perspektiven nuklearer Waffen für die Sicherheit Westeuropas in der Allianz; Rolle und Perspektiven konventioneller Streitkräfte für die Sicherheit Europas; Aussichten für Rüstungskontrolle und europäische Interessen.“ Weiter notierte Ploetz: „Der französische Vorschlag zur Erarbeitung einer ‚Charta von Prinzipien westeuropäischer Sicherheit‘ hatte insbesondere in der Schlußphase stärkeren Einfluß auf die Beratungen. I, GB und NL bestanden deshalb nachdrücklich darauf, daß das Papier nicht veröffentlicht werden dürfe, als sich ergab, daß es in Teilen tatsächlich eine grundsätzliche Darstellung gemeinsamer sicherheitspolitischer Überzeugungen enthält.“ Vgl. VS-Bd. 11914 (2009); B 150, Aktenkopien 1987.

¹³ Die Wörter „beider Arsenale sowie“ wurden von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt.

schen Nuklearstreitmacht in die NATO und die völlig anders geartete Strategie der Franzosen eher dazu, daß sich Konzepte einer gemeinsamen Einsatzplanung nicht harmonisieren lassen.

b) Einer der Vorschläge des SDP¹⁴-Parteichefs David Owen, britische Trident-U-Boote mit den französischen M5-Raketen auszurüsten, ist von der Regierung als unrealistisch bezeichnet worden, da die Beschaffung aus technologischen und finanziellen Gründen nachteilig wäre und die amerikanischen Raketen früher als die M5 zur Verfügung stehen würden. Sollte es zu einer stärkeren Hinwendung Großbritanniens zu einer deutlicher europäisch orientierten Verteidigungspolitik kommen, könnte jedoch ein Eingehen der britischen Regierung auf andere Vorschläge David Owens (anzustrebende Kooperation in der Zielplanung, Absprachen über die Einsatzgebiete und Modernisierungszyklen der nuklearen Unterseeboote) eine sachliche und finanzielle Logik in sich bergen, auch wenn sie sich derzeit mit den gegenwärtigen britischen Verpflichtungen im Rahmen der NATO nicht harmonisieren lassen.

c) Es besteht Einverständnis, sich über die Probleme der Wartung, Sicherheit und Lagerung von Nuklearwaffen und Probleme der Unfallverhütung auszutauschen.

d) Vorüberlegungen wurden über die Durchführbarkeit französisch-britischer Kooperation (Planung und Produktion) in der Entwicklung ferngelenkter Abstandswaffen (Marschflugkörper) zur Ausrüstung der Royal Air Force in den späten neunziger Jahren angestellt. Eine Ausrüstung der britischen Tornado-Bomber mit nuklearen Marschflugkörpern (französische ASMP¹⁵-Rakete mit britischen Sprengköpfen) ist erwogen worden. Da derartige Überlegungen jedoch nur ungünstig in die gegenwärtige Abrüstungspolitische Landschaft passen, sind beide Regierungen bemüht, eine Zusammenarbeit auf diesem Gebiet herunterzuspielen. Diese Entwicklung muß jedoch langfristig im Auge behalten werden.

e) Bei den Gesprächen der Verteidigungsminister sollen auch Überlegungen zur Intensivierung bestehender Planungen angestellt worden sein, wie französische Streitkräfte an der gemeinsamen konventionellen Verteidigung Europas über den Rahmen der CENTAG¹⁶ hinaus beteiligt werden könnten. Dabei soll die bekannte Planungsidee angesprochen worden sein, das in Nord-Frankreich stationierte 1. Französische Korps unter Vorbehalt der präsidentiellen Zustimmung zur Verstärkung der unter britischem Kommando stehenden Northern Army Group (Rheindahlen) einzusetzen.

C. Das Verhältnis der sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit zwischen GB und F zur Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland, in der WEU und in der NATO

1) Die sich entwickelnde britisch-französische Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen sollte für die Bundesregierung kein Grund zur Beunruhigung sein, da die Bundesrepublik Deutschland zu beiden Staaten sicherheitspolitische Beziehungen pflegt, die ihrerseits wesentlich enger sind als diejenigen zwischen GB und F. Die neue Bewegung zwischen Paris und London ist als Verstärkung der Seite

¹⁴ Social Democratic Party.

¹⁵ Air-Sol Moyenne Portée.

¹⁶ Central Army Group.

eines Dreiecks zu sehen, die bisher wegen der oben aufgezeigten Schwierigkeiten nicht ausgebaut und belebt worden war. Die Bundesregierung sollte diese Entwicklung begrüßen, da sie wegen der festen Einbindung GBs in die integrierte Bündnisstruktur eine zusätzliche Möglichkeit eröffnet, F näher an diese heranzuführen.

2) GB und F legen, das hat ihr bisheriges Vorgehen auch in der WEU deutlich gemacht, großen Wert darauf, daß D und die übrigen nicht-nuklearen europäischen Partner die britisch-französische Position weiter unterstützen und die Einbeziehung von Drittstaatsystemen in amerikanisch-sowjetische Verhandlungen ablehnen. Uns geht es in Zukunft darum sicherzustellen, daß die Interessen der Bundesrepublik Deutschland als des „Meistbetroffenen“ zunehmend berücksichtigt werden, da die Bundesregierung – und dies muß in bilateralen wie multilateralen Gesprächen beiden verdeutlicht werden – die gewünschte politische Unterstützung für diese Systeme nicht dauerhaft lediglich bilateral, sondern nur in einem europäischen Rahmen gewährleisten kann.

Auch wenn die sich entwickelnde enge Abstimmung zwischen GB und F eine Akzentuierung der Sonderstellung beider Staaten als Nuklearmächte mit sich bringt, ist die Entwicklung unter bestimmten Voraussetzungen¹⁷ insgesamt für uns vorteilhaft: Aus ihr können sich Ansatzpunkte ergeben, um die von Einsatzdoktrin und Zielplanung wohl auch künftig nicht voll einzubindenden französischen Nuklearstreitkräfte indirekt besser in einen nuklearen Konsultationsmechanismus einzubeziehen. Dadurch könnte die von der Bundesrepublik Deutschland im Bündnis, vor allem in der NPG, als „Meistbetroffenem“ erwirkte umfassende Mitsprache auch im Verhältnis zu F schrittweise realisiert werden. GB kann dabei eine hilfreiche Rolle spielen. Es ist daher bei unserer intensivierte sicherheitspolitischen Abstimmung mit F unbedingt darauf zu achten, daß die sehr engen sicherheitspolitischen Beziehungen zu GB keine Zurücksetzung erfahren.¹⁸

3) Diese Entwicklung birgt das Risiko einer Akzentuierung des Unterschieds zwischen den nuklear und den nicht-nuklear bewaffneten Europäern. Unser Interesse an enger Abstimmung darf nicht zu dem Eindruck führen, die Bundesregierung strebe ein französisch-britisch-deutsches Direktorium in Fragen der westeuropäischen Sicherheitspolitik an. Er würde, wie die Reaktionen von I und Benelux in den vergangenen Monaten zeigen, rasch zu einem Aufbrechen des Konsenses unter den Westeuropäern führen, weil es für diese Staaten seit Jahren akzeptabel ist, sich von den USA führen zu lassen, eine Führung durch andere Europäer aber mit dem Selbstverständnis dieser Staaten unvereinbar bleibt.

4) Daraus folgt, daß jede Institutionalisierung eines Dreiecks Paris–London–Bonn vermieden werden sollte, was Ad-hoc-Treffen nicht ausschließt. Vielmehr sollte die Bundesregierung die engere Kooperation zwischen F und GB in der Sicherheitspolitik, auch¹⁹ in nuklearen Fragen, als Basis für eine weitere Euro-

¹⁷ Die Wörter „unter bestimmten Voraussetzungen“ wurden von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt.

¹⁸ Dieser Satz wurde von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Vgl. Anm. 3.

¹⁹ Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „insbesondere“.

päisierung insbesondere der französischen Sicherheitspolitik nutzen und in den WEU-Rahmen einmünden lassen²⁰.

D2A²¹ hat mitgezeichnet.

Richthofen

VS-Bd. 13034 (205)

188

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Witte

29. Juni 1987¹

Betr.: Staatsbesuch des Herrn Bundespräsidenten in Griechenland,
23. bis 27. Juni 1987;
Kulturelle Aspekte und Folgerungen

Aus dem Programm des Besuchs, den Gesprächen² und Reden³ des Herrn Bundespräsidenten, den Unterredungen des Herrn Bundesministers⁴ und meinen eigenen Gesprächen (u.a. mit dem „Kulturpersonal“ in Athen und Saloniki sowie mit den Vertretern der politischen Stiftungen) ist festzuhalten:

²⁰ Die Wörter „in den WEU-Rahmen einmünden lassen“ wurden von Staatssekretär Sudhoff hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das ist sicher die reine Lehre, aber ob wir auf Dauer um eine stärkere Profilierung des Dreiecks D–F–GB herumkommen, darf zumindest gefragt werden.“

²¹ Josef Holik.

¹ Durchdruck.

Hat Ministerialdirektor Freiherr von Richthofen am 2. Juli 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Kuhna verfügte.

Hat Kuhna am 7. Juli 1987 vorgelegen.

² Bundespräsident Freiherr von Weizsäcker führte u. a. am 24. Juni 1987 in Athen ein Gespräch mit Ministerpräsident Papandreu. Botschafter von Pachelbel-Gehag, Athen, berichtete am 29. Juni 1987, zentrale Themen seien die Europapolitik, die griechisch-türkischen Beziehungen sowie die Politik und Persönlichkeit des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Gorbatschow, gewesen. Papandreu zufolge sei „Gorbatschow offensichtlich im Begriff, eine friedliche Revolution von enormer Tragweite durchzuführen. Seine jüngsten Versuche, sogar zu marktwirtschaftlichen Prinzipien zurückzukehren, seien für ein von oben bis unten staatlich gelenktes und in Planwirtschaft erstarrtes Wirtschaftssystem wie das sowjetische bemerkenswert. Sicher sei er grundsätzlich ‚a man of peace‘, aber die Erinnerung an 20 Mio. Tote im letzten Krieg mache ihn vorsichtig, solange er die erhofften Abrüstungsfortschritte nicht zu erreichen vermöge. Denn wenn er solche nicht einleuchtend vorweisen könne, werde er Probleme mit seinem Militär bekommen. Und wenn seine innen- und wirtschaftspolitischen Reformen nicht greifen, werde er ebensolche Probleme mit der Bürokratie bekommen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 643; Referat 203, Bd. 150970.

³ Vgl. die Ansprachen des Bundespräsidenten Freiherr von Weizsäcker beim Empfang im Präsidentenpalast in Athen am 23. Juni 1987 sowie beim Besuch der Gedenkstätte Kaessariani am 24. Juni 1987; BULLETIN 1987, S. 573–575.

⁴ Bundesminister Genscher traf zu Gesprächen u. a. mit dem griechischen Außenminister Papoulias zusammen. Im Gespräch am 23. Juni 1987 in Athen beurteilte Papoulias die deutsch-griechischen Beziehungen „als sehr positiv. Auf die Rüstungszusammenarbeit eingehend, meinte AM, Griechenland habe keine Bedenken gegen unsere traditionelle Rüstungshilfe an die Türkei, müsse aber nachdrücklich für die Wahrung des Gleichgewichts zwischen Griechenland und der Türkei eintreten.“

1) Zum Programm des Besuchs

Der starke kulturelle und menschliche Anteil von der Archäologie (Akropolis, Museum Samos, Saloniki) über modernes Theater (Pina Bausch) bis zu den Rückkehrergesprächen des Bundespräsidenten unterstrich das Gewicht der humanen und kulturellen Fragen im bilateralen Verhältnis. Mit der Kulturministerin Mercuri sprachen Präsident und Minister. Besuche der Schulen waren wegen der Ferienzeit nicht sinnvoll; eines der beiden sehr angesehenen Goethe-Institute⁵ wäre eine weitere Bereicherung des Programms gewesen. Daß mit der Aufführung von Pina Bausch ein betont moderner Akzent gesetzt wurde, erwies sich angesichts des Untergewichts der „klassischen“ Bezüge trotz mancher Kritik beim Staatsbesuchspublikum als richtig, erst recht beim triumphalen Erfolg von Pina Bauschs „Sacre du Printemps“ am nächsten Tag im Rahmen der Athener Festspiele. Das Deutsche Archäologische Institut sah sich durch positive Würdigung in den Reden des Staatspräsidenten Sartzetakis, des Premierministers Papandreou und der Kulturministerin Mercuri besonders geehrt.

2) Akzente des Bundespräsidenten und des Bundesministers

Neben den Europafragen, deren kulturelle Aspekte BM Genscher erörterte, und dem griechisch-türkischen Konflikt hob der Bundespräsident in allen Gesprächen, Reden und Pressekonferenzen die Rolle der deutschen Sprache und die Probleme der Deutschland-Rückkehrer als im bilateralen Verhältnis besonders wichtige offene Fragen hervor. In der vom Türkei-Trauma besessenen griechischen Presse erschien beides freilich nur als Randthema, während das deutsche Presseecho diesen Themen gehörigen Raum gab. Die politischen Gesprächspartner hörten jedenfalls zu; Papandreou war etwa das Gewicht der Rückkehrerfrage bis dahin wohl nie nahegebracht worden. Darauf läßt sich nun aufbauen.

3) Deutschland-Rückkehrer⁶

In allen Gesprächen mit Rückkehrern und deutschen Fachleuten (besonders wichtig: Prof. Hopf vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin) standen zwei Problemfelder im Vordergrund:

- a) die soziale Beratung der Rückkehrer,
- b) die schulische Versorgung ihrer Kinder.

Zu a) Die vom Diakonischen Werk der EKD zusammen mit der orthodoxen Kirche in Saloniki und Athen unterhaltenen Beratungsstellen (Schwerpunkt: Rentenversicherung) sind überlastet. Ihre personelle Verstärkung ist dringlich. Der Bundespräsident wird dazu auf meinen Vorschlag an Bundesarbeitsminister Blüm schreiben; AA muß dann tätig werden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 950

Hierauf wolle er besonders hinweisen. Namentlich die Lieferung der Kampfpanzer Leo 1 und der 34 F-104 würde, sofern sie zustande komme, eine empfindliche Störung des Gleichgewichts darstellen.“ Genscher machte deutlich, daß die Überlegungen der Bundesregierung noch nicht abgeschlossen seien. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 203, Bd. 150970.

⁵ Die Bundesrepublik unterhielt Goethe-Institute in Athen und Thessaloniki.

⁶ Referat 203 notierte am 1. Juni 1987: „Etwa 700 000 Rückwanderer, knapp 10% der griechischen Bevölkerung, sind nach langjährigem Aufenthalt bei uns nach Griechenland zurückgekehrt. Über 18 000 Griechen, davon 400 Hochschullehrer, haben bei uns studiert.“ Vgl. Referat 203, Bd. 150970.

Zu b) Die Schulprobleme der Rückkehrerkinder waren Hauptthema meiner Gespräche in Saloniki. Die beiden deutschen Schulen können in ihrer jetzigen Verfassung nicht viel helfen; eine bei Saloniki gegründete „Rückkehrerschule“ betreibt einseitig nur Reintegration. Dringend nötig ist ein – bisher auf beiden Seiten nicht vorhandenes – pädagogisches Konzept, das Reintegration und Pflege des Deutschlandbezugs (Sprache!) miteinander verbindet, etwa durch deutschsprachigen Ergänzungsunterricht an griechischen Schulen und die Gründung besonderer Zweige für Rückkehrerkinder an den deutschen Schulen. Hierzu ist eine politische Entscheidung auf griechischer Seite herbeizuführen. Botschaft Athen und GK Saloniki sollten hierzu in Absprache mit dem Goethe-Institut (PV⁷!) bald Vorschläge machen. Ich habe im deutschen Kreis auf das Beispiel Türkei (80 deutsche Lehrer für Anadolu-Schulen) hingewiesen und entsprechenden Beitrag des AA für Griechenland in Aussicht gestellt. Auch unter dem Gesichtspunkt der politischen Gleichbehandlung ist ein Lehrer-Programm auch für Griechenland wünschenswert.

4) Deutsche Sprache in Griechenland

Griechenland gehört zu den nicht zahlreichen Ländern, in denen ein beträchtlicher Teil der politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Führungsschicht eng mit Deutschland und der deutschen Sprache verbunden ist, traditionell durch Studium. Dazu trägt bei, daß das griechische Rechtssystem ganz überwiegend aus Deutschland übernommen wurde und Deutsche bei der Erforschung des klassischen Griechenlands bis heute führend sind. Daß die deutsche Sprache praktisch keinen Platz im griechischen öffentlichen Schulsystem hat und daher auch die erst in den letzten Jahrzehnten eingeführte Hochschulgermanistik Probleme hat, ist absurd – dies um so mehr, als demnächst jeder zehnte in der Heimat lebende Grieche Rückkehrer aus Deutschland sein wird. Die aner kennenswerte Tätigkeit der privaten Sprachschulen (Fron disterien) ist kein Ersatz für einen angemessenen Stellenwert des Deutschen im Schulsystem. Das läßt sich nur ändern, wenn an den griechischen Lyzeen nicht mehr nur eine, sondern zwei Fremdsprachen gelehrt werden. Als Erstsprache hat Deutsch keine Chance; auch das Französische weicht zunehmend dem Englischen. Also muß erreicht werden, daß

a) zwei Fremdsprachen gelernt werden müssen und

b) das Deutsche dann als Wahlpflichtfach gilt.

Dies ist nur durch politischen Kraftakt zu erreichen angesichts einer verknöcherten Erziehungsbürokratie und der Notwendigkeit, zugunsten der zweiten Fremdsprache mehrere Wochenstunden aus anderen Fächern zu gewinnen. Einen solchen Kraftakt bringen Bundesregierung, Deutschlehrer und interessierte Eltern allein nicht zustande, sondern nur eine einflußreiche griechische Lobby aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Publizistik. Ich habe Botschaft und GI⁸ um Vorschläge dazu gebeten, wie sie geschaffen werden kann. Hilfreich könnte sein, daß auch Frankreich jetzt am Zwei-Sprachen-Standard interessiert sein muß.

⁷ Pädagogische Verbindungsstelle.

⁸ Goethe-Institut.

5) Griechische Sprache, Literatur und Kultur bei uns

Unsere gute kulturpolitische Stellung im Lande, die wesentlich auf dem hohen Ansehen der deutschen Hochschulen und der im Lande tätigen Institutionen (DAI⁹, Schulen, GI) beruht, wird angesichts des starken griechischen Nationalismus auf die Dauer nur haltbar sein, wenn die zugunsten der Griechen bestehende Asymmetrie des Kulturaustauschs so weit wie möglich aufgehoben wird. Die Pflege des Altgriechischen an unseren Schulen und Hochschulen hilft da nicht, eher im Gegenteil. Es geht darum,

a) die Lehre neugriechischer Sprache und Literatur an unseren Hochschulen (bisher drei Lehrstühle gegenüber 25 altgriechischen) auszubauen, und zwar sowohl durch Realisierung des Berliner Institutsprojekts in der alten griechischen Botschaft¹⁰ (private deutsche Sponsoren – z.B. Siemens!) als auch durch Anerkennung der neugriechischen Sprache bei Lehramtsprüfungen (Frau Mathiopoulos/Bonn fragen);

b) die Übersetzung und Publikation neugriechischer Literatur zu fördern durch gemeinsame Tagungen (von GI Athen geplant) und finanzielle Unterstützung entsprechend dem „Drittwelt-Programm“;

c) zu prüfen, ob das AA sich im Einzelfall an den nach internationaler Regel vom Gastland zu tragenden örtlichen Kosten von griechischen Ausstellungen und Gastspielen bei uns beteiligen kann.

6) Politische Stiftungen

Die in Griechenland tätigen drei Stiftungen (FES, KAS, FNS¹¹) leisten nach meinem Eindruck gute und akzeptierte Arbeit. FES und KAS tragen auch dazu bei, daß die Beziehungen zwischen den entsprechenden Parteien in beiden Ländern enger werden. Vor allem die KAS muß allerdings mehr noch als bisher darauf bedacht sein, sich nicht innenpolitisch instrumentalisieren zu lassen, etwa gar für parteiinternen Streit. Die Stiftungen haben erheblichen Anteil an der Stabilisierung der griechischen Demokratie seit 1974¹². Auch deshalb können sie, wie das die FNS schon tut, auf größere Distanz zu den Parteien gehen mit dem Ziel,

a) demokratische gesellschaftliche Strukturen aufbauen zu helfen (Gewerkschaften, Genossenschaften, Wirtschaft, Medien, kommunale Selbstverwaltung etc.), damit mehr demokratischen Konsens, an dem es im Lande durchweg fehlt;

b) den immer noch langen Weg Griechenlands nach Europa fördernd zu begleiten.

Ein „Strategiegespräch“ mit den Zentralen und dem BMZ empfiehlt sich. Zu klären ist dabei auch, wann die Förderzuständigkeit für Griechenland vom BMZ

⁹ Deutsches Archäologisches Institut.

¹⁰ In einem Gesprächsvorschlag des Referats 203 vom 1. Juni 1987 wurde festgehalten: „Falls griechische Seite Aufbau des ehemaligen Botschaftsgebäudes in Berlin und seine Nutzung als griechisches Kulturzentrum und die Errichtung eines Lehrstuhls für Neu-Griechisch anspricht (so Vorschlag von Kulturministerin Mercouri im Januar 1987)“, könnte geantwortet werden: „Wiederaufbau würde von Stadt Berlin begrüßt. Griechische Seite müßte allerdings angemessenen Kostenanteil tragen. Von Frau Mercouri gemachter Vorschlag wird zur Zeit geprüft.“ Vgl. Referat 203, Bd. 150970.

¹¹ Friedrich-Ebert-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung.

¹² In der Nacht vom 20. zum 21. April 1967 kam es in Griechenland zu einem Putsch der Armee. Die Phase der Militärregierungen endete mit dem Rücktritt der Regierung von Ministerpräsident Androustopoulos am 23. Juli 1974 und der Bildung einer neuen Regierung der nationalen Einheit unter dem aus dem Exil zurückgekehrten ehemaligen Ministerpräsidenten Karamanlis am folgenden Tag.

auf das AA übergeht, wie das dem Status eines EG-Mitglieds entspricht (so auch für Spanien und Portugal!).

7) Statusfragen¹³

Der durch jahrzehntelange „Grauzonentaktik“ unklar gebliebene Status unserer Institutionen und des entsandten Personals war erwartungsgemäß Schwerpunktthema der Gespräche mit dem „Kulturpersonal“. Die Entscheidung, in den derzeit vor allem umstrittenen Fragen (Zoll für importierte Autos, Mehrwertsteuer auf Umzugsgut) aus Bundesmitteln im Einzelfall zunächst in Vorlage zu treten, hat die akute Lage merklich entspannt und wurde dankbar entgegengenommen. Doch löst sie das Grundproblem nicht: den Abschluß einer befriedigenden Regierungsvereinbarung über die Statusfragen, die seit Jahren ergebnislos verhandelt wird. Auch wenn die Mehrwertsteuerfrage, wie versprochen, durch griechischen Regierungserlaß gelöst wird, bleibt diese Vereinbarung dringlich, schon um zu verhindern, daß sich der griechische Fiskus ständig auf Kosten des deutschen Steuerzahlers bereichert.

Wir sollten so rasch wie möglich die Verhandlungen wieder aufnehmen und zuvor beschleunigt klären, welche griechischen Regelungen gegen EG-Recht verstoßen. Unter dem Druck einer Ankündigung, EG-Kommission oder Europäischen Gerichtshof gegen die griechische Regierung anzurufen, wird es leichter sein, Zugeständnisse zu erhalten. In die Verhandlungen sollten auch die Lehrgenehmigungen für die Deutschlektoren des DAAD (Saloniki) einbezogen werden, obgleich es mir nicht einleuchtet, daß wir den „Bestand“ der Lektoren eisern verteidigen, obwohl es inzwischen ausgebildete griechische Germanisten gibt, und mir die völlig regelwidrige Vollbezahlung der Athener Lektoren überhaupt nicht verständlich ist. Zu diesen beiden Punkten bitte ich um kritische Nachprüfung.

Hilfreich wäre es, wenn es gelänge, als „Gegenleistung“ die Wiedereröffnung der griechischen Privatschule in Frankfurt/Main zu erreichen; ich bitte dazu um Briefentwurf an Kultusminister Wagner mit Kopie für Wissenschaftsminister Gerhardt. Hinweis: Die neue hessische Regierung¹⁴ ist privatschulfreundlicher als die frühere!¹⁵

¹³ Botschaftsrat I. Klasse Ackermann, Athen, informierte am 21. Mai 1987: „Vertraglicher Rahmen der bilateralen Kulturbeziehungen ist das d[eu]t[sch]-grie[chische] Kulturabkommen vom 17.5.1956, das die Wiedereröffnung der beiden deutschen Schulen in Athen und Saloniki sowie die Eröffnung der Zweigstellen des Goethe-Instituts in Athen (mit Nebenstellen in Patras und Chania/Kreta) und Saloniki ermöglichte. Die letzte Sitzung der darin vorgesehenen ständigen gemischten Kommission hat Anfang Dezember 1986 in Athen stattgefunden und verlief insgesamt positiv. Im Bereich des Status des Kulturpersonals treten allerdings nach wie vor Probleme auf. Dieser Status ist vertraglich nicht ausreichend abgesichert und bietet nur ungenügenden Schutz gegen die seit Regierungsantritt der PASOK 1981 verstärkt auftretende Tendenz staatlicher Stellen, die in GRI tätigen ausländischen kulturellen Institutionen einer engen, teilweise bürokratischen und unflexiblen Kontrolle zu unterwerfen. Dies hat zur Folge, daß bei zahlreichen, oft trivialen Anlässen interveniert werden muß, um einen jahrelang gewährten Status zumindest zu bewahren. Im Falle einer 1985 erlassenen Verordnung über die Befreiung ausländischen Kulturpersonals von der Kfz-Einfuhrsteuer ist dies nicht gelungen. Diese Verordnung macht eine rational nicht nachvollziehbare Ausnahme für solche Personen, die mit einem grie. Ehepartner verheiratet sind“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 449; Referat 203, Bd. 150970.

¹⁴ Nach den vorgezogenen Wahlen zum hessischen Landtag am 5. April 1987 wurde eine Koalition aus CDU und FDP unter Ministerpräsident Wallmann (CDU) gebildet. Zuvor hatten SPD und Grüne unter Ministerpräsident Börner (SPD) regiert.

¹⁵ Vortragende Legationsrätin Peters vermerkte am 16. Juli 1987: „Referat 612 rät davon ab, dem hessischen Kultusminister wegen der Frankfurter Ergänzungsschule zu schreiben, weil negative

8) Europäische Kulturpolitik

a) Kulturministerin Mercouri hat in ihren Gesprächen mit Präsident, Minister und mir den Vorschlag wiederholt, die „Europäische Stadt der Kultur“ für Teilnehmer aus den Staaten des Warschauer Pakts zu öffnen. Wir haben zugestimmt. Ich bitte zu klären, was AA tun kann, um die schon laufenden entsprechenden Bemühungen des Berliner Senats für 1988 zu unterstützen und das gleiche für 1989 in Paris anhängig zu machen.¹⁶

b) Nicht zugestimmt hat BM dagegen dem Vorschlag von Frau Mercouri, ein großes Ost-West-Kulturtreffen mit Reagan und Gorbatschow zu halten, wohl in Athen.¹⁷ Wir haben statt dessen auf den im KSZE-Folgetreffen von uns unterstützten polnischen Vorschlag einer Kulturtagung in Krakau¹⁸ hingewiesen.

c) Frau Mercouri war lebhaft an einer Deutschland-Einladung interessiert. Ich habe angeregt, ein „Vortreffen“ der bisherigen Veranstalter der Kulturhauptstadt (Athen, Florenz, Amsterdam) mit dem Berliner Senat im Herbst dieses Jahres zu veranstalten. Bitte dazu Briefentwurf an Senator Hassemer nach Klärung der Kostenfrage.

Fortsetzung Fußnote von Seite 954

Antwort aus folgenden Gründen vorprogrammiert ist: 1) Es handelt sich nicht um Privatschul-Freundlichkeit oder -Unfreundlichkeit der jeweiligen hessischen Landesregierung, sondern um ein Urteil des Obersten Verwaltungsgerichtshofs in Kassel von 1985: Bis in die letzte Instanz sind Klagen griech[ischer] Eltern auf Erfüllung der deutschen Schulpflicht in der griech. Ergänzungsschule anstelle staatlicher deutscher Schulen abgewiesen worden. Es besteht rechtlich keine Möglichkeit, generell griech. Kinder in diese griech. Ergänzungsschule aufzunehmen. 2) Es trifft nicht zu, daß die Schule aufgelöst wurde. GRI stellt es jedoch gerne so dar. [...] 3) Mit Schreiben vom 13.1.1983 hat BM Genscher den hessischen Kultusminister in dessen Haltung (Integration der ausländischen Schüler in das deutsche Schulsystem) bestärkt [...]. 4) Wir stünden nicht gut da, wenn Hessen uns diesen Brief vorhalten und sich darüber verwundert zeigen würde, daß wir uns nach und trotz inzwischen ergangenem höchstverwaltungsrichterlichen Spruch in entgegengesetzter Richtung engagieren.“ Vgl. B 93 (Referat 612), Bd. 1365.

¹⁶ Ministerialdirektor Witte informierte am 31. Juli 1987: „Die Festspiele ‚Europäische Stadt der Kultur‘ werden laut Beschluß der im Rat vereinigten, für Kulturfragen zuständigen Minister der EG-Mitgliedstaaten jährlich in einer Stadt eines der EG-Länder veranstaltet, um den Teilnehmern die kulturelle Einheit Europas näherzubringen. Die Reihe eröffnete 1985 Athen, es folgte 1986 Florenz; 1987 ist Amsterdam, 1988 Berlin, 1989 Paris und 1990 Glasgow Gastgeber. Es entspricht dem Leitgedanken der Veranstaltung, den Kreis der teilnehmenden Länder möglichst weit zu fassen, also weiter als die Zwölf, weiter aber auch als die 24 Länder der Kulturkonvention des Europarats. Dies wurde auch bisher so praktiziert; nur Teilnehmer aus Ländern des WP waren bisher noch nicht zu verzeichnen [...]. Berlin beabsichtigt, für 1988 durch direkte Kontakte zu Museen, Bühnen, Orchestern etc. auch in WP-Ländern Interesse an einer Beteiligung zu wecken. Das Auswärtige Amt hat dem Senat finanzielle Hilfe zugesagt; nach außen ist wegen der Berlin-Problematik bei der Unterstützung dieser Werbung allerdings besondere Vorsicht geboten. Wenn dies ohne negative Rückwirkung möglich ist, sollten wir die Berliner Bemühungen im Gastland unterstützen.“ Vgl. den Runderlaß; Referat 210, Bd. 145229.

¹⁷ Bundesminister Genscher traf am 24. Juni 1987 in Athen mit der griechischen Kulturministerin Mercouri zusammen. Botschaftsrat I. Klasse Ackermann, Athen, berichtete am 25. Juni 1987, Mercouri habe um Unterstützung für ihren Plan gebeten, ein „Gipfeltreffen Reagan/Gorbatschow über kulturelle Fragen in Europa“ zu organisieren: „In der jetzigen Zeit, in der das Interesse an kulturellen Fragen stärker als in der Vergangenheit sei, könnte ein solches Treffen große Signalwirkung entfalten. Wenn BM persönlich sich hierfür einsetze, sehe sie die Möglichkeit, ihre Idee evtl. als gemeinsame deutsch-griech[ische] Initiative in die Tat umzusetzen. BM wandte ein, daß die kulturelle Identität Europas nicht von einem sowjetisch-amerik[anischen] Treffen abhängen sollte. Es frage sich, ob man nicht zunächst auf dem Weg weiterschreiten solle, das Festival ‚Kulturelle Hauptstadt Europas‘ allen europ[äischen] Staaten und evtl. später auch anderen Ländern zu öffnen. Dabei könne man vielleicht einen amerikanisch-sowjetischen Aspekt einschließen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 639; Referat 203, Bd. 150970.

¹⁸ Zum polnischen Vorschlag vom 17. Dezember 1986 für ein Symposium über das kulturelle Erbe der KSZE-Teilnehmerstaaten vgl. Dok. 106, Anm. 18.

9) Botschaft Athen und Generalkonsulat Saloniki sind im Kulturbereich überaus lebhaft und mit gutem Erfolg tätig. Zwischen ihnen und unseren kulturellen Institutionen sowie dem übrigen „Kulturpersonal“ herrscht harmonische Zusammenarbeit. Wieder einmal zeigte es sich, daß die streitige Diskussion um bestimmte Grundsätze der Auswärtigen Kulturpolitik an der „Basis“ nicht stattfindet, weil sie nicht stattzufinden braucht. Dieser Eindruck gehört zu den positivsten Aspekten des Besuchs in Griechenland.

10) Weiteres Verfahren

Ich bitte Referat 610, für die rasche Ausführung der in dieser Aufzeichnung enthaltenen Hinweise und Weisungen durch die jeweils zuständige Arbeitseinheit Sorge zu tragen, zunächst durch Verteilung an alle in Frage kommenden Referate der Abteilung 6.

gez. Witte

Referat 203, Bd. 150970

189

Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand in Brüssel

30. Juni 1987¹

Bei dem Gespräch² waren anwesend auf französischer Seite: M. Attali, Mme. Guigou, Mme. Stoffaës als Dolmetscherin; auf deutscher Seite: MD Teltschik, MDg Dr. Neuer, Frau Siebourg als Dolmetscherin.

Der *Bundeskanzler* stellte einleitend fest, bei den Gesprächen in der Nacht vom 29. auf den 30. Juni 1987 seien die Landwirtschaftsminister³ weitergekommen.

Präsident *Mitterrand* stimmte zu. Minister Guillaume habe ihm berichtet, daß bezüglich des Grenzausgleichs Fortschritte gemacht worden seien. Dies gelte auch für die Preise und die übrigen offenen Fragen.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, die Minister müßten heute früh noch weiterarbeiten. Es sei sein Eindruck, daß die im nächsten Jahr in Frankreich bevorstehen-

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Neuer, Bundeskanzleramt, am 3. Juli 1987 gefertigt.

Hat Bundeskanzler Kohl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Teltschik erl[edigen].“

Hat Ministerialdirektor Teltschik, Bundeskanzleramt, vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] GL21 z[ur] K[enntnisnahme], dann z[u] d[en] A[kten].“

Hat Ministerialdirigent Stabreit, Bundeskanzleramt, am 6. Juli 1987 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Bitterlich, Bundeskanzleramt, „z[ur] w[eiteren] V[eranlassung]“ verfügte und um Wiedervorlage für 1. September 1987 bat.

Hat Bitterlich am 6. Juli 1987 vorgelegen.

² Bundeskanzler Kohl hielt sich anlässlich der Tagung des Europäischen Rats am 29./30. Juni 1987 in Brüssel auf. Zur Tagung des Europäischen Rats vgl. Dok. 193.

³ François Guillaume (Frankreich) und Ignaz Kiechle (Bundesrepublik).

den Ereignisse die Verhandlungen schwieriger gestalteten. Er selbst habe in der Koalition die Landwirtschaftsfragen besprochen und festgestellt, daß man diese Frage jetzt lösen müsse. Man müsse möglichst viel gemeinsam mit Frankreich zusammen machen. Dies sei der einzig vernünftige Weg in die Zukunft.⁴ Das Problem sei für uns, daß wir eine wichtige Landtagswahl vor uns hätten.⁴ Im Augenblick gebe es im Bundesrat eine Mehrheit der von der CDU und der FDP geführten Länder. Für die Europapolitik sei dies entscheidend. Deshalb sei das Wahlergebnis in Schleswig-Holstein besonders wichtig. Jetzt sei es ganz entscheidend, Fortschritte auf dem Weg zum gemeinsamen Binnenmarkt zu machen.

Der *Präsident* machte Ausführungen zu den Schwierigkeiten, die in den landwirtschaftlichen Fragen zwischen Deutschland und Frankreich bestehen. Er glaube nicht, daß die bevorstehende Präsidentschaftswahl in Frankreich⁵ großes Gewicht hierfür habe. Allerdings wolle er nicht abstreiten, daß dem doch eine gewisse Bedeutung zukomme. Welche jedoch nach den Präsidentschaftswahlen die französische Regierung sein werde, könne keine weniger hart sein in der Frage der Währungsausgleichsbeträge, wie sie in Fontainebleau⁶ beschlossen worden seien, und der Festlegung der Agrarpreise⁷. Für beide Probleme müsse heute eine Lösung gefunden werden. Dies sei für das Verhältnis Deutschland/Frankreich von größter Bedeutung. Es bleibe dann noch das Problem der pflanzlichen Öle und Fette.⁸ Dies werde sicherlich nicht gelöst werden. Es sei dies aber kein deutsch-französisches Problem. Das Scheitern des Gipfels, das sich abzeichne, dürfe nicht aufgrund eines deutsch-französischen Gegensatzes in den Landwirtschaftsfragen erfolgen. Dies um so weniger, als heute ohnehin kein Ergebnis erzielt werden könne. Möglicherweise werde deshalb auch die erzielte deutsch-französische Übereinstimmung über die Preise und den Währungsausgleich nicht zum Tragen kommen. Wichtig sei es jedoch, daß Deutschland und Frankreich nicht die Verantwortung für das Scheitern trügen. Wäre dies der Fall, könnte dies starke negative Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich haben. Leider treffe es zu, daß zur Zeit die am wenigsten europäisch gesonnene Regierung seit 25 Jahren in Frankreich an der Macht sei. Es sollte ihr nicht zuviel Gelegenheit gegeben werden, diese Rolle zu spielen. Besser sei es auf jeden Fall, wenn der Gipfel an der Frage der Fettsteuer scheitere. Dies sei kein deutsch-französisches Problem. Vielleicht werde er auch an den Forderungen von PM Thatcher scheitern. Sie habe nicht viel versöhnlichen Geist gezeigt. Er sei jedenfalls nicht bereit hinzunehmen, daß das Scheitern auf einem deutsch-französischen Gegensatz beruhe. Er wolle den Rat geben, ein vorläufiges Arrangement bezüglich der Währungsausgleichsbeträge und der Preise zu treffen. Vorläufig deswegen, weil eine Gesamtüber-einkunft heute wohl nicht zu erzielen sei, was er bedauere. Die Frage der pflanzlichen Öle und Fette könne man, ohne daß dies Auswirkungen auf das deutsch-

⁴ Zu den Wahlen zum schleswig-holsteinischen Landtag am 13. September 1987 vgl. Dok. 246, Anm. 3.

⁵ Die Präsidentschaftswahlen in Frankreich fanden am 24. April und 8. Mai 1988 statt.

⁶ Zur Tagung des Europäischen Rats am 25./26. Juni 1984 vgl. AAPD 1984, II, Dok. 181.

⁷ Zu den Preisvorschlägen der EG-Kommission für Agrarprodukte sowie zu ihren Vorschlägen im agrimonetären Bereich vgl. Dok. 69, Anm. 13.

⁸ Zu den Vorschlägen der EG-Kommission für eine Fettsteuer vgl. Dok. 164, Anm. 21.

französische Verhältnis haben werde, angehen. Der Standpunkt Großbritanniens und Dänemarks sei sehr viel härter. Es sei nicht notwendig, daß Deutschland hier in den Vordergrund trete. Er wolle noch über etwas anderes sprechen als über wirtschaftliche Probleme. Die Zeit für das Delors-Paket⁹ sei noch nicht reif.

Der *Bundeskanzler* bemerkte hierzu, er sehe die Lage ähnlich. Man könne aber evtl. doch weiter in Richtung der Vorstellungen von Delors gehen. Er wolle hier als Beispiel den Zeitplan nennen. Ab 1.1.1989 sei gestern ein neues System der Finanzierung vorgeschlagen worden.¹⁰ Jetzt habe Dänemark den Vorsitz.¹¹ Dort fänden Anfang Oktober Wahlen statt.¹² Im Parlament gebe es keine proeuropäische Mehrheit. Schlüter habe nicht viel Bewegungsspielraum. Man könne den Delors-Vorschlag jetzt diskutieren und in einem Jahr verabschieden. Dann könnte zum 1.1.1989 das neue Finanzierungssystem angewendet werden. Dabei müsse man die Frage des Strukturfonds positiv im Auge behalten. Sonst werde der Binnenmarkt 1992¹³ nicht hergestellt sein. Es sei falsch, jetzt schon eine Verdoppelung festzulegen. Man müsse die Erhöhung vielmehr stufenweise festlegen.

Präsident *Mitterrand* erklärte, die Regierung Chirac werde sich heute ablehnend verhalten, wenn sie in den landwirtschaftlichen Fragen keinen Erfolg habe. Sie habe Interesse daran, als Verteidiger der französischen Landwirtschaft zu erscheinen. Er glaube nicht, daß über alle Fragen Einigkeit erzielt werden könne. Deshalb sehe er auch Schwierigkeiten in anderen Bereichen, wie z. B. beim Finanzierungssystem. Diese Frage dürfe im übrigen nicht den Finanzministern überlassen werden. Sie müsse politisch behandelt werden. Er sei der Meinung, daß in jedem Fall im nächsten Jahr die führenden französischen Politiker europäischer sein würden als jetzt. Die Pro-Europa-Mehrheit werde größer sein. Delors sollte beauftragt werden, auf der Grundlage dessen, was er bereits vorgeschlagen habe, nochmals die Dinge aufzubereiten. Man müsse Zeit gewinnen.

Der *Bundeskanzler* stimmte dem zu.

Präsident *Mitterrand* fuhr fort, sein Ziel für heute sei, daß eine ganz beachtliche Anstrengung unternommen werde, um die deutsch-französische Konfrontation im Landwirtschaftsbereich verschwinden zu lassen oder zumindest zu verringern.

⁹ Zu den Vorschlägen der EG-Kommission vom 15. Februar 1987 („Delors-Paket“) vgl. Dok. 51 und Dok. 69.

¹⁰ In einer Aufzeichnung des Bundesministeriums der Finanzen vom 13. Juli 1987 wurde ausgeführt: „Der ER vom 29./30. Juni hat in seine Schlußfolgerungen folgenden Passus aufgenommen: ‚Das Finanzierungssystem müßte, wie von der Kommission vorgeschlagen, die Proportionalität der Beiträge entsprechend dem relativen Wohlstand der Mitgliedstaaten besser berücksichtigen.‘“ Die „Einführung des BSP/BIP-Elements in das Finanzierungssystem der Gemeinschaft“ sei aber von folgenden Voraussetzungen abhängig: „Berechnung des BSP/BIP muß in allen Mitgliedstaaten qualitativ wie quantitativ alle relevanten wirtschaftlichen Vorgänge auf vergleichbare Art und Weise wiedergeben. Nachträgliche Korrekturen müssen in jedem Fall bis zu einem Zeitpunkt möglich sein, zu dem verläßliche Daten über die BSP/BIP-Berechnung in allen Mitgliedstaaten vorliegen. Das Abführungssystem muß nach einheitlichen, verbindlichen Maßstäben nachprüfbar und praktikabel sein, wobei Manipulationsmöglichkeiten weitgehend ausgeschlossen sein sollten.“ Vgl. Referat 412, Bd. 168703.

¹¹ Dänemark hatte die EG-Ratspräsidentschaft vom 1. Juli bis 31. Dezember 1987 inne.

¹² In Dänemark fanden am 8. September 1987 vorgezogene Parlamentswahlen statt.

¹³ Vgl. Artikel 13 der Einheitlichen Europäischen Akte vom 17. bzw. 28. Februar 1986; BUNDESGESETZBLATT 1986, Teil II, S. 1107.

Wenn ein Scheitern wegen der Fettsteuer erfolge, sei dies ein allgemeines Scheitern, das nicht durch einen Gegensatz Deutschland/Frankreich verursacht sei. Der Präsident stellte die Frage, ob der Bundeskanzler noch etwas ansprechen wolle.

Der Bundeskanzler führte aus, man müsse bald über die militärische Zusammenarbeit sprechen. In der Bundesrepublik Deutschland habe dieser Punkt ein großes Echo gefunden.¹⁴ Er glaube, es sei ein guter Weg. Der Bundeskanzler schlug vor, daß MD Teltschik zusammen mit Herrn Attali ein Modell erarbeite.¹⁵ Er glaube, das Datum März/April 1988 sei hier auch hilfreich. Er halte die positive Reaktion in Frankreich für sehr interessant.

Der *Präsident* stimmte dem zu, bemerkte jedoch, in der Partei von Chirac sei die Reaktion auch negativ gewesen, und nannte als Beispiel Debré und Messmer. Chirac werde hier kein Risiko eingehen. Er selbst könne dies, da er die Kompetenzen habe. Man müsse diese Frage ernsthaft prüfen.

Der *Bundeskanzler* schlug vor, mit den Vorbereitungen jetzt anzufangen. Der *Präsident* fuhr fort, Chirac habe sich in der letzten Erklärung sehr zurückgehalten.¹⁶ Er habe zwar nicht gesagt, daß er dagegen sei, jedoch bemerkt, die Frage sei schwierig. Jedenfalls sei er nicht enthusiastisch. Ab Mai 1988 werde sich die französische Politik unabhängig vom Ausgang der Wahl ändern. Sie werde in jedem Fall europäischer sein. Die Linke sei europäisch, mehr als die Hälfte der jetzigen Mehrheit auch. Am 24. September 1987 werde man sich bei dem Manöver wiedertreffen.¹⁷ Vielleicht werde es Gelegenheit geben, dort eine Erklärung abzugeben. Dies müsse jedoch noch überlegt werden.

Der *Bundeskanzler* bezeichnete diese Überlegung als guten Gedanken.

Der *Präsident* betonte abschließend, daß er mit der französischen Regierung der gleichen Auffassung sei bezüglich der Getreidepreise und der Währungsausgleichsbeträge. Das gute bestehende Klima und die Übereinkunft entlaste das Verhältnis Deutschland/Frankreich.¹⁸

Das Gespräch endete nach ca. 45 Minuten.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72

¹⁴ Zum Vorschlag des Bundeskanzlers Kohl für eine deutsch-französische Brigade vgl. Dok. 211.

¹⁵ Vgl. die deutsch-französischen sicherheitspolitischen Konsultationen am 24. Juli 1987; Dok. 223.

¹⁶ Ministerpräsident Chirac äußerte sich u. a. in einem Interview mit der Tageszeitung „Die Welt“ zum Vorschlag des Bundeskanzlers Kohl für eine deutsch-französische Brigade: „Depuis 1954, les choses ont bien changé. Nous pensons que le renforcement de la coopération entre la France et l'Allemagne dans le domaine de la sécurité jouera un rôle décisif dans l'émergence d'une véritable défense européenne. C'est pourquoi nous avons accueilli avec intérêt et sympathie l'initiative du chancelier Kohl concernant une éventuelle brigade franco-allemande.“ Vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1987 (Mai/Juni), S. 184.

¹⁷ Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand trafen sich am 24. September 1987 in Ingolstadt am Rande der deutsch-französischen Heeresübung „Kecker Spatz“, die vom 17. bis 24. September 1987 in den Ländern Bayern und Baden-Württemberg stattfand. Zur Übung vgl. Dok. 276.

¹⁸ Zur „Verabschiedung des Agrarpreispaketes 1987/88 im Agrarrat am 1. Juli 1987“ vermerkte Ministerialdirektor Jelonek am 2. Juli 1987: „Daß das Agrarpreispaket 1987/88 trotz unserer völligen Isolierung beim Währungsausgleich und bei den Agrarpreisen während der fünfmonatigen Verhandlungen unmittelbar nach dem ER ‚über Nacht‘ am 1.7.87 beschlossen werden konnte, ist hauptsächlich auf die am Rande des ER auf höchster Ebene (BK/BM) mit F erreichte deutsch-französische Verständigung zum Währungsausgleich zurückzuführen. Daß diese D-F-Einigung sowohl im ER als auch im Agrarrat widerspruchsfrei von den anderen MS und der KOM übernommen wurde und weitere Abmilderungen der Preissenkungen bei Getreide und Raps erreicht wurden, wurde dank unserer vom

190

Gespräch des Bundesministers Schäuble, Bundeskanzleramt, mit dem österreichischen Sonderbotschafter Molden

30. Juni 1987¹

Teilnehmer auf deutscher Seite: BM Dr. Schäuble, VLR I Dr. Hartmann als Notetaker; Teilnehmer auf österreichischer Seite: Sonderbotschafter Prof. Fritz Molden, Botschafter Bauer.

Botschafter *Bauer* dankt BM Schäuble dafür, daß er Prof. Fritz Molden zu einem Gespräch empfängt, und weist darauf hin, daß dieser im Auftrag des österreichischen Außenministers Mock spreche.

Prof. *Molden* erklärt, er habe den Auftrag, den befreundeten Regierungen die Position der österreichischen Regierung im „Fall Waldheim“ zu verdeutlichen.² Er sei sich darüber im klaren, daß eine derartige Aufklärung in der Bundesrepublik Deutschland am wenigsten notwendig sei. Im übrigen spreche er nicht nur mit Vertretern der Regierung, sondern auch mit Parlamentariern und Journalisten.

Die Vorwürfe gegen Bundespräsident Waldheim ließen sich in vier Kategorien zusammenfassen:

- Waldheim habe NS-Organisationen angehört, sei mithin „Nazi“ gewesen;
- er habe insbesondere in seiner Dissertation³ NS-Gedankengut verbreitet;

Fortsetzung Fußnote von Seite 959

BM vorher in der Bundesregierung durchgesetzten Offensivstrategie möglich. Durch unsere bereits im Außenminister-Konklave vor dem ER signalisierte Bereitschaft, mehr zugunsten der ärmeren MS zu tun, kamen wir noch rechtzeitig aus der Isolierung und wurden von diesen MS beim Währungsausgleich und den Agrarpreisen unterstützt. [...] Mit der Verfahrenslösung zur Fettabgabe können wir (und die ebenfalls ablehnenden MS GB + NL), aber auch F und die KOM leben; die USA und andere Handelspartner der EG können befriedigt sein, daß die Fettabgabe nicht beschlossen wurde.“ Vgl. Referat 416, Bd. 141876.

Zur Regelung des Währungsausgleichs vermerkte Jelonek: „Der positive Währungsausgleich wird in einer Weise bis zum Wirtschaftsjahr 1989/90 abgebaut, daß eine dauerhafte Senkung der deutschen Preise insoweit verhindert wird. Die Fortführung des Einkommensausgleichs im bisherigen Umfang über den 31. Dezember 1988 hinaus ist politisch abgesichert. Das neue Währungsausgleichssystem verhindert weiterhin das Entstehen eines positiven Währungsausgleichs.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 1. Juli 1987; Referat 412, Bd. 168703.

Zu den Beschlüssen bei der EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 30. Juni und 1. Juli 1987 in Brüssel vgl. BULLETIN DER EG 6/1987, S. 17–19 und S. 61–68.

¹ Ablichtung.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hartmann, Bundeskanzleramt, am 30. Juni 1987 gefertigt und am folgenden Tag über Ministerialdirektor Teltschik an Bundesminister Schäuble, beide Bundeskanzleramt, geleitet. Dazu vermerkte er, daß er vorschlage, „den von Ihnen gebilligten Vermerk auch dem Herrn Bundeskanzler zur Kenntnis zu bringen“.

Hat Teltschik vorgelegen.

Hat Schäuble vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte Vorlage zu[r] Unterrichtung.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72; B 150, Aktenkopien 1987.

² Zur Debatte um Bundespräsident Waldheim vgl. Dok. 120.

³ Vgl. Kurt WALDHEIM, Die Reichsidee bei Konstantin Frantz, Wien 1944.

- er sei an Kriegsverbrechen in Griechenland und Jugoslawien beteiligt gewesen;
- er habe bei der öffentlichen Darlegung seiner Vergangenheit gelogen.

Zu den Vorwürfen sei im einzelnen folgendes zu sagen:

a) Waldheim sei mit Sicherheit nicht „Nazi“ gewesen. Er habe weder der SA noch dem NS-Studentenbund angehört. Vielmehr sei er Mitglied eines Reitclubs gewesen, der der österreichischen Konsularakademie angegliedert war. Dieser Reitclub sei nach dem Anschluß aufgrund einer entsprechenden Verordnung als Ganzes der Reiter-SA angegliedert worden. Dies sei allerdings zu einem Zeitpunkt geschehen, da Waldheim bereits zur Wehrmacht eingezogen wurde. Es sei Waldheim allerdings vorzuwerfen, daß er diese Zusammenhänge zunächst verheimlicht habe.

b) Der bekannte Wiener Völkerrechtler Verdross habe Waldheim ein Dissertationsthema empfohlen, das ihm angesichts der besonderen Umstände der damaligen Zeit über die Hürden helfen, aber gleichzeitig eine gewisse historische Distanz aufweisen sollte. Waldheim habe sich daraufhin für eine Dissertation über den österreichischen Historiker Frantz entschieden, der Mitte des 19. Jahrhunderts gelebt und für eine Wiederbelebung der Idee des Römischen Reiches Deutscher Nation eingetreten sei. Frantz sei allerdings Antisemit gewesen, aber es sei festzuhalten, daß Waldheim in seiner Dissertation auf keine der zahlreichen antisemitischen Auslassungen in den Werken von Frantz Bezug genommen habe.

c) Der Vorwurf, Waldheim sei „Kriegsverbrecher“, wiege am schwersten. Die Anklagen gegen ihn bezögen sich auf Berichte von Wehrmachtseinheiten, die Waldheim habe abschreiben lassen und mit der Bemerkung „für die Richtigkeit“ abgezeichnet habe. Dies sei von einigen Kritikern irrtümlich als Unterzeichnung eines Befehles aufgefaßt worden. Dieser Irrtum habe jedoch aufgeklärt werden können.

Sodann habe es noch folgenden Vorfall gegeben. Während des Aufenthalts von Waldheim in Jugoslawien sei dort eine Gruppe von sieben britischen Offizieren in Ziviluniform an Land gegangen, die angeblich in ein Sonderlager gesteckt und dort hingerichtet worden seien. Dies habe sich nachweislich als falsch herausgestellt – die Briten seien wie normale Kriegsgefangene behandelt worden –, abgesehen davon, daß Waldheim damit nichts zu tun hatte.

Ein weiterer Anklagepunkt beziehe sich auf den Aufenthalt Waldheims in Griechenland. Ihm werde vorgeworfen, daß er vom Abtransport griechischer Juden gewußt, ja teilweise durch Bereitstellung von Transportmaterial damit zu tun gehabt habe. Waldheim habe den Fehler gemacht, in der Öffentlichkeit zu behaupten, er habe erst nach dem Krieg von solchen Judentransporten gehört. Er selber habe sich dabei auf den Abtransport von Juden aus dem Raum Saloniki bezogen, ihm sei dies aber dahingehend ausgelegt worden, daß er von den Abtransporten der Juden in ganz Europa nichts gewußt habe. Dies habe ihm natürlich niemand abgenommen.

Noch gravierender sei, daß Waldheim durch Monate hindurch erklärt habe, er sei zwar täglich ins Hauptquartier nach Saloniki gefahren, habe aber den Abtransport der Juden am dortigen Bahnhof nie mit eigenen Augen gesehen. Er selber habe in einem Gespräch mit Waldheim erklärt, dies könne wohl kaum

zutreffen. Hinterher habe sich aber durch den Brief eines Kriegskameraden von Waldheim herausgestellt, daß dieser zum fraglichen Zeitpunkt gar nicht im Raum Saloniki, sondern in Tirana gewesen sei. Offenbar hätte Waldheim selbst dies vergessen.

Schließlich habe es noch eine jugoslawische Kriegsverbrecherakte über Waldheim gegeben, die nach dem Krieg an die UNO geschickt werden sollte. Absicht auf jugoslawischer Seite sei es gewesen, mit dieser Akte dem damaligen österreichischen Außenminister Gruber zu schaden, bei dem Waldheim sich als Berater beworben hatte. Als sich jedoch der Bruch zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion⁴ abzeichnete, habe sich die jugoslawische Außenpolitik gegenüber Österreich – es ging um den Streitpunkt Kärnten – verändert, und die Jugoslawen hätten den Vorgang ad acta gelegt, abgesehen davon, daß Waldheim zu diesem Zeitpunkt bereits nach Paris versetzt worden sei. Jetzt habe sich dank der Nachforschungen des amerikanischen Professors Herzstein herausgestellt, daß die ganze Akte eine bewußt angelegte Fälschung gewesen sei. Den Jugoslawen falle es natürlich schwer, dies öffentlich einzuräumen.

d) Bei der Frage, ob Waldheim gelogen habe, müsse man einräumen, daß er sich in der Tat in den ersten Monaten der Angriffe auf ihn ungeschickt zur Wehr gesetzt habe. Er könne das nur damit erklären, daß Waldheim von der Wucht der Anschuldigungen geschockt gewesen sei. Statt sofort einen entsprechenden Arbeitsauftrag an einen Stab zu geben, habe er sich durch mißverständliche Erklärungen in der Öffentlichkeit und Rückzieher in Schwierigkeiten gebracht und damit seinen Gegnern nur geholfen.

In diesem Zusammenhang habe auch der Umstand eine Rolle gespielt, daß in der englischen Ausgabe seiner Erinnerungen über die VN-Tätigkeit⁵ die Kriegsjahre ausgespart worden seien. Dies sei von dem englischen Verleger seines Buches so gewünscht worden, obwohl Waldheim selbst gegen eine Kürzung plädiert habe. Es sei richtig, daß Waldheim auch in der ungekürzten deutschen Ausgabe⁶ nicht alle Kriegsschauplätze, auf denen er sich aufgehalten habe, aufgelistet habe. Dies könne man ihm aber schlecht zum Vorwurf machen.

Prof. Molden schließt mit dem Hinweis, daß die österreichische Regierung eine Kommission einberufen habe, die die Vorwürfe gegen Waldheim untersuchen soll.⁷ Die österreichische Regierung habe als Vorsitzenden dieser Kommission den Schweizer Historiker Prof. Hans Kurz von der Universität Bern benannt. Die übrigen Mitglieder der Kommission werde Kurz selber aussuchen. Er hoffe, daß sich daher in absehbarer Zukunft ein für allemal nachweisen lasse, daß Waldheim keine Schuld habe.

BM Schäuble bedankt sich für die eingehende Unterrichtung. Auch für ihn seien einige Details neu gewesen. Im übrigen wolle er klar sagen, daß auch wir uns

⁴ Am 28. Juni 1948 erklärten die im Kommunistischen Informationsbüro („Kominform“) zusammengeschlossenen Kommunistischen Parteien den Ausschluß der Kommunistischen Partei Jugoslawiens. Im Anschluß daran kündigten die UdSSR und die Ostblockstaaten bis Ende 1949 ihre Handelsverträge mit Jugoslawien und verhängten eine Wirtschaftsblockade.

⁵ Vgl. Kurt WALDHEIM, *In the Eye of the Storm. The Memoirs of Kurt Waldheim*, London 1985.

⁶ Vgl. Kurt WALDHEIM, *Im Glaspalast der Weltpolitik*, Düsseldorf/Wien 1985.

⁷ Zur „Waldheim-Kommission“ vgl. Dok. 191.

mitbetroffen fühlten. Wie der Bundeskanzler schon früher deutlich gemacht habe, zollten wir Waldheim jeden Respekt, der ihm gebühre.

Die Sache sei insgesamt bedrückend. Man habe den Eindruck, daß das Urteil mancher Leute um so entschiedener sei, je größer der Abstand zu den damaligen Geschehnissen sei. Man könne in diesem Zusammenhang viele bittere Anmerkungen machen.

Es sei nicht nur im europäischen Interesse, wenn Österreich das Land bleibe, das es sei, nämlich offen und stabil und mit dem Westen eng verbunden. Dies sagten wir auch unseren anderen Freunden und Partnern einschließlich der Vereinigten Staaten von Amerika.

Was wir tun könnten, um Österreich zu helfen, täten wir gerne. Allerdings müsse man auch sehen, daß wir in mancher Beziehung die Ungeeignetsten seien, um hier zu helfen.

Er wolle auch noch klarstellen, daß der deutsche Botschafter beim Heiligen Stuhl in der Tat zum Zeitpunkt des Besuchs von Bundespräsident Waldheim beim Papst⁸ einen vorher geplanten Urlaub angetreten habe. Alle anderen Spekulationen seien falsch.

Prof. *Molden* erwidert, er kenne persönlich Botschafter Hermes, und dieser habe ihm schon Anfang dieses Jahres angekündigt, daß er ab Juni nicht in Rom sein werde.

Im übrigen säßen wir bis zu einem gewissen Grade im selben Boot – natürlich nicht, was den Fall Waldheim betreffe. Bei seinen Gesprächen in den Niederlanden, Norwegen und Dänemark habe er die erschütternde Erfahrung machen müssen, daß dort die deutsche Wehrmacht einfach mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt werde. Er selber sei im Widerstand gewesen und habe vergeblich versucht, dem nachdrücklich zu widersprechen. Denn wenn man die 12 Mio. Angehörigen der deutschen Wehrmacht einfach zu Nazis stempelte, kämen wir in eine schwere Identitätskrise.

BM *Schäuble* bemerkt, offenbar sei es so, daß manche Leute heute weniger klug seien als vor 40 Jahren.

Man habe es jetzt mit zwei Problemen zu tun:

- einmal der Sorge, daß unser Nachbar und Freund Österreich in eine Richtung gedrängt werde, die in niemandes Interesse liegen könne, auch nicht in dem der USA;

⁸ Bundespräsident Waldheim hielt sich vom 24. bis 27. Juni 1987 im Vatikan auf. Am 25. Juni 1987 traf er zu einem Vier-Augen-Gespräch mit Papst Johannes Paul II. zusammen. Botschaftsrat I. Klasse Gentz, Rom (Vatikan), berichtete am 26. Juni 1987, der Besuch sei „von etwa eintausend, vornehmlich jüdischen Demonstranten in der Nähe des Petersplatzes begleitet“ worden: „Allen Vorverurteilungen der Person Waldheims zum Trotz hat der Vatikan nicht dem in der Weltöffentlichkeit erzeugten Druck nachgegeben und dem schwer geprüften Österreich seine Hand gereicht. Er hat die auf seiner moralischen Autorität basierende Unabhängigkeit erneut bestätigt. Kein Papst konnte dies überzeugender tun als der aus Polen stammende Johannes Paul II., der die Juden als ‚unsere größeren Brüder im Glauben Abrahams‘ bezeichnete und dem die Aussöhnung zwischen Juden und Christen so sehr ein Anliegen ist. [...] Das Verhältnis katholische Kirche–Judentum, das gerade unter Johannes Paul II. große Fortschritte gemacht hat, dürfte auch durch diesen Besuch keinen dauerhaften Schaden nehmen, wenn auf beiden Seiten echtes Interesse an einer Fortsetzung des Dialogs besteht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 83; Referat 203, Bd. 140550.

- sodann der Sorge, daß der Antisemitismus durch diese Angelegenheit neuen Auftrieb erhalte.

Prof. *Molden* erwidert, Österreich befinde sich in der Tat in einer Druckposition. Es habe lange Zeit als das proamerikanischste Land in Europa gegolten. Heute sei das zweifellos anders. Bei den kleinen Leuten machten sich sowohl anti-amerikanische als auch antisemitische Ressentiments breit. Infolgedessen bestehe in der Tat die Gefahr, daß die Leute heute nach Osten schauten.

Prof. *Molden* überreicht abschließend BM *Schäuble* eine kurze Zusammenfassung des „Weißbuches“ zum Fall Waldheim, das die österreichische Bundesregierung in Kürze veröffentlichen wird.⁹

Botschafter *Bauer* erklärt, auch in Österreich wolle man nicht, daß die Diskussion auf die Bundesrepublik Deutschland überschwappe. Er wolle noch einmal ausdrücklich die große Dankbarkeit und Genugtuung seiner Regierung über die gestrige Erklärung des Sprechers des Herrn Bundespräsidenten¹⁰ zum Ausdruck bringen.

BM *Schäuble* wiederholt, wir seien bereit, dort, wo es möglich sei, hilfreich zu sein. Aber es gebe andererseits Dinge, wo wir am wenigsten geeignet seien, zu helfen.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 72

⁹ Vgl. Karl GRUBER u. a. (Hrsg.), Kurt Waldheims Kriegsjahre. Eine Dokumentation, Wien 1987.

¹⁰ In der Presse wurde berichtet: „Der österreichische Bundespräsident Waldheim wird in absehbarer Zeit nicht zu einem Staatsbesuch in Bonn erwartet, möglicherweise aber bei anderer Gelegenheit mit Bundespräsident von Weizsäcker zusammentreffen. Wie dessen Sprecher Pflüger am Montag dem Bonner Büro der österreichischen Tageszeitung ‚Die Presse‘ mitteilte, stehe ein Staatsbesuch Waldheims derzeit ‚nicht auf der Tagesordnung‘. Pflüger sagte, die Beziehungen zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland seien freundschaftlich.“ Vgl. den Artikel „Staatsbesuch Waldheims derzeit ‚nicht auf der Tagesordnung‘“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 30. Juni 1987, S. 1.